Jahrbuch der Weltgeschichte

Fünfzehnter Jahrg. 1915

KARL PROCHASKA
ILLUSTR. JAHRBÜCHER

Von Albin Geyer

Das Jahr 1914

Verlag und Druck von KARL PROCHASKA • Leipzig • Wien • Teschen
Preis 1 Mk. 80

Muzeum Miejskie
5879
Cieszyn

PROCHASKA'S
ILLUSTR. JAHRBÜCHER

»Prochaskas Illustrierte Jahrbücher« bestehen aus folgenden Teilen:

Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen.

Erscheint alljährlich seit 1901. Die Jahrgänge I—IV kosten broschiert je 1 Mark, in Leinwand gebunden je 2 Mark. Vom V. Jahrgang ab ist dieses Jahrbuch nur noch in Halbleinwand gebunden à 1 M. 50 Pf. und in Leinwand gebunden à 2 Mark erhältlich.

Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte.

Erscheint alljährlich seit 1900. Die Jahrgänge I—IV kosten broschiert je 1 Mark, in Leinwand gebunden je 2 Mark. Vom V. Jahrgang (Geschichte des Jahres 1904) ab ist dieses Jahrbuch nur noch in Halbleinwand gebunden à 1 M. 50 Pf und in Leinwand gebunden à 2 Mark erhältlich.

Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen.

Erscheint alljährlich seit 1902. Die Jahrgänge I—III kosten broschiert je 1 Mark, in Leinwand gebunden je 2 Mark. Vom IV. Jahrgang ab ist dieses Jahrbuch nur noch in Halbleinwand gebunden à 1 M. 50 Pf. und in Leinwand gebunden à 2 Mark erhältlich.

Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde.

Erscheint alljährlich seit 1903. Die Jahrgänge I und II kosten broschiert je 1 Mark, in Leinwand gebunden je 2 Mark. Vom III. Jahrgang ab ist dieses Jahrbuch nur noch in Halbleinwand gebunden à 1 M. 50 Pf. und in Leinwand gebunden à 2 Mark erhältlich.

Illustriertes Jahrbuch der Gesundheit.

Hievon ist ein Jahrgang erschienen, der broschiert 1 Mark, in Leinwand gebunden 2 Mark kostet.

Auf Wunsch werden auch die früher brosch. erschienenen Bände der »Illustr. Jahrbücher« in dem neuen Halbleinen-Einband zum Preise von 1 Mark 50 der Band geliefert.

Prochaskas Illustrierten Jahrbüchern liegt der Gedanke zu Grunde, über die Fortschritte der Kultur auf den wichtigsten Gebieten des modernen Lebens alljährlich eine Revue zu geben, die übersichtlich, allgemein verständlich und derart stilistisch gehalten ist, daß ihre Lektüre eine anziehende, geistbildende Unterhaltung genannt werden kann.

Für jung und alt, für alle Gesellschaftskreise gleich geeignet und gleicherweise interessant, sind diese Jahrbücher eine der empfehlenswertesten Erscheinungen der neueren volkstümlichen Literatur.

Urteile der Presse über Prochaskas Illustrierte Jahrbücher.

Über Land und Meer. Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen. „Ein glücklicher Gedanke ist hier in gediegener Weise verwirklicht: ein bequemer Überblick über die technischen Fortschritte in Form eines reich illustrierten Jahrbuchs zu außerordentlich billigem Preis."

Basler Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Endlich haben wir einmal eine gute, billige und ausgezeichnet illustrierte Übersicht alles dessen, was die Naturkunde im Laufe eines Jahres als neue Entdeckungen zu verzeichnen hatte. Es ist eine Freude, die prächtige, für jedermann verständliche Übersicht zu lesen. Jeder Gebildete sollte diese Jahrbücher erwerben und sie nicht nur in seiner Bibliothek aufstellen, sondern auch lesen. Derartige Schriften nützen der Aufklärung unendlich viel mehr als alle kulturkämpferischen Zeitungsartikel. Möchte doch dieses Unternehmen die weiteste Verbreitung in allen Schichten der Bevölkerung finden."

Frankfurter Zeitung. Prochaskas Illustrierte Jahrbücher erfreuen sich einer von Jahr zu Jahr wachsenden Anerkennung, was bei der Gediegenheit des Inhalts und der Ausstattung, sowie dem billigen Preise nicht zu verwundern ist. In der Anlage übersichtlich, in der Darstellung fast durchwegs klar und allgemein verständlich gehalten, ohne irgend trivial zu werden, unterrichten diese Jahrbücher über die in ihnen behandelten Erfahrungs- und Forschungsgebiete mit einer für den Nichtfachmann vollkommen ausreichenden Ausführlichkeit, den Fachmann selbst aber mitunter verblüffenden Gründlichkeit. Bei der ungeheuren Fülle von Eindrücken, die tagaus tagein aus dem Leben, aus Tagesblättern und Zeitschriften auf den wissensdurstigen Kulturmenschen einwirken, ist es für den gewöhnlichen Sterblichen fast unmöglich, Spreu und Weizen zu scheiden und aus dem Vielerlei ein klares Bild zu gewinnen. Da sind denn Führer, wie es Prochaskas Jahrbücher sein wollen, durchaus am Platze. Rückschauend blicken wir noch einmal des Weges entlang, den wir durch lange Monate gewandert sind, und erkennen staunend, daß manches Kleine groß und manches Große klein geworden, alles aber, den Gesetzen der geistigen Perspektive gemäß, nach Möglichkeit gewertet, gesichtet und geordnet ist. So gewinnen wir nachträglich ruhende Pole in den Erscheinungen Flucht — immer vorausgesetzt natürlich, daß wir guten Führern folgen. Und Prochaskas Jahrbücher sind solche Führer.

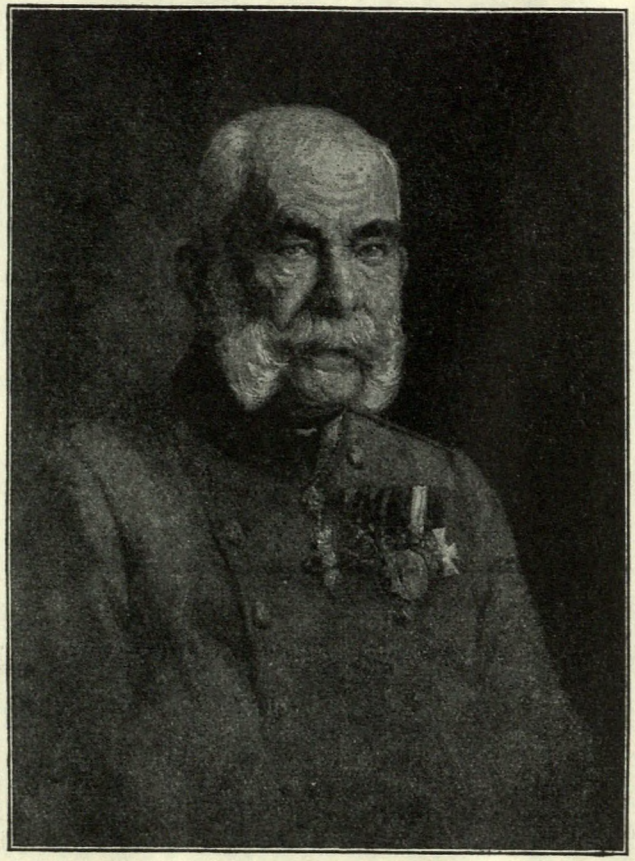
Die Woche. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Wir können dem stattlichen Bande kein besseres Geleitwort auf den Weg mitgeben, als den Ausdruck unserer Überzeugung, daß es dem Verfasser gelungen ist, die Worte seines Programms glänzend zu verwirklichen: ‚Nicht ein Urkunden- oder Nachschlagebuch ist, was wir den Lesern bieten, sondern wir wollen ihnen die handelnden Personen, die Kämpfe und Ereignisse in möglichst lebensvollen Bildern vorführen, die Triebkräfte des politischen Lebens aufdecken und den inneren Zusammenhang alles Geschehenen klarmachen.' Die volkstümliche, klare und doch vornehme Haltung des Jahrbuchs werden demselben gewiß viele Freunde und Schätzer gewinnen. Wer eine aller Parteilichkeit entkleidete Schilderung der Ereignisse jedes Jahres wünscht, säume nicht, sich in den Besitz dieses gediegenen ‚Jahrbuchs' zu setzen."

Fortsetzung am Schlusse des Buches.

Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte

Das Jahr 1914.

Muzeum Miejskie Cieszyn



KAISER FRANZ JOSEF I.

KAISER WILHELM II.

PROCHASKAS ILLUSTRIERTE JAHRBÜCHER

Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte

Fünfzehnter Jahrgang

Von Albin Geyer

Das Jahr 1914

Mit einem Titelbild und 53 Abbildungen.

Leipzig
Königstraße 9/11.

Karl Prochaska in Teschen

Wien
Seilerstätte 5.

SL-Obl, H-O

Inhalt.

	Seite
Mars regiert die Stunde	9
Deutsches Reich.	
Politisches bis zum Kriegsbeginn	15
Der Reichstag	31
Vom Parteileben	46
Die Kolonien	53
Handel und Verkehr	55
Preußen	58
Aus den Bundesstaaten	62
Todesfälle	71
Österreich-Ungarn	73
Politisches	75
Reichsrat und § 14	88
Die Delegationen	91
Länder und Nationen	93
Ungarn	100
Bosnien	104
Zur wirtschaftlichen Lage	106
Todesfälle	107
Italien	109
Das politische Jahr	110
Verschiedenes	117
Vom Vatikan	119
Frankreich	121
Politisches	123
Verschiedenes	131
Großbritannien	133
Das politische Jahr	135
Verschiedenes	141
Rußland	143
Politische Jahresereignisse	145
Verschiedenes	152
Skandinavien	153
Europäische Mittelstaaten	155
Pyrenäische Halbinsel	157
Balkanstaaten	159
Amerika	165
Asien	173
Afrika	177
Australien	179
Der Weltkrieg	181
Die Ursachen des Krieges	187
Kriegsbeginn	190
Die erste Kriegsperiode im Osten	196
Sieg auf Sieg im Westen	200
Vom Kriegsschauplatz in Galizien und Polen	209
Die erste gemeinsame Offensive	217
Die russische Offensive	222
Der Stellungskrieg im Westen	231
Gegen Serbien und Montenegro	242
Deutschland zur See	246
Die Kämpfe in der Adria	256
Der Krieg der Türkei	259
Rückblick	261

3523/R 1914
III

Alle Rechte vorbehalten.

Muzeum Miejskie Cieszyn

Vorbemerkung. Nicht ein Urkunden- oder Nachschlagebuch ist es, was wir den Lesern bieten, sondern wir wollen ihnen die handelnden Personen, die Kämpfe und Ereignisse in möglichst lebensvollen Bildern vorführen, die Triebkräfte des politischen Lebens aufdecken und den inneren Zusammenhang alles Geschehenen klarmachen.

Mars regiert die Stunde.

Vierzehn Jahrgänge dieses Jahrbuches waren mehr oder weniger bloß politische Jahrbücher, so bedeutsam auch zuweilen die sich abspielenden Vorgänge und Ereignisse waren. Aber weltbewegend waren sie kaum, denn selbst der russisch-japanische Krieg brauchte nicht die verhängnisvollen Folgen nach sich ziehen, wie sie leider die Gegenwart zeigt. Der fünfzehnte Jahrgang wird aber ein wirkliches Jahrbuch der Weltgeschichte werden, denn das Jahr 1914 trägt einen ehernen Stempel, der sich tief in die Tafeln der Weltgeschichte auf Jahrhunderte hinaus eindrücken wird. Ein gewaltiger Krieg ist ausgebrochen, an dem sieben Großmächte und drei kleinere Staaten unmittelbar beteiligt sind, und die unmittelbaren Wirkungen von sehr nachdrücklicher Art erstrecken sich über den gesamten bewohnten Erdkreis.

Wer hätte noch im Monate Juni an einen Weltkrieg gedacht, noch dazu an einen, der sich in der Hauptsache in unserem Weltteil abspielen würde? An kriegerische Dinge und Vorbereitungen war die Menschheit schon seit Jahren gewöhnt. Alle Großmächte und selbst kleinere Staaten waren längst bestrebt, ihre Wehrkräfte auf die möglichste Höhe zu bringen. Das konnte nur den Zweck haben, große Ziele zu erreichen oder gewichtige Interessen zu verteidigen. Aber es war eine falsche Auffassung der sogenannten Friedensfreunde, darin eine Drohung oder gar eine Ursache künftiger Kriege sehen zu wollen. Genau das Gegenteil ist richtig. Hat nicht das Deutsche Reich, dessen Verteidigungskräfte zu Wasser und zu Lande nicht erst heute selbst von seinen Gegnern als die tadelfreieste Schöpfung dieser Art anerkannt wird und werden muß, über vierzig Jahre Frieden gehalten und anderen den Frieden tunlichst bewahrt? Hat nicht Kaiser Wilhelm, obwohl durch und durch Soldat, mit vollem Bewußtsein ein Vierteljahrhundert die ihm nach seiner Überzeugung von der Vorsehung anvertraute Regentenpflicht als wahrer Friedensfürst geübt und sich wie seinen ersten Ratgebern wahrlich häufig genug den Vorwurf einer schwächlichen Politik machen lassen müssen? Das geschah freilich nur von Leuten, die gar nicht in die Lage kommen konnten, jemals die Verantwortung für die Menschenopfer und die Greuel eines Krieges vor Gott und den Menschen tragen zu müssen. Die können sich den Luxus einer Gefühlspolitik erlauben, die wirklich Verantwortlichen dagegen dürfen es nicht. Hat nicht ferner jenes Land unter den Mitkämpfenden, das als einziges unter ihnen die Last der Verteidigung nicht seinen Bürgern aufzuerlegen vermag, sondern sie zu Wasser und zu Lande Mietlingen anvertraut, sich hinterher als der stille Hetzer entpuppt, der gewisse Gegensätze in den europäischen Staaten zur Kriegsglut geschürt und schließlich die Entscheidung gegeben hat, um an dem Kriegsfeuer auf dem Kontinent nach alter Gepflogenheit seine Äpfel zu braten?

Die sogenannten Friedensfreunde haben sich geirrt und irren noch, wenn sie vermeinen, die großen Kriegsrüstungen bildeten eine Kriegsdrohung. Soweit sie mit der allgemeinen Wehrpflicht zusammenhängen, ist das sicher nicht der Fall. Schon die Politik Englands spricht für das Gegenteil, und in Deutschland und Österreich-Ungarn, wo wirklich Volk und Heer eins sind, einmütigen Sinnes vom Kaiser bis Tambour, ist man stolz darauf und begeistert sich dafür, daß die allgemeine Wehrpflicht die Möglichkeit geschaffen hat, den heimtückisch eingefädelten Streich gegen die deutsche Kultur, gegen den Fortbestand ihrer Reiche, gegen die Einheit des Weltteils Europas den farbigen Rassen gegenüber abzuwenden und einen Frieden zu erkämpfen, der die Wiederholung ähnlicher Streiche unmöglich machen wird. Der Frevel wider die europäische Kultur und das Ansehen der Weißen wird freilich noch schwere Folgen nach sich ziehen.

Gestehen wir es indessen offen ein: es sind noch nicht viele Monate ins Land gegangen, seit denen wir eigentlich alle nicht an die Möglichkeit eines großen europäischen Krieges glauben mochten. Es schienen so viele Umstände dagegen zu sprechen, insbesondere die hohe Meinung von der philosophischen Abgeklärtheit der europäischen Kulturmenschheit und ihrer hochentwickelten Humanität, die einen Rückfall in die vom Kriege unzertrennlichen Barbareien als nahezu undenkbar erscheinen ließen. Rüstungen waren wohl notwendig, aber man dachte sich Heere und Flotten als Hilfsmittel und Schachfiguren im diplomatischen Wettkampf, gerade um Kriegsmöglichkeiten auszuschließen und friedlichen Verständigungen den Weg zu ebnen. Die Vorgänge der letzten Jahre hatten diese Auffassung noch gestärkt. Ja selbst seit den Tagen, da Italien auszog, um Tripolis zu erobern, seit die „Balkanbund" geheißene Erwerbsgenossenschaft der christlichen Balkanstaaten den kranken Mann am Bosporus durch eine Radikalkur von allen europäischen Lasten und Bürden befreite und schließlich bei der Verteilung der Beute selbst in Streit geriet, — war die einst von vielen Seiten als unumstößlich gepredigte Lehre, daß wegen der Aufteilung der Türkei ein großer europäischer Krieg ausbrechen müsse, gänzlich hinfällig geworden. Man hatte sich im politischen Leben wohl lebhaft für die Vorgänge interessiert, aber die Finger davon gelassen und nicht einmal die Kampfstellung wieder eingenommen, die bei der bosnischen Frage eine zeitweilig bedrohliche Erscheinung geboten hatte. Es war das Bezeichnendste für die Politik der Großmächte im Jahre 1913 und hat die Spottlust weidlich gereizt, daß ihren zuweilen recht großen Worten niemals die entsprechenden Taten folgten. Das hat wesentlich zur Förderung der Meinung beigetragen, daß die großen europäischen Mächte nicht noch einmal einen schweren Waffengang gegeneinander unternehmen würden, den kluge Staatsmänner und Beobachter seit Jahrzehnten als überhaupt unsinnig bezeichnet hatten. Seit dem „Erwachen Asiens" bot sich ihnen ja eine höhere Aufgabe: der Zusammenschluß zum Schutz der europäischen Kultur gegen die gelbe Rasse.

Daß dieses große, einer hohen Idealität nicht entbehrende Ziel nicht erreicht wurde, ist einzig und allein auf das britische Schuldkonto zu buchen. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sagte Anfang September in seinen Mitteilungen an die Vertreter der amerikanischen Presse: „Wenn sich einmal die Archive öffnen, so wird die Welt erfahren, wie oft Deutschland England die Freundeshand entgegengestreckt hat. Aber England wollte die Freundschaft mit Deutschland nicht. Eifersüchtig auf die Entwicklung Deutschlands und in dem Gefühl, daß es durch deutsche Tüchtigkeit und deutschen Fleiß auf manchen Gebieten überflügelt werde, wünschte es, Deutschland mit roher Gewalt niederzuwerfen, wie es seinerzeit Spanien, Holland und Frankreich niederwarf." In der knappen Klarheit dieser wenigen Worte liegt der Schlüssel zu dem Rätsel der Entstehung dieses unseligen Krieges, der ein Frevel gegen den gesamten Weltteil und die von ihm ausgehende Kultur, ein Verbrechen wider die weiße Rasse und in Jahrhunderten nicht wieder gutzumachen ist. Seit Jahrhunderten liegen aber die Richtlinien der englischen Weltpolitik fest. Als Spanien seine stolze Armada besaß, galt für England dieses Land als Erbfeind; als im XVII. Jahrhundert die Niederländer das Weltmeer beherrschten, richtete sich die britische Gegnerschaft gegen Holland; als die Engländer unter Ludwig XIV. und Napoleon I. ihr Land bedroht sahen, galt wieder Frankreich als Todfeind. Es ist überlieferter und jedem britischen Landsmann eingefleischter Grundsatz geworden, daß keine Seemacht die englische Weltstellung beeinträchtigen, kein einigermaßen mächtiger Staat an die Nordsee gelangen und vom Kanal aus die Sicherheit der englischen Küsten bedrohen darf.

Wie schon angedeutet wurde, ist jeder Brite von der unumstößlichen Berechtigung dieser maßlosen Ansprüche so fest überzeugt, daß er gar nicht versteht, daß sie maßlos sind und daß andere darüber eine abweichende Meinung haben könnten. Ja, er ist so felsenfest davon überzeugt, daß er nicht einmal für nötig gehalten hat, sich ernsthaft auf ihre Verteidigung einzurichten. Trotz der Riesenfortschritte der Wehrhaftmachung aller Länder ist die britische Erbweisheit rückständig beim Werbesystem für Heer und Flotte geblieben, die aber beide auch ein Jahrhundert hindurch nicht zur Verteidigung der durch ihre insulare Lage bevorzugten Heimat in Verwendung kamen, bloß zur Niederhaltung der Kolonien und zur Geltendmachung der Seeweltherrschaft gegen Mindermächtige gebraucht wurden und dadurch in den Augen und Herzen der Bevölkerung jene Bedeutung gar nicht erwarben, die Armee und Flotte bei anderen Völkern besitzen. Man würde das bei so maßlosen Ansprüchen für unglaublich und auf längere Zeit hinaus überhaupt für undurchführbar halten müssen, wenn nicht die englische Politik zugleich verstanden hätte, die Feindschaften unter den europäischen Staaten aufrecht zu erhalten und sie zum Kriege zu treiben, sich aber selbst möglichst wenig zu beteiligen, nur als Geldgeber und höchstens als Verbündeten aufzuspielen, der seine eigenen Kräfte nach Möglichkeit schonte, dann beim Friedensschluß ungeschwächt dastand und den größten Teil der Kriegsbeute für sich begehrte und den Verbündeten nicht einmal das gegebene Wort zu halten pflegte. Das hat ihm zwar den wenig ehrenvollen Ruf des „treulosen Albion" eingetragen, aber die Leute sind trotzdem immer wieder auf seine politischen Intrigen hereingefallen. Diese und die schnöde Vergewaltigung und Beraubung ohnmächtiger Völker und Kleinstaaten haben ihm sein heutiges Weltreich eingebracht. Hiezu sollte auch noch das britische Welthandelsmonopol treten, wofür ausdrücklich die Freihandelslehre Cobdens erfunden und vor einem halben Jahrhundert in dem zerfahrenen Europa auch von allen Kathedern und in allen Zeitungen als „volkswirtschaftliche Wissenschaft" gepredigt wurde. Da aber die Sache an den Geldbeutel ging, entzogen sich, die Vereinigten Staaten voran, die einzelnen Länder bald diesem Versuch einer britischen Handelstyrannei und schufen sich ihre eigenen Handels- und Wirtschaftsgebiete.

Das große britische Weltreich aber blieb unangetastet und wurde männiglich bewundert. Doch

schon der Burenkrieg hat bewiesen, daß England mit seinen unentwickelten Wehrverhältnissen gar nicht im stande ist, es unter schwierigen Umständen zu verteidigen. Es verfügt ja eigentlich nur über eine Flotte, die indessen auch nur darum mächtig ist, weil die englische Politik mit großer Schlauheit zu verhindern verstand, daß andere Flotten aufkamen. So führte es erst noch vor kaum einem halben Menschenalter die Hand der Japaner bei der Vernichtung der aufstrebenden russischen Flotte.

Dieser Gedankengang führt ohne weiteres zu dem Schluß, daß England den heutigen Krieg nur gegen Deutschland, gegen dessen Flotte und Welthandelsbestrebungen führt oder vielmehr durch seine Verbündeten führen läßt, denen es schlau die Hauptlast des Krieges aufzuhalsen verstanden hat. Die Begehrlichkeit Frankreichs nach Elsaß-Lothringen waren ihm bloß Mittel zum Zweck und im übrigen höchst gleichgültig wie auch die serbischen Schmerzen, die in Rußland wieder zum Durchbruch gelangten altmoskowitischen politischen Ideen waren ihm zur Erreichung seines eigentlichen Zieles für den Augenblick ebenfalls ganz recht, sind ihm aber sonst ein Greuel, und es würde sie auch nach erkämpftem Siege mit der bekannten Treue Albions zu durchkreuzen verstanden haben. Seine langjährige Absicht war, ein großes Bündnis gegen das nach Seegeltung strebende Deutschland zusammenzubringen, wofür schon Eduard VII. gearbeitet hatte, und als die Züchtigung der serbischen Mörderbande Deutschland an Österreich-Ungarns Seite rief und dadurch ziemlich unerwartet der Krieg Deutschlands mit dem östlichen und westlichen Nachbar zur Tatsache wurde, beeilte sich England, den ziemlich unverhofften Glücksumstand zu benützen und durch seinen Beitritt die Koalition vollzumachen, für welchen Fall es schon seit Jahren geheime Zusagen gemacht hatte, die aber in ihrer Form immer öffentlich abgeleugnet werden konnten und auch wurden. Selbstverständlicher, stiller, britischer Vorbehalt dabei war, selber so wenig als möglich zu leisten, den Krieg vornehmlich durch seine Verbündeten führen zu lassen, und vor allem seine kostbaren Neubauten an Dreadnoughts vor Schaden zu bewahren, um nach der leicht erscheinenden Niederkämpfung Deutschlands, auf sie gestützt, weiter Britannia rule the waves singen zu können.

Sicher konnte England dabei auf die Mitwirkung Frankreichs rechnen, dessen Gewehre von selbst losgehen mußten, sobald Rußland zum Angriff gegen Deutschland schreiten würde. So wenig nach den Erfahrungen von 1870/71 namentlich der Nordfranzose kriegslustig ist, so gehörte es doch bei jedem politischen Streber in Paris zu den agitatorischen Hausmitteln, bei Gelegenheit kräftig an die Revancheglocke zu schlagen und damit die Eitelkeit der Franzosen zu kitzeln. Den Wenigsten war es dabei voller Ernst, doch man kam damit vorwärts. Eigentlich rechneten aber alle auf die Mithilfe der russischen Bajonette und der englischen Flotte. Auch Poincaré hat so gehandelt und gerechnet, und der eitle, in militärischen Dingen gänzlich unbewanderte Mann hat sich schließlich von den Versicherungen der kriegslustigen Großfürstenpartei bei seiner Anwesenheit in Petersburg zwei Wochen vor dem Ausbruch des Krieges breitschlagen lassen. Ein Präsident, der die russischen Bataillone abgelehnt hätte, wäre freilich bei den politischen Schaumschlägern in Paris unmöglich gewesen, und der strebsame Poincaré will nicht unmöglich werden, komme über Frankreich auch was wolle. Die Partei der russischen Großfürsten, die mit den Urenkelinnen balkanischer Hirtenpatriarchen verheiratet sind, hat über den in der Politik unerfahren und in militärischen Angelegenheiten vollkommen unkundigen Zaren und die mit westeuropäischen Prinzessinnen vermählten Großfürsten den Sieg davongetragen, und Rußland, wie ganz Europa, muß zur Wonne Englands die Folgen ausbaden. Der Krieg wäre übrigens auch ohne die Greueltat von Serajewo ausgebrochen, denn der Militärgewaltige in Rußland, Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch, hatte den Franzosen schon vor Monaten durch seinen Helfershelfer ankündigen lassen, die russische Armee sei bereit, und hatte schon im Frühjahr — wahrscheinlich ohne Wissen des Zaren — mit der Mobilisierung der Armee begonnen. Die sibirischen Armeekorps standen bereits zwei Wochen nach Kriegsbeginn an der ostpreußischen Grenze. Ein Vorwand hätte sich ohne Serajewo auch gefunden, denn der findet sich immer, wenn man Krieg führen will, und der hilflose Zar hätte auch nachgegeben.

So ist der Weltbrand entstanden, der nur mit dem Sieg oder der Vernichtung der beiden, in niederträchtiger Heimtücke überfallenen mitteleuropäischen Reiche enden kann. Das fühlt auch in Deutschland wie in Österreich-Ungarn selbst der einfachste Mann. Daher in beiden Reichen das einmütige Aufflammen des Staatsgefühles, das gänzliche Verschwinden alles Partei- und Nationalitätenhaders, der todesmutige Kampfeifer und der opferbereite Wille zum Durchhalten bis zum Ende. Die Geschichte wird Akt nehmen von diesem patriotischen Aufschwung, der an Umfang und Tiefe selbst die großartige Erhebung des gequälten Preußens im Jahre 1813 übertrifft. Sie wird ihn als die größte Erscheinung dieser Tage neben und trotz allen ruhmvollen Sieges- und Heldentaten bezeichnen. Und dieser großen sittlichen Erregung und Anspannung kann der Erfolg nicht fehlen und hat auch bisher nicht gefehlt. Nach fünf Kriegsmonaten stand am Ende des Jahres schon fest, daß die große Intrige der Grey, Iswolski und Delcassé kläglich gescheitert ist, der Dreiverband wird mit allen seinen Helfershelfern und dem Lügenschwindel gegenüber der gesamten Mitwelt die in Nibelungentreue Verbündeten nicht vernichten und steht sogar vor der sicheren Aussicht, eine beschämende Niederlage zu erleben. Die Stoßkraft Rußlands und Frankreichs ist bereits an dem Todesmut der an Zahl weit unterlegenen Heere Deutschlands und Österreich-Ungarns so weit erschlafft, daß kein günstiges Ergebnis mehr erkämpft werden kann, und das noch minder betroffenen England hat von seinem der Welt aufgedrängten Ruhm als Beherrscher der See bereits so viel eingebüßt, daß die dicksten Lügen es nicht wieder gutmachen können. Lügen beweisen für die Dauer überhaupt nichts, nur Taten überzeugen.

Deutsches Reich.

Politisches bis zum Kriegsbeginn.

Das neue Jahr begann in einer scheinbar ziemlich zwiespältigen Stimmung. Das Mißtrauensvotum des Reichstages gegen den Reichskanzler wegen der Vorgänge in Zabern wirkte in doppelter Beziehung nach. Einmal suchte die Reichstagsmehrheit ihren überstürzten Beschluß zu rechtfertigen und fand willige Unterstützung in der hauptschuldigen Milieupresse. Man brachte die Angelegenheit abermals in den Reichstag und in das preußische Abgeordnetenhaus, aber es wurde doch schon viel Wasser in den früheren Wein gegossen, denn die Herren Abgeordneten hatten sich während der Weihnachtsferien zu ihrem großen Leidwesen davon überzeugen müssen, daß ihr parteiisches Auftreten gegen Kaiser, Kanzler und Heer durchaus nicht den Beifall der Mehrzahl ihrer Wähler gefunden hatte. Das deutsche Volk verträgt eben keinen Angriff gegen Flotte, Armee und Kolonien, als deren berufene Vertreter es außerdem den Kaiser und seinen Kanzler ansieht. Das hatte man unter dem übertriebenen Preßlärm richtig wieder einmal vergessen, obwohl doch schon mit Rücksicht darauf seit Jahren die Fortschrittlichen die hergebrachte demokratische Feindschaft gegen das Heer und das Zentrum seine Gegnerschaft gegen die Kolonien klugerweise aus ihren Wahlprogrammen gestrichen hatten. Dieser gesunde Sinn des deutschen Volkes hatte sich weidlich über den schneidigen Obersten v. Reutter gefreut, der so wacker den unter seiner Führung stehenden Teil des „Volkes in Waffen" vor den fortgesetzten Anpöbelungen des Straßenmobs und der dahinter stehenden, augenscheinlich mit den Franzosen kokettierenden besseren Bevölkerung geschützt hatte, und die Verlegung der Zaberner Garnison war ihm abermals ein Beweis dafür, mit welchem sicheren Takt und bewußter Energie der Kaiser in allen schwierigen Lagen einzugreifen versteht. Ob bei der Affäre einige Rechte der schuldtragenden Einwohnerschaft und ihrer ebenso schuldigen Behörden etwa gekränkt worden waren, kümmerte die deutsche Bevölkerung herzlich wenig, und selten ist ein Urteil mit so allgemeiner Befriedigung aufgenommen worden wie die bald erfolgende Freisprechung des Obersten v. Reutter. Auch in den Großstädten mit ausgesprochen liberaler sozialdemokratischer Mehrheit konnte man auf allen Straßen und Straßenbahnwagen die freudigsten Aussprüche darüber hören. Es darf hier vorausgreifend bemerkt werden, daß dieser gesunde Sinn im deutschen Volke vorhanden und eigentlich jener einmütige Geist ist, der in den Tagen der Kriegserklärung mit begeisternder Gewalt alle mit sich fortriß. Es ist hier schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß er für gewöhnlich von dem ausgearteten Parteitreiben und diesem offen oder im geheimen dienenden Presse niedergehalten, irregeführt und oft zu den unsinnigsten Wahlen verleidet wird. Das ist aber bloß eine ihm von der sogenannten öffentlichen Meinung aufgeklebte Maske, die sich schon bei jeder Reichtagsauflösung erheblich zu lüften pflegte und im Sommer beim Kriegsausbruch gänzlich abgefallen ist.

Von den politischen Ereignissen nach Neujahr ist als erstes zu erwähnen die Feier des Kaiser Franz Josef-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 am 11. Januar zur Erinnerung an die vor 65 Jahren erfolgte Ernennung des Kaisers Franz Josef zum Regimentschef. Kaiser Wilhelm nahm persönlich an dem Festmahl teil und betonte in seiner Glückwunschansprache mit besonderer Wärme „die unwandelbare und unerschütterliche Bundestreue des hohen Regimentschefs". Am nächsten Tage begab sich eine Abordnung des Regiments nach Wien, um als Erinnerungsgabe die Bronzefigur eines Grenadiers in der Uniform des Jahres 1814 zu überreichen. — Am 16. machte Herzog Ernst August von Braunschweig dem Berliner Hofe seinen offiziellen Antrittsbesuch als Landesfürst ohne seine Gemahlin. Er wurde auf dem Bahnhof mit großem Empfang begrüßt, und abends fand ihm zu Ehren im Schlosse eine Galatafel statt. Auch die dabei gewechselten Trinksprüche trugen einen offiziellen Charakter. Kaiser Wilhelm betonte die historische getreue Nachbarschaft und die Zuversicht, daß in Braunschweig „in den Kreis der deutschen Bundesfürsten ein Landesherr getreten ist, der sein Gelöbnis für Kaiser und Reich mit deutscher Treue erfüllen wird". In seiner Erwiderung sagte Herzog Ernst August: „Als eine der wesentlichsten Aufgaben meiner Regierung betrachte auch ich es, zum Reiche, zu Preußen und vor allem zu Eurer Majestät gute staatliche und persönliche Beziehungen zu pflegen. Ohne solche können die braunschweigischen Lande nicht gedeihen." Am Nachmittag hatte der Herzog mit dem Prinzen Max von Baden dem Reichskanzler einen Besuch gemacht, der auch den braunschweigischen Staatsminister Laue empfing. — Des Kaisers Geburtstag wurde in Erinnerung an die Stimmung des Vorjahres allgemein mit großer Wärme gefeiert. Zahlreiche deutsche Fürsten und auswärtige Prinzen waren nach Berlin gekommen, u. a. die Kronprinzen von Rumänien und Griechenland, die Königin von Griechenland, Prinz Karl von Rumänien und der griechische Ministerpräsident Weniselos. Die „Bayrische Staatszeitung" gab unzweifelhaft der allgemeinen Stimmung treffend mit den Worten Ausdruck: „Das deutsche Volk blickt an diesem Tage mit einem Gefühl freudigen Stolzes und hoher Verehrung nach der Reichshauptstadt und schließt sich in innigen Glück- und Segenswünschen für das Wohl des Kaisers zusammen, dessen kraftvolle Persönlichkeit die Einheit und Geschlossenheit der Nation verkörpert." Die Feier verlief überall im In- und Auslande in

den gewohnten Formen. Die „Zabern"-Presse wollte hinterher einen Mißton in die Feier tragen, indem sie behauptete, der Kaiser habe den Reichstagspräsidenten Dr. Kämpf schlecht behandelt. Tatsache ist, daß Kaiser Wilhelm bei der Glückwunschcour die Herren des Reichstagspräsidiums freundlich begrüßt, dann den ihm persönlich nahestehenden Präsidenten des Herrenhauses v. Wedell-Piesdorf und des Abgeordnetenhauses Grafen Schwerin-Löwitz die Hand gereicht hat wie allen, mit denen er in engerer Beziehung steht. In diesem Verhältnis standen die unter so eigentümlichen Umständen in das Reichstagspräsidium gekommenen Herren tatsächlich noch nicht, und es wird auch in Deutschland niemand in den Sinn gekommen sein, daß sie sich etwa diese Stellung durch das unter ihrer Leitung zu stande gekommene Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler neuerdings erworben hatten.

Zur Eröffnung der nordamerikanischen Funkenstation Tuckerton hatte Kaiser Wilhelm dem Präsidenten Wilson von Nauen aus einen drahtlosen Glückwunsch zugehen lassen. Die Antwort konnte aber nur durch Kabel vermittelt werden, da die Sicherheit der Station Tuckerton noch zu wünschen übrig ließ. — Die mehrtägige Anwesenheit des Ministerpräsidenten Weniselos in Berlin gab der Presse viel Stoff zum Schreiben. Er wurde auch vom Kaiser Wilhelm, vom Reichskanzler und in Potsdam vom Prinzen Wilhelm zu Wied, dem designierten Fürsten von Albanien, empfangen. Er gab die Versicherung ab, daß Griechenland friedliebend sei und nichts gegen Albanien im Schilde führe. Er ist gewiß ein sehr interessanter Staatsmann, aber gewisse Phantasten gingen doch mit der Vermutung zu weit, er sei gekommen, um Griechenland vom Dreiverband zum Dreibund überzuführen. Dagegen sprach schon seine Reise. Weniselos kam von Paris und begab sich auf dem Umwege über Wien und Berlin nach Petersburg. — Dort herrschte gerade keine deutschfreundliche Stimmung, und es schien seit den Besuchen Kokowzows und Ssasanows in Berlin während der letzten Monate des Vorjahres eine starke Schwenkung eingetreten zu sein. Der sonst so friedliebende Ssasanow gab am 8. Februar in der Budgetkommission der Duma auf eine offenbar bestellte Anfrage die ungewöhnlich unfreundliche Antwort, er sei auch der Meinung, daß Deutschland mit Bezug auf die 1917 bevorstehende Erneuerung des Handelsvertrages Rußland internationale Schwierigkeiten bereiten könnte, und fügte noch außerdem hinzu, Rußland habe hauptsächlich gegen die Ernennung des Generals Liman v. Sanders zum Kommandeur des ersten Armeekorps in Konstantinopel protestiert. Nicht lange nachher brachte die „Kölnische Zeitung" einen ausführlichen Brief ihres Petersburger Mitarbeiters, der die deutschfeindliche Natur der russischen Rüstungen sehr scharf betonte und zu dem Schlusse kam, daß man die Legende von der geschichtlichen deutsch-russischen Freundschaft aufgeben müsse. Die Sache machte Aufsehen, die deutschen amtlichen Stellen und die Zeitung selbst erklärten den Brief für eine bloße Privatarbeit, aber von der Pariser Presse geschürt, begann in allen französischen und russischen Blättern ein neuer erbitterter Verdächtigungsfeldzug gegen Deutschland. Sehr ruhig blieb man darüber in Österreich-Ungarn, wo man in Erinnerung an den Verlauf der bosnischen Angelegenheit auch jetzt in die verbündeten Heere Deutschlands und Österreich-Ungarns unbedingtes Vertrauen setzte. Die späteren Ereignisse haben inzwischen dargetan, daß der Berichterstatter des Kölner Blattes die damals vielleicht noch nicht einmal zum Durchbruch gelangten Strömungen in Rußland richtig eingeschätzt hatte. Ssasanow hielt aber doch für nötig, Anfang März einem Mitarbeiter des Budapester „Az Est" gegenüber sehr friedliche Versicherungen abzugeben, an die er damals auch selbst noch geglaubt haben mag. Die „Petersburger Börsenzeitung" erklärte indessen, Rußland wolle zwar den Frieden, aber der Gedanke eines bloßen Verteidigungskrieges sei längst fallen gelassen worden, denn die Armee sei „für den Bedarfsfall gerüstet". Der Artikel schien direkt vom russischen Kriegsminister veranlaßt worden zu sein, indessen Ssasanow, die offiziöse „Rossija" und auch die „Nordd. Allg. Zeitung" betonten die friedlichsten Absichten, und der „Wille zum Frieden" schien weiter Losungswort zu sein.

Inzwischen war dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg eine wohlverdiente Ehrung und auch Genugtuung nach dem Mißtrauensvotum des Reichstags widerfahren. Er hatte sich auf Einladung des Senats am 2. März nach Hamburg begeben. Am nächsten Vormittag besichtigte er unter Führung des Bürgermeisters Dr. Predoehl den neuen Elbtunnel und die Werft von Blohm und Voß, die die Riesenschiffe vom Typ des „Imperator" baut, und machte dann eine Dampferfahrt durch den Hafen. Nachmittags stattete er beiden Abteilungen des Kolonialinstituts einen eingehenden Besuch ab. Am Abend war im Rathause ein glänzendes Festmahl, bei dem Bürgermeister Dr. Predoehl ganz im Geiste der modernen Reichsstadt Hamburg ihren innigen Zusammenhang mit dem Reiche betonte und ihren Dank und die Anerkennung für die Tätigkeit des Reichskanzlers ausdrückte, über die ja erst die Nachwelt endgültig urteilen werde, die aber doch in der Gegenwart schon einen Ausblick in eine gedeihliche Zukunft rechtfertige. In seiner Antwort schilderte Herr v. Bethmann Hollweg den großartigen Zug kraftvoll zusammengefaßter Energie des hamburgischen Unternehmergeistes. „Kleines klein und Großes groß sehen," dieser Imperativ, den die Deutschen niemals genug beherzigen könnten, scheine ihm die Devise des hamburgischen Schaffens. In überaus glücklicher Weise hat er damit das deutsche Volk auf die Größe des Horizonts hingewiesen, der seine Lebensinteressen umfängt, und hat gezeigt, was für Deutschland das „Große" sein soll. Und ist das nicht immer der Geist, der die politischen Parteien und Gruppen beseelt, mit denen der Kanzler sich abfinden muß — so ist doch jede Gelegenheit um so freudiger zu begrüßen, wo er mit solchem Geist zusammentrifft. Am folgenden Vormittag besuchte Herr v. Bethmann Hollweg die Kunsthalle und fuhr dann mit seiner Begleitung und etwa fünfzig Herren der leitenden Hamburger Schiffahrts- und Handelskreise mit Extrazug nach

Cuxhaven zur Besichtigung des zum ersten Male an dem neuen Hafenkopf liegenden „Imperator", des bis dahin größten Dampfers der Welt. Er nahm das Schiff in all seinen Teilen in Augenschein und sprach seine volle Bewunderung über dieses unvergleichliche Werk deutscher Schiffsbaukunst und deutschen Unternehmergeistes aus. Abends fuhr er nach Berlin zurück. Wenige Tage nach diesem doch so lehrreichen Ereignisse hielt ein Teil der Milieupresse für zweckmäßig, die alte Fabel vom „bald bevorstehenden Rücktritt des Reichskanzlers" wieder einmal aufzuwärmen. — In dieser Zeit machte der britische Generalpostmeister Hobhouse der Reichshauptstadt einen „freundschaftlichen Besuch" zur eingehenden Besichtigung des Postscheckamtes und der Telefunken-Großstation Nauen.

Am 10. März trat Prinz Heinrich mit Gemahlin von Hamburg aus auf dem neuen Dampfer „Kap Trafalgar" der Hamburg-Südamerika-Linie eine vierwöchentliche Reise nach Südamerika an. Es wurde ausdrücklich betont, daß damit kein politischer Zweck verbunden sei, sondern die Reise nur dem Erholungsbedürfnis der Prinzessin diene. — Am 20. trafen in Berlin der Kronprinz Ferdinand von Rumänien und Gemahlin zum Besuch ein und wurden vom Kaiser und der Kronprinzessin auf dem Bahnhofe empfangen. Am folgenden Abend war ihnen zu Ehren im königlichen Schlosse Hoftafel.

Seine Reise nach Korfu trat Kaiser Wilhelm am Abend des 22. März an. Sie führte wieder über Wien zum gewohnten Besuch des kaiserlichen Freundes und treuen Bundesgenossen. Am Mittag vor der Abreise hatte er noch der Einweihung des Neubaues der königlichen Akademie der Wissenschaften und der königlichen Bibliothek beigewohnt. Bei der Feier waren auch der Präsident der Akademie der Wissenschaften in Wien Dr. v. Böhm-Bawerk sowie der Direktor der k. u. k. Hofbibliothek Hofrat Dr. v. Karabacek anwesend. Die Ankunft des Kaisers auf dem Penzinger Bahnhof erfolgte am 23. um 11 Uhr. Schon seit den frühen Morgenstunden war aus allen Teilen der Stadt Wien die Bevölkerung in den 13. Bezirk geströmt, um die beiden Kaiser zu begrüßen. Eine Ausstreuung der russischen „Nowoje Wremja", die den Zweck verfolgte, die Stimmung zu stören, und die lautete, Graf Witte habe vor Jahren dem Kaiser Wilhelm den Vorschlag eines Bündnisses zwischen Deutschland, Rußland und Frankreich gemacht und sei damit auf freundliche Aufnahme gestoßen, hatte in Wien kaum Beachtung gefunden. Als Kaiser Franz Josef in preußischer Generalfeldmarschallsuniform vorfuhr, wurde er von den Menschenmassen stürmisch begrüßt. Zum Empfang hatten sich auf dem Bahnhofe die in Wien anwesenden Erzherzoge und der Herzog von Cumberland eingefunden. Nach dem Einlaufen des Zuges begrüßten und küßten sich die beiden Kaiser überaus herzlich, Kaiser Wilhelm begrüßte dann auch die Erzherzoge und unterhielt sich mit dem Herzog von Cumberland in angelegentlicher Weise. Auf der Fahrt nach Schönbrunn wurden die beiden Kaiser von stürmischen Jubelrufen, Hüte- und Tücherschwenken begleitet. Vor dem Schlosse hatte der auf einer Sängerfahrt begriffene Leipziger Männergesangverein Aufstellung genommen und begrüßte beide Monarchen mit einem prachtvollen Chorgesang, wofür sie sehr erfreut dankten. Nach der Begrüßung der Erzherzoginnen machten sich beide Kaiser die üblichen Besuche und führten eingehende Unterhaltungen miteinander. Kaiser Wilhelm erhielt den Besuch des Herzogs von Cumberland, überreichte dem Erzherzog Peter Ferdinand den Schwarzen Adlerorden und empfing den Minister des Äußern Grafen Berchtold und den Ministerpräsidenten Grafen Tisza. Nach der Frühstückstafel, an der außer den Mitgliedern des Kaiserhauses nur Graf Berchtold, die Ministerpräsidenten Graf Stürgkh und Graf Tisza sowie der deutsche Botschafter v. Tschirschky-Bögendorf teilnahmen, stattete Kaiser Wilhelm dem Herzog von Cumberland in dessen Penzinger Schlosse einen einstündigen Besuch ab. Bald schlug die Abschiedsstunde. Kaiser Franz Josef ließ es sich nicht nehmen, den teueren Gast zur Bahn zu begleiten, und beide Monarchen fuhren unter stürmischen Begrüßungsrufen des Publikums zum Bahnhof Hetzendorf, von wo nach ungemein herzlicher Verabschiedung vom Kaiser Franz Josef Kaiser Wilhelm gegen 6 Uhr nach Venedig abreiste. Die Zusammenkunft in Schönbrunn gab der Presse wenig Anlaß zu Erörterungen und wurde allgemein friedlich gedeutet.

Die Ankunft in Venedig erfolgte am 24. gegen 10 Uhr früh, und der Kaiser begab sich nach der Begrüßung auf einem seine Standarte führenden Boote durch den Canale grande nach der „Hohenzollern". Das Wetter war sehr schön, und große Menschenmengen grüßten überaus herzlich, der venezianische Ruderklub geleitete die Kaiserjacht, in der Luft manövrierte der italienische „Parseval". Nachmittags machte der Kaiser einige Besuche. König Viktor Emanuel traf am nächsten Tage halb 9 Uhr vormittags ein und machte vom Königspalast aus um 10 Uhr auf der „Hohenzollern" einen Besuch. Er wurde unter Salut des deutschen Geschwaders und den Hurrarufen der Mannschaften vom Kaiser am Fallreep empfangen. Die Monarchen umarmten und küßten einander wiederholt und unterhielten sich dann über eine Stunde allein, worauf der König zurückfuhr. Es regnete seit früh in Strömen, deswegen unterließ der Kaiser auf Bitten des Königs den üblichen Gegenbesuch und fuhr erst um 1 Uhr zum Frühstück in den Königspalast. Das trotz des schlechten Wetters sehr zahlreiche Publikum begrüßte ihn mit lebhaften Hurrarufen und hörte dann damit auf dem Markusplatze nicht eher auf, als bis beide Monarchen nach dem Frühstück auf dem Balkon erschienen. An der Tafel nahmen auch der Minister des Äußern Marquis di San Giuliano und der deutsche Botschafter v. Flotow teil. Halb 3 Uhr begaben sich die Majestäten nach dem Kreuzer „Göben", den der Kaiser dem Könige im Gefechtszustande vorführte. Später besuchten sie bei klar gewordenem Wetter die Wiederherstellungen am Dogenpalast und die Spitzenschule von Jesurum. Abends war Diner auf der „Hohenzollern", wobei sich die Monarchen sehr lebhaft unterhielten. Nach äußerst herzlicher Verabschiedung verließ König Viktor Emanuel die „Hohenzollern" und

kehrte nach Rom zurück. Die Monarchenbegegnung wurde in den Zeitungen lebhaft besprochen. Die maßgebenden italienischen Blätter äußerten sich sehr dreibundfreundlich und meinten, Deutschland sei gegenwärtig von allen Staaten derjenige, mit dem Italien die intimsten Beziehungen unterhalte. Die Pariser Presse kam mit sauersüßen Mienen ungefähr zu dem gleichen Ergebnis und fand nach dem Besuch des Kaisers Wilhelm in Wien und Venedig das einzige Gegengewicht in den bereits angekündigten Besuchen des Königs Georg in Paris und Poincarés in Petersburg. Unstreitig hatten die Besprechungen der Monarchen und Staatsmänner in Venedig ergeben, daß im Dreibund keine Meinungsverschiedenheiten über Angelegenheiten des Balkans oder Kleinasiens bestehen. Kaiser Wilhelm gab am 26. auf der „Hohenzollern" noch ein Diner, zu dem zahlreiche Herren und Damen der venezianischen Gesellschaft Einladungen erhalten hatten, und dann rüstete sich das deutsche Geschwader, das seit Wochen in Venedig mit der größten Auszeichnung behandelt worden war, zur Abfahrt.

Die „Hohenzollern" setzte sich am folgenden Tage nach Miramare in Fahrt und traf gegen elf Uhr auf der Reede vor dem Schlosse ein. Auf dem Lloyddampfer „Serajewo" war ein großer Teil der deutschen Kolonie in Triest mit einer Musikkapelle an Bord dem Geschwader entgegengefahren. Die Schiffe der österreichisch-ungarischen Eskadre hißten große Flaggengala und gaben donnernden Salut. Das Schlachtschiff „Viribus unitis" hißte die Flagge des Erzherzogs-Thronfolgers, die das deutsche Geschwader mit Salut begrüßte. Nachdem die deutschen Schiffe vor Anker gegangen waren, kam Erzherzog Franz Ferdinand in deutscher Admiralsuniform an Bord der „Hohenzollern" und begrüßte seinen kaiserlichen Freund in der herzlichsten Weise. Sie begaben sich bald darauf an Land, wo der Kaiser die Herzogin von Hohenberg mit den Kindern ebenso herzlich begrüßte. Dann fuhr der Kaiser mit dem Erzherzog zum Linienschiff „Viribus unitis" zu einer eingehenden Besichtigung. Um 1 Uhr fand im Schlosse Miramare ein Frühstück statt, dem ein längerer Rundgang durch das Schloß und den Park folgte. Halb 5 Uhr nahm Kaiser Wilhelm den herzlichsten Abschied und begab sich zur „Hohenzollern" zurück, die unter dem Donner der Geschütze und dem Hurrarufen der Mannschaften der österreichisch-ungarischen Eskadre durch diese hindurchfuhr, den Kurs nach Süden nahm und am Sonntag (29.), vormittags 10 Uhr, auf der Reede von Korfu eintraf. Unterwegs hatte von Durazzo aus Fürst Wilhelm von Albanien ein begrüßendes Funkentelegramm gesandt. Bei der Ankunft in Korfu war die griechische Königsfamilie anwesend und nahm auch an der Mittagstafel auf der „Hohenzollern" teil. Nachmittags fuhr der Kaiser zum Achilleion, wurde am Land von den Behörden feierlich empfangen und von der Bevölkerung, die im Vorjahre den Kaiserbesuch entbehrt hatte, mit südländischer Begeisterung begrüßt. Die „Hohenzollern" fuhr nach Venedig zurück, um die Kaiserin Augusta Viktoria abzuholen, die am 3. April nachmittags in Korfu eintraf. Der Reichskanzler, der dort die Osterfeiertage zubringen sollte, mußte wegen schwerer Erkrankung seiner Gemahlin die Reise verschieben, traf erst am 15. ein und blieb bis zum 23. Er hatte am 16. den Besuch des Ministerpräsidenten Weniselos und des griechischen Ministers des Äußern Streit empfangen.

Inzwischen hatte die Presse Muße gefunden, sich in allerlei Mutmaßungen zu ergehen. Da war zunächst die Absage der Kolonialreise des Kronprinzen. Es scheint ein sehr begreiflicher Wunsch dafür bei ihm bestanden zu haben, aber die späteren Ereignisse des Jahres haben gerechtfertigt, daß nichts daraus geworden ist. Es war darum ziemlich überflüssig, daß in den Zeitungen gewisse Andeutungen über mögliche parlamentarische Schwierigkeiten oder gar über einen Zwiespalt zwischen dem Kaiser und dem Kronprinzen gemacht wurden. Es wäre gut, wenn in allen deutschen Familien das gleiche untadelhafte Verhältnis zwischen Vater und Sohn bestünde wie zwischen dem Kaiser und seinem Ältesten. Pariser Blätter wollten auch von einer im Sommer bevorstehenden Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem Zaren wissen, worüber wieder andere mehr oder weniger zutreffende Bemerkungen machten. Größeres Aufsehen entstand durch Veröffentlichungen über den angeblichen Inhalt eines Briefes, den der Kaiser 1901 an die Landgräfin von Hessen, die zum Katholizismus übergetreten war, geschrieben hatte und der im Nachlaß des verstorbenen Fürstbischofs Dr. Kopp gefunden worden sein sollte. Es handelte sich um einen unehrenhaften Mißbrauch eines Privatbriefes, dessen mitgeteilte Stellen außerdem gefälscht waren. Es hatte wohl der konfessionelle Hader dadurch geschärft werden sollen. Der Stoffhunger der Sensationspresse nach Veröffentlichung des Briefes blieb übrigens unbefriedigt. — Obgleich schon feststand, daß das Kaiserpaar seinen Rückweg wie sonst über Genua und Karlsruhe nehmen werde, behauptete trotzdem ein Wiener Blatt, Kaiser Wilhelm werde über Bukarest heimkehren, den König Karl besuchen und darauf in Budapest während der Delegationssession nochmals mit dem Kaiser Franz Josef zusammentreffen. Es war eine leere Kombination.

Der Aufenthalt in Korfu verlief ähnlich wie in früheren Jahren, die griechische Königsfamilie war meist anwesend, die Königin Sophie bis zum Schluß. Am 2. Mai brachte der Lyzeumsklub griechischer Damen aus Athen dem Kaiserpaar und der Königin eine köstliche Huldigung durch ein nationales Trachtenfest mit Tänzen und Volksliedern, das bei den Majestäten großes Interesse erregte und lebhaften Beifall fand. Die Abreise von Korfu ging am 4. vor sich. Am Nachmittag des 6. traf die „Hohenzollern" unter Salut des Kreuzers „Quarto" und begrüßt von zahlreichen Personen auf geschmückten und bewimpelten Booten im Golf von Santa Margherita ein und hielt bei Portofino. Hier ging das Kaiserpaar an Land, um dem früheren Botschafter Freiherrn Mumm v. Schwarzenstein in seiner entzückend gelegenen Villa „Castello San Giorgio" einen Besuch zu machen. Der Reiz des Fischerdörfchens Portofino besteht aus seiner

wundervollen Lage und in der Unberührtheit seiner Naturschönheit von allen Auswüchsen des modernen Verkehres, der die Riviera schon fast ungenießbar gemacht hat. Der Ort war prächtig geschmückt, eine dichte Volksmenge und die deutsche Kolonie aus Genua begrüßten das Kaiserpaar auf dem Wege zur Villa mit hellem Jubel. Nachdem der Tee eingenommen worden war, erfolgte die Rückkehr an Bord zur Fahrt nach Genua, von wo aus um 11¾ die Abreise nach Karlsruhe mit Sonderzug angetreten wurde. Der Empfang daselbst am folgenden Nachmittage verlief mit gleicher Herzlichkeit und Feierlichkeit wie in den letzten Jahren. Am frühen Morgen des 8. begab sich der Kaiser nach Türkheim, um einer neuartigen Gebirgsübung von Teilen des 15. Armeekorps beizuwohnen, und fuhr dann zum Frühstück nach der Hohkönigsburg, über der ein Geschwader von sechs Flugzeugen kreuzte. Nach Besichtigung der Neuschöpfungen in der Burg und einer Parade von mehr als 7000 Pfadfindern vor der Burg kehrte der Kaiser nach Karlsruhe zurück, von wo er nach der Hoftafel mit seiner Gemahlin mit Sonderzug zur Taufe seines jüngsten Enkels nach Braunschweig abreiste. Am 11. früh war Kaiser Wilhelm wieder in Metz, besichtigte sein Regiment Nr. 145 und nahm nachmittags die Befestigungen im Westen und Nordwesten in Augenschein. Trotz regnerischen Wetters wurde er in allen Orten von der Bevölkerung freudig begrüßt. Am folgenden Tage fand in der Gegend Ars-Laquenexy eine größere Truppenübung statt, nachmittags begab sich der Kaiser nach Diedenhofen zur Besichtigung der Forts von Königsmachern und Gentringen. Nach der Tafel im Generalkommando in Metz reiste er zu längerem Aufenhalt nach Wiesbaden ab. — Mittlerweile war auch am 30. April Prinz Heinrich mit Gemahlin auf der Rückkehr von der Erholungsreise nach Südamerika in Hamburg eingetroffen. Die Fahrt war in der glücklichsten Weise verlaufen. Der Prinz und die Prinzessin hatten sich dabei am 22. März mit bestem Humor auch dem bekannten Scherz der Äquatortaufe unterzogen und nach einander die Hauptstädte von Brasilien, Paraguay, Chile und Argentinien besucht. Daß der Eindruck der Anwesenheit einer solchen Persönlichkeit in jedem Falle eine nachhaltige Wirkung hinterläßt, versteht sich von selbst, aber es war eine Äußerung blassen Neides, wenn der Pariser „Temps" von einem „Botschafter der wirtschaftlichen Ausdehnung Deutschlands" sprach und die Südamerikaner vor der „deutschen Gefahr" warnte. Nun die Franzosen sind auf diesem Gebiete längst nicht mehr gefährlich, und selbst die mißgünstige englische Presse äußerte sich nicht in gleich taktloser Weise, obgleich ihr sicherlich die gleichzeitige Anwesenheit des stattlichen Kreuzergeschwaders unter Konteradmiral v. Rebeur-Paschwitz in den südamerikanischen Gewässern ein Dorn im Auge war.

Kurz vor ihrer Silbernen Hochzeit war am 11. Mai die Gattin des Reichskanzlers, Martha Elise v. Bethmann Hollweg, ihrem unheilbaren Leiden erlegen. Dem Reichskanzler gingen von allen Seiten, namentlich von den Monarchen und Staatsmännern des Dreibundes und den deutschen Fürsten, Beweise der herzlichsten Teilnahme zu. Der Kaiser und die Kaiserin, der Kronprinz mit Gemahlin wie die übrigen Prinzen sprachen persönlich ihr Beileid aus. — Am 24. wurde die Verlobung des Prinzen Oskar, des fünften Sohnes des Kaiserpaares, mit der Gräfin Ina Marie v. Bassewitz bekannt. Sie ist die Tochter des früheren Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin, Grafen v. Bassewitz-Levetzow, und war längere Zeit Hofdame der Kaiserin. Wie es hieß, habe sich diese bemüht, die Zustimmung ihres Gemahls zu dieser morganatischen Verbindung zu erlangen. — Am 27. feierte das Gardeschützenbataillon die Feier seines hundertjährigen Bestehens. Der Kaiser erschien persönlich und überreichte das Säkularband für die Fahne. Ganz Berlin nahm herzlichen Anteil an dem Feste seiner beliebten „Neufschandeller". — Am 7. Juni fand vor dem Kaiserpaar im Stadion bei Berlin eine große Vorführung des Turngaues Groß-Berlin statt. 11.000 Turner und Turnerinnen legten hervorragende Proben ihres Könnens in allen Arten von Leibesübungen ab, denen der Kaiser mit sichtlichem Interesse folgte. — Am 11. empfing der Kaiser in Potsdam den griechischen Gesandten Theodoki in Antrittsaudienz und hörte dann im Marmorsaale des neuen Palais mit dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern die ausgezeichneten Gesangsvorträge des schwedischen Olympiachores an. — Die politische Stimmung ließ sich in dieser Zeit ziemlich friedlich an, auch die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hatte in den ersten Tagen des Mai die „Entspannung der internationalen Lage" festgestellt. Man erblickte darin eine Folge der politischen Darstellungen des Grafen Berchtold in den Delegationen. Staatssekretär v. Jagow hielt freilich für nötig, am 14. im Reichstage einen scharfen Ton gegen das hetzerische Treiben der russischen Presse anzuschlagen. Ob indessen die Seele des letzteren wirklich in Rußland oder nicht etwa in Paris lebe, war nicht gut zu durchblicken. Man merkte nur, daß da wie dort viele Leute tätig waren, denen an einer Entspannung nicht das geringste gelegen war. Es war auffallend, daß an der Grenze der Reichslande französische Offiziere — auch Flieger — mehrfach die notwendige Korrektheit und den schicklichen Takt vermissen ließen. Das ließ sich doch nicht alles auf die geringere Disziplin im französischen Offizierskorps schreiben. In deutschen Blättern wurde vorgeschlagen, man solle endlich einmal ein Exempel statuieren. Auch das Spionagewesen wurde in Deutschland von französischer, russischer und englischer Seite in immer ausgedehnterem Maße betrieben und hatte schon eine Vorlage zur Verschärfung des Spionagegesetzes für den Reichstag veranlaßt. Aber sonst war der politische Himmel heiter, namentlich das Verhältnis zu England schien sich immer freundlicher zu gestalten, und für die Kieler Woche war bereits der Besuch eines englischen Geschwaders angesagt.

Daß aber gewisse Unruhestifter unausgesetzt tätig waren, ging aus den Erörterungen hervor, die die sattsam bekannte dreibundfeindliche Presse an die Tatsache knüpfte, daß Kaiser Wilhelm bei seinem bevorstehenden Besuche beim Erzherzog-

Thronfolger Franz Ferdinand in Konopischt vom Großadmiral v. Tirpitz, dem Organisator der deutschen Flotte, begleitet sein werde. Der deutsche Kaiser und der Erzherzog-Thronfolger sind als die Schöpfer und Förderer der Flotten ihrer Reiche bekannt, was konnte daran liegen, wenn bei einem ihrer Freundschaftsbesuche als Gast einer der bewährtesten Marinefachmänner zugezogen wurde? Deswegen würden doch Deutschland und Österreich-Ungarn keinen Seekrieg anfangen! Die späteren Ereignisse rechtfertigen die Vermutung, daß den damals noch geheimen Ränkeschmieden, die bereits den Weltkrieg vorbereiteten, das Gewissen schlug und sie sich ertappt fühlten und nun durch die ihnen dienstwilligen Federn einen Verdächtigungsfeldzug einleiteten, um die Schuld auf andere abzulenken. Der Besuch Kaiser Wilhelms hatte den Zweck, die großartigen Gartenschöpfungen des Erzherzogs einmal in voller Blütenpracht zu sehen, und Herr v. Tirpitz war schon im Vorjahre auf der Hofjagd in Springe mit dazu eingeladen worden. Es war doch auch politisch und marinetechnisch nichts abzusehen, was gerade jetzt in Konopischt auf Erledigung gedrängt hätte, aber in Petersburg und Paris wollte man allerlei wittern. Kaiser Wilhelm traf am 12. Juni, 9 Uhr vormittags, auf dem Bahnhofe Beneschau ein, wo er vom Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Gemahlin und den Kindern empfangen wurde. Der Bahnhof war prächtig geschmückt, aber offizieller Empfang fand nicht statt. Unter Kanonensalut erfolgte bei herrlichem Wetter die Fahrt nach Konopischt, wo zunächst ein Rundgang durch den Rosengarten gemacht und dann eine längere Fahrt durch den wundervollen Park unternommen wurde. Nach der Frühstückstafel um 1 Uhr wurde die Fahrt durch den großen Tierpark bis nach dem vom Erzherzog angelegten Musterdorf Zabrovesk fortgesetzt, das ein entzückendes Bild bot, und dann noch die Mustergutswirtschaft Chowjen und die daselbst gelegene alte Kirche, die der Erzherzog hat wiederherstellen lassen, mit ihrem weiten Rundblick besucht. Nachmittags waren noch verschiedene Gäste aus dem Hochadel der Sudetenländer angekommen, worauf der bisher mehr intime Aufenthalt einen festlicheren Anstrich erhielt. Samstag fand im großen Speisesaale ein prunkvolles Diner statt, die Tafel war mit Blumen aus Schönbrunn und dem Belvedere köstlich geschmückt. Nach dem Diner verabschiedete sich Kaiser Wilhelm und wurde vom Erzherzog-Thronfolger zum Bahnhofe begleitet. Sie schieden da in inniger Freundschaft von einander — sie hatten sich zum letzten Male gesehen! — Am folgenden Tage traf auch Graf Berchtold mit Gemahlin zum Besuch in Konopischt ein. Es wurde ihm zu Ehren große Tafel gegeben. Eigentlich hatte auch er während des Besuches des Kaisers Wilhelm eintreffen sollen. Weil aber schon die Anwesenheit des Großadmirals v. Tirpitz zu widerlichen Preßerörterungen Anlaß gegeben hatte, wurde die Ankunft des Grafen um einen Tag verschoben, damit nicht aus dem Zusammentreffen noch törichteres Geschwätz entstünde.

Am 17. Juni wurde in Gegenwart des Kaisers der Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin feierlich eröffnet. Der neue Kanal, an dessen Bau zehn Jahre gearbeitet wurde, führt nun den Namen Hohenzollern-Kanal. Der Festakt fand bei Schleuse 3 in der Nähe von Niederfinow statt, die Weiherede hielt der Verkehrsminister v. Breitenbach. Der Kaiser beteiligte sich an der Festfahrt auf seinem Dampfer „Alexandria" bis Eberswalde. — Am 19. wurde die Ernennung des Unterstaatssekretärs v. Eisenhart-Rothe zum Oberpräsidenten der Provinz Posen bekanntgemacht. An demselben Tage hatte sich Kaiser Wilhelm nach Hannover begeben und war auf der Fahrt nach dem Schlosse von dem sehr zahlreichen Publikum freudig begrüßt worden. Er machte vormittags der Wanderausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft einen eingehenden Besuch, währenddessen ihm u. a. auch das Freiturnen von 2700 Schülern und Schülerinnen vorgeführt wurde, und besichtigte nach dem Frühstück beim kommandierenden General v. Emmich die neue Funkspruchstation in Eilvese. Nach der Besichtigung seines Ulanenregiments Nr. 13 in der Vahrenwalder Heide am nächsten Vormittag fuhr er um halb 11 Uhr im Automobil nach Hamburg, das sich für den Besuch festlich geschmückt hatte. Er wurde auf der Fahrt zur „Hohenzollern" von der Menge jubelnd begrüßt und an der Landungsbrücke vom Bürgermeister Dr. Predoehl im Namen der Stadt feierlich empfangen. Um halb 3 Uhr fuhr er auf der Stadtjacht „Hamburg" durch den mit Schiffen im vollen Flaggenschmuck prangenden Hafen nach der Werft von Blohm und Voß, wo der Stapellauf des dritten von der Hamburg-Amerika-Linie gebauten Riesendampfers der „Imperator"-Klasse vor sich gehen sollte. Dieses nun größte Schiff der Welt hatte noch keinen Namen, und der Kaiser war gebeten worden, ihm diesen zu geben, worauf man in Deutschland gespannt war, denn irgend ein symbolischer Name war zu erwarten. Die beiden fertigen Schwesterschiffe hießen „Imperator" und „Vaterland". Nach der Taufrede des Bürgermeisters Dr. Predoehl trat die Gräfin Hanna v. Bismarck, die älteste Enkelin des Altreichskanzlers, vor und sagte: „Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers taufe ich dich ‚Bismarck'." Die Kunde davon ging wie ein Freudenschauer durch ganz Deutschland. Es mag ja nicht alles geschichtlich begründet sein, was im deutschen Volke mit dem Namen Bismarck verknüpft wird, aber was es dabei empfindet und denkt, das fällt genau mit seinen Anschauungen von der Herrlichkeit des Reiches, von der Macht und Einigkeit des Vaterlandes zusammen. Dieses unübertroffene Werk deutscher Schiffsbaukunst war allein würdig, den volkstümlichen Namen Bismarck zu führen! Kaiser Wilhelm hatte wieder einmal richtig in der Seele seines Volkes gelesen. Am folgenden Tage besuchte er mittags die Gartenbauausstellung in Altona und wohnte nachmittags dem Auguste-Viktoria-Jagdrennen auf der Rennbahn in Horn bei. Am Montag verließ der Kaiser nach einem Frühstück beim Generaldirektor Dr. Ballin Hamburg und fuhr nachmittags auf der „Hohenzollern" nach Brunsbüttel, um an den Wettfahrten auf der Unterelbe teilzunehmen. Beim Regattadiner am Dienstag kam er in seiner Rede abermals auf Bismarck zurück und mahnte an die heilige

Pflicht, sein Erbe weiter zu verwalten im großen und kleinen für unser Vaterland. Er bekannte sich auch zu dem bekannten Worte Bismarck vom 6. Februar 1888, das er für uns als Richtschnur für unser Leben und Handeln aufnahm und in der etwas abgeänderten Form wiedergab: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst absolut nichts und niemanden auf der Welt." — (Es war sechs Wochen vor Kriegsausbruch.)

Mittwoch den 24. fuhr der Kaiser durch den Kaiser Wilhelm-Kanal nach Holtenau, wo aus Anlaß der Vollendung der Erweiterungsbauten eine größere Feierlichkeit stattfand. Auf der Mittelmauer der Schleusenanlagen in Holtenau hatte Staatssekretär Dr. Delbrück mit den Spitzen der Marinebehörden sowie anderen Gästen Aufstellung genommen und hielt die Eröffnungsrede. Der Kaiser richtete an die aus diesem Anlaß mit Auszeichnungen bedachten Persönlichkeiten freundliche Ansprachen. Hierauf kehrte er auf die „Hohenzollern" zurück, die nun als erste die Schleuse durchfuhr und zum Zeichen der Eröffnung ein quer darüber gespanntes Band durchschnitt, während die deutschen und britischen Kriegsschiffe samt den Hafenbatterien Salut feuerten und oben in den Lüften das Marineluftschiff L 3 und mehrere Wasserflugzeuge kreuzten. Das britische Geschwader unter Kommando des Vizeadmirals Warrender bestand aus vier Linienschiffen und drei Kreuzern — die ersteren von den größten Verhältnissen — und war schon vor zwei Tagen eingetroffen. Prinz Heinrich als Generalinspektor der Marine, der Marinechef der Ostseestation Admiral v. Cörper und der Flottenchef Admiral v. Ingenohl hatten auf dem Flaggschiff „King George V." ihren Besuch gemacht. Die Anwesenheit des Geschwaders hatte begreiflicherweise allerhand Erörterungen in der Presse veranlaßt, die auch den gleichzeitigen Besuch eines anderen englischen Geschwaders in Kronstadt mit in Betracht zogen. Allgemein sah man darin die Bestätigung der besseren Beziehungen zwischen Deutschland und England und somit eine Friedensbürgschaft. Auch die englischen Zeitungen äußerten sich in diesem Sinne. Es gab aber doch auch Leute, denen nicht entging, daß der Besuch nur auf Einladung des Kaisers erfolgt sei und demnach nicht gut abgelehnt werden konnte, daß dagegen die gleichzeitige Entsendung eines Geschwaders nach Kronstadt unmißverständlich erkennen ließ, daß von einer Schwenkung in der Politik keine Rede sei. Kaiser Wilhelm empfing nachmittags auf der „Hohenzollern" den englischen Vizeadmiral mit seinen Schiffskommandanten zur Meldung. Abends war an Bord der „Hohenzollern" Hoftafel für die deutschen Kommandeure und Spitzen der Behörden. Am folgenden Mittag machte Kaiser Wilhelm dem Admiral Warrender auf dessen Flaggschiff, das die Flagge des Kaisers als die eines englischen Großadmirals gehißt hatte, einen Besuch und besichtigte die in Parade aufgestellte Mannschaft. Abends gab er an Bord der „Hohenzollern" eine Abendtafel zu Ehren der Offiziere des britischen Geschwaders, wobei er seine bekannte hinreißende Liebenswürdigkeit entwickelte. Gleichfalls zu Ehren der Mannschaften des englischen Geschwaders hatte die Stadt Kiel nachmittags auf dem städtischen Sport- und Spielplatz ein Sportfest veranstaltet, an dem zu gleichen Teilen die deutschen und britischen Mannschaften sowie eine Anzahl bürgerlicher Sportvereine um die Preise kämpften. Oberbürgermeister Dr. Lindemann hielt eine Ansprache, in der er die guten Beziehungen zwischen beiden Reichen für alle Zukunft betonte. Bei der Preisverteilung gegen Schluß des Festes war auch Prinz Heinrich zugegen. Überhaupt hatten sich die Marineverwaltung wie die Stadtvertretung bemüht, den fremden Offizieren und Mannschaften den Aufenthalt so angenehm als möglich zu machen. Auch über See hat ja stets zwischen deutschen und britischen Marinemannschaften ein Verhältnis gegenseitiger Achtung bestanden, wie es nicht zwischen allen Flotten üblich ist.

Am folgenden Tage begann in Kiel die Düppelfeier. Die Erinnerung an die vor fünfzig Jahren erfolgte Befreiung Schleswig-Holsteins hatte schon zu zahlreichen festlichen Veranstaltungen Anlaß geboten. Bereits am 6. Januar war mit großen Festlichkeiten in Schleswig ein Befreiungsdenkmal enthüllt worden, wozu auch österreichisch-ungarische Regimenter eingeladen worden und durch Abordnungen vertreten waren. Der Gedenktag der Erstürmung der Düppelstellung am 18. April war an sehr vielen Orten, namentlich in den Kreisen des Heeres, festlich begangen worden, und der Kaiser hatte von Korfu aus eine Kundgebung an das Heer erlassen, in der es hieß: „Ein Werk von weltgeschichtlicher Bedeutung war vollbracht, für Preußen eine neue Zeit angebrochen!" und die schloß: „Die Taten der Väter leben im Gedächtnis der Söhne und Enkel. Ich weiß, daß diese es jenen in treuer Hingebung an mich und das Vaterland gleichtun werden, wenn jemals feindliche Hand das mit so teuren Opfern Errungene antasten sollte." Eine Kundgebung an die Flotte gedachte des Heldenmutes der damals kleinen preußischen Flotte und sprach das Vertrauen auf die jetzige Marine aus, „welche mit größeren Mitteln Größeres leisten wird, wenn sie wieder einmal zu einer Waffenentscheidung aufgerufen wird." Die Hauptfeier war der Jahreszeit halber auf den Erinnerungstag der Erstürmung von Alsen verlegt worden und sollte vom 27. bis 29. Juni in Sonderburg stattfinden. Alle noch lebenden Kriegsteilnehmer von damals waren eingeladen, und das unter dem Protektorate des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein stehende Komitee veranstaltete zugleich eine großartige Düppel-Gedächtnisausstellung in Sonderburg. Die dahin reisenden Düppelstürmer trafen in ihrer Mehrzahl am 26. Juni in Kiel ein und waren da wie auch sonst auf der Reise der Gegenstand herzlicher Verehrung und besonderer Auszeichnung. Auch die am ersten Düppelsturm von 1848 beteiligten bayrischen Regimenter hatten Abordnungen gesandt. Alle wurden in Kiel gastlich aufgenommen und in feierlichen Aufzügen in die festlich geschmückte Stadt geleitet. Unter den Gästen befanden sich auch zahlreiche Kriegsteilnehmer von 1864 aus Österreich-Ungarn. Abends gegen 7 Uhr nahmen die Veteranen zu einer Huldigung für den Kaiser Aufstellung am Strandwege. Es waren weit über tausend an Zahl, Ge-

neräle und Herren in Zivil mit hohen Orden, unter ihnen der frühere Minister v. Podbielski, eine große Anzahl von Offizieren und die vielen anderen, alle geschmückt mit der Kriegsdenkmünze und einem Lorbeerkranze. Der Kaiser in Admiralsuniform kam aus dem Portal des kaiserlichen Jachtklubs, schritt die Front ab, indem er jede Gruppe mit „Guten Abend, Veteranen!" grüßte, was kräftig erwidert wurde, und sprach viele der alten Leute an. Dann folgte unter den Klängen des Düppelmarsches der Vorbeimarsch, den die alten Düppelstürmer, keiner unter 70 Jahren, an der Spitze die Generäle und dann die Österreicher, mit erstaunlicher Frische ausführten. Der Kaiser grüßte andauernd und unterhielt sich dann mit den Generälen und einigen Invaliden. Abends veranstaltete die Studentenschaft zu Ehren der Veteranen einen Fackelzug, an den sich eine von der Stadt gegebene Begrüßungsfeier anschloß.

Die Kreuzer „Stettin", „Danzig", „Augsburg" und „Stuttgart" brachten am nächsten Tage die Veteranen nach dem überaus festlich geschmückten Sonderburg. Sie wurden, jetzt zweitausend an der Zahl, von der Stadt festlich bewirtet. Unter den 50 Offizieren befanden sich die Generalfeldmarschälle Graf Häseler und v. d. Goltz sowie die Generäle v. Podbielski und v. Egloffstein. Die Eröffnung der Ausstellung nahm Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein vor, dann folgten Fahrten nach den benachbarten Schlachtfeldern und zum Schluß ein Begrüßungsabend in den Festzelten. Der folgende Hauptfesttag (Sonntag) brachte zunächst eine turnerische Huldigung der schleswig-holsteinischen Jugend für die Veteranen, dann folgte ein großartiger Festzug nach dem Düppeldenkmal, wo nach einem Feldgottesdienst Feldmarschall Graf Häseler die Erinnerungsrede hielt. Prinz Heinrich begrüßte die fremdländischen Offiziere und Abordnungen, die Österreicher besonders, und schloß mit einem Hoch auf die Düppelstürmer. Nach der Niederlegung von Kränzen am Denkmal besuchten die Veteranen die Schlachtfelder und kehrten nach Sonderburg zurück, wo ihnen zu Ehren Gastmähler veranstaltet worden waren. Herzog Ernst Günther hatte im Namen der Festteilnehmer ein Huldigungstelegramm an den Kaiser Franz Josef abgesandt, der herzlich für das Zeichen treuen Gedenkens danken ließ. Nachmittags folgte noch ein Huldigungszug der Jugend für die Veteranen. Am nächsten Tage besuchten diese das Schlachtfeld bei Arnkiel, wo wieder Graf Häseler sprach, und kehrten dann nach Sonderburg zurück, wo nach dem gemeinschaftlichen Abendessen die Abreise erfolgte. Flensburg, Altona und Hamburg wetteiferten, ihnen auf der Heimfahrt Ehren zu erweisen.

Am 27. Juni hatte die Stadt Kiel im Rathause den Admiralen und einer Anzahl Offiziere der deutschen und englischen Flotte ein Frühstück gegeben, bei dem Oberbürgermeister Dr. Lindemann, Admiral Warrender und Großadmiral v. Köster mit sehr warmen Worten die Fortdauer des freundschaftlichen Wettbewerbes der beiden Reiche empfahlen. In die friedliche Stimmung fiel am folgenden Nachmittag zerschmetternd die Schreckenskunde von der Greueltat in Serajewo. Die Kieler Woche war damit zu Ende. Tief erschüttert durch den plötzlichen und unter so abscheulichen Umständen erfolgten Verlust des treuesten Freundes, mit dem gemeinsam er noch manches Lebenswerk zu vollbringen gehofft hatte, kehrte der Kaiser nach Potsdam zurück. Seine anfängliche Absicht, an den Beisetzungsfeierlichkeiten in Wien teilzunehmen, wurde durch gewisse, mit den letzten Verfügungen des Verewigten in Verbindung stehende Anordnungen und durch ein leichtes Unwohlsein unausführbar gemacht. Er traf am 6. Juli nachmittags wieder in Kiel ein, wo ihn die Bevölkerung mit großer Teilnahme begrüßte, und nahm noch einige Besichtigungen an der Kaiserwerft und den Schleusenanlagen bei Holtenau vor. Am folgenden Tage früh 6 Uhr trat er seine Nordlandsfahrt an, die ihn bei leidlichem Wetter am 8. nach Odde und am 9. nach Bergen führte. Am 11. wurde Baalestrand zu längerem Aufenthalt erreicht, währenddessen sich nichts von früheren Jahren Abweichendes ereignete. Norwegische Blätter bemerkten beifällig, daß es die fünfundzwanzigste Nordlandsreise des Kaisers sei. Auf die Kunde vom Eintreten Rußlands für Serbien kehrte er am 25. von Balholmen zurück und traf schon in der Nacht zum 27. in Kiel ein. Als er am nächsten Vormittag zum Bahnhof fuhr, begrüßte ihn die Bevölkerung mit Hurra- und Hochrufen und sang vaterländische Lieder. Wie er Tags darauf nach Berlin kam und die Ereignisse sich schon deutlicher zuzuspitzen begannen, war die patriotische Stimmung noch wärmer, und der Kaiser wie die gesamten Mitglieder der kaiserlichen Familie wurden bei jeder Gelegenheit stürmisch begrüßt. Daß der Kaiser um die Erhaltung des Friedens bemüht war, wußte man und noch dachte niemand an den Krieg, aber noch weniger daran, den treuen Verbündeten im Stich zu lassen. Wenn es Österreich-Ungarn gilt, dann gilt es auch uns — davon war man allgemein überzeugt und erinnerte sich des Wortes, das der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg während der letzten Balkankrise im Reichstage gesprochen hatte: „Wird Österreich-Ungarn in seiner Großmachtstellung bedroht, so wäre dies ein Fall, in dem auch Deutschland fechten müßte." Kriegslustig war keine Seele, aber felsenfest stand das Vertrauen, das man in Kaiser und Kanzler setzte, die schon das Rechte treffen würden, und war die Entschlossenheit, in jedem Falle auf Gedeih und Verderb hinter ihnen zu stehen.

Da aus dem Gewirr der Zeitungsnachrichten nicht klug zu werden war, verfolgte man die Vorgänge in der kaiserlichen Familie, um daraus sichere Schlüsse zu ziehen. Am 31. Juli nahm der Kaiser mit seinem Hause gemeinsam das heilige Abendmahl, darauf folgte im Schlosse Bellevue in aller Stille die Vermählung des Prinzen Oskar mit der Gräfin Ina Marie v. Bassewitz. Den Kaiser, wie die Kaiserin sowie die Prinzen umbrauste während der Rückfahrt der Jubel der Bevölkerung. Es war die erste Kriegstrauung, der bald Tausende folgen sollten. Vorher hatte der Kaiser, der mit der Kaiserin und dem Prinzen Adalbert an einem Fenster des Schlosses erschienen war, den im Lustgarten stürmisch drängenden Massen gesagt:

„Eine schwere Stunde ist heute über Deutschland hereingebrochen. Neider überall zwingen uns zu gerechter Verteidigung. Man drückt uns das Schwert in die Hand. Ich hoffe, daß wir, wenn es nicht in letzter Stunde meinen Bemühungen gelingt, die Gegner zum Einsehen zu bringen und den Frieden zu erhalten, das Schwert mit Gottes Hilfe so führen werden, daß wir es mit Ehren wieder in die Scheide stecken können. Enorme Opfer an Gut und Blut würde ein Krieg vom deutschen Volke fordern, den Gegnern aber würden wir zeigen, was es heißt, Deutschland anzugreifen. Und nun empfehle ich Euch Gott. Jetzt geht in die Kirche, kniet nieder vor Gott und bittet ihn um Hilfe für unser braves Heer." Die Kundgebungen in der Umgebung des Schlosses dauerten bis Mitternacht fort, aber die dichten Massen hielten sehr gute Ordnung. Als die Prinzen oben vom Balkon andeuteten, daß ihr Vater sprechen wolle, trat mit einem Male lautlose Stille ein, und Kaiser Wilhelm sprach die oben angeführten Worte. Nach den ersten Sätzen löste sich die gesamte Spannung der letzten Tage mit einem urgewaltigen jauchzenden Hurra von der Seele der ungeheueren Menge. Dann trat wieder Ruhe ein, und der Kaiser konnte zu Ende sprechen. Er grüßte und verschwand hinter der Glastür. Auf dem Platze aber blieb eine heilige Stimmung zurück. Wildfremde Männer drückten einander die Hand; sie sind alle, alle einig und entschlossen für Kaiser und Reich. Die großen Entscheidungstage von 1870 haben sich wiederholt, aber noch größer, herrlicher! — Kaiser Wilhelm II. steht auch seinem Volke persönlich viel näher wie einst sein Großvater.

Der Reichstag.

Wenn man die Tätigkeit des Reichstages bis zum 20. Mai mit der in den beiden Kriegssitzungen am 4. August und am 2. Dezember vergleicht, so sollte man meinen, daß eine ganz verschiedene Zusammensetzung stattgehabt haben müsse. Und doch war dem nicht so: es waren dieselben Menschen. Zuerst freilich getragen von der sogenannten öffentlichen Meinung, oder genauer, von dem, was die Milieupresse selbstgefällig dafür ausgibt, woran sie seit Jahrzehnten nach den abgelebten Dogmen des veralteten Liberalismus der Dreißiger- und Vierzigerjahre des vorigen Jahrhunderts arbeitet und doch nichts hervorgebracht hat, als das widerwärtige Parteitreiben der Gegenwart und eine unverkennbare Niederhaltung, Verwirrung und Verfälschung der wirklichen Volksstimmung. Denn diese hat sich ganz unabhängig von jenen, dem Auslande entlehnten Theorien bodenständig entwickelt, kommt aber für gewöhnlich nicht zur Geltung, denn weder die Presse noch der Reichstag dienen ihr. Dessen Mitglieder leben eben der Mehrzahl nach „nur zwischen Häusern und Zeitungen", wie einst Bismarck treffend sagte, und wissen von der wirklichen Volksmeinung blutwenig. Das hatte auch am 4. Dezember v. J. zu der merkwürdigen Mißtrauenskundgebung gegen den Reichskanzler geführt. Unter diesem, allerdings durch die darüber enttäuschte Volksstimmung bereits stark gemäßigten Eindruck begann der Reichstag nach Neujahr seine Tätigkeit wieder, wenn man seine Vielrednerei so nennen will.

Aus sehr verschiedenen Beweggründen mußte noch einmal Zabern daran, und so kam es denn am 23. Januar darüber wieder zu einer längeren Rederei. Die Tribünen des Hauses waren zwar ziemlich dicht besetzt, aber wer etwa eine Wiederholung der Vorgänge im Dezember erwartet hatte, kam nicht auf seine Rechnung. Wohl versicherten der Sprecher des Zentrums (Fehrenbach) und der Nationalliberalen (Bassermann), daß sie kein Wort von dem damals Gesagten zurücknähmen, aber der Reichsparteiler Schultz hatte ganz recht, wenn er sagte, der Reichstag sei heute nicht wiederzuerkennen. Selbst der Begründer der sozialdemokratischen Interpellationen, der Schönredner der Partei, Abg. Frank, enttäuschte durch seine Langatmigkeit, die er durch gewagte Witzeleien und unverschämte, auf der Reichstagstribüne ungestraft bleibende Angriffe auf den Kronprinzen zu würzen suchte. Der Präsident Dr. Kämpf hatte wieder einmal keine Ohren dafür, und erst die Blicke des Reichskanzlers veranlaßten ihn, den Redner zur Mäßigung zu ermahnen. Sofort ergriff Herr v. Bethmann Hollweg das Wort, um in scharfer Weise die Angriffe auf den Kronprinzen zurückzuweisen. „Diese Worte atmen den Haß, von dem die Sozialdemokratie erfüllt ist (Lärm bei den Sozialdemokraten), den Haß, der sie gegen jeden soldatischen Geist erfüllt. Der Herr Vorredner hat behauptet, daß der deutsche Kronprinz in intimer Freundschaft mit den Verächtern der Verfassung, mit Staatsstreichhetzern stehe. Das ist ein unerhörter Vorwurf, den ich mit aller Entschiedenheit hiemit zurückweise." (Große Unruhe links, lebhafter Beifall.) Nach der Begründung der fortschrittlichen Interpellation durch den Abg. Dr. v. Liszt gab der Reichskanzler über die Sachlage ausführliche Darlegungen, die selbst bei den Sozialdemokraten nur vereinzelten und nicht einmal besonders heftigen Widerspruch fanden, im übrigen aber ruhig angehört wurden. Er ließ sich auch angelegen sein, dem an die Vorgänge in Zabern angeknüpften Versuch, Zwietracht zwischen Nord und Süd zu stiften, entgegenzutreten. Ferner wendete er sich gegen die Angriffe auf die konfliktslüsterne „Soldateska", die doch dem deutschen Volke über ein Menschenalter ein Hort des Völkerfriedens gewesen sei. „Ich verfolge die ausländische Presse ziemlich genau und ich habe noch kein anderes Land gefunden, in dem bei dem Dissensus der Meinungen die Opposition im Kampfe gegen die Regierung sich zur Befestigung ihrer Stellung als Eideshelfer der ausländischen Presse bedient. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Das scheint uns Deutschen vorbehalten zu sein. Den Ruhm, daß unsere Armee ein Volksheer wie wohl kein zweites in der Welt ist, den Glauben, daß dieses Volksheer die Nation jung und gesund erhalten wird, weil es jeden jungen Deutschen in sich aufnimmt und ihm Pflichttreue, Disziplin, Königsliebe einimpft; die Gewißheit, daß uns diese Tugenden bitter notwendig sind, wenn wir unsere Stellung in der Welt aufrechterhalten wollen, alles das werden wir uns nicht rauben lassen, weil — nun, meine Herren,

weil an einem einzigen Orte des großen Deutschen Reiches sich Dinge abgespielt haben, deren Wiederkehr kein Mensch wünscht." (Lebhafter Beifall der bürgerlichen Parteien, Zischen der Sozialdemokraten.) Auf Antrag des fortschrittlichen Abg. Müller-Meiningen wurde zwar die Eröffnung der Debatte beschlossen und die Fraktionsredner sagten ihr Parteisprüchlein her, aber die Sache ging aus, wie das Hornberger Schießen, weil sie kein Pulver mehr hatten. Nur der Abg. Ledebour hatte sich noch einen Ordnungsruf zugezogen, weil er, erbittert über das Abrücken aller Parteien, seinem sozialdemokratischen Grimme wieder in übermäßig haßerfüllten Ausdrücken Luft machte. Das Fazit war schließlich, daß der Reichstag mit dieser zweiten Behandlung der Zaberner Affäre seinem Ansehen gar nichts genützt, aber im ganzen dem Reiche mehr Schaden zugefügt hat, als es die Vorgänge selbst je vermocht hätten. Auf solche und frühere Vorgänge im Reichstage und auf die vorbereitenden und begleitenden Ausführungen der sozialdemokratischen Blätter und der Milieupresse dazu, stützt sich im Auslande die Fabel vom „Militarismus" im Deutschen Reiche.

Die Auseinandersetzung hatte mit der Auflösung der großen Koalition gegen den Reichskanzler geendet, die in den üblichen Parteienstreit ausgemündet war. Dieser beherrschte auch weiter die Verhandlungen in der verderblichsten Weise, der Gegenstand der Beratung war dabei vollkommen Nebensache. Das Resultat waren endlose Etatsdebatten, die die Fertigstellung dieser wichtigsten Aufgabe statt im März erst nach Mitte Mai ermöglichten, im übrigen ein ganz geringes Ergebnis an fruchtbringender Arbeit. Eine Tagung, die in der Geschichte der deutschen Volksvertretung kein Ruhmesblatt ausfüllt. Gleichwohl fehlte es nicht an Beratungsstoff, und wenn sich auch die Herren Abgeordneten nicht weniger als einen Monat Osterferien gönnten, so waren sie doch keineswegs etwa faul, aber sie hatten so sehr viel anderes Wichtige zu tun. Sie mußten sich mit sozialdemokratischen Enthüllungen beschäftigen, obgleich jedermann im voraus wußte, daß davon bei näherer Prüfung kaum mehr übrigbleiben würde, als eine Bloßstellung des deutschen Namens vor dem Auslande und eine Schädigung der deutschen Industrie, also auch der deutschen Arbeiter. Sie hatten ferner am Heere herumzumäkeln, das freilich noch immer kein Parlamentsheer ist und auch nie werden wird. Sie mußten republikanisch geschwollene Reden anhören, von denen eine mit einem Hoch auf jenes Land schloß, das unaufhörlich zum Revanchekrieg rüstete, sie durften sich entrüsten über das preußische Wahlrecht, das freilich erfolgreich verhindert, daß nicht auch im Abgeordnetenhaus zu Berlin eine „liberale" Mehrheit um zwei Stimmen sitzt, die mit Unterstützung der wieder unter ihr die Majorität bildenden Sozialdemokraten einen Präsidenten wählt, der gegen eine „mäßige" Beschimpfung des Kronprinzen nichts einzuwenden hatte. Der Terrorismus der Sozialdemokraten drückte auf das ganze Haus samt dem von ihr abhängigen Präsidium. Die Sozialdemokratie benützt aber die Parlamentstribüne grundsätzlich nur zur Förderung ihrer Parteiagitation, Budget und alles übrige ist ihr höchst gleichgültig, und sie fürchtet nur die Auflösung, die trotz aller Wahlbündnisse mit der Linken bei gewissen Volksstimmungen für sie verderblich ausfallen würde. Mit der sachlichen Beratung hat es da seine guten Wege. Dazu kommt noch der Mißbrauch, der insbesondere von der Linken mit den kleinen Anfragen und Interpellationen getrieben wird, von denen namentlich die letzteren gar nicht den Zweck verfolgen, etwa die Meinung der Regierung zu erfahren, sondern nur Gelegenheit zum Reden schaffen sollen. Da nun in jedem solchen Falle jede der zahlreichen Parteien mindestens einen Redner, häufig aber auch eine zweite Garnitur vorschickt, so wird oft über einen Gegenstand, der in einer halben Stunde erschöpfend zu erledigen wäre, eine halbe Arbeitswoche verschwatzt, weil das Redebedürfnis der Parteien — man sagt freilich: die Parteiehre — es so verlangt. Daß darin eine „größere Selbstzucht der Fraktionen" Platz greifen müsse, hat im März selbst der nationalliberale Führer Bassermann zugestanden, im übrigen aber die Schuld auf die Regierung geschoben. Damit dürfte er bei der „liberalen Mehrheit" wohl mehr Zustimmung gefunden haben, wie mit der „Selbstzucht". Man hat später nichts von ihr bemerkt, dagegen konnte sich die Milieupresse in Vorwürfen gegen die Regierung wegen der Ergebnislosigkeit der Reichstagsberatungen gar nicht genugtun.

Als der Reichstag in die Osterferien ging, hatte er nur drei unbedeutende Vorlagen erledigt, und als er am 20. Mai geschlossen wurde, war er eben erst (am 19.) mit der Budgetberatung fertig geworden und hatte nur noch die Vorlagen über die Konkurrenzklausel und die Spionage sowie das Duellgesetz und eine Abänderung des Militärstrafgesetzes fertiggebracht. Die Besoldungsvorlage hatte zwar auch alle drei Beratungen hinter sich, ist aber trotzdem gescheitert, weil sie in einer Fassung angenommen wurde, die vom Bundesrat als unbedingt unannehmbar bezeichnet wurde. Eine ganze Reihe wichtiger Sachen ist unerledigt geblieben, so der seit zwei Jahren vorliegende Entwurf eines Petroleummonopols, das Jugendgerichtsgesetz, die Altpensionärvorlage, das Luftverkehrsgesetz, die Vorlage wegen der Schundliteratur u. a. Dagegen lehnte die Mehrheit des Zentrums und der Sozialdemokraten am 5. März wieder die Ostmarkenzulage ab, am 13. gab es infolge einer Interpellation des Zentrums abermals eine Debatte über das Duell, die übrigens versöhnlicher verlief als die letzte, aber trotz der geschickten und entgegenkommenden Ausführung des Kriegsministers v. Falkenhayn die unbestreitbare Tatsache nicht aus der Welt schaffen konnte, daß ein Offizier, der ein Duell ausgeschlagen hat, doch vor der Front von zwanzigjährigen Männern schlechthin unmöglich ist. Das läßt sich mit den schönsten parlamentarischen, juristischen und prinzipiellen Erörterungen nicht beseitigen. Von Duellunfug kann man im übrigen in Deutschland wahrhaftig nicht reden, und am wenigsten im Heere. Die Herren Abgeordneten hatten überhaupt für viele außerhalb ihrer dringlichen Aufgaben liegende Dinge immer viele Zeit. So konnten sie an einem Tage allein fünf Stunden über die Impf-

frage und an einem anderen fast die ganze Sitzung hindurch über den Verfassungsstreit in Mecklenburg reden.

Größeres Interesse erregte bloß die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes, der erst am 14. Mai daran kam, gerade als Herr v. Bethmann Hollweg sich wegen des Trauerfalles in seiner Familie durch den Staatssekretär v. Jagow vertreten ließ. Dessen Ausführungen atmeten den Geist eines durch diplomatische Vorsicht gemilderten Optimismus und gaben der Genugtuung Ausdruck, daß eine allgemeine Entspannung der internationalen Lage eingetreten sei. Auch in bezug auf Rußland sah er keinen Grund zur Beunruhigung, da die amtliche Politik des Nachbarreiches ebenso wie die amtliche Politik Deutschlands von der Überzeugung beseelt sei, daß friedliches Miteinanderarbeiten die einzige ersprießliche Politik sei. Wie wenig ihm aber gewisse Strömungen in Rußland unbekannt waren, das ging aus der Schärfe hervor, mit der er Kritik an dem gereizten und aufgeregten Gebaren der russischen Presse übte. Er bezeichnete sogar einen solchen Pressekrieg als ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Bei der Beurteilung der Balkanverhältnisse fiel der fast herzliche Ton auf, mit dem der Staatssekretär Rumäniens gedachte. Seine Auffassung, daß künftig Deutschland und England Hand in Hand eine Politik des beiderseitigen Einverständnisses und der beiderseitigen Interessen treiben würden, wurde auf allen Seiten des Hauses geteilt. Da die Regierung überhaupt in allen auswärtigen Fragen mit dem Reichstage übereinstimmte, so war es natürlich, daß die Ausführungen des Staatssekretärs mit Befriedigung aufgenommen wurden und daß die Redner aller bürgerlichen Parteien dies auch zum Ausdruck brachten. Nur der sozialdemokratische Redner Wendel wußte alles besser und erging sich namentlich vom einseitigsten Parteistandpunkte aus in einer erhitzten Lobrede auf die französische Republik. Im übrigen war aber der Reichstag sehr wenig zufrieden mit der Reichsregierung und dem Bundesrat. Die ewig Saumseligen schoben der Regierung dafür die Schuld zu, die große Mehrheit, die unter Toben und Schreien dem Reichskanzler ein sachlich durchaus unbegründetes Mißtrauensvotum angehängt hatte, lärmte jetzt über Rücksichtslosigkeit und Vernachlässigung, weil die Regierung mit der Erklärung hinhielt, ob sie den Reichstag wieder bloß vertagen oder förmlich schließen werde, womit auch die Eisenbahnfreikarten der Abgeordneten erlöschen. Es wurde behauptet, die Regierung benütze das als Druckmittel, um in den Fragen der Militärgerichtsbarkeit und des Besoldungsgesetzes ihr annehmbare Beschlüsse zu erlangen. In der ersteren Angelegenheit ist das erreicht worden, weil Nationalliberale, Fortschrittler und Zentrum sich klarmachten, daß es doch besser wäre, nicht wegen der Taube auf dem Dache den Sperling in der Hand fahren zu lassen, und bei der Schlußabstimmung waren selbst die Sozialdemokraten damit zufrieden. Die Besoldungsvorlage ist leider gescheitert. Der ganze Reichsetat ist trotz der monatelangen Debatten um ganze 842.655 Mark gekürzt worden bei einer Gesamthöhe von 3.497,930.350 Mark.

So wurde der Reichstag am 20. Mai unter sehr wenig erfreulichen Umständen geschlossen. Auch die Schlußsitzung brachte noch einen Skandal. Während bisher die Sozialdemokraten sich vor dem Hoch auf den Kaiser immer aus dem Saal entfernt hatten, blieben sie diesmal, wie schon vorher bei der Verlesung der kaiserlichen Botschaft, demonstrativ sitzen. Bei den bürgerlichen Parteien war die Entrüstung allgemein, aber der Präsident Dr. Kämpf, der seinem Bedauern darüber Ausdruck geben wollte, wurde mit den wüstesten Schimpfworten überschüttet, noch bevor er zu Ende gesprochen hatte. Es lag ja wohl auf der Hand, daß die Genossen im Hause den Genossen draußen, die seit einem Jahre so auffällig lau geworden waren, mit ihrem neuen Auftreten etwas bieten wollten, aber auf der anderen Seite sah man doch ein, daß es so nicht weiter gehen könne und daß etwas geschehen müsse. Der Reichstag war aber dazu unfähig, nicht allein wegen seiner dermaligen Zusammensetzung, sondern auch wegen seiner Geschichte. Er hat von jeher zwischen Verfassungsbestimmungen unterschieden, die der liberaldemokratischen Mehrheit paßten oder nicht. Verstöße gegen erstere hat er von seinen Mitgliedern stets geduldet, war dagegen immer höchst empfindlich, wenn auch nur die Vermutung vorlag, daß seine Lieblingsverfassungsbestimmungen bedroht sein könnten. Seine Befugnis, über Verletzungen der Verfassung zu richten, hatte er dadurch verwirkt und eingebüßt. Eine Verfassung ist nicht unveränderlich. Enthält sie Bestimmungen, die sich im Laufe der Zeiten als ungeeignet erwiesen haben, so sollen und müssen sie abgeändert werden; solange sie aber bestehen, müssen sie mit demselben Recht gelten wie alle übrigen. Hätte sich der deutsche Reichstag von vornherein auf diesen Standpunkt gestellt und als Hüter der Verfassung erwiesen — namentlich auch gegen seine Mitglieder, über die nach der Verfassung kein anderer Richter gestellt ist —, so würde er im Staatsleben das höchste Ansehen genießen, und jedenfalls säßen heute nicht 111 Sozialdemokraten auf seinen Bänken. Diese würden sich jetzt auch einen Richterspruch von den bürgerlichen Parteien, da ohnehin die ganze Linke von ihren Stichwahlstimmen abhängig war, gar nicht gefallen lassen. Vom Reichstage war demnach keine Abhilfe zu erwarten, um so weniger, da er eine „liberale" Mehrheit von zwei Stimmen besaß, die von „Scheidemann bis Bassermann" ängstlich behütet wurde. Es wurde auch vorgeschlagen, den Verhöhnern der Verfassung strafrechtlich zu Leibe zu gehen. Der gesetzliche Weg dazu war wohl vorhanden, da nach der Verlesung der kaiserlichen Botschaft die Session tatsächlich geschlossen war und somit die Immunität aufgehört hatte. Die Sozialdemokraten hatten sich bei ihrem Lärm gegen Dr. Kämpf selbst auf diesen Schluß berufen. Eine Verurteilung hätte also leicht erfolgen können, aber bei der flauen Lage in der Partei hätte den parlamentarischen Führern der Sozialdemokraten gar nichts gelegener kommen können als ein so billiges Martyrium.

Wie die Dinge freilich lagen, durfte es auf die Dauer nicht so weitergehen, es mußte eine Wendung erfolgen. Und die Wendung kam ganz plötz-

lich, von unverhoffter Seite. Kaum zehn Wochen nach diesem Schlußskandal wurde der Reichstag für den 4. August wieder einberufen als Kriegsreichstag. Der Krieg war bereits erklärt. „Wir wollen das Schwert mit Gottes Hilfe so führen, daß wir es mit Ehren wieder in die Scheide stecken können," hatte der Kaiser gesagt, einmütig hatte ihm das Volk dafür zugejauchzt. Waren wirklich alle einmütig, auch die einverstanden, die ihm am 20. Mai die hergebrachte Ehrenbezeigung verweigert, damit Hohn und Spott getrieben hatten? Es mußte ein gewaltiger Orkan sein, der einen solchen Umsturz bewirken sollte. Und der Orkan war da, war plötzlich gekommen und brauste durch die deutschen Gaue. Eine wunderbare Wandlung war in den Gemütern vorgegangen, mit ruhiger Fassung folgte man der Entwicklung der Ereignisse, was vorgestern gewesen war, erschien heute schon, als sei es lange Jahre her. Am 1. August hatte Deutschland an Rußland ein zwölfstündiges Ultimatum gestellt und eine ähnliche Anfrage an Frankreich gerichtet, für Deutschland den Kriegszustand erklärt. Der Telegraph trug die Kunde durch das ganze Reich. Von allen Seiten kam die Antwort: Das ganze Volk ist einig und bereit. Während der letzten Tage hatten schon in allen Städten Umzüge und Kundgebungen für Österreich-Ungarn stattgefunden, jetzt setzten sie sich fort mit dem Motto: „Deutschland, Deutschland über alles!" Berlin war notwendigerweise der Mittelpunkt dieser vaterländischen Hochflut, denn dort weilte der Kaiser. Am Abend des 1. August war der Lustgarten wieder mit Tausenden von Menschen angefüllt, die patriotische Lieder und auch „Eine feste Burg ist unser Gott" sangen. Rufe erklangen: „Wir wollen unseren Kaiser sehen!" und als sie stürmischer wurden, trat Kaiser Wilhelm mit seiner Gemahlin auf den Balkon des Schlosses und hielt ungefähr folgende Ansprache: Ich danke für die Liebe und Treue, die mir erwiesen wird. Wenn es zum Kampfe kommt, dann hört jede Partei auf, wir sind nur noch deutsche Brüder! In Friedenszeiten hat mich wohl die eine oder die andere Partei angegriffen, das verzeihe ich von ganzem Herzen. Wenn unser Nachbar uns den Frieden nicht gönnt, dann hoffe und wünsche ich, daß unser gutes Schwert siegreich aus dem Kampfe hervorgeht. — Unbeschreiblicher Jubel folgte diesen Worten. Kaiser Wilhelm hatte abermals richtig im Herzen seines Volkes gelesen und in einem kurzen Worte zusammengefaßt, was da nach Ausdruck rang. Das leidige Parteiwesen war es ja, was seit Jahrzehnten am Körper des deutschen Volkes wie ein Gebrechen und Verbrechen gezehrt, alles gegeneinander gehetzt und die Einheit zerklüftet hatte. Der Ernst der Zeit gebar die Befreiung von dieser lastenden Bürde durch ein Wort des Kaisers in einem Nu. Keine Parteien mehr, nur Deutsche, war die allgemeine Losung von dieser Stunde an. Jubelnd zog der größte Teil der Menge aus dem Lustgarten mit dem Gesang der „Wacht am Rhein" von dannen.

Schon in der Mittagsstunde hatte eine große Kundgebung vor dem Reichskanzlerpalais stattgefunden, und Herr v. Bethmann Hollweg hatte ganz im gleichen Sinne wie gestern der Kaiser gesprochen. Jetzt bildete sich wieder ein gewaltiger Zug nach der Wilhelmstraße, wo vor dem Palais des Reichskanzlers „Heil dir im Siegerkranz" und „Lobe den Herrn" gesungen wurde. Herr v. Bethmann Hollweg erschien an einem Fenster und sagte u. a.: „Der Kaiser ist genötigt gewesen, die Söhne des Volkes zu den Waffen zu rufen. Wenn uns jetzt Krieg beschieden sein sollte, so weiß ich, daß alle deutschen Männer bereit sind, ihr Blut zu verspritzen für den Ruhm und die Größe Deutschlands. . . . Und sollte Gott in letzter Stunde uns diesen Krieg ersparen, so wollen wir ihm dafür danken. Wenn es aber anders wird, dann mit Gott für König und Vaterland!" Um diese Stunde war das Ultimatum wohl schon abgelaufen, aber noch keine Kunde darüber eingetroffen, der Krieg noch nicht erklärt. Rußland hatte sofort allen telegraphischen Verkehr nach Deutschland abgebrochen, um einen Vorsprung für seine Mobilmachung zu erreichen. Erst am 2. August kam über Kopenhagen die Nachricht, daß der deutsche Botschafter Graf Pourtalès in Petersburg, 8 Uhr abends, des vorigen Tages nach Ablauf des Ultimatums die Kriegserklärung überreicht hatte. Mittags erhielt der russische Botschafter Scherbetow in Berlin seine Pässe zugestellt, nachmittags wurde die Mobilisierung der Armee angeordnet, was mit einstimmigem Hurra begrüßt wurde. In ganz Deutschland war die Begeisterung noch viel tiefgehender wie 1870, man wußte diesmal, daß es dem deutschen Vaterlande galt, Kriegsgegner gab es überhaupt nicht, dagegen viele Phantasten, die sich diesen beginnenden größten Weltkrieg als einen militärischen Spaziergang nach Paris und Petersburg vorstellten, von einem japanischen Angriff auf Rußland fabelten und ähnlichen politischen Unsinn zu Tage förderten. Doch verschwanden diese vereinzelten Opfer moderner Zeitungslektüre in der begeisterten Masse derer, die felsenfest vertrauten, „und wenn die Welt voll Teufel wär'." Merkwürdig hätte wohl einem bloßen Zeitungsleser das unbedingte Zutrauen in den Reichskanzler erscheinen müssen, den doch die demokratische und Milieupresse seit fünf Jahren nur heruntergerissen hatte. Ja, das deutsche Volksgefühl kümmert sich bei der Beurteilung von Persönlichkeiten blutwenig um die Ausstreuungen der Presse und hatte längst herausgefunden, daß Herr v. Bethmann Hollweg kein Phrasenmacher und Blender, sondern ein Mann war, der ohne viele Worte seines Weges geht, nur geleitet von einem hohen Verantwortungsgefühl, was ihn durchaus würdig macht, an erster Stelle neben seinem kaiserlichen Herrn zu stehen. Ebenfalls als Frucht der Zeitungslektüre mußte eine gewisse Vorliebe für England angesehen werden, die bis zur letzten Stunde nicht zu begreifen vermochte, daß dieses Land das echteste Mitglied des Dreiverbandes ist; viele verloren darum über die englische Kriegserklärung die Fassung. Etwas vorausgreifend sei hier gleich angeführt, daß diese Enttäuschung die Ursache davon war, daß gegen die britische Botschaft in Berlin lärmende Kundgebungen und selbst Ausschreitungen gerichtet wurden, die der Würde des deutschen Volkes nicht entsprechen und von seiner weit überwiegenden Mehrheit entschieden abgelehnt wurden.

Vor der Reichstagssitzung war indessen über die Haltung Englands noch nichts bekannt, man wußte bloß aus offiziellen Mitteilungen, daß Rußland trotz wiederholten Depeschenwechsels zwischen dem Kaiser und dem Zaren mobilisiert und dadurch das Ultimatum und die Kriegserklärung heraufbeschworen hatte.

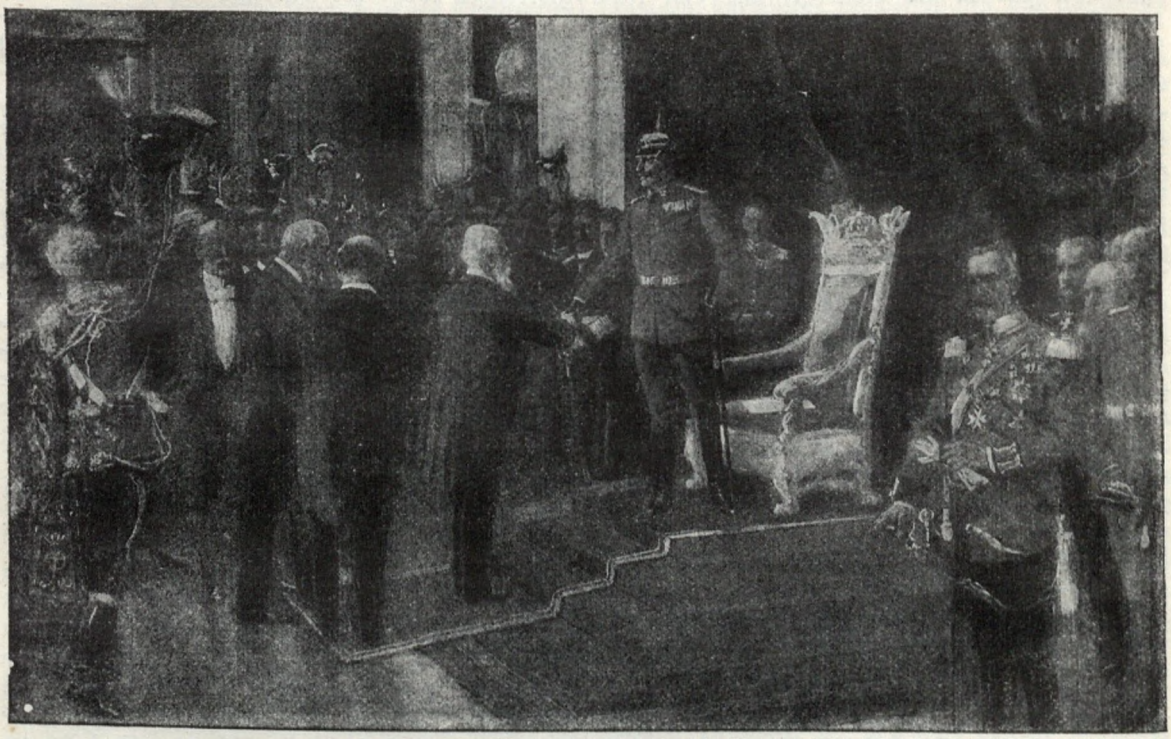
So kam der ewig denkwürdige Tag der Sitzung vom 4. August heran. Der Reichstag hatte vieles gesündigt, aber dieser eine Tag hat alles gesühnt und ausgelöscht. Was sich da abspielte während der ersten Nachmittagsstunden in den prachterfüllten Räumen des Weißen Saales im Kaiserschlosse, das griff mächtig an die Brust derer, denen es nach den Umständen vergönnt war, in diesen Minuten, da der Flug der Weltgeschichte um Reich und Kaiserthron rauschte, anwesend zu sein. Und das glühende Feuer dieser Weihestunde zündete mit Blitzesschnelle in den Herzen der Millionen Volksgenossen draußen bis an die fernsten Küsten und die entlegensten Waldtäler. Die Abgeordneten waren fast vollzählig erschienen, viele schon in Felduniform, manche noch in Reisekleidern. Die Elsässer hatten wegen der bereits begonnenen Mobilisierungstransporte Berlin nicht mehr rechtzeitig erreichen können. Es war eine glänzende Versammlung voll ernster Freudigkeit und Einmütigkeit. In den Logen befand sich die Kaiserin mit ihrer Tochter und den Prinzessinnen, ferner zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps, unter ihnen Graf Szoegyeny-Marich — und der Vertreter Japans. Im Saale waren außer den Abgeordneten die Minister und der Bundesrat sowie die Generalität — meist in Felduniform — und die Admiralität versammelt. Kaiser Wilhelm erschien auch in Felduniform mit dem Feldmarschallstabe in der Hand. Das vom Präsidenten Dr. Kämpf ausgebrachte Hoch fand brausenden Widerhall. Der Reichskanzler — in Dragoneruniform — überreichte die Thronrede, die der Kaiser mit fester Stimme verlas. Sie war kurz und sachlich, schlicht wie sonst. Die Größe der Stunde bedurfte nicht des prunkhaften Wortes. Gleich nach den ersten Sätzen folgten Kundgebungen der vollsten Zustimmung. Nach den Worten: „In unbeirrbarer Redlichkeit hat meine Regierung auch unter herausfordernden Umständen die Entwicklung aller sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte als höchstes Ziel verfolgt," setzte der erste Beifall ein, der sich weiterhin Satz für Satz steigerte. „Da tat sich mit der Ermordung meines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, ein Abgrund auf. Mein hoher Verbündeter, der Kaiser und König Franz Josef, war gezwungen, zu den Waffen zu greifen, um die Sicherheit seines Reiches gegen gefährliche Umtriebe aus einem Nachbarstaat zu verteidigen. . . . An die Seite Österreich-Ungarns ruft uns nicht nur unsere Bündnispflicht, uns fällt zugleich die gewaltige Aufgabe zu, mit der alten Kulturgemeinschaft der beiden Reiche unsere eigene Stellung gegen den Ansturm feindlicher Kräfte zu schirmen." (Minutenlanger Beifallssturm.) . . . . . „Die gegenwärtige Lage ging nicht aus vorübergehenden Interessenkonflikten oder diplomatischen Konstellationen hervor, sie ist das Ergebnis eines seit langen Jahren tätigen Übelwollens gegen Macht und Gedeihen des Deutschen Reiches. . . . . In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert. . . . Nach dem Beispiel unserer Väter, fest und getreu, ernst und ritterlich, demütig vor Gott und kampfesfroh vor dem Feinde, so vertrauen wir der ewigen Allmacht, die unsere Abwehr stärken und zu gutem Ende lenken wolle!" (Beifallssturm.)

Und nun folgte eine hochdramatische Szene, die würdig war, den Künstlern Stoff zu unvergänglichen Darstellungen zu bieten. Nach den Schlußworten: „Auf Sie, geehrte Herren, blickt heute, um seine Fürsten und Führer geschart, das ganze deutsche Volk. Fassen Sie Ihre Entschlüsse einmütig und schnell, das ist mein inniger Wunsch," ließ der Kaiser das Manuskript sinken und fügte in freier Rede hinzu: „Sie haben gelesen, meine Herren, was ich zu meinem Volke vom Balkon des Schlosses aus gesagt habe. Ich wiederhole, ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche. (Stürmisches Bravo.) Und zum Zeugen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Standes- und Konfessionsunterschiede, zusammenzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben." Es war eine Lust zu sehen, mit welcher Freude die anwesenden Parteivorstände dem Wunsche entsprachen. Der Kaiser schüttelte jedem einzelnen kräftig die Hand. Graf Lerchenfeld brachte ein dreifaches Hurra aus und die Anwesenden stimmten die Nationalhymne an, die der Kaiser entblößten Hauptes anhörte, worauf nicht endenwollende Hoch- und Hurrarufe ertönten. Kaiser Wilhelm verabschiedete sich vom Reichskanzler und vom Generalstabschef von Moltke und sprach dann noch einige Abgeordnete in Uniform an, zuletzt den Abg. v. Calker, der nahe der Tür stand und den er mit den Worten verließ: „Und nun wollen wir sie verdreschen." Wieder so ein Wort, direkt aus der Volksstimmung entnommen; nicht im Salon und in der Diplomatensprache üblich, aber genau so drückten sich die Hunderttausende aller Bildungsgrade jener Feldgrauen aus, die jetzt wider den Feind zogen, vom General bis zum letzten linken Flügelmann.

Es war vorauszusehen, daß nach den erhebenden Auftritten im Weißen Saale der Reichstag schnell und bündig arbeiten würde. Aber es muß für alle Zeiten und Orte festgelegt werden, daß er alle Erwartungen weit übertroffen hat. In wenigen Stunden war alle Arbeit erledigt, schon um 7 Uhr konnte das Reichspräsidium dem Kaiser melden, daß die Kriegsvorlagen einstimmig angenommen worden waren. Formell fanden zwei Sitzungen statt, bei denen das Haus und die Tribünen überfüllt waren, die Mitglieder des Bundesrates und die preußischen Minister waren anwesend. Man hielt sich nicht mit Förmlichkeiten auf und wählte auf Vorschlag des Grafen Westarp das frühere Präsidium durch Zuruf wieder. Dr. Kämpf teilte sodann mit, daß er aus Anlaß des Ablebens des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz und des Herzogs von Sachsen-Meiningen sowie des fluchwürdigen Verbrechens gegen den Erzherzog Franz Ferdinand die Teil-

nahme des Reichstages zum Ausdruck gebracht habe, gedachte ferner der inzwischen verstorbenen Mitglieder und erteilte dem Reichskanzler das Wort. Es waren Worte echt deutscher Art, die Herr v. Bethmann Hollweg sprach, offen und ehrlich, mannhaft und fest. Zu einer Zeit, in der binnen vier Tagen ganz Europa auf den Kopf gestellt worden war, sind lange Reden nicht angebracht.

Herrn v. Bethmann Hollwegs knappe und gedankentiefe Sprechweise, durchdrungen von zurückgehaltener innerer Bewegung, entsprach der Stimmung und politischen Lage der Stunde. Hier sollen die Hauptsätze seiner denkwürdigen Rede Platz finden. „Ein gewaltiges Schicksal bricht über Europa herein. . . In friedlicher Arbeit sind wir stark und



Der Treuschwur der Parteiführer des Deutschen Reichstages im Weißen Saale des Königlichen Schlosses zu Berlin am 4. August 1914. Gezeichnet von Fritz Grotemeyer.

mächtig geworden und darum beneidet. . . . . Wir wollten in friedlicher Arbeit weiterleben, und wie ein unausgesprochenes Gelübde ging es vom Kaiser bis zum jüngsten Soldaten: Nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses.) Der Tag, da wir es ziehen müssen, ist erschienen gegen unseren Willen, gegen unser redliches Bemühen. Rußland hat die Brandfackel an das Haus gelegt. (Allseitig lebhafteste Zustimmung.) . . . . Vom ersten Ausbruch des österreichisch-serbischen Konfliktes an erklären und arbeiten wir dahin, daß dieser Handel auf Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleiben müsse. . . . Nur Rußland erklärt, daß es bei Austragung dieses Konfliktes mitreden müsse. Damit erhebt die Gefahr europäischer Verwicklung ihr Haupt. (Lebhaft es: Sehr richtig und Bewegung.) . . . . Rußland beteuert uns in feierlichster Weise seinen Friedenswunsch und daß es keinerlei militärische Vorbereitungen gegen uns treffen werde. . . . . Am 28. Juli bittet der Kaiser telegraphisch den Zaren, er möge bedenken, daß Österreich-Ungarn das Recht und die Pflicht habe, sich gegen die großserbischen Umtriebe zu schützen, die seine Existenz unterwühlten. . . . Ungefähr zur selben Stunde und vor Empfang dieses Telegramms bittet der Zar den Kaiser um seine Hilfe, er wolle doch in Wien zur Mäßigung raten. Der Kaiser übernimmt die Vermittlerrolle. Aber kaum ist die von ihm angeordnete Aktion im Gange, so mobilisiert Rußland alle seine gegen Österreich gerichteten Streitkräfte. (Allgemeine Bewegung, Pfuirufe.) . . . Die russische Mobilisierung war grundsätzlich schon beschlossen, bevor sich der Zar an den Kaiser wandte. (Bewegung.) . . . . Noch bevor die Entscheidung in Wien fällt, kommt die Nachricht, daß Rußland seine gesamte Wehrmacht, also auch gegen uns, mobilisiert. . . . . Während wir auf russisches Bitten in Wien vermitteln, erhebt sich die russische Wehrmacht an unserer langen, fast ganz offenen Grenze, und Frankreich mobilisiert zwar noch nicht, aber trifft doch, wie es zugibt, militärische Vorbereitungen. (Bewegung.) . . . . Sollten wir weiter geduldig warten, bis etwa die Mächte, zwischen denen wir eingekeilt sind, den Zeitpunkt zum Losschlagen wählten? (Lebhafte Zurufe: Nein! nein! Stürmischer Beifall.) . . . . Darum fordern wir noch am 1. August die Einstellung der Mobilisierung als die einzige Maßregel, welche noch den europäischen Frieden erhalten könnte. . . . Der kaiserliche Botschafter hat diesen Auftrag ausgeführt. Wie Rußlands Antwort auf unsere Forderung lautet, wissen wir heute noch nicht. (Allgemeine Bewegung. Rufe:

Unglaublich!) . . . So sah sich, als die gestellte Frist längst verstrichen war, der Kaiser am 1. August, nachmittags 5 Uhr, genötigt, unsere Wehrmacht mobil zu machen.

Sogleich mußten wir uns versichern, wie sich Frankreich stellen würde. Auf unsere bestimmte Frage, ob es in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleibe, hat es uns geantwortet, es werde tun, was ihm seine Interessen gebieten. (Bewegung und Lachen.) . . . . Frankreich, das zur selben Stunde mobil machte wie wir, erklärte uns, es werde eine Zone von zehn Kilometer an der Grenze respektieren. Und was geschah in Wirklichkeit? Bombenwerfende Flieger, Kavalleriepatrouillen, auf reichsdeutsches Gebiet eingebrochene Kompagnien! . . . Wir sind in der Notwehr, und Not kennt kein Gebot. (Stürmischer Beifall.) Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt und vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. (Bewegung und Beifall.) . . . . Frankreich konnte warten, wir nicht. Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutmachen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. (Lebhafter Beifall.) Wer so bedroht ist, wie wir, und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut. (Ungeheure Bewegung. Stürmischer wiederholter Beifall.) Was die Haltung Englands betrifft, so haben die Erklärungen, die Sir Edward Grey gestern im englischen Unterhause abgegeben hat, den Standpunkt klargestellt, den die englische Regierung einnimmt. Wir haben der englischen Regierung die Erklärung abgegeben, daß, solange sich England neutral verhält, unsere Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen wird, und daß wir die territoriale Integrität Belgiens nicht antasten werden. Diese Erklärung wiederhole ich hiemit öffentlich vor aller Welt. . . . Ich wiederhole das Wort des Kaisers: Mit reinem Gewissen zieht Deutschland in den Kampf. (Allgemeine Bewegung, Zustimmung und Beifall.) . . . . Jetzt hat die große Stunde der Prüfung für unser Volk geschlagen. Aber mit heller Zuversicht sehen wir ihr entgegen! (Stürmische Zustimmung.) Unsere Armee steht im Felde, unsere Flotte ist kampfbereit, hinter ihnen steht das gesamte deutsche Volk. (Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall auf allen Seiten des Hauses und auf den Tribünen.) . . . . Das ganze deutsche Volk ist einstimmig! Sie, meine Herren, kennen Ihre Pflicht in ihrer ganzen Größe. Die Vorlagen bedürfen keiner Begründung mehr, ich bitte um ihre schnelle Erledigung." (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall, tiefe allgemeine Bewegung.) Präsident Dr. Kämpf gab darauf in einer begeisterten, von allseitigem Beifall begleiteten Rede der Stimmung des Hauses Ausdruck, indem er die Opferwilligkeit des gesamten deutschen Volkes sowie die Einigkeit der Parteien hervorhob und die Hoffnung aussprach, daß diese Einmütigkeit und Stärke des Volkes wie die Kaltblütigkeit der Armee- und Marineleitung den Sieg bringen werde. — Um 5 Uhr nahm dann in einer zweiten Sitzung der Reichstag ohne jede Debatte einstimmig und unter stürmischem Beifall sämtliche Kriegsgesetzentwürfe an, darunter die Kriegskredite in Höhe von fünf Milliarden. Nur der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Haase hatte für nötig erachtet, in einer Erklärung die Zustimmung seiner Partei zu begründen. Der Reichskanzler sprach im Namen des Kaisers und des Bundesrates den Dank für diese Betätigung des Geistes der Einheit Deutschlands aus. Präsident Dr. Kämpf schloß mit dem Gelöbnis, zu siegen oder zu sterben für die Ehre des Vaterlandes und brachte ein Hoch auf den Kaiser, auf Volk und Vaterland aus, an welchem sich auch die Sozialdemokraten beteiligten. Das Haus hatte das Wort des Kaisers, daß es derzeit keine Parteien gäbe, in glorreicher Weise gerechtfertigt.

Statt am 24. November, wie in der Kriegstagung bestimmt worden war, trat der Reichstag erst am 2. Dezember nochmals zusammen. Es war wieder eine Kriegstagung. Vieles war seitdem geschehen, die Entscheidung war noch nicht gefallen, aber die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang erschien reichlich gesichert. In diesem Sinne sprach sich auch am Tage vorher in der freien Kommission des Reichstages der aus dem Hauptquartier eingetroffene Reichskanzler aus. Am Sitzungstage drängten sich dichte Menschenmengen vor dem Portale des Reichstagsgebäudes und begrüßten den Kanzler mit stürmischen Hochrufen. Unbeschreiblich war die Überfüllung der Tribünen und Logen. Die Zahl der feldgrauen Uniformen bei den Abgeordneten hatte sich seit August stark vermehrt, auf mancher Brust blinkte das Eiserne Kreuz, den Platz des vor dem Feinde gefallenen Abg. Dr. Frank schmückte ein Lorbeerkranz. Um 5¼ Uhr eröffnete Präsident Dr. Kämpf die Sitzung mit einer Ansprache, in der er hervorhob, daß alle Gedanken auf diesen Krieg gerichtet sind in dem Vertrauen, daß die Einigkeit des deutschen Volkes alle Hindernisse überwinden werde, im Bewußtsein des Sieges, das getragen wird von der militärischen und wirtschaftlichen Stärke des deutschen Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.) Weiter gedachte er der schweren Verluste, erklärte, daß das Vaterland mit Stolz auf seine gefallenen Helden sehe, und schloß: „Im Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache werden wir uns zu wehren wissen gegen die ganze Welt. Unter der Flagge unseres Heeres und unserer Flotte werden wir siegen!" (Lebhafter Beifall.) Aus selbstverständlichen Gründen zog die Rede des Reichskanzlers alles Interesse auf sich. Herr v. Bethmann Hollweg, in Felduniform, straff aufgerichtet, hielt eine Rede, die an innerer Wärme des Miterlebens, an sicherer Überzeugtheit und logischer Schlagkraft reich, zu den besten gehört, die je gehalten worden sind. Er überbrachte zunächst dem Reichstage und dem ganzen Volke die besten Wünsche, herzlichsten Grüße und den Dank des Kaisers, der sich in Sturm und Gefahr mit der deutschen Volksvertretung bis zum Tode eins weiß, „für die beispiellose Aufopferung und Hingabe, für die gewaltige Arbeit, die draußen und daheim von allen Schichten des Volkes ohne Unterschied geleistet worden ist und noch geleistet werde". (Lang anhaltender Beifall.) „Auch unser erster Gedanke gilt dem Kaiser, der Armee und

Marine, unseren Soldaten, die im Felde und auf hoher See für die Ehre und Größe des Reiches kämpfen. Voller Stolz und mit felsenfestem Vertrauen blicken wir auf sie (erneuter Beifall), blicken wir zugleich auf unsere österreichisch-ungarischen Waffenbrüder (lebhafte Zustimmung), die treu mit uns vereint in glänzend bewährter Tapferkeit den großen Kampf kämpfen." Unter Beifall erwähnte er, daß sich ein neuer Verbündeter in der Türkei gefunden habe, und gab dann, anknüpfend an die letzte Sitzung, in großen Zügen eine historische Übersicht über das, was die Ereignisse inzwischen unwiderleglich über die englische und russische Politik gelehrt hatten, daß die äußere Verantwortung für den Weltkrieg auf die russischen Kriegshetzer, die innere auf die englische Regierung fällt.

„England kannte die kriegslüsternen Treibereien einer zum Teil nicht verantwortlichen, aber mächtigen Gruppe um den Zaren. (Zustimmung.) . . . . Trotz aller Friedensbeteuerungen gab London in Petersburg zu verstehen, England stehe auf Seite Frankreichs und damit auch Rußlands. (Lebhafte Zustimmung.) . . . . . Die belgische Neutralität, die England zu schützen vorgab, ist eine Maske." Nochmals stellte der Reichskanzler fest, daß England, bevor noch der Schritt Deutschlands in Brüssel getan war, bereits Frankreich seine Unterstützung zugesagt hatte, und daß dabei von der belgischen Neutralität gar nicht die Rede war. Daß Belgien seine Neutralität längst an England verschenkt hatte, wurde ebenfalls von ihm nach den in Brüssel aufgefundenen Akten festgestellt. „England hat Deutschland den Krieg erklärt, weil es glaubte, zusammen mit zwei großen Militärmächten des Festlandes unserer Herr werden zu können. (Wiederholt lebhaftes: Sehr richtig!) . . . . Jetzt, wo der bis in alle Einzelheiten ausgearbeitete englisch-belgische Kriegsplan enthüllt ist, ist die Politik der englischen Staatsmänner für alle Zeiten vor der Weltgeschichte gekennzeichnet. (Sehr richtig!) . . . . Laut und offen verkündet es: England will kämpfen, bis Deutschland niedergezwungen ist wirtschaftlich und militärisch. Panslawistischer Deutschenhaß stimmt jubelnd zu. Frankreich hofft mit der ganzen Kraft einer alten soldatischen Nation die Scharte von 1870 auszuwetzen. Dafür haben wir an unsere Feinde nur die eine Antwort: „Deutschland läßt sich nicht vernichten." (Begeisterte Zustimmung.) . . . . Ich wiederhole noch einmal das Wort, das der Kaiser sprach, als der Krieg ausbrach: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche. Wenn der Krieg beendet sein wird, werden Parteien wiederkehren. Ohne Parteien, ohne politischen Kampf kein politisches Leben auch für das freieste und einigste Volk. (Beifall.) Aber kämpfen wollen wir dafür. Ich für meinen Teil verspreche es Ihnen, daß es in diesem Kampf nur mehr Deutsche geben darf." (Lebhafter Beifall.) Auf den Krieg eingehend, äußerte der Kanzler: „Die Zeit ist nicht für Worte", gedachte aber der Gefallenen auf den Schlachtfeldern. „Vor ihrem jetzt verstummten Heldenmute einigen wir uns in dem Gelöbnis, auszuharren bis zu dem letzten Hauch, damit Kinder und Enkel in einem stärkeren Deutschland, frei und gesichert gegen fremde Drohung und Gewalt, an der Größe des Reiches weiterbauen können. (Großer Beifall.) Und dieses Gelöbnis soll hinausschallen zu unseren Söhnen und Brüdern, die weiterkämpfen gegen den Feind, zu dem Herzblut Deutschlands, das in zahl- und namenlosem Heldenmut aufwallt, für das wir bereit sind, alles herzugeben, was wir haben; hinausschallen noch zu unseren Landsleuten im Auslande, den draußen für uns sorgenden, den von der Heimfahrt abgeschnittenen und gefährdeten, den widerrechtlich gefangenen und mißhandelten. Wir halten durch, bis wir Sicherheit haben, daß keiner mehr wagen wird, unseren Frieden zu stören, einen Frieden, in dem wir deutsches Wesen und deutsche Kraft entfalten und entwickeln wollen — als freies Volk." (Minutenlanger jubelnder Beifall im ganzen Hause und auf den Tribünen, stürmisches Händeklatschen, das sich immer wiederholt.)

Dem tiefgehenden Eindruck dieser gewaltigen Rede tat es keinen Abbruch, daß der sozialdemokratische Abg. Haase abermals für nötig hielt, die Haltung seiner Partei zu begründen, politischen Tadel auszusprechen und politische Wünsche zu äußern, für deren Erörterung doch kein Raum war. Aber diesmal hielt es der Abg. Dr. Spahn für geboten, im Namen und Auftrag aller übrigen Parteien zu erklären, daß auch sie manche soziale Wünsche hätten, diese jedoch gegenwärtig zurückstellten, da es vor allen Dingen gelte durchzuhalten. Unter lebhaftem Beifall sprach er Dank und Bewunderung für die deutschen Streitkräfte und das Vertrauen aus, daß sie mit unseren Verbündeten den Kampf zum gewünschten Ziele führen werden. Das Haus verzichtete auf alle Formalitäten und nahm sofort die Vorlage einmütig an, mit Ausnahme des Abg. Dr. Liebknecht, der sitzen blieb. Das änderte gar nichts an der Großartigkeit der Tatsache, daß die ganze denkwürdige Sitzung durchweht war von dem felsenfesten, begeisterten Glauben eines Volkes auf seine gute Sache und die Sieghaftigkeit seiner Waffen. Beschlossen wurde die Bereitstellung weiterer fünf Milliarden für die Fortführung des Krieges. Präsident Dr. Kämpf betonte in seiner Schlußrede die Einigkeit des Reichstages wie die des ganzen deutschen Volkes, das deswegen unüberwindbar sei. Hierauf verlas der Reichskanzler die Vertagung des Reichstages und der Präsident brachte ein Hoch aus auf Kaiser, Volk, Volksheer, Marine und Vaterland, in welches der gesamte Reichstag stehend begeistert einstimmte. Die ganze Sitzung hatte kaum anderthalb Stunden gedauert. — Dem Chronisten geziemt aber, darauf hinzuweisen, daß diese Kundgebung des Reichstages fast mit dem Tag zusammenfiel, an dem dieselben Männer demselben Reichskanzler vor einem Jahr — noch dazu wegen eines militärischen Vorfalles — ein Mißtrauensvotum mit 293 gegen 54 Stimmen erteilt hatten.

Vom Parteileben.

Das deutsche Parteiwesen hat bis zum Ausbruch des Krieges in seinen bisherigen ungesunden Verhältnissen weiter dahingelebt. Ob der dann eingetretene Gottesfriede das Ende des Krieges lange überdauern wird, steht dahin. Das Auftreten der

Sozialdemokraten in dem sonst unter dem Druck der Volksstimmung so einmütigen Reichstage hat doch bereits gelehrt, daß das Parteiagitatorentum sein Ende noch nicht gekommen sieht, sondern sich bereits für die nächste Zukunft wieder anmeldet. Möglicherweise wird man zu Anfang etwas behutsamer auftreten, aber vielleicht auch das nicht einmal. Dafür wird auch schon die Milieupresse sorgen. Einen Vorgeschmack davon hat man ja schon im vorigen Jubiläumsjahr erlebt. Unter den Eindrücken der Erinnerungsfeiern an die große Zeit vor hundert Jahren hatte sich das nationale Empfinden stark gekräftigt, das Regierungsjubiläum des Kaisers hatte in den weitesten Kreisen zum ernsten Nachdenken darüber angeregt, wie vieles man doch seiner bedeutenden Persönlichkeit zu verdanken habe, und wie oft man sich von der Milieupresse zu schiefen Urteilen hatte verleiten lassen. Man beteiligte sich darum lebhaft an den nationalen Festen. Aber diese Stimmung behagte den Nörglern nicht, dagegen hatten sie ja von jeher gearbeitet und gewühlt, und sie brachten es jetzt richtig fertig, gegen Ende des Jahres die an sich ganz unbedeutenden Vorfälle in Zabern binnen acht Tagen zu einer großen Sache aufzubauschen und in der Milieupresse ein Gezeter zu erheben, als werde im Deutschen Reiche Gesetz und Recht vergewaltigt. Auf Leute, die bloß „zwischen Häusern und Zeitungen leben", machte das auch den gewünschten Eindruck, und selbst der hohe Reichstag — hauptsächlich weil dem sonst vorsichtigeren Zentrum aus Wahlrücksichten das demokratische Roß durchging — ließ sich hinreißen, dem Reichskanzler das bekannte, in seinen hohen Ziffern schier gewaltig erscheinende Mißtrauensvotum zu erteilen. Und doch war der mit großem Geschick vorbereitete Streich ein Schlag ins Wasser, denn in Militärsachen läßt sich der gesunde Sinn des deutschen Volkes von niemand mehr ein X für ein U machen. Die Festigung der nationalen Gesinnung blieb unerschüttert und die anscheinend gewaltige demokratische Parteikoalition zerfiel ebenso rasch wieder, wie sie entstanden war. So trat das Parteileben in das neue Jahr ein, zwar in der alten Zersplitterung, aber vor einer stärkeren nationalen Färbung der Volksstimmung, mit der in keinem Falle zu spaßen war. Das erklärt auch die saumselige Arbeit im Reichstag, der trotz seiner angeblich liberalen Mehrheit nichts zu schaffen vermochte, aber doch alles ängstlich vermied, was zu einer Auflösung hätte führen können.

Die gehobene nationale Stimmung war namentlich der Sozialdemokratie abträglich. Der Rückgang war auffällig, wenn auch weniger in der Ziffer der zahlenden Mitglieder — deren Abnahme zu vermeiden im Interesse der Schar von Parteiangestellten lag — als in der Gesinnung, der Wärme für die Parteisache. Die Wahlen wiesen bedenkliche Stimmenausfälle nach, hauptsächlich weil die Mitläufer abgenommen hatten, die neuen Parteimitglieder füllten kaum die Lücken der ausgeschiedenen, die Maifeier hatte alle agitatorische Kraft eingebüßt, die Austrittsbewegung aus der Kirche, wofür der gesamte Parteiapparat in Tätigkeit gesetzt worden war, hatte Fiasko gemacht. Man beschloß, im März eine „rote Woche" zu veranstalten, die Tausende und aber Tausende der Partei zuführen, der Parteipresse Tausende und aber Tausende neue Leser bringen sollte. So schrieb u. a. die „Metallarbeiterzeitung": „Unverzüglich müssen unsere Genossen allerorts an die Organisation der Arbeit für die rote Woche gehen. Überall ist den Volksmassen klarzumachen, was auf dem Spiele steht, und daß gegen die Macht der anstürmenden Reaktion nur eine mächtige Organisation der Sozialdemokratie Schutz bietet. Auf zur Arbeit für die rote Woche!" Aber das nicht besonders bedeutende Ergebnis entsprach weder den aufreizenden Aufrufen noch den gehegten Erwartungen, obgleich man mit allerhand „roten" Veranstaltungen nicht gespart hatte. Die Sache brachte schließlich noch ein bitterböses Nachspiel. Während der „roten Woche" war in Charlottenburg das Denkmal Kaiser Friedrichs mit roten Aufschriften so stark besudelt worden, daß eine dauernde Schädigung des Kunstwerkes befürchtet wurde. Die Empörung über diesen Gassenjungenstreich war allgemein, und der „Vorwärts" beeilte sich infolgedessen, die Schandtat auf Polizeispitzel zu schieben. Die Sache kam aber anders. Die Polizei brachte die fünf Schmierfinken heraus, und siehe da: sie entpuppten sich als echte Genossen und zwei davon sogar als Bezirksführer des sozialdemokratischen Wahlvereines und Abonnenten des „Vorwärts", dessen Lehren sie in ihrer Weise zur Tat umgewandelt hatten. Sie wurden zu ansehnlichen Gefängnisstrafen verurteilt. Aber der Vorfall gereichte weder der „roten Woche" noch der Partei zur Ehre, selbst die anständigeren Genossen schämten sich. Wie schon angedeutet wurde, war mit der Maifeier auch nichts los. Eigentlich hätte sie als die fünfundzwanzigste Begehung des „Weltfeiertages" ganz besonders eindrucksvoll verlaufen müssen, aber es war eher das Gegenteil der Fall. Von allgemeiner Arbeitsruhe war gar nicht die Rede, es wurde sogar in zahlreichen Betrieben gearbeitet, die bisher immer gefeiert hatten. Die Arbeitgeberverbände hatten einfach die Aussperrung angedroht, und der Holzarbeiterverband hat später festgestellt, daß von seinen Mitgliedern allein in Berlin 3650, im Reiche gegen 30.000 ausgesperrt worden waren. Die wenig gelungene Feier zog noch einige unangenehme Folgeerscheinungen nach sich, von denen die bedenklichste war, daß die Unzufriedenheit mit der Maifeier gewachsen ist. Die Arbeiter, die am 1. Mai — freiwillig oder unter dem Druck der Aussperrung — nicht feiern, haben es satt, für die zahlen zu müssen, die nicht arbeiten und sich lieber aussperren lassen. Junge unverheiratete Leute können sich diesen Scherz leicht leisten, aber die große Mehrzahl nicht. Was war ferner eigentlich dabei herausgekommen, daß man endlich 110 Genossen im Reichstag sitzen hatte? Man sah keine Wirkung davon, sie hatten sogar für Heereskosten Geld bewilligt. Nun war ja die große Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler im Herzen gar nicht armeefeindlich und darum mit der Bewilligung zufrieden; aber gerade sie durchschauten die Beweggründe für diese Abstimmung. Um die Auflösung zu vermeiden und der Gefahr des Mandatsverlustes bei der Neuwahl zu entgehen, war so gestimmt worden. Dergleichen erhöht das Lustgefühl an der Partei-

angehörigkeit nicht. Wenn übrigens zahlreiche Versuche des radikalen Flügels, die Abgeordneten wegen dieser Abstimmung zur Rechenschaft zu ziehen, fast überall ins Wasser fielen, so lag darin keineswegs ein Beweis für die Geschlossenheit der Partei, sondern vielmehr dafür, daß in ihr starke Sympathien für das Heer bestanden, die nur künstlich durch die Agitation zurückgehalten worden sind und sich beim Ausbruch des Krieges mit Sturmesgewalt Luft schafften.

Die einzige ungetrübte Freude hatte die Sozialdemokratie von der mit der Fortschrittspartei abgeschlossenen Mandatsversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit mit beschränkter Haftung. Der Fortschrittspartei war das Bündnis ziemlich übel bekommen, denn bei der Mehrzahl der zahlreichen Nachwahlen war ihre Wählerzahl erheblich zurückgegangen, und wo sich eine Zunahme zeigte, stammte sie nachweislich aus anderen Parteilagern. Die Sozialdemokratie konnte freilich auf ihrer Gewinnseite buchen, daß ihr die rückhaltlose Unterstützung der Fortschrittspartei den Wahlkreis Borna-Pegau zuführte, wodurch sie definitiv auf 111 Reichstagssitze kam, nachdem ihr kurz vorher der Wahlkreis Jerichow entrissen worden war. Auch die Fortschrittspartei hob sich in der Mandatsziffer infolge des doppelten Wahlbündnisses mit den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten. Dank des Verfahrens der „liberalen" Reichstagsmajorität, fast alle angezweifelten Wahlen der Rechten auch aus bisher nicht üblichen Gründen für ungültig zu erklären, war sie in den Nachwahlen sogar um ein Mandat stärker geworden als die Nationalliberalen. Dieser Umstand und die Tatsache, daß im Reichstagspräsidium neben einem Nationalliberalen zwei Fortschrittler saßen, veranlaßte die Milieupresse zu begeisterten Jubelhymnen über den Sieg des Liberalismus, obgleich die Abnahme der Wähler für das Gegenteil sprach, und man doch wirklich auch wissen mußte, daß die Zusammensetzung des Reichstagspräsidiums nur darauf zurückzuführen war, daß Konservative und Zentrum weder mit einem Sozialdemokraten im Präsidium sitzen noch ihn überhaupt darin dulden wollten. Unter den Nationalliberalen haben die Erörterungen über das Verhältnis zur Sozialdemokratie, womit auch die Stellung des Jungliberalismus in der Partei zusammenfällt, nicht aufgehört. Ende März beschloß der Zentralvorstand die Auflösung des jungliberalen und des altliberalen Sonderbundes in der Partei. Die Ausführung hat aber auf sich warten lassen, weil sich namentlich der Jungliberalismus dagegen spreizte. Als für die Kreise des Zentrums beachtenswert durfte ein Brief des Kardinals Dr. Kopp vom 21. Januar erscheinen, in dem dieser seine frühere Ansicht über die Enzyklika, betreffend die christlichen Gewerkschaften korrigierte und damit dem im Vorjahre scheinbar zu Ende gekommenen Gewerkschaftsstreit einen neuen Anstoß gab. Die Sache hat zu vielen Zeitungsartikeln Anlaß gegeben, aber keine wesentlichen Änderungen zur Folge gehabt. Von den Konservativen ist nur zu erwähnen, daß sie den von so vielen Seiten gegen sie geführten Kampf unerschüttert zu ertragen scheinen, obgleich ihnen die eigenartige Wahlprüfungsmethode der liberalen Reichstagsmehrheit einige Mandatseinbußen gebracht hat. Der unerwartete Kriegsausbruch hat die gewöhnlich im Sommer stattfindenden Parteitage diesmal unmöglich gemacht, über die weitere Haltung aufklärende Beschlüsse sind darum ausgeblieben. Jetzt herrscht unter den Parteien Gottesfriede, dem außer Berufsagitatoren und neuigkeitshaschenden Berichterstattern wohl sonst jedermann eine recht lange Dauer wünscht. Die Einigkeit der Parteien ist erhebend, aber man sollte nicht eine Partei darum vor der anderen preisen. Das ist vielfach in bezug auf die Sozialdemokratie geschehen. In den Jahrbüchern ist stets der Standpunkt vertreten worden, daß die großen Massen der Sozialdemokratie nicht anders handeln würden, wie sie heutzutage beweisen; alles andere ist eine ihnen aufgeklebte Maske. Darum soll auch hier gesagt werden: Sie sollen — und wollen wohl auch — nicht nach dem Bibelwort gemessen sein, daß über einen, der Buße tut, mehr Freude ist als über neunundneunzig Gerechte. Einen solchen Maßstab darf es gegenüber den Pflichten für Heimat und Vaterland gar nicht geben.

Die Polen haben bis zum Kriegsbeginn sich nicht geändert und mit allen Mitteln gegen das Deutschtum gekämpft. In polnischen Zeitungen konnte man wieder lesen: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, nur nicht Liebe," oder „Irgendein politischer Umsturz wird die preußische Schmach von der Höhe der Staatsmacht stürzen." Dergleichen dürfen die „geknechteten Polen" in Deutschland drucken lassen und lesen! Sie können sich freilich darauf berufen, daß auch sozialdemokratische Zeitungen und das hauptstädtische Demokratenblatt ebenfalls ungestraft Ähnliches schreiben dürfen und doch über Entrechtung und Rechtsbruch schreien. Wir wissen wohl, daß das alles bloß Mache ist, um gewisse Stimmungen und Verstimmungen in der Volksseele zu erregen, und so dürfte es sich bei der polnischen Presse auch darum handeln. Etwas anderes ist es schon, wenn Polen in Galizien und Preußen aus einigen harmlosen Briefen des Ostmarkenvereines wegen ruthenischer Saisonwanderer ein Staatsverbrechen machen. Zu bemerken ist ferner die Dreistigkeit, mit der am 15. Februar Berliner Polen versuchten, in der Pauluskirche die Erteilung der Kommunion an Kinder zu erzwingen, die dem kirchlichen Kommunionsunterricht ferngeblieben waren, weil er in deutscher Sprache erteilt wurde. Die Polizei mußte einschreiten. Und dabei ist es notorisch, daß die Berliner Polenkinder sämtlich besser deutsch wie polnisch verstehen. Dieser Kirchenskandal war selbst den Zentrumsblättern, die doch sonst immer für die Polen eintreten, zu stark. Und das geschah in der deutschen Reichshauptstadt! Man stelle sich einmal vor, Deutsche versuchten einen solchen Kirchenskandal in Krakau oder Lemberg. Die polnischen Blätter priesen aber die zu einer Demonstration mißbrauchten Kinder als „Märtyrer des polnischen Glaubens". Fürst Radziwill soll sogar in Rom gewesen sein, um dem Papste die angebliche Gewissensnot der polnischen Glaubensmärtyrer vorzutragen. Von einem Erfolg hat man nichts vernommen. Im übrigen ging das nationalistische Treiben der Sokols und aller anderen polnischen, ausschließlich nur nationalen Zwecken dienenden Vereine weiter.

Darüber ist man ja wohl in ganz Deutschland hinreichend unterrichtet, aber bei dem wenig entwickelten und nur in dringlichen Zeitläuften gewaltig auflodernden Nationalgefühl, sowie der Parteizersplitterung und konfessionellen Spaltung interessiert man sich nur wenig für die polnische Gefahr, soweit man sie nicht gerade vor Augen hat und ihre Unerträglichkeit persönlich empfindet. In den Ostprovinzen ist es freilich anders, und dort besteht auch schon lange zur Abwehr der polnischen Übergriffe der Ostmarkenverein, der schon viel für die Stärkung und Erhaltung des Deutschtums getan hat. Die preußische Regierung hat, um namentlich der weiteren, systematisch betriebenen Polonisierung entgegenzuwirken, zu dem Mittel der Ansiedlungspolitik gegriffen und damit auch unter bedeutenden Geldopfern durch Einhaltung eines systematischen Planes bereits entscheidende Erfolge erzielt. Es ist darüber schon in früheren Jahrgängen berichtet worden. In den letzten Jahren ist nun heftig darüber gestritten worden, ob in dieser Politik ein Nachlassen eingetreten ist oder nicht. Frühere Erfahrungen haben gelehrt, daß das bloße Ansiedeln von Deutschen nicht vor späterer Polonisierung schützt. Dagegen ist eine feste, wirtschaftliche und nationale Organisation der Alt- und Neuangesiedelten allein wirksam. Darauf scheint in den letzten Jahren das Hauptgewicht gelegt worden zu sein, während die Ansiedlung auch aus wirtschaftlichen Gründen sparsamer betrieben wird. Vorläufig hat der Krieg eine neue Lage geschaffen, deren Wirkung erst abzuwarten sein wird, ehe wieder Maßregeln in Angriff genommen werden können. Einstweilen erscheinen Deutsche und Polen im Kriege gegen Rußland als Verbündete, und die Veränderung der Situation hat bereits einen Ausdruck darin gefunden, daß der seit langen Jahren erledigte erzbischöfliche Stuhl von Posen und Gnesen durch die Bestätigung und Einführung des Erzbischofs Dr. Likowski am 24. September wieder besetzt ist. Alles weitere wird von dem zukünftigen Verhalten der preußischen Polen abhängen. Haben sie in schicksalsschweren Monaten einsehen gelernt, daß ihre Zukunftsträume aussichtslos sind, daß nicht ihr Heer, sondern allein die gewaltige, von Preußen organisierte und geführte Kriegsmacht des Deutschen Reiches im stande war, die alles zerstörende russische Dampfwalze von ihren Heimstätten fernzuhalten, dann ist es für sie gut, dann werden sie sich auch dareinschicken, als friedliche preußische Untertanen polnischen Stammes zu leben. Es ist zu hoffen, daß sie in diesem Sinne aus den Lehren des Weltkrieges die richtigen Schlüsse zu ziehen verstehen. Im anderen Falle würde die preußische Regierung über kurz oder lang sich doch genötigt sehen, die Maßregeln zum Schutze des Deutschtums wieder aufzunehmen.

Die Dänen in Nordschleswig haben in diesem Jahre eine noch lebhaftere Agitation entwickelt als sonst, was wohl auf den Umstand zurückzuführen ist, daß gerade fünfzig Jahre seit der Lostrennung Schleswig-Holsteins von Dänemark verflossen sind. Es wurde auch in Dänemark die Sammlung einer Nationalgabe für sie veranstaltet. Über die Lage in der Nordmark gaben im Herrenhause Graf Rantzau, Generaloberarzt Neuber und Oberbürgermeister Todsen (Flensburg) umfassende Darstellungen. Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein wies noch außerdem darauf hin, daß der Kirchenbehörde ein großer Teil der Schuld an den bestehenden Zuständen beizumessen sei. Herr v. Bethmann Hollweg erklärte, daß jeder Fall eines reichsdänischen Übergriffes diplomatisch verfolgt und auch stets von der Regierung in Kopenhagen entgegenkommend erledigt worden sei. Der neue Minister des Innern v. Loebell versicherte, er werde der dänischen Agitation den „starken Arm des preußischen Staates fühlen lassen". Es ist in früheren Jahrgängen schon darauf hingewiesen worden, daß nach Lage der Gesetzgebung dieser Arm gar nicht besonders stark sein kann gegen staatsfeindliche Agitatoren, die noch außerdem stets in der gesamten demokratischen und Milieupresse lärmende Unterstützung finden. (Man erinnere sich nur an Zabern!) Es wurde indessen eine schärfere Überwachung der dänischen Agitation durchgeführt, die Einwanderung von Reichsdänen erschwert, der Aufenthalt Zuwandernder in geeigneten Fällen abgekürzt, auch einem Dampfer, der während der Düppelfeier in Sonderburg offenbar um einer Demonstration willen mit dänischen Ausflüglern landen wollte, das Anlegen nicht gestattet. Gegen einige Pfarrer und Kirchenälteste schritten die Kirchenbehörden ein. Den dänischen Vereinen ist wegen des deutschen Vereinsgesetzes leider nicht beizukommen, und so konnten diese auf ihrer gemeinschaftlichen Hauptversammlung in Hadersleben Anfang Juni feststellen, daß namentlich der Sprach- und der Schulverein erheblich gewachsen sind. Eine ersprießliche Tätigkeit gegen die dänische Agitation entfaltet „der deutsche Verein für das nördliche Schleswig", auch hat der Provinziallandtag zur Förderung des Deutschtums in Nordschleswig 100.000 Mark bewilligt. Es ist nicht unmöglich, daß auch in der dänischen Frage der Krieg eine Wendung zum Besseren bringt. Bei der unstreitig für Deutschland wohlwollenden Neutralität Dänemarks schwindet die früher ziemlich allgemein im In- und Auslande geteilte Meinung, es werde bei einem größeren Kriege gegen Deutschland ein wirksames Operationsfeld abgeben und auch selbst teilnehmen. Da man aber in Kopenhagen klüger gewesen ist als in Brüssel, so fällt auch in Zukunft für die beiden Volksstämme in Nordschleswig eine Haupturſache der gegenseitigen Anreizung weg.

Auch für die Welfenfrage dürfte der Krieg das Ende bedeuten. Die Geburt des Erbprinzen von Braunschweig hatte zwar wieder zu Telegrammwechseln mit Gmunden und auch zu einer hannoverschen Welfenfahrt nach Braunschweig geführt. Die dabei gewonnenen Eindrücke haben aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Traditionen des jungen Herzogs denen seines Vaters gänzlich entgegengesetzt und ihm und seinem ganzen Lande die Anbiederungen aus Hannover nichts weniger als angenehm sind. Dies und die reinigende Kriegsluft werden unstreitig bewirken, daß künftighin die Welfen nicht einmal für die Wahlen, also politisch überhaupt nicht mehr, in Frage kommen.

Die Kolonien.

„Es fiel ein Reif in die Frühlingspracht" darf man wohl von dem über die vielleicht noch nicht viel bedeutenden, aber doch im gedeihlichsten Aufblühen begriffenen deutschen Kolonien jäh hereingebrochenen Schicksal sagen. Sie waren dem deutschen Volk als jüngster nationaler Erwerb so sehr ans Herz gewachsen. Man erinnere sich nur an die schweren Opfer an Gut und Blut, die freudig für die Niederkämpfung des Aufstandes in Südwestafrika gebracht wurden, ferner an die Reichstagswahl von 1907, die nach der Auflösung wegen der abgelehnten Stärke der Schutztruppe eine so ausgesprochene nationale Mehrheit ergab, wie sie nur einmal unter Bismarck zwanzig Jahre vorher erreicht worden war. Am 24. April waren drei Jahrzehnte verflossen, seit das Deutsche Reich durch die erste Flaggenhissung in der Lüderitzbai in die Reihe der Kolonialstaaten eingetreten war. Inzwischen ist der überseeische Besitz auf etwa drei Millionen Quadratkilometer (fast sechsmal so viel als das Mutterland) mit zwölf Millionen Einwohnern angewachsen. Am 9. April war in Brüssel auch das Schlußprotokoll über die Grenzvermessung des von Frankreich abgetretenen Neukamerun unterzeichnet worden. Die Berichte aus allen Kolonien wußten nur von günstigen Fortschritten zu melden. Die Musterkolonien Kiautschau und Togo, kaum weniger Südwestafrika und Deutschostafrika, aber auch Kamerun und Samoa legten glänzende Zeugnisse dafür ab, in welch vorbildlicher Weise sich das Deutsche Reich die schwere Kunst des Kolonisierens zu eigen gemacht hatte. Die Erschließung durch Bahn- und Straßenbauten war im rüstigen Fortschreiten begriffen, in Deutschostafrika erreichte die 1250 Kilometer lange Tanganjikabahn ihre Vollendung und wird in zwei Tagen durchfahren, während Karawanen für diese Strecke sonst 42 Tage brauchten. Die Versorgung aller Kolonien mit Stationen für drahtlose Telegraphie stand vor ihrer Vollendung. In Deutschostafrika befanden sich drei, in Deutschwestafrika und in den Südseebesitzungen je zwei, in Togo und Kamerun je eine Station im Betrieb, im Jahre 1915 sollte von Nauen aus über Togo der direkte Verkehr mit den Kolonien eröffnet werden. In Deutschsüdwestafrika, das die dichteste weiße Bevölkerung besitzt, entwickelt sich die Selbstverwaltung in erfreulicher Weise. Der Landesrat, der am 11. Mai in Windhuk wieder zusammentrat, konnte freilich mit seinen Hauptarbeiten nicht sofort beginnen, weil der Reichstag in Berlin mit der Budgetberatung immer noch nicht fertig war. Überhaupt hat die Art und Weise, wie neuerdings koloniale Fragen im Reichstage verhandelt wurden, nicht bloß im Inlande Staunen und Befremdung erregt. In den Kolonien empfindet man es schmerzlich, daß solche Dinge, die vom Standpunkt des Nationalstolzes aus angesehen zu werden verdienen, von der Parteinörgelei nicht verschont werden. Abgesehen von diesem aus den sattsam bekannten inneren Verhältnissen im Reiche herrührenden Mißstande, war die Entwicklung sämtlicher Kolonien im Jahre 1914 im erfreulichsten Fortschreiten begriffen. Daß ihre Lage, fern vom Mutterlande, ohne den Schutz einer die Weltmeere beherrschenden Flotte samt den dazugehörigen Stützpunkten, im Falle eines Krieges äußerst gefährdet war, darüber waren sich wohl alle ernst denkenden Köpfe vollkommen klar, aber wer konnte überhaupt an einen Krieg denken?

Und er kam plötzlich, den Kolonisten, die den verzwickten politischen Verhältnissen in Europa ferner standen, noch viel unerwarteter als uns. Aber sie ließen sich nicht verblüffen, der Geist der deutschen Einmütigkeit und Entschlossenheit lebte auch dort. Überall, wo nur die Möglichkeit dazu vorhanden, wurde tapfer Widerstand geleistet, und vielfach mit Erfolg. Die Engländer und Franzosen säumten natürlich nicht, mit ihrer Übermacht in den fast schutzlosen deutschen Kolonien zu billigen Siegen zu kommen. Freilich ist eine einigermaßen erschöpfende Darstellung der Vorgänge noch nicht möglich, denn alsbald nach Ausbruch des Krieges wurde nicht nur jeder Schiffsverkehr mit den deutschen Schutzgebieten ausgeschlossen, sondern gleichzeitig wurden von den Engländern sämtliche deutsche Überseekabel abgeschnitten und bald darauf auch, soweit es ging, die deutschen Funkenstationen vernichtet, wenn dies nicht schon durch die deutschen Kolonialverwaltungen geschehen war, damit sie nicht von den Engländern benutzt werden konnten. Unter diesen Umständen beruhen die Nachrichten über die Vorgänge in den Kolonien fast durchweg auf englischem Material, sind demnach lückenhaft, unzuverlässig und auch direkt lügnerisch wie alle britischen Nachrichten über die Kriegsereignisse. Es läßt sich aber doch mancherlei feststellen. Am 12. August fiel die Funkenstation Jap, bald darauf die von Naura, am 28. die Station Tafaigata auf Samoa und am 12. September Bitopaka auf Neupommern in britische Hände. Schon am 9. August waren die Engländer vor Lome in Togo eingetroffen und überwanden mit Hilfe der aus Dahomey eingedrungenen Franzosen die hartnäckige Abwehr der Schutztruppe, der Ansiedler und Beamten, die am 25. die Großfunkenstation Kamina zerstörten und später den aussichtslosen Widerstand aufgaben. Apia (Samoa) kapitulierte am 29. nach dem Erscheinen einer übermächtigen britisch-australischen Flotte. Später wurden auch die übrigen deutschen Stationen im Südseearchipel von Briten und Australiern ohne Kampf besetzt und die deutschen Beamten in Gefangenschaft geführt. In Kamerun begannen die Kämpfe schon Mitte August, aber es dauerte lange, ehe der deutsche Widerstand in der Nähe der Küste gebrochen war und auch die aus ihrem Kongogebiet hereinbrechenden Franzosen hatten verlustreiche Gefechte zu bestehen. Am Jahresschlusse wurde von den Deutschen an vielen Stellen weiter nach dem Innern hin noch hartnäckiger Widerstand geleistet. In Südwestafrika hatten die Engländer von der See aus die Walfischbai und Lüderitzbucht besetzt, auch einige belanglose Vorstöße unternommen. Auf Verlangen der englischen Regierung wollte der Premierminister Botha von Südafrika zur Eroberung von Deutschsüdwestafrika schreiten, stieß jedoch bei den Buren auf die heftigste Opposition. Es kam sogar zu einem teilweisen Aufstande, der am Jahresschlusse noch nicht zu Ende war. Eine gegen das deutsche Gebiet vordringende britische Truppenabteilung wurde

von den Deutschen bei Sandfontein geschlagen und nahezu vernichtet. In Deutschostafrika hatten die Engländer noch weniger Glück. Allerdings zerstörten sie gleich nach Ausbruch des Krieges auf dem Tanganjikasee mit großem Geräusch vor den Augen der Schwarzen ein altes, nicht mehr dienstfähiges deutsches Regierungsboot und bombardierten zweimal die unverteidigte Hafenstadt Dar-es-Salam. Das waren ihre kampflosen Siege zur See; zu Lande aber ging es anders. Mehrere von ihrer Seite unternommene Vorstöße in das deutsche Gebiet wurden mit blutigen Köpfen zurückgewiesen und zum Teil mit Gegenzügen ins Britische erwidert. Bei dem Angriff auf Tanga erlitten die Engländer in der ersten Woche des Dezember eine geradezu schimpfliche Niederlage. Sie hatten für ihren Zweck das bekannte „Mädel für alles", indische Truppen, in beträchtlicher Stärke gelandet, hatten aber nach dreitägigen Gefechten so starke Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen erlitten, daß sie sich schleunigst wieder an Bord begaben und davondampften.

Daß Tsingtau am 7. November von den Japanern erobert wurde, wird an anderer Stelle erzählt werden. Die gelben Verbündeten der Briten haben sich auch der Karolinen-, Palau-Inseln und der anderen deutschen Inseln im Großen Ozean bemächtigt. Diese Verluste werden von den Deutschen schmerzlich empfunden, denn es besteht vorderhand kaum Aussicht, sie auf kriegerischem Wege wettzumachen. Was den übrigen Kolonialbesitz anbelangt, so war sich in Deutschland von vornherein jedes Kind darüber klar, daß die Entscheidung nicht in Afrika und Australien, sondern jenseits der Vogesen und der Weichsel, an der Mündung der Themse und in dem irischen Kanal fallen wird. Unterliegt das Deutsche Reich in dem ihm aufgedrungenen Existenzkampf, so ist auch seine Kolonialmacht dahin. Am Jahresschlusse lagen seine Siegesaussichten aber günstig genug, und ein Rückschlag ist nachher nicht eingetreten, auch kaum zu befürchten. Zudem ist es im Besitz von Belgien, dem der Kongostaat gehört. Mit diesem Faustpfand in der Hand wird es künftigen Friedensverhandlungen auch über seinen Kolonialbesitz mit Ruhe entgegensehen können.

Handel und Verkehr.

Es ist selbstverständlich, daß der unerwartete Kriegsausbruch das wirtschaftliche Leben in zwei im Wesen grundverschiedene Abschnitte geteilt hat. Ein zusammenfassender Jahresrückblick und ein Gesamtvergleich mit den Vorjahren ist unmöglich. Nach Jahresbeginn zeigte sich immer deutlicher, daß die Hochkonjunktur von 1912/13 nicht wiederkehren werde. Den zuverlässigsten Maßstab dafür gibt immer die Montanindustrie ab. Die Kohlenförderung hatte zwar im ersten Halbjahr die des Vorjahres um eine Kleinigkeit überstiegen, nach Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhr ergab sich jedoch eine Abnahme des inneren Verbrauches, was nur als deutliches Zeichen nachlassender gewerblicher Tätigkeit im Inlande anzusehen war. Das wurde durch die Vorgänge auf dem Roheisenmarkte noch bestätigt, wo trotz der im Verhältnis zum Vorjahre noch erheblich gesteigerten Ausfuhr eine Verminderung der Erzeugung um mehr als 3 Prozent eingetreten war. Der innere Verbrauch war demnach zurückgegangen und die Ausfuhr nicht mehr zu vergrößern. Auch andere wichtige Erwerbszweige sahen sich genötigt, ihre Produktion für die Ausfuhr einzuschränken, weil die Preise auf dem Weltmarkte ständig wichen, worauf auch die Inlandspreise nachlassen mußten. Der letzte Käufer, der Konsument, pflegt freilich vom Nachgeben der Preise nichts zu empfinden, der Erzeuger aber desto mehr. Gegen die Mitte des Jahres machte sich insofern eine günstige Wandlung fühlbar, als die seit langer Zeit bestehende Spannung auf dem Geldmarkt nachließ. An der Börse kam die wirtschaftliche Entwicklung in der langsamen Abschwächung des Kurses der Industriepapiere und einem dementsprechenden allmählichen Steigen der festverzinslichen Anlagewerte zum Ausdruck. Schon im Januar ging die Reichsbank mit dem Diskont von 5 auf 4 1/2 Prozent zurück und ermäßigte ihn im Februar auf 4 Prozent. Der Rückgang der Konjunktur trat nicht etwa nur in Deutschland hervor, sondern umfaßte den gesamten Weltmarkt. Die Wirkung führte in den südamerikanischen Staaten sogar zu förmlichen Krisen, die auch Frankreich und Rußland zum Teil heimsuchten, während Deutschland die Abschwächung ohne Erschütterung der Grundlagen seiner Volkswirtschaft ertrug. Diese bestehen seit Bismarcks Zeiten in der Erhaltung und Kräftigung des inneren Marktes, dessen Rückgrat wieder die Landwirtschaft bildet. Sie ist nach einer Reihe guter Ernten der beste Abnehmer, und die sonst für Nahrungsmittel ins Ausland fließenden Millionen bleiben auch im inneren Verkehr und kommen schließlich heimischen gewerblichen Erzeugnissen zu gute. Auch das Jahr 1914 stellte wieder eine reiche Ernte in Aussicht. Die ernsten Bemühungen der Landwirte, auf den dringlichen Rat ihrer Führer hin den ganzen Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung selbst zu erzeugen, schienen von Erfolg gekrönt zu werden. Mitte Mai standen auch alle großen Viehmärkte im Zeichen des Überflusses, und die Händler mußten sich anstrengen, um durch Zurückhaltung des Auftriebs einen großen Preissturz abzuwehren. Den Abschlag der Preise hatte natürlich der Erzeuger, der Landwirt, zu tragen, der Fleischverbraucher erfuhr dagegen aus seinem Milieublatt kaum, daß das Vieh billiger geworden war, während er trotzdem noch ungefähr die früheren Preise bezahlen mußte. Es war übrigens gut, daß diese Überproduktion in dasselbe Jahr fiel, in dem England mit Hilfe der russischen und französischen Bajonette Deutschland aushungern wollte.

Glücklicherweise zeigte sich das deutsche Volk auch dem plötzlichen Umschwunge seiner wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Kriegserklärung vollkommen gewachsen. Mit dem Ausbruch des Krieges wurde freilich überall eine völlig neue Lage geschaffen. Die Einberufung von Hunderttausenden fleißiger Hände nötigte mit einem Schlage zu einer starken Beschränkung der Gütererzeugung und des Güterverkehres, was in Kriegszeiten überhaupt unvermeidlich ist, hatte aber zur Folge, daß keine eigentliche Arbeitslosigkeit eintrat und Teilerscheinungen dieser Art um so rascher verschwanden, je mehr

die Industrie sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden verstand. Wochen hindurch waren allerdings die ganze Organisation und alle Werkzeuge des Verkehrs in den Dienst der Heeresleitung gestellt, was bedeutende Beschränkungen und selbst Stockungen von Betrieben zur Folge haben mußte. Auch wiederholte sich die alte Erscheinung, daß unter dem ersten Eindruck verfügbare Bestände an Metallgeld zurückgehalten wurden, wodurch Geldmangel im Privatverkehr entstand. Die beschleunigte Ausgabe von kleinen Scheinen wie überhaupt die zweckmäßige Verwendung des doppelten Kriegsschatzes samt den geschickten Verfügungen der Reichsbank halfen in kürzester Frist über alle Schwierigkeiten dieser und ähnlicher Art hinweg. Daß es außerdem gelang, alle Hemmungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt ebenfalls in wenigen Wochen zu überwinden, ist eine der bewundernswertesten Leistungen, deren das Wirtschaftsgebäude des deutschen Volkes sich rühmen darf. Während ringsum, selbst in dem unzweifelhaft reichen Großbritannien und in neutralen Staaten, zu Moratorien gegriffen wurde, war es allein Deutschland, daß ohne diesen Notbehelf jede Zahlungskrisis vermied. Die seit Jahren von englischer Seite geflissentlich verbreitete Mär, die deutsche Geld- und Kreditwirtschaft stehe auf tönernen Füßen, strafte ihren Urheber schmählich Lügen, es trat im Gegenteil neben der kerngesunden Grundlage der deutschen Volkswirtschaft eine sorgfältige und planmäßig vorbereitete finanzielle Kriegsrüstung zu Tage, die das wesentlichste Verdienst der Reichsbankleitung ist und in London wohl noch mehr verdutzt haben dürfte als die gleichfalls überraschend gekommenen Wirkungen der deutschen Riesengeschütze, Zeppeline und Unterseeboote.

Wurde auch durch den Krieg zu einem großen Teil die deutsche Ausfuhr unterbunden, so wurde auf der anderen Seite durch den Riesenbedarf eines nach Millionen zählenden Heeres der innere Markt so erheblich erweitert, daß große und kleine Betriebe sich darauf eingerichtet und lohnende Beschäftigung gefunden haben. Zum großen Teil als Folge davon hat sich auch in raschen Zügen der innere Bedarf wieder belebt, der Verkehr mit dem neutralen Ausland wird großenteils fortgesetzt, und so ist es auch gelungen, das ganze Getriebe der deutschen Volkswirtschaft, wenn auch in etwas beschränktem Umfange, aufrechtzuerhalten und zugleich die Befürchtung der Arbeitslosigkeit zu zerstreuen. Es hat sich gegen Jahresschluß sogar gezeigt, daß eher Arbeitermangel als Arbeitslosigkeit besteht. Es darf gewiß mit Genugtuung bemerkt werden, daß bei den drei Hauptgegnern Deutschlands ein gleichbefriedigender Zustand nicht zu beobachten ist. Dieses kaum erwartete günstige Gesamtresultat ist zu gleichen Teilen der einmütigen Willensmeinung des deutschen Volkes und seinen vorzüglichen Staatseinrichtungen zuzuschreiben. In richtiger Erkenntnis dessen hat auch der Reichstag nicht nur die nötigen Geldmittel für den Krieg bewilligt, sondern auch einstimmig den Bundesrat ermächtigt, während der Kriegsdauer gesetzliche Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Abhilfe von wirtschaftlichen Schädigungen als notwendig erweisen sollten. Auf dieses Ermächtigungsgesetz gestützt, hat der Bundesrat eine sehr lebhafte und segensreiche Tätigkeit entfaltet, die sich in ihren Hauptpunkten auf die Rechtsbeziehungen zum Auslande, Festsetzung von Höchstpreisen, den Notenumlauf, die finanzielle Kriegsbereitschaft, die Errichtung von Darlehenskassen u. a. beziehen. Es ist zu betonen, daß, von vereinzelten gewinnsüchtigen Elementen abgesehen, diese Verordnungen mit allgemeiner Zufriedenheit aufgenommen worden sind, und hoffentlich nicht ohne Nachwirkung bleiben werden, insbesondere diejenigen, die allgemeinen Wünschen entgegenkommen, denen aber in friedlichen Zeiten auf gesetzlichem Wege bisher keine Erfüllung beschieden war. Der Vervollständigung wegen sei am Schlusse noch angeführt, daß die Reichsbank vor Weihnachten in der Lage war, den Diskont von 6 (womit sie bisher während des Krieges ausgekommen war) auf 5 Prozent herabzusetzen und damit der Bank von England gleichkam, die aber nach Kriegsausbruch zeitweilig auf 8 und sogar 10 Prozent hatte gehen müssen.

Preußen.

Der Landtag wurde am 8. Januar im weißen Saale des Königsschlosses vom Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg unter den üblichen Feierlichkeiten und bei starker Beteiligung von Mitgliedern beider Häuser durch Verlesung einer Thronrede eröffnet. Sie war wie immer kurz und fast nüchtern, beifällige Zurufe wurden nur bei der Erwähnung der günstigen Finanzlage laut. Von den angekündigten Vorlagen stützten sich die wichtigsten auf die Ergebnisse der Vorarbeiten für die Verwaltungsreform, daran schlossen sich als Aufgaben von sozialer Bedeutung die Vorlage des Grundteilungsgesetzes, eine Neuregelung des Fideikommißwesens, eine Besoldungsvorlage für einige Beamtenklassen und der Entwurf eines Wohnungsgesetzes. Auch das Ausgrabungsgesetz wurde wieder angekündigt. Zum Mißvergnügen der Linken enthielt die Thronrede keine Silbe über eine Wahlrechtsvorlage. Die Regierung hat dann gelegentlich wiederholt erklärt, sie halte sie auch im neugewählten Hause für unzweckmäßig, da es sich nur wenig von dem vorigen unterscheide, in dem keine Einigung über diesen Gegenstand zu erzielen war. Man wird diesen Standpunkt nicht für unberechtigt ansehen dürfen, denn auch im Abgeordnetenhause werden schon viel zu viele vergebliche Reden ausschließlich zu Partei- und Agitationszwecken gehalten. Das Herrenhaus konstituierte sich noch an demselben Tage durch Wiederwahl seines Präsidiums, in dem vorläufig konstituierten Abgeordnetenhause hielt Finanzminister Dr. Lentze die übliche Finanzrede. Er hob hervor, daß die ungünstigere Konjunktur sich wohl auch in der preußischen Finanzwirtschaft bemerkbar mache, doch nicht in einem Maße, daß dringliche Ausgaben vermindert werden mußten, sondern, daß auch für außerordentliche Ausgaben reichliche Mittel und eine angemessene Rücklage für den Eisenbahnausgleichsfonds vorgesehen werden konnten. Er bedauerte ferner, daß die Regierung sich gezwungen gesehen habe, dem Besitzsteuergesetz für das Reich zuzustimmen. Es sei hier gleich bemerkt, daß Erklärungen gleichen Sinnes in mehr oder weniger scharfer

Form auch von den Ministern der anderen Einzelstaaten in ihren Landesvertretungen abgegeben worden sind.

Dieser durch den Reichstag veranlaßte Eingriff des Reiches in die bisherige Gepflogenheit bei der Behandlung der Finanzhoheit der Bundesstaaten bildete auch den Gegenstand bemerkenswerter Auseinandersetzungen in beiden Häusern des Landtags. Das Herrenhaus beschäftigte sich damit in einer sehr stark besuchten Sitzung am 10. infolge eines Antrages des Grafen York v. Wartenburg, in dem die Regierung aufgefordert wurde, einer Herabdrückung der Stellung Preußens innerhalb des Reiches entgegenzutreten. Der Antragsteller führte aus und belegte mit Beispielen, daß sich der Reichstag immer mehr Rechte anmaße, in die Befugnisse und Angelegenheiten der Einzelstaaten einzugreifen versuche und nach dem Einheitsstaate hinstrebe, während die verbündeten Regierungen nicht genügend Widerstand dagegen leisteten. Er und seine Freunde wollen an der von Bismarck geschaffenen Grundlage des Reiches festhalten, hegen durchaus kein Mißtrauen gegen den Reichskanzler, verlangen aber von der Regierung, sie müsse dafür sorgen, daß Deutschland nicht zu englischen Zuständen mit einem lebenslänglichen Präsidenten an der Spitze einer Republik käme. Die Rede fand einen in diesem Hause ganz ungewöhnt starken Beifall mit Händeklatschen. Herr v. Bethmann Hollweg zeigte in seiner Erwiderung, daß er für die Tendenz der Rede volles Verständnis besitzt, und gab Erklärungen ab, nach denen er in verschiedenen Punkten den geäußerten Besorgnissen Rechnung tragen wird. Der Antrag wurde mit 185 gegen 20 Stimmen (bei drei Enthaltungen) angenommen. Ein Mißtrauensvotum lag, trotz der Behauptung der liberalen Presse, darin nicht. Dagegen sprechen schon die Erklärungen im Hause, übrigens ist Herr v. Bethmann Hollweg ein ebenso guter Preuße wie die Herrenhausmitglieder, und es konnte ihm gar nicht unangenehm sein, daß durch den Beschluß des Herrenhauses sein Amt als preußischer Ministerpräsident noch eine Stärkung erfuhr. Im Abgeordnetenhause brachte der konservative Abg. Dr. Winckler die Angelegenheit am 13. in der Etatsdebatte zur Sprache und bedauerte namentlich, daß sich die Reichsregierung bei der finanziellen Deckung der Wehrvorlage nicht stark genug gegen den gefährlichen Schritt der Belastung der Einzelstaaten gewehrt habe. Herr v. Bethmann Hollweg trat auch hier dieser Auffassung entgegen mit einer Ausführlichkeit, aus der deutlich zu entnehmen war, daß er die Bedeutung dieser Frage vollkommen erfaßt, daß es aber nicht möglich gewesen wäre, die Deckungsvorlage auf andere Weise durchzubringen. Er wies aber auch darauf hin, daß die Konservativen um so weniger Berechtigung für ihren Vorwurf hätten, als gerade sie es gewesen wären, die durch ihr Verhalten einen anderen Ausweg unmöglich gemacht hätten. Dagegen wandte sich nun wieder in der Sitzung vom 15. der Abg. v. Heydebrand in einer in ihren übrigen Teilen sehr viel beachteten Rede, in der er in bezug auf die hier in Frage stehende Angelegenheit ausführte, die Reichsregierung hätte ja zu dem Ausweg der Auflösung schreiten können. Im übrigen war die Rede in so fein abgewogenen Wendungen gehalten, daß der von der Fortschrittspartei gehoffte Zusammenstoß zwischen dem Ministerpräsidenten und den Konservativen gänzlich ausgeschlossen blieb. Der fortschrittliche Redner Dr. Pachnicke bezeichnete darum auch die Rede als eine Enttäuschung. Herr v. Bethmann Hollweg war indessen anderer Meinung und erwiderte sehr versöhnlich. Er behielt zwar seinen Standpunkt in bezug auf die vollendeten Tatsachen bei, betonte aber, daß in seiner verantwortlichen Stellung seine einzige Frage sei: „Tust du denn auch hier das, was deinem Volke dienlich sein wird?“ und mahnte weiter: „Wir leben in einer viel zu ernsten Zeit, um uns zu zanken, wir haben Besseres zu tun.“ (Lebhaftes: Sehr richtig!) Die Heeresvermehrung sei eine so bedeutsame Angelegenheit gewesen, daß die Frage nicht auftauchen konnte, ob nicht die Regierung die Gelegenheit taktisch zur Gewinnung einer für sie günstigeren Mehrheit ausnützen solle. — Mit dieser Aussprache war die vielumstrittene Frage in einer Weise geklärt, die das fernere Zusammenarbeiten bei der Erledigung wichtiger Aufgaben ohne Belastung durch Vergangenes ermöglichte.

An diesem Tage schloß die Debatte über die erste Lesung des Etats, und nun mußte sich zeigen, was das neugewählte, um einige Mitglieder auf der linken Seite vermehrte Haus zu leisten im stande sei. Das Resultat entsprach keineswegs den Erwartungen, und der Entschuldigungsgrund zu später Einberufung ist nicht stichhaltig. Warum hat das Haus nicht durch schnellere Arbeit den angeblichen Fehler der Regierung gutgemacht? Nur unter Kindern ist es üblich, die Schuld auf den anderen zu schieben. Als triftige Entschuldigung darf jedoch gelten, daß die meisten Vorlagen von einer Tragweite waren, daß die Erledigung unmöglich in einer Session zu Ende gebracht werden konnte. Die übermäßige Ausdehnung der Etatsdebatten durch förmliche Broschürenreden hat schließlich verursacht, daß nicht einmal der Etat rechtzeitig durchberaten und auch sonst nichts Nennenswertes geschaffen wurde. Hier muß das Abgeordnetenhaus ebenso wie der Reichstag Wandel schaffen, soll nicht die Achtung vor den großen Vertretungen noch weiter sinken, denn das Volk hat das Gebaren der Redemaschinen — der Ausdruck stammt von Carlyle — herzlich satt. Die Hauptschuld der Zeitvergeudung trifft unzweifelhaft die Dauerreden und unbegründeten Geschäftsordnungsdebatten der Sozialdemokraten, die sich zwar, eingedenk der unliebsamen Erfahrungen im Vorjahr, im allgemeinen ruhiger verhielten, aber doch in den Schlußsitzungen große Lärmszenen hervorriefen, um damit einen Eindruck nach außen zu machen. Indessen muß man es doch als einen großen Mißstand bezeichnen, daß allein die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern über zwei Wochen in Anspruch nahm und die Etatsberatung fünf Monate dauerte. So konnten außerdem nur noch das Ausgrabungsgesetz, die Eisenbahnanleihe, ein Nachtragsetat, eine Abänderung des Fürsorgegesetzes, ein Entwurf über die Einziehung staatlicher Schiffahrtsabgaben, ein Wohnungsgesetz für Staatsarbeiter, die Besoldungsnovelle und einige andere

kleinere Vorlagen endgültig erledigt werden. Die größeren Vorlagen befanden sich noch in den Kommissionen; einige waren schon durchberaten, andere auf den Herbst verschoben worden, wie auch die im Herrenhaus bereits beratene Landesverwaltungsreform. Am 16. Juni wurde der Landtag bis zum Herbst vertagt.

Am 27. Mai war der Bischof von Hildesheim, Dr. Adolf Bertram, als Nachfolger des Kardinals Dr. Kopp, zum Fürstbischof von Breslau gewählt worden. Die Ernennung der Staatssekretäre (im Reich) Kühn und v. Jagow zu preußischen Staatsministern, gab Mitte Juli Stoff zu Erörterungen in den Blättern. Es wurde wieder über die Möglichkeit einer Beeinflussung Preußens durch das Reich geredet. Nun sind aber solche Ernennungen auch früher ohne merkbaren Nachteil vorgekommen. Von anderer Seite wurde das genaue Gegenteil behauptet. Die eine Auffassung ist ebenso einseitig und irrig wie die andere. Wie die Dinge nun einmal in Deutschland liegen, kann es für beide Teile doch nur von Vorteil sein, wenn sich ihre Interessen gegenseitig durchdringen. Zwei Wochen nach Ausbruch des Krieges wurde der bisherige Weihbischof Dr. Likowski zum Erzbischof von Gnesen-Posen ernannt. Er ist bekanntlich Nationalpole und hatte seit 1906 die Verwaltung des Erzbistums geführt.

Aus der Herbsttagung des Landtags konnte aus begreiflichen Gründen nichts werden, wohl aber wurde er für den 22. Oktober zu einer Kriegstagung einberufen. Eine amtliche Denkschrift legte Rechenschaft ab von den großangelegten und zweckmäßigen Maßregeln, mit denen die Staatsverwaltung eingegriffen hatte, um die nachteiligen Einwirkungen des Krieges auf die wirtschaftliche Lage zu vermindern. Die Regierung verlangte die Bewilligung von 1½ Milliarden, um das Wirtschaftsleben im Gange zu erhalten, für die Familien der Krieger zu sorgen, der Arbeitslosigkeit zu steuern und dem von den Russen schwer heimgesuchten Ostpreußen wieder aufzuhelfen. Die Erledigung erfolgte einstimmig in dreiviertelstündiger Sitzung, in noch kürzerer Frist kam der einstimmige Beschluß des Herrenhauses zu stande. In beiden Häusern übermittelte der Vizepräsident des Ministeriums Dr. Delbrück einen Gruß des Kaisers und gab dann eine kurze Begründung der Vorlage. Der Eindruck, den Abgeordneten- wie Herrenhaus boten, war ein Kriegsbild im vollsten Sinne des Wortes. Man sah neben den blauen und feldgrauen Uniformen der Armee, die der Johanniter und Malteser, das Eiserne Kreuz von 1870/71 war vielfach vertreten, aber auch schon das von 1914. Die Abgeordneten waren nahezu vollzählig erschienen, auch der verwundete Abg. Dr. Bredt; der ebenfalls schwerverletzte Abg. v. Maltzahn wurde im Krankenstuhl in den Saal gefahren, auf dem Platze des in Frankreich gefallenen Abg. Hasenclever lag ein Kranz von weißen Rosen mit Lorbeer. Dichtgefüllt waren Logen und Tribünen, sehr viele Damen dabei, die bis zur Eröffnung der Sitzung eifrig Kriegsstrümpfe strickten und sich später lebhaft an dem stürmischen Beifall beteiligten, was ausnahmsweise den Tribünenbesuchern gestattet war. Der erste Beifallssturm brach los, als Dr. Delbrück mit der Versicherung schloß, daß die Waffen nicht eher aus der Hand gelegt werden, als bis ein Sieg erkämpft worden ist, der Deutschland dauernden Frieden sichert. „Wir haben auch die Kräfte und die Mittel, um durchzuhalten, bis dieser Sieg unser ist." Nun kam eine Unterbrechung der Stimmung durch die Erklärung der Sozialdemokratie, die der Abg. Hirsch wohl ganz würdig vortrug, aber doch mit der Anmeldung des Wahlrechts schloß. Er schien allein nicht zu empfinden, daß das jetzt nicht daher gehörte. Der Präsident Graf Schwerin-Löwitz konstatierte, daß die anderen Parteien mit der Vortragung ihrer Wünsche verzichtet hätten, und konnte wenige Minuten nachher die einstimmige Annahme der Vorlage verkünden. Stürmischer, allseitiger Beifall durchbrauste minutenlang das Haus. Mit einem tiefbewegten Dank für den bisher verliehenen Sieg schloß mit einem Hoch auf den obersten Kriegsherrn und das Volk in Waffen zu Wasser und zu Lande der Vorsitzende die Sitzung. Begeistert stimmten Abgeordnete und Besucher in das Hoch ein. Im Herrenhause nahm der Schluß durch den Präsidenten v. Wedel-Piesdorf fast den gleichen Verlauf. Minister Dr. Delbrück vertagte danach den Landtag bis zum 9. Februar. — Die „Neue Freie Presse" in Wien schrieb über den Eindruck der geschilderten Vorgänge: „Mit Bewunderung blicken wir auf diese Kundgebung einziger Art, die in ihrer schlichten Größe den tiefsten Eindruck machen muß." Der preußische Landtag hatte sich würdig an die Seite des Reichstages gestellt. Es geschah zufällig am Geburtstage der Kaiserin.

Aus den Bundesstaaten.

Die verschiedenen Flußschiffahrtspläne in und zwischen den einzelnen Bundesstaaten haben im abgelaufenen Jahre nur geringe Förderung erfahren. Namentlich in der badischen Kammer wurden über den Stand der Vorfragen wegen der Schiffbarmachung des Rheins von Mainz bis Konstanz Mitteilungen gemacht, aus denen sich herauslesen läßt, daß widerstreitende wirtschaftliche und partikularistische Interessen und die Frage der Rentabilität Schwierigkeiten bereiten. Anfang Juli fand in Koblenz eine Sitzung des neugewählten Wasserstraßenrates für den Rhein statt, die über die Vertiefung des Flusses von St. Goar bis Mannheim beriet. Die Kanalprojekte über die Verbindung von Leipzig mit der Saale, Elbe und Berlin sind noch nicht über den Standpunkt der Beratung hinaus gediehen.

Bayern. Infolge des Thronwechsels war München im ersten Halbjahr der Schauplatz zahlreicher Besuche am königlichen Hofe. Am 1. März traf der österreichisch-ungarische Minister des Äußern Graf Berchtold ein, gab am folgenden Tage bei den Prinzen und den Gesandten seine Karte ab und besuchte den Ministerpräsidenten Grafen Hertling. Mittags wurde er vom Kronprinzen Rupprecht und dann vom Königspaar in Audienz empfangen und zur königlichen Tafel gezogen. Am Dienstag gab Graf Hertling ihm zu Ehren ein Frühstück. Am 23. machte das württembergische Königs-

paar seinen Gegenbesuch. Es fand großer Empfang statt, zahlreiches Publikum begrüßte die beiden Könige und ihre Gemahlinnen bei ihrer Fahrt durch die reich beflaggten Straßen vom Bahnhof zur Residenz mit lebhaften Hochrufen. Der Aufenthalt in München dauerte zwei Tage. König Wilhelm machte am 24. auch im Rathause einen offiziellen Besuch und wurde vom Oberbürgermeister Dr. v. Borscht begrüßt. Abends fand im Hofballsaale der Residenz große Galatafel statt, bei der beide Könige offizielle Trinksprüche ausbrachten, in denen neben der Betonung der freundnachbarlichen Beziehung auch das Treueverhältnis zum Reiche beredt zum Ausdruck kam. So sind die Besuche, die die deutschen Bundesfürsten sich gegenseitig abstatten, zugleich Anlaß zur entschiedenen Bekundung vaterländischen Empfindens und inniger nationaler Eintracht. Als Vertreter seines kaiserlichen Oheims erschien am 14. April der Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand in München. Auf dem Bahnhofe waren zum Empfang König Ludwig und die königlichen Prinzen eingetroffen. Die Stadt hatte reichen Schmuck in den deutschen, österreichischen, ungarischen und bayrischen Farben angelegt, die Fahrt zur Residenz fand unter lebhaften Hochrufen des zahlreichen Publikums statt. Der Erzherzog stattete vormittags auch dem Ministerpräsidenten Grafen Hertling einen Besuch ab. Um 1 Uhr war Familientafel in der Residenz, König Ludwig sandte ein Dank- und Begrüßungstelegramm an den Kaiser Franz Josef, welcher mit warmen Freundschaftsworten erwiderte. Am folgenden Tage machte König Ludwig mit seinem Gaste der alten Pinakothek und dem bayrischen Nationalmuseum einen längeren Besuch. Abends war Galatafel in der Residenz. In den ausgebrachten Trinksprüchen wurde von beiden Seiten das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn mit Nachdruck hervorgehoben. Am 18. und 19. machten der Großherzog Friedrich von Baden und Gemahlin ihren Gegenbesuch, der sich ganz im Rahmen des württembergischen Königsbesuches abspielte.

Der Landtag, der seit Ende September tagte, kam mit seinen Arbeiten nicht rascher vorwärts als sonst. Im übrigen verliefen die Verhandlungen ruhiger als die mitunter stürmischen Debatten über die Beendigung der Regentschaft und die Zivilliste im Vorjahre. Viel Kopfzerbrechen brachte die Finanzlage, die sich trotz der neuen Steuern mit ihren vielfach lästigen Bestimmungen noch immer nicht erfreulich gestalten wollte. Der Finanzminister hielt die Lage durchaus nicht für gefährlich und beantragte einen Zuschlag von 25 Prozent der Reichserbschaftssteuer für den Staat, eine Grundwertzuwachssteuer und eine Abänderung des Gebührengesetzes. Die Verhandlungen zogen sich weit in den Juli hinein. Die Kammern bewilligten auch eine Nachtragsforderung für den bereits bestehenden bayrischen Rheinschiffahrtskonzern in der Höhe von 2,031.837 Mark, von denen die Eisenbahnverwaltung 67.727 Mark übernimmt, der Rest wird durch eine Anleihe gedeckt. Ein Antrag auf Bekämpfung der Unsittlichkeit wurde angenommen (von der Kammer der Reichsräte einstimmig), der Antrag der Liberalen und Sozialdemokraten auf Einführung der Verhältniswahl für den Landtag wurde schon in der Kammer der Abgeordneten abgelehnt. — Eine für die nachfolgenden Monate bemerkenswerte Rede hielt König Ludwig am 26. Mai bei der Militärtafel nach der Parade der Münchner Garnison. Folgende Sätze verdienen festgehalten zu werden: „Sie wissen, daß ich ein großer Freund des Friedens bin und ich hoffe, der Frieden wird uns noch recht lange erhalten bleiben. Aber die Aufgabe der Armee ist, sie muß sich zum Kriege vorbereiten. . . . Sollte die bayrische Armee noch einmal unter dem Oberbefehl des obersten Bundesfeldherrn, des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen, in den Krieg ziehen, dann wünsche ich ihr neue Lorbeeren und Erfolge getreu ihrer uralten Geschichte." — Am 28. fand in der Nähe von Aichach eine 800-Jahrfeier des Hauses Wittelsbach statt. Östlich der Stadt bezeichnen eine Kirche und ein Nationaldenkmal den Platz, wo die Burg Wittelsbach gestanden hat, deren Bau 1114 vollendet wurde. Trotz strömenden Regens hatte sich eine ungeheuere Menschenmenge zu der künstlerisch vorbereiteten Feier eingefunden. Der König erschien mit der Königin und sagte in seiner kurzen Erwiderung auf die Festrede des Oberregierungsrates Dibbert: König Ludwig II. habe gesagt: „Ich fühle mich eins mit meinem Volke." Er gehe noch weiter und sage: Das bayrische Volk fühlt sich eins mit seinem König. König Ludwig III. durfte das schon sagen. — Am 3. und 4. Juni machten der Großherzog Ernst Ludwig von Hessen und Gemahlin in München ihren Gegenbesuch, dessen Verlauf nahezu der gleiche war wie die bereits geschilderten Fürstenbesuche. Im äußeren Zuschnitt ganz gleich war auch am 6. und 7. der Antrittsbesuch des Herzogs Ernst August von Braunschweig mit Gemahlin, nur war der persönliche Verkehr wegen der bekannten Beziehungen noch viel herzlicher. Das Herzogspaar erschien am 21. noch einmal in München zur Hundertjahrfeier des ersten schweren Reiterregiments, dem der Herzog bis vor einem Jahr angehört hatte. Bei der Erinnerungsfeier an die Zugehörigkeit der Stadt Würzburg zu Bayern hielt König Ludwig am 28. eine Ansprache, deren Inhalt in ihrem nationalen Teile vollständig mit dem Gedankengange übereinstimmte, den er am Tage der Militärparade entwickelt hatte. — Fünf Wochen danach war der Krieg da. König Ludwig sah mit Stolz seine Prinzen mit dem deutschen Heere hinausziehen, sein Ältester als Führer der sechsten Armee. Und er erlebte die Freude, daß sich an dessen Namen der erste große deutsche Sieg knüpfte! Aber die Wege der Vorsehung sind unerforschlich. Er mußte den Schmerz erleben, daß sein ältester Enkel, Prinz Luitpold, am 27. August nach kurzem Krankenlager in Berchtesgaden ziemlich plötzlich verschied. Den Vater hielt die Feldherrnpflicht in den Vogesen fest, und so mußte sich der Großvater der traurigen Aufgabe unterziehen, dem hoffnungsvollen Sprößling seines Hauses die letzte Ruhestätte zu bereiten. — Am 28. Oktober verschied auch das älteste Mitglied der königlichen Familie, die Herzogin Adelgunde von Modena, die überlebende Schwester des Prinzregenten Luitpold.

Sachsen. Beide Ständekammern nahmen am 13. Januar ihre Tätigkeit wieder auf. Die Parteiverhältnisse hatten sich nicht gebessert, eher verschlimmert, da die Nationalliberalen das Angebot der Konservativen, bei den Stichwahlen wieder zusammenzugehen, schroff ablehnten und am 21. April ein Wahlabkommen mit der Fortschrittspartei abschlossen. Am 17. März wurden die Anträge der Fortschrittler und Sozialdemokraten, statt der bisherigen zweijährigen Sessions- und Budgetperioden einjährige einzuführen, abgelehnt. Die beiden Kammern hielten am 19. Mai ihre Schlußsitzungen. Das Staatshaushaltungsgesetz und das Finanzgesetz wurden bei der Schlußabstimmung in der zweiten Kammer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Der Landtag wurde am folgenden Tage vom Könige mit einer Thronrede geschlossen. — König Friedrich August wohnte am 6. Februar der Feier des 150jährigen Bestehens der Königlichen Akademie der bildenden Künste in Dresden bei und eröffnete am 6. Mai in Leipzig die internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik (Bugra). Diese Ausstellung nahm in der Reihe aller unter diese Benennung fallenden Unternehmungen eine ganz eigenartig hervorragende Stellung ein und zog den Besuch von berühmten Persönlichkeiten aller Länder an sich. Sie litt zwar sehr unter dem unerwarteten Kriegsausbruch, konnte aber bis zu dem beabsichtigten Schlußtermin (8. Oktober) aufrecht erhalten werden. Am 3. Mai war Kronprinz Rupprecht von Bayern zum Besuch beim königlichen Hofe eingetroffen und stattete am folgenden Tage dem 3. Infanterieregiment Nr. 102 (König Ludwig III. von Bayern) in Königsbrück einen Besuch ab. In Genehmigung seines Abschiedsgesuches wurde der Kriegsminister und Vorsitzende des Ministeriums, der Generaloberst Frhr. v. Hausen, am 21. Mai dieses Amtes enthoben; Kriegsminister wurde Generalleutnant v. Carlowitz, der Vorsitz im Ministerium ging auf den Kultusminister Dr. Beck über. Ein für das Jahr 1914 äußerst denkwürdiges Ereignis war der Besuch des Königs Friedrich August am Zarenhofe vom 19. bis 22. Juni. Es war eine Erwiderung des vorjährigen Besuches des Großfürsten Kyrill am Dresdener Hofe, bei welcher Gelegenheit dem Könige ein russisches Regiment verliehen worden war. Jetzt ernannte er den Zaren zum Chef des 2. sächsischen Artillerieregiments und wurde in Zarskoje Selo mit großer Auszeichnung empfangen. Bei der Galatafel am 19. trank Kaiser Nikolaus auf „dauernde Freundschaft". Vier Wochen darauf saß Poincaré an derselben Stelle und erhielt, wenn auch nicht vom Zaren selbst, so doch vom Großfürsten Konstantin, die nötigen Aufklärungen über den bereits eingeleiteten Krieg. Der König wohnte am 20. einer Parade der Garnison von Zarskoje Selo bei und besichtigte am nächsten Tage an der Newamündung die Panzerschiffe „Sebastopol" und „Petropawlowsk". Er traf am 24. wieder in Dresden ein. Am 2. August erließ er seinen Kriegsaufruf an das sächsische Volk und Heer. Am 25. November trat der Landtag noch einmal zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Beide Kammern bewilligten einstimmig einen Kriegskredit von 200,000.000 ohne jede Erörterung.

Württemberg. Seitdem bei den letzten Wahlen die rechte und die linke Parteigruppe ungefähr die gleiche Stärke erhalten haben, sind ziemlich ruhige Verhältnisse im Lande und in der zweiten Kammer eingekehrt. Es wird sachlich gearbeitet, was bei den verhältnismäßig einfachen Vorlagen für den Landtag auch nicht schwer fiel. Darüber hinausgehende Wünsche, wie die Erweiterung der Eisenbahngemeinschaft, die Schiffbarmachung des Neckar u. a. reifen nur langsam der Erfüllung zu. Am 11. März teilte Ministerpräsident v. Weizsäcker mit, daß bei den deutschen Eisenbahnverwaltungen die Verhandlungen über die gemeinsame Regelung des Submissionswesens im Sinne einer größeren Einheitlichkeit der Verwaltung betrieben werden. In bezug auf die Kanalisierung des Neckar führte der Minister des Innern am 7. April aus, sie bedeute für Württemberg allein ein großes Wagnis, die Ausgabe von so vielen Millionen gebe zu ernsten Bedenken Anlaß. Württemberg sei dabei viel ungünstiger daran wie Bayern mit dem Mainkanal. Eine weitere einschneidende Frage ist die der Steuerreform, an die Finanzminister v. Geßler mit Erfolg herangetreten war, obgleich seine Gemeindesteuerreform in der ersten Kammer keine Mehrheit gefunden hatte. Er trat Mitte April aus Gesundheitsrücksichten zurück, hat aber den Gegenstand soweit vorbereitet, daß sein Nachfolger Dr. v. Pistorius darauf weiter bauen kann und wird, weil er bisher schon wesentlich dabei beteiligt war. — Am 20. April starb der frühere langjährige Justizminister und Ministerpräsident Dr. v. Breitling im Alter von 79 Jahren, der 1906 aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten war. Er hatte sich um das Land große Verdienste erworben.

Baden. Die Landtagsverhandlungen standen noch unter dem Eindruck der im Vorjahre im Zeichen des Großblocks vorgenommenen Wahlen, die diesem eine vornehmlich moralische Niederlage gebracht hatte, wenn er auch in der Kammer notdürftig die Mehrheit behauptete. In der zweiten Kammer erklärte Staatsminister v. Dusch am 14. Januar, das Jesuitengesetz sei rechtmäßig ausgeführt worden, die Aufhebung sei unmöglich, aber es werde milde gehandhabt werden. Der Zentrumsführer Dr. Zehnter sagte den Nationalliberalen, nach ihrer Haltung bei den Wahlen werde es sich seine Partei sehr überlegen, ihnen künftig wieder aus freien Stücken Unterstützung gegen die Sozialdemokraten zu leisten. Am folgenden Tage erklärte Finanzminister Dr. Rheinboldt in bezug auf die neuen Reichssteuern, er werde mit allen Mitteln gegen eine weitere Inanspruchnahme der direkten Steuern durch das Reich ankämpfen. Über die Stellung der Regierung zum Großblock führte der Ministerpräsident v. Dusch aus, und der Minister des Innern Frhr. v. Bodmann bekräftigte es noch außerdem am 2. Februar, die Idee des Großblocks sei zu bedauern, die Regierung werde keineswegs bloß mit ihm, sondern mit allen Parteien arbeiten. Er fand auch energische Worte gegen die Sozialdemokraten, obwohl er einräumte, daß sie auch schon positive Arbeit geleistet hätten. Beim Zentrum sei unzuträglich, daß von der Geistlichkeit Gewissenszwang auf die Wähler ausgeübt werde. — Am

16. Februar starb die Prinzessin Wilhelm von Baden, die Mutter des künftigen Thronfolgers Prinzen Max. Sie war eine geborene Herzogin von Leuchtenberg, seit 1897 verwitwet und 72½ Jahre alt geworden. Sie hatte große Mittel für Zwecke der Jugenderziehung aufgewendet. An ihrer Beisetzung nahm auch Kaiser Wilhelm teil. — In der Sitzung der ersten Kammer am 27. warnte Finanzminister Dr. Rheinboldt vor einer ungesunden Vertrauensseligkeit in bezug auf den jetzigen günstigen Stand der Finanzlage, da sich bei den Eisenbahneinnahmen bereits die Einwirkung der ungünstigeren Konjunktur zeige. Am 3. März bewilligte die zweite Kammer die Kosten für die Gesandtschaft in München, die der Block im Vorjahre abgelehnt hatte. Die Nationalliberalen begründeten ihre Schwenkung mit dem Thronwechsel in Bayern. Die Schuldebatten brachten einen Vorstoß der Fortschrittler und Sozialdemokraten zu Gunsten der Freireligiösen. Kultusminister Dr. Böhm trat energisch für die gesetzliche christliche Grundlage der Schule ein, und der nationalliberale Führer Rebmann sagte ungefähr dasselbe. Darauf großer Lärm im Block, heftige Angriffe der Sozialdemokraten gegen den Minister und bündige Erwiderung desselben. Die Blätter der Blockparteien befehdeten sich noch lange untereinander wegen der Schuld an diesem Risse. Am 17. Juni gab es noch einen heftigen Zusammenprall des sozialdemokratischen Abg. Dr. Frank mit dem Minister des Innern, der daran festhielt, daß er Sozialdemokraten nicht zu Bezirksräten ernennen werde. Am 26. nahm die zweite Kammer das Finanzgesetz an, die Sozialdemokraten stimmten diesmal wieder dagegen. Am 1. Juli schloß Staatsminister v. Dusch im Namen des Großherzogs die Landtagssession.

Elsaß-Lothringen. Die Reichsländler haben sich das ganze Jahr hindurch als waschechte Deutsche erwiesen: erst als Nörgler, Unzufriedene, Erbitterte, denen „von oben" unrecht geschieht, und dann mit einem Schlage als vaterländisch Begeisterte, die für das Deutsche Reich Gut und Blut opfern. Ist das nicht echt deutsch? — Wohl hatte die Verlegung des Regiments von Zabern verblüffend gewirkt und daran erinnert, daß man sich in den Kampf mit einem überlegenen Geist eingelassen habe, aber die Nörgler erholten sich bald wieder, und die „Gewählten" fühlen sich bekanntlich niemals und nirgends im Unrecht. Der Verlauf der Interpellation wegen Zabern in der zweiten Kammer zeigte, daß entweder die Abgeordneten und die Landesbeamten aus den Tatsachen nichts gelernt hatten oder sich gegenseitig Mut machen wollten. Eine Ungezogenheit jagte die andere. Trotzdem empfanden die Mitglieder der Regierung, daß ihre Stellung unhaltbar geworden sei, und kamen Ende Januar um ihre Entlassung ein. Ganz in Güte und mit verständnisvollem Schmunzeln läßt sich eben auch in den Reichslanden auf die Dauer nicht regieren, die Elsaß-Lothringer sind im Gegenteil an französische Präfektenstrenge gewöhnt gewesen und mißdeuteten die Milde der deutschen Verwaltung. Die Entlassung der Herren Zorn v. Bulach und Dr. Petri wurde angenommen, zum Staatssekretär der bisherige Oberpräsidialrat in Potsdam Graf Röder und zum Unterstaatssekretär der Geh. Regierungsrat im Reichsamt des Innern Frhr. v. Stein — ein geborener Bayer — ernannt, beide erprobte Beamte. Der Rücktritt des Statthalters Grafen Wedel blieb noch offen. In den Reichslanden wurde man stutzig und die politischen Notabeln gründeten eine „Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens" gegen die Hetze in Deutschland; der hochtönende Name war dabei die Hauptsache. Der Landtag hielt es indessen für klug, einige bei der zweiten Lesung übermütig gestrichene Posten der Regierungsvorlage in der dritten Beratung zu bewilligen und überhaupt zu einem guten Verhandlungsfuße mit der neuen Regierung, die sich dazu bereit erklärt hatte, zu gelangen. Er bedauerte indessen doch am 7. April den Erlaß des elsässischen Schulrates über die Pflege der deutschen Sprache an den höheren Schulen, der insbesondere bezweckte, den Lehrern das bisher beliebte Französeln in der Schule abzugewöhnen. Der Landtag wurde am 8. geschlossen, nachdem er seine Hauptaufgaben erledigt hatte. Am 10. wurde bekannt gemacht, daß Graf Wedel, unter Erhebung in den Fürstenstand, vom 1. Mai ab seines Statthalterpostens enthoben und zum Nachfolger der preußische Minister des Innern v. Dallwitz ernannt worden sei. An demselben Tage kehrte die frühere Garnison von Zabern dahin zurück. Das waren Anzeichen für die Bewohner der Reichslande, daß für sie eine neue Zeit beginnen sollte. Es lag nur an ihnen, sie zu verstehen und sich darauf einzurichten. Herr v. Dallwitz ist ein Staatsmann, in dem sich das korrekte Wesen des preußischen Beamten mit persönlicher Liebenswürdigkeit, sowie diplomatische Vorsicht und Zurückhaltung mit sachlicher Bestimmtheit vereinigen. Am 19. brachte die Straßburger Bürgerschaft mit starker Beteiligung aus dem Lande dem scheidenden Statthalter eine Huldigung, deren Glanzpunkt ein Fackelzug von 10.000 Teilnehmern war. In seiner Dankrede gab Fürst Wedel den guten Rat, der neuen Regierung das vollste Vertrauen entgegenzubringen mit dem zielbewußten festen inneren Anschluß an das große Deutschland bei Wahrung berechtigter Stammeseigenart. Fürst Wedel verabschiedete sich am 24. vom Lande mit einem Erlaß in gleichem Sinne, der mit den Worten schließt: „In der zunehmenden Anteilnahme an den Geschicken des Reiches liegt die Zukunft des Landes und sein wirtschaftliches Aufblühen. Nur auf diese Weise sind die sicheren nationalen Fundamente zu schaffen, auf denen einst weitergebaut werden kann." Bei den kurz darauf folgenden Gemeinderatswahlen im Lande zeigte sich bereits, daß die Nationalistenpartei gänzlich abgewirtschaftet hatte, selbst der Führer Blumenthal war unterlegen. Leider hatte aber, wie das nach Hetzperioden immer der Fall ist, namentlich in Mülhausen und Straßburg die Sozialdemokratie große Erfolge erzielt. Trotz aller Anschwärzungen in der den bisherigen Ton kaum ändernden Presse ging die neue Regierung sehr leise, aber fest gegen die hergebrachten Unzukömmlichkeiten vor, die einschneidendste, aber sehr nützliche Maßregel war die Wiederherstellung der bis 1903 bestandenen Bestimmung, daß die Rekruten nur in Truppenteilen außerhalb der Reichslande eingestellt werden. Der

wiedergewählte Bürgermeister Knöpfler von Zabern wurde nicht bestätigt, aber das Zentrum rührte sich deswegen nicht; Wetterlé hatte sich durch seine Hetzreden unmöglich gemacht. Der Spottschriftenverfertiger Waltz, der sich Hansi nannte, wurde wegen Hochverrats vom Reichsgericht verurteilt, entzog sich aber der Verhaftung, indem er trotz Ehrenwortes nach Frankreich durchbrannte, wo man ihn — zunächst natürlich — mit Jubel aufnahm. Nach Ausbruch des Krieges folgten ihm dahin als Verräter auch Wetterlé, Blumenthal u. a. Sie werden nicht wiederkommen und bald auch der Verachtung der Franzosen verfallen. Die übrigen Elsässer hatten den Anschluß an Deutschland gefunden.

Hessen. Der Landtag, der am 9. Juli zu Ende ging, hat trotz der äußerst hinderlichen Parteizersplitterung gute Arbeit gemacht und auch die seit Jahren schwebende und nur vorläufig geregelte Besoldungsfrage endgültig erledigt. Die Verhandlungen darüber boten große Schwierigkeiten, da die zweite Kammer den Lehrern Vergünstigungen über die Regierungsvorlage hinaus zuwenden wollte, was die Regierung im Interesse der übrigen Beamten bekämpfte. Da der Landtag vor einer Neuwahl (der Hälfte seiner Mitglieder) stand, so wurde die Lehrerbesoldungsangelegenheit eine sogenannte politische (richtiger Wahl-)Frage und beherrschte auch die Beratung des Finanzgesetzes (Budgets). Am 13. März kam endlich in der zweiten Kammer eine Verständigung zu stande, die am 17. von der ersten Kammer einstimmig angenommen wurde. Am 17. Juni lehnte die zweite Kammer den sozialdemokratischen Antrag auf Errichtung von Einheitsschulen ohne konfessionellen Religionsunterricht ab. In den nächsten Sitzungen wurde eine Ordensvorlage angenommen, die einzelnen religiösen Orden eine freiere Tätigkeit in religiöser, charitativer und sozialer Richtung ermöglicht. Am 9. Juli wurde der Landtag vom Großherzog mit einer Thronrede geschlossen. Wegen des Kriegsausbruches unterblieben die Wahlen. Der Landtag trat am 16. Dezember wieder zu einer Kriegstagung zusammen, die am folgenden Tage nach einstimmiger Annahme der Vorlagen geschlossen wurde.

Oldenburg. Das Großherzogtum hat von Preußen die Bahnstrecke Oldenburg—Wilhelmshaven für 23 Millionen Mark erworben und besitzt nun sämtliche auf seinem Gebiet liegenden Eisenbahnen. Die Ertragsüberschüsse sollen zur Schuldentilgung verwendet werden.

Mecklenburg. Das neue Ministerium in Mecklenburg-Schwerin besteht aus Ministerpräsident Dr. Langfeld, Staatsrat v. Blücher (Finanzen) und Staatsrat Frhr. v. Meerheimb (Inneres). In der Verfassungsangelegenheit ist im Jahre 1914 nichts geschehen. Großherzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz hatte sich am 17. März einer Darmoperation unterziehen müssen, die glücklich verlaufen war. Ende Mai verschlimmerte sich sein Befinden wieder und er übertrug am 8. Juni dem Erbgroßherzog seine Vertretung in der Regierung. Er verschied am 11. in Berlin, 66 Jahre alt. Er hatte nur zehn Jahre regiert, aber sich um die Entwicklung seines Landes große Verdienste erworben und galt als einer der hochgeschätztesten und bewährtesten Bundesfürsten, der auch dem Kaiser in Freundschaft persönlich näherstand. Die Leiche wurde am 13. nach Neustrelitz gebracht. Kaiser Wilhelm nahm am 16. dort an der Trauerfeier teil. Der jetzige Großherzog Adolf Friedrich ist 32 Jahre alt, hat studiert und als Reiteroffizier Dienst getan. Er ist unverheiratet.

Braunschweig. Der erst vor wenigen Monaten wegen Gesundheitsrücksichten aus dem Amte geschiedene Staatsminister Hartwieg starb am 8. Januar. Das Leichenbegängnis des um sein Land so verdienten Mannes fand auf Staatskosten statt. Aus den Landtagsverhandlungen ist zu erwähnen, daß Staatsminister Wolff am 12. März erklärte, die Regierung sei noch nicht in der Lage, eine Wahlvorlage zu machen, und daß am 14. eine Gesandtschaft am preußischen Hofe wieder errichtet wurde. Am 18. März wurde dem Herzogspaar ein Erbprinz geboren. Der Jubel im ganzen Lande war groß. Salutschießen, Beflaggen der Häuser, schulfreier Tag kennzeichnete die Stimmung in der Landeshauptstadt. Der Landtag gestaltete seine Sitzung in eine Festsitzung um. Die Kaiserin traf noch am selben Tage in Braunschweig ein. Die Taufe des Neugeborenen am 9. Mai gestaltete sich zu einer außerordentlichen Festlichkeit. Über 20 Fürstlichkeiten und Vertreter fürstlicher Taufpaten waren eingetroffen, Tausende von Landesbewohnern und Fremden bewegten sich in den Straßen der festlich geschmückten und reich beflaggten Stadt. Der Kaiser und die Kaiserin kamen gegen 10 Uhr an. Es fand großer Empfang statt, die Fahrt nach dem Residenzschlosse ging unter jubelnden Begrüßungen der Menschenmassen vor sich. Die Taufe fand um 6 Uhr im Dome statt, der Prinz erhielt den Namen Ernst August. Abends war Galatafel, bei der der Herzog gelobte, den Prinzen zu einem guten und tüchtigen Menschen zu erziehen, auf daß er sich einst als echter deutscher Fürst bewähre. Kaiser Wilhelm betonte in seinem Trinkspruch, der Prinz möge einst für das Wohl seines Landes alle Kräfte einsetzen und im Rate der deutschen Fürsten wirken für die Größe und Macht des deutschen Vaterlandes als eine feste Stütze des protestantischen Glaubens. Abends brachte die Bürgerschaft einen großen Fackelzug mit Serenade. Auch am folgenden Tage wurden die Festlichkeiten fortgesetzt und endeten mit einer Galavorstellung im Hoftheater. Am 12. August übertrug der Herzog seiner Gemahlin die Regentschaft und begab sich zur Armee.

Koburg-Gotha. Vor einigen Jahren hatte eine Teilung der Domänen zwischen dem herzoglichen Hause und dem Lande stattgefunden. Inzwischen hatte nun die Hofkammer in den herzoglichen Domänen eine Reihe von Waldwegen als Privatwege bezeichnen lassen, wodurch später (nach dreißig Jahren bestimmt) ihre öffentliche Benützung behindert werden konnte. Gegen diese Gefahr hatte sich der Landtag gewandt und einstimmig die Beseitigung der ominösen Wegetafeln verlangt. Staatsminister Dr. v. Richter hatte die Auffassung der Hofkammer mitgeteilt, die die Angelegenheit als unverfänglich, im übrigen aber als berechtigt hin-

stellte. Nach Schluß des Landtages hatte das Landratsamt Waltershausen einige Tafeln an Wegen, die unzweifelhaft von altersher als öffentliche gegolten hatten, entfernen lassen. Das war der Konflikt. Hofkammerpräsident v. Bassewitz hatte, ohne den Minister zu verständigen, dem in Oberitalien weilenden Herzoge darüber Bericht erstattet und eine hohe Auszeichnung erhalten. Der Minister faßte das als eine einseitige, auch gegen ihn gerichtete Entscheidung auf und gab seine Demission. Sämtliche Landtagsmitglieder wendeten sich sofort an den Herzog mit der Bitte, dem Lande den verdienten Minister zu erhalten. Der Herzog nahm aber die Demission an und ernannte den Staatsrat v. Bassewitz (einen Verwandten des oben Genannten) zum Staatsminister. Inzwischen hatte die Hofkammer die Stadt Waltershausen aufgefordert, die Wasserleitungsröhren, die mit Genehmigung des vorigen Herzogs seit länger als dreißig Jahren in den herzoglichen Waldungen liegen, zu entfernen. In dieser Angelegenheit ist durch Vermittlung der ausländischen Agnaten des herzoglichen Hauses die Freigebung der Wasserleitung erfolgt. In der Wegetafelfrage hat Staatsminister v. Bassewitz ein Schiedsgericht vorgeschlagen, der Landtag ist aber darauf erst eingegangen, nachdem er die vorläufige Entfernung der Wegetafeln durchgesetzt hatte. — Am 26. Mai hat in Gegenwart des herzoglichen Paares die Einweihung des Herzoginnenbaues der erneuerten Feste Koburg stattgefunden. — Der Ausbruch des Krieges mit England hat den gemeinschaftlichen Landtag der Herzogtümer veranlaßt, eine Abänderung des Thronfolgegesetzes vorzuschlagen, die die Nachfolge jedes Außerdeutschen ausschließt. Herzog Karl Eduard hat selbst auf seine englischen militärischen Würden verzichtet und seinen Flügeladjutanten veranlaßt, sich der englischen Orden zu entledigen.

Meiningen. Der älteste deutsche Bundesfürst und überhaupt der älteste Regent, Herzog Georg von Sachsen-Meiningen, ist am 25. Juni, 88 Jahre alt, in Bad Wildungen aus dem Leben geschieden. Im Jahre 1866 zur Regierung gelangt, hat er stets treu zu Kaiser und Reich gestanden, seinem Lande ist er in jeder Beziehung ein fürsorglicher Vater gewesen, dem deutschen Theater schuf er in Meiningen eine weithin berühmte Pflegestätte. Wegen Verlust des Gehörs hielt er sich seit einem Jahrzehnt fast vollständig zurück. Nachfolger ist sein Sohn Bernhard, 1851 geboren und mit der ältesten Schwester des Kaisers Wilhelm in kinderloser Ehe vermählt. Zur feierlichen Huldigung am 13. Juli waren die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht erschienen.

Todesfälle.

Am 4. März verschied nach mehrtägigen schmerzvollen Leiden in Troppau, wo er sich als Landeshauptmann-Stellvertreter während der Session des schlesischen Landtages aufhielt, Kardinal Dr. Georg Kopp, Fürstbischof von Breslau, im 77. Lebensjahre. Der Bedeutsamkeit seines Wirkens ist aus Anlaß seines Jubiläums im Jahrgang 1912 gedacht worden, hier sei bloß rekapituliert, daß er stets die Beziehungen zwischen den staatlichen und kirchlichen Gewalten derart zu gestalten verstand, daß die beiden nicht gegeneinander, sondern miteinander an der Lösung ihrer Aufgaben wirken konnten. Sein versöhnliches Wohlwollen und sein Gerechtigkeitsgefühl gegen Andersgläubige haben sich auch in Zeiten religiöser Mißstimmung bewährt. Sein Hinscheiden rief in den höchsten Kreisen wie beim einfachen Manne tiefe Teilnahme hervor. Die Leiche wurde nach Breslau gebracht und dort am 10. März im Dome beigesetzt.

Der frühere Oberlandstallmeister Graf Friedrich Lehndorf starb am 1. Mai in Berlin, 78 Jahre alt. Sein Name wird allezeit mit der Entwicklung der deutschen Pferdezucht, namentlich aber der preußischen Vollblutzucht, verbunden sein.

Im nahezu vollendeten 76. Lebensjahre ist am 28. Mai der Nestor der deutschen Waffenschmiede Paul v. Mauser in Oberndorf aus dem Leben geschieden. Sein Hauptgebiet war die Gewehrtechnik. Mausergewehre sind in den Heeren aller Weltteile verbreitet, und seit 1871 verdrängte sein Stiftperkussionsmodell in der deutschen Armee das historische Zündnadelgewehr.

Der Oberpräsident von Posen, Dr. Philipp Schwartzkopf, wurde am 30. Mai infolge eines Schlaganfalles während eines Jagdausfluges in Schloß Köbnitz aus dem Leben abberufen. Er war erst 56 Jahre und hatte infolge seiner außerordentlichen Befähigung einen schnellen Aufstieg genommen. Seine Polenpolitik wurde von den Verfechtern einer schärferen Tonart getadelt, ihre Wirksamkeit hat aber nicht lange genug gedauert, um ihr eine gerechte Würdigung widerfahren lassen zu können.

Der deutsche Gesandte in China v. Hartshausen starb am 13. Juli in Berlin, wo er sich einer Operation unterzogen hatte, 55 Jahre alt. Er hatte sich in seiner langen konsularischen und diplomatischen Laufbahn unter oft schwierigen Verhältnissen als Beamter von erprobter Tüchtigkeit erwiesen und seinem Vaterlande ausgezeichnete Dienste geleistet.

Der ehemalige preußische Kultusminister und spätere Oberpräsident, Graf Robert v. Zedlitz und Trützschler, verschied am 21. Oktober in Berlin im 77. Lebensjahre. Er hatte sich namentlich große Verdienste und viel Liebe als höherer Verwaltungsbeamter in den Stellungen als Oberpräsident von Posen, von Hessen-Nassau und von Schlesien erworben.

General der Infanterie Walter Bronsart v. Schellendorff, der parlamentarischste aller Kriegsminister, schied nach langem Leiden am 13. Dezember, 81 Jahre alt, auf seinem Gute Marienhof in Mecklenburg aus dem Leben. Er hatte eine ruhmvolle Laufbahn als Generalstabsoffizier und Truppenführer hinter sich, und seine Art, mit den parlamentarischen Parteien zu verkehren, ohne dem militärischen Standpunkte das geringste zu vergeben, hatte ihm als Kriegsminister allseitige Sympathien zugewendet.

Österreich-Ungarn.

Ein schweres Jahr ist über die altehrwürdige habsburgische Monarchie dahingegangen. Eines indessen ist heute schon sicher: der Plan des slawischen Kolosses im Norden, sie zu vernichten, zu zertrümmern, um über sie hinweg zur Herrschaft über den Balkan und den Bosporus zu schreiten, ist schmählicher zu nichte geworden, als nur je ein politischer Plan gescheitert ist. Unsicher bleibt nur, wenn auch ernst gewollt, ob der für den gesamten Weltteil und noch weit darüber hinaus hochbedeutsame Kampf diesmal wirklich bis zum entschiedenen Ende vollständig durchgefochten werden kann, oder ob sich nicht vielleicht in einem Menschenalter oder nach einem halben Jahrhundert unter anderen politischen Konstellationen um die gleiche Frage neue Kriege entspinnen werden. Das neue Deutsche Reich kämpft auch soeben schon zum drittenmal um seine Existenz. Das erstemal geschah es mit fremder Hilfe vor hundert Jahren zur Abwendung der Fremdherrschaft, worauf die jeder deutschen Machtentwicklung abholde Diplomatie den armseligen deutschen Bund schuf. Dann kämpfte es vor vierundvierzig Jahren gegen Frankreichs Rheingelüste, woraus das heutige Reich hervorging. Jetzt zum drittenmal kämpft es gegen England und dessen Spießgesellen für seine Geltung als Welt- und Seemacht. Es ist demnach wohl kaum ausgeschlossen, daß Österreich-Ungarn auch in Zukunft dem russischen Reiche im Wege steht. Es braucht aber ebensowenig wie heute Furcht davor zu haben.

Wie viele Stimmen haben sich nicht schon erhoben, die vom „Zerfall Österreichs" geredet, ihn für eine nahe Zukunft vorausgesagt haben. Darf nach den Erfahrungen dieses Jahres auch nur noch eine einzige laut werden? Es offenbarte sich darin ein großer Mangel an geschichtlich-politischer Kenntnis. Der Irrtum schreibt sich daher, daß die Metternichsche Schöpfung einer Scheinherrschaft über Deutschland und Italien abgeschüttelt worden ist. Metternich verstand nichts von den Völkern, ihre Meinung war ihm sogar ein Greuel. Nach den ersten kräftigen Regungen des deutschen und italienischen Volkes fiel darum auch sein diplomatisches Kartenhaus zusammen. Das geschah aber keineswegs aus Haß gegen Österreich — im Gegenteil: nach einigen Jahrzehnten war Deutschland und Italien mit Österreich-Ungarn im Dreibund vereint, der auch heute noch besteht. Schon Fürst Bismarck hat — nach seiner Entlassung — sich gelegentlich über die Stellung Italiens im Dreibund dahin geäußert, das Beste daran sei, daß es nicht auf der Gegenseite stehe. Das gilt heute doch erst recht. Hätte Italien sich übrigens vom Dreibund lossagen oder ihn brechen wollen, so konnte es doch keine schönere Zeit wie die des jetzigen allgemeinen Rechtsbruches und keine billigere Gelegenheit zur Befriedigung der unreifen Wünsche seiner Irredentisten finden. Aber Italien hat bisher gewußt, warum es zum Dreibund gehört. Man darf solche Dinge doch nicht nach den Äußerungen von Journalisten, die entweder bestochen oder für politische Informationen zu allen Gegendiensten bereit sind, beurteilen, noch weniger nach dem Verhalten jener Straßenpolitiker, die ein vielleicht einmal zeitgemäß gewesenes Schlagwort so lange wiederkäuen, bis es ihnen durch den Gang der Ereignisse endgültig aus dem Maul geschlagen wird. Man muß dagegen auf die Haltung derer achten, die die Erben der Schöpfer des Dreibunds sind und deren Lage gegenwärtig wahrhaftig nicht leicht ist.

Eine zweite Handhabe für das törichte Gerede vom Zerfall Österreichs bildete der immer skandalöser werdende Hader der Parteien und Nationen in den Zeitungen, Versammlungen und Parlamenten. Um den Gegner zu ärgern, wurde das Unglaublichste geleistet. Hat man nicht erlebt, daß im Parlament ein demonstratives Hoch auf die Hohenzollern ausgebracht wurde? Heute durchschaut jedermann, daß solche schmähliche Entgleisungen nur Mißbildungen auf dem Wucherboden des überreizten Parteihaders waren, die bis zur Wurzel ersterben mußten, sobald einmal in ernster Stunde der Gedanke des Staatsbewußtseins zum Durchbruch kam. Das hat sich in diesen Tagen gezeigt, das Staatsbewußtsein hat sich mit einer Gewalt Luft gemacht, daß es die natürlichen Unterschiede wie die künstlich geschaffenen Spaltungen mit einem Schlage überwand. Ein glühendes Gefühl des Staatsbewußtseins flammte in allen Herzen auf, wenn auch je nach dem Bildungsgrad verschieden gefärbt, doch überall, selbst bei dem letzten, im abgelegensten Grenztal hausenden Analphabeten, in dessen schlichter Einfalt es nur als hingebende Verehrung für seinen greisen kaiserlichen Herrn in der Hofburg erscheint. Aber es ist da, war da und ist immer dagewesen. Wer die habsburgische Monarchie wirklich kennt, wer sich nicht durch das fade Gelärme der Parteien und Stämme, oder richtiger der Führer und schlimmer, der „Redekünstler, die ums Brot gehen", die Augen blenden ließ, hat nie daran gezweifelt. Auch dieses Jahrbuch hat stets diesen Standpunkt eingehalten und den ganzen Parteien- und Nationalitätenkram nach diesem Maßstab bewertet. Es hat freilich nicht immer jedermann gefallen, daß nicht jeglichem parteipolitischen oder nationalen „Pflanz" — wie die Wiener sagen — die selbstgefällig beanspruchte Wertschätzung zugemessen wurde.

Österreich-Ungarn wird bestehen, weil es von den unzerreißbaren Banden des Staatsbewußtseins und des monarchischen Gefühles umschlungen ist. Daraus ist die todesmutige Kampfesfreudigkeit und unendliche Opferwilligkeit entsprossen, die ihr Seitenstück nur noch in dem treuverbündeten Deutschland und sonst nirgends — finden. Österreich-Ungarn wird darum bestehen und damit erst recht beweisen, wie sehr sein Bestehen eine politische Notwendigkeit ist. Das haben in bangen Entscheidungsmomenten selbst jene Nationalisten empfunden, die bis dahin, oft unter Beeinflussung von jenseits der Grenzen,

andere Schlagworte im Munde führten, sowie jene Internationalisten, die nach hergebrachten Doktrinen ihre politischen Mußestunden mit republikanisierenden Phantasien ausfüllten. Österreich-Ungarn wird bestehen, und nicht bloß als Reich schlechthin, sondern auch als habsburgische Monarchie. Möge dem Kaiser Franz Josef nach dem hoffentlich vollständig durchgekämpften Siege auch noch die große Herzensfreude beschieden sein, daß seine Völker, nachdem sie mit so unvergleichlicher Tapferkeit gemeinsam den Feind geschlagen haben, nun auch mit dem festen Willen heimgekehrt sind, ferner auch Frieden miteinander zu halten. Dann wird sein hinterlassenes Erbe erst recht das Ergebnis seiner jahrzehntelangen Arbeit auf Grund einer Geschichte von Jahrhunderten sein.

Politisches.

Der Jahresbeginn wies sein übliches Gesicht auf: abermals eine parlamentarische Stockung, um die sich aber, die Zeitungen ausgenommen, keine Seele sonderlich kümmerte; dann die gewöhnliche kühle Stimmung Rußland gegenüber, die indessen auch keine Sorge bereitete, da die russische Politik der von Österreich-Ungarn und Italien betriebenen albanischen Angelegenheit gegenüber ganz im Gegensatz zu seinem sonstigen Schützling Serbien in keiner Weise Schwierigkeiten machte. Das war die Frucht der Mäßigung der Haltung Österreich-Ungarns, das zunächst nur politische Ziele im Auge hatte und die wirtschaftlichen der Zukunft anheimstellte. Mit Italien war man seit Jahren einverstanden gewesen, daß Albanien bei einer etwaigen Aufteilung der europäischen Türkei nicht mit einbezogen werde, aber eine schwärmerische Stimmung für den erst noch zu schaffenden Staat war nicht vorhanden. Eine große Beruhigung gewährte auch jetzt das innige Verhältnis mit Deutschland, an das am 13. Januar wieder eine Deputation des Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments erinnerte, die den Kaiser Franz Josef zu seinem 65jährigen Inhaberjubiläum beglückwünschte. Am 30. traf auch der griechische Ministerpräsident Weniselos in Wien ein, wurde am folgenden Tage in Schönbrunn vom Kaiser in Audienz empfangen, zur Hoftafel gezogen und erhielt das Großkreuz des Leopoldsordens. Er hatte Besprechungen mit dem Grafen Berchtold, dem italienischen Botschafter Herzog von Avarna und dem türkischen Botschafter. Das war nur im günstigen Sinne für die Lösung der albanischen Frage zu deuten. Am 13. Februar erschien auch der zum Fürsten von Albanien ausersehene Prinz Wilhelm zu Wied in Wien, wurde vom Kaiser Franz Josef in längerer Audienz empfangen und nahm an der Hoftafel teil. Wenige Tage darauf verlieh der Kaiser dem Grafen Berchtold für seine geschickte Leitung der Balkanpolitik in besonders ehrender Form das Großkreuz des Stephansordens. Ende des Monats kam die albanische Fürstenwahldeputation unter Führung Essad Paschas nach Wien und wurde am 28. vom Kaiser in Schönbrunn in Audienz empfangen. Schon seit Januar war bekannt, daß sich beim Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand infolge seiner angestrengten Tätigkeit ein Rückfall in sein früheres Leiden zeigte und einen längeren Aufenthalt im Süden nötig machte. Er nahm Mitte Februar bei einem Ausflug nach Dresden ärztlichen Rat in Anspruch und begab sich bald darauf nach Miramare. Daraus und einem kurz vorher stattgefundenen Wechsel in der Leitung der Militärkanzlei des Erzherzogs wußte der geschäftige Klatsch wieder allerlei Gerüchte von Zerwürfnissen zu brauen. Eigentlich geht es doch niemand etwas an, in welcher Weise sich ein so hochgestellter Herr seine Mitarbeiter zusammenstellt. Daß nur sein körperlicher Zustand die Ursache zum Aufenthalt im Süden war, geht doch wohl aus der Tatsache hervor, daß der Erzherzog während des Besuches des Kaisers Wilhelm in Schönbrunn in Miramare geblieben war und erst dort den Besuch seines kaiserlichen Freundes empfing.

Größeres Interesse erregte die Ankündigung, daß der im Vorjahre verschobene Gegenbesuch des Marchese di San Giuliano beim Grafen Berchtold für die nächste Zeit in Aussicht stehe. Es ist bisher nicht üblich gewesen, dergleichen Ereignisse zwei Monate voraus anzumelden, und die Zeitungen wußten allerhand darüber zu reden. Man schien eben den Besuch in den leitenden Kreisen in Wien und Rom für absolut sicher anzusehen. Dafür sprach unzweifelhaft das ungemein gnädige Handschreiben, in dem Kaiser Franz Josef am 3. März dem Herzog von Avarna aus Anlaß des zehnten Jahrestages seiner Beglaubigung als Botschafter in Wien seine Anerkennung für dessen Bestreben aussprach, „wirksam zur Festigung der ausgezeichneten Beziehungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn beizutragen". Nun kam auch noch der Besuch des Kaisers Wilhelm in Wien dazu, dem die Begegnung mit dem König Viktor Emanuel in Venedig folgte. In Wien war auch Graf Tisza zugegen gewesen und vom deutschen Kaiser empfangen worden, dem er auch Aufschlüsse über die gänzlich bedeutungslosen Demonstrationen einiger Mitglieder der ungarischen Opposition gegen den Dreibund gegeben haben dürfte. Er veröffentlichte wenige Tage danach in der Wochenschrift „Jojazmondo" unter dem Titel „Der Deutsche Kaiser in Wien" einen Artikel, in dem er lebhaft für den Dreibund, insbesondere für das Bündnis mit Deutschland, eintrat und das dreibundfeindliche Treiben der entgleisten Mitglieder der Opposition scharf geißelte. Selbst der Rücktritt des Ministeriums Giolitti änderte nichts an den bisherigen Dispositionen, schon weil Di San Giuliano Minister des Äußern blieb und vielleicht nur deswegen blieb. So war der Ministerbegegnung, die vom 14. bis 18. April in Abbazia stattfand, vortrefflich vorgearbeitet worden. Graf Berchtold traf dort am erstgenannten Tage vormittags mit dem Herzog von Avarna ein, der Marchese Di San Giuliano kam mittags im Extrazug an und wurde von den Herren empfangen. Die Begrüßung war ungemein herzlich. Nach dem Frühstück wurde ein Ausflug nach Draga und Moschenizza unternommen. Am nächsten Tage begannen im Hotel Stephanie, wo beide Minister wohnten, die Besprechungen, die in den beiden folgenden Tagen fortgesetzt wurden. Der Ausflug zur See unterblieb am 16. wegen schlechten Wetters, am 17. wurde nach-

mittags das Staatsgestüt Lipizza und abends das von der Kurkommission veranstaltete Festkonzert besucht. Am 18. vormittags fand die letzte Besprechung statt, an der, wie auch an einigen früheren, die Botschafter Herzog von Avarna und Graf Merey sowie Sektionschef Graf Forgatsch teilnahmen. An den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg wurde ein gemeinsames Telegramm abgesandt, das die erzielte vollkommene Übereinstimmung der drei verbündeten Mächte feststellte. Um 5 Uhr begleitete Graf Berchtold seinen Gast zur Bahn, der nach sehr herzlichem Abschiede abreiste. Eine offiziöse Mitteilung sagte: „In den Unterredungen der beiden Minister ist abermals jene völlige Übereinstimmung in ihren Ansichten zu Tage getreten, die stets die Interessen der beiden Mächte gefördert und in der letzten Balkankrise zur friedlichen Lösung der aufgeworfenen Probleme beigetragen hat."

Abbazia hat schon einmal in den Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien eine Rolle gespielt. Genau vor zehn Jahren vereinbarten dort Goluchowski und Tittoni die letzten Richtlinien der Abmachung über Albanien, wobei ersterer die volle Gleichberechtigung Italiens zusicherte, wofür letzterer die Bekämpfung der Irredenta versprach. Seine Nachfolger haben das Versprechen nicht halten können oder wollen, die Vereinbarung über Albanien hat aber weiterbestanden. Jetzt hatten die Teilnehmer an der neuen Besprechung reichlich Zeit gehabt, die großen und kleinen Fragen zu erörtern, die einem immer engeren Zusammenarbeiten der beiden Reiche auf dem Balkan, an der Adria und in Kleinasien förderlich sind, während daneben die Triester Angelegenheit und die Frage einer italienischen Universität in Österreich sehr wenig bedeutend sind. Die französische Presse, die solche Unstimmigkeiten zwischen Österreich-Ungarn und Italien stets mit Eifer zu schüren pflegt, empfand über die Begegnung in Abbazia ein unverkennbares Mißbehagen. Sie hatte ja auch lebhaft gegen die Schaffung eines unabhängigen Albaniens gearbeitet. Inzwischen war man aber in Italien, namentlich während der Besetzung von Tripolis, wohl oder übel zur Einsicht gekommen, daß Abmachungen mit Frankreich nur dann von Wert seien, solange sich Italien mit der Schleppträgerrolle des Dreiverbands beschied. Da war seine Stellung im Dreibund doch günstiger. Die Festsetzung der politischen und wirtschaftlichen Interessensphären Österreich-Ungarns und Italiens in einem sonst unabhängigen Albanien dürfte in Abbazia den Hauptgegenstand der Besprechungen gebildet haben, dazu noch ein freundschaftliches Nebeneinandergehen bei der kommerziellen Verteilung Kleinasiens, an der teilzunehmen Österreich-Ungarn entschlossen war. In diese Interessengebiete greifen selbstverständlich auch die Bedingungen ein, unter denen Serbien das ihm von der Londoner Konferenz zugestandene Anteilsrecht auf eine Bahn nach der adriatischen Küste verwirklichen darf. Es kann sich da nicht um einen serbischen Hafen handeln, sondern um ein handelspolitisches Ausgangstor der über Albanien geplanten Donau-Adriabahn, über deren Mündungsstation Österreich-Ungarn und Italien die gleichen Vorrechte beanspruchen dürften wie Serbien, damit sie sich nicht schließlich in ein russisches Ausfallstor verwandeln kann. — Am 4. April hatte das Handelsministerium mit den für die Auswanderungsangelegenheit in Frage kommenden Schiffahrtsgesellschaften abgeschlossen. Danach wird die „Austro-Americana" die Führung erhalten, nachdem sie den Charakter eines österreichischen Unternehmens erhalten hat, aber mit dem „Norddeutschen Lloyd" und der „Hamburg-Amerika-Linie" in Verbindung steht.

Das Befinden des Kaisers Franz Josef hatte sich bisher immer günstig gestaltet, eine leichte Erkältung war Anfang April rasch überwunden, und er beabsichtigte, sich während der Delegationen zu längerem Aufenthalt nach Ofen zu begeben. Am 14. April empfing er die bulgarischen Prinzen Boris und Kyrill in Audienz, aber wenige Tage danach hatte sich ein starker Katarrh der Luftwege mit Hustenreiz eingestellt, der die Nachtruhe störte. Der Kaiser ließ sich dadurch nicht in der Erledigung seiner Regentenpflichten behindern, aber die Bevölkerung beunruhigte sich, da sie den verehrten Herrscher gerade in letzter Zeit so überaus frisch gefunden hatte. Die Reise nach Budapest wurde aufgegeben, der Katarrh zog sich wochenlang hin, und der Kaiser konnte erst am 22. Mai in Schönbrunn seinen ersten Spaziergang im Freien unternehmen. — Inzwischen wurde der Streit um die Orientbahnen geführt. Serbien hatte sich während des Krieges der in seinem Machtbereich liegenden Strecken einfach bemächtigt und es bisher dabei bewenden lassen, während es mit den Großbanken Verhandlungen über den Verkauf der Bahnen führte. Nun stellte Österreich-Ungarn Anfang Mai in Belgrad die Forderung auf Wiederherstellung des Rechtsverhältnisses vor dem Kriege. Serbien erklärte darauf, es müsse auf der Verstaatlichung bestehen, wolle aber die Orientbahn entschädigen und durch Zugeständnisse die Verkehrsinteressen Österreich-Ungarns sichern. Die Sache verlief sich schließlich in die übrigen Streitigkeiten mit Serbien. — Schon im April war der Besuch eines größeren britischen Geschwaders in den österreichisch-ungarischen Häfen angekündigt worden. Die Schiffe trafen Anfang Mai staffelweise ein und tauschten mit den Marinebehörden sowie mit den österreichischen und ungarischen Behörden die üblichen Höflichkeiten aus. Einmal kam auch der britische Botschafter Bunsen von Wien nach Triest, um die „alte traditionelle Freundschaft" zwischen beiden Reichen zu bekräftigen. Am 19. verließen die letzten englischen Panzer die österr.-ungar. Gewässer. Der politische Zweck war gewesen, auch hier die neue dreibundfreundliche Schwenkung der britischen Politik zu markieren. — Am 13. machte der Generalstabschef Frhr. Conrad von Hötzendorf dem in Karlsbad weilenden deutschen Generalstabschef v. Moltke einen freundschaftlichen Besuch und hatte mit ihm eine mehrstündige Unterredung. — Am 14. beging der Chef der Militärkanzlei Frhr. Bolfras v. Ahnenburg das 25jährige Jubiläum als Generaladjutant. Kaiser Franz Josef verlieh ihm die Verdienstmedaille und seine Reiterstatue mit einer überaus gnädigen Widmung. Kaiser Wilhelm und der Erzherzog-Thronfolger sandten Glückwunsch-

depeschen. — Es hieß Mitte Mai, der Kriegsminister FZM. Krobatin habe seinen Abschied nehmen wollen, weil Ministerpräsident Graf Tisza der Erhöhung der Offiziersgagen unüberwindlichen Widerstand leiste. Die Tatsache war richtig, aber der Kriegsminister blieb. — Am Pfingstmontag brachten etwa 3000 Jungschützen aus allen Teilen der Monarchie dem Kaiser eine Huldigung. Nach Schluß derselben insultierte ein Haufe serbischer Universitätshörer die kroatischen Teilnehmer.

Anfang Juni war der Kaiser vollkommen wieder genesen, worüber allgemeine Freude herrschte. Daneben fanden die in den Blättern herumlaufenden Gerüchte über den bevorstehenden Sturz des Ministeriums Stürgkh, den man merkwürdigerweise von der Wiederberufung des leistungsunfähigen Reichsrates erhoffte, kaum Beachtung. Sie stützten sich auf die Aussichtslosigkeit des Ausgleiches in Böhmen, auf die Korruptionsskandale bei der Prager Polizei und auf die Veröffentlichung der Erinnerungen des ehemaligen Finanzministers Dr. Kaizl, der darin ganz offen schilderte, wie dreist er im Ministerium Thun tschechisiert hatte. Hinter diesen Gerüchten stand zumeist die Sucht zahlreicher Parlamentarier, wieder Reden halten zu können und in den Zeitungen zu stehen. Größeres Interesse dafür vermochten sie aber nicht zu erwecken, da erschien doch jedermann der Besuch des Kaisers Wilhelm in Konopischt wichtiger. Bedauern erregte dagegen, daß binnen kürzester Frist wegen hohen Alters der langjährige Botschafter in Berlin, Graf Szoegyeny-Marich zurücktreten werde, mit Befriedigung wurde indessen vernommen, daß Prinz Gottfried Karl zu Hohenlohe zu seinem Nachfolger bestimmt sei. — Bei bestem Wohlbefinden begab sich Kaiser Franz Josef am 27. Juni zum üblichen Sommeraufenthalt nach Ischl. Ganz Wien brachte dem Wiedergenesenen bei der Abreise die wärmste Huldigung dar. Patriotische Vereine und ungezählte Tausende in dichten Massen füllten die Straßen, durch die der Monarch fuhr, und begrüßten ihn mit brausenden Zurufen, wofür er fortwährend mit freundlichem Lächeln dankte. Auf dem Bahnhofe brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner den Glückwunsch zur Genesung und den Abschiedsgruß der Stadt Wien. Der Kaiser dankte mit bewegten Worten. Ähnlich verlief die Ankunft in Ischl. Die gesamte Bevölkerung der Stadt und Umgebung empfing den Wiedergenesenen mit Begeisterung und Freude. Es war für lange Zeit hinaus der letzte Freudentag gewesen.

Der 28. Juni war ein herrlicher Sommersonntag, überall bewegte sich die Bevölkerung im Freien. Da durcheilte in den Nachmittagsstunden die unglaublich erscheinende Schreckenskunde die Welt: Als sich der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit Gemahlin heute vormittags von einem Empfang auf dem Rathause in Serajewo zurückbegab, feuerte ein neunzehnjähriger Gymnasiast mehrere Schüsse auf den Erzherzog und seine Gemahlin ab. Beide sind tot. — Südslawischer Fanatismus hatte da eine Tat vollbracht, die in der ganzen gesitteten Welt Entsetzen und Entrüstung hervorrief. Als dem Kaiser Franz Josef die Nachricht überbracht wurde, weinte er und brach in die Worte aus: „Entsetzlich! Entsetzlich! Auf dieser Welt bleibt mir nichts erspart!" Er zog sich hierauf in sein Zimmer zurück, arbeitete aber trotz seiner tiefen Bewegung bis abends. Beileidsdepeschen trafen von allen Seiten ein, der Herzog von Cumberland machte schon um 5 Uhr seinen Kondolenzbesuch. Der Kaiser bestimmte seine Abreise nach Wien für Montag früh 6 Uhr, sie erfolgte unter ernsten Huldigungen der Bevölkerung. Als er in Wien vom Bahnhofe durch die bereits Trauerschmuck tragenden Straßen nach Schönbrunn fuhr, konnte sich das massenhafte Publikum trotz des Ernstes der Stunde nicht enthalten, durch brausende Hochrufe seine Huldigung auszudrücken, wofür der Kaiser, der ungemein ernst und ergriffen aussah, gerührt dankte. Über das Verbrechen selbst waren inzwischen aus Serajewo nähere Einzelheiten bekannt geworden. Danach war schon während der Fahrt nach dem Rathause gegen das Automobil eine Bombe geschleudert worden, die der Erzherzog mit dem Arme zurückstieß, worauf sie beim Explodieren zwei Herren im nachfolgenden Automobil leicht verletzte. Der Attentäter war verhaftet worden. Als nach dem Empfang auf dem Rathause der Erzherzog mit seiner Gemahlin eben das Automobil wieder bestiegen hatte, feuerte der 19 Jahre alte Gymnasiast Printschip (Princip) aus unmittelbarer Nähe mehrere Schüsse aus einem Browning auf den Thronfolger und seine Gemahlin ab. Beide wurden tödlich getroffen, der Erzherzog am Halse, seine Gemahlin am Unterleibe. Beide verloren sofort das Bewußtsein und wurden nach dem Konak gebracht, wo sie binnen kurzem den Verletzungen erlagen. Gewisse Rührszenen, die sich noch zwischen den Gatten abgespielt haben sollen, beruhten auf Zeitungserfindungen. Der Mörder wurde verhaftet. Die beiden Attentäter wären von der erbitterten Menge nahezu umgebracht worden. Alle Umstände deuteten darauf hin, daß die Tat auf ein umfangreiches serbisches Komplott zurückzuführen sei, dessen Fäden bis Belgrad hinliefen, woran Kenner der Verhältnisse auch nicht zweifelten. Es mußte unter solchen Umständen doppelt auffällig erscheinen, daß so gänzlich unzureichende Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden waren.

Der Erzherzog war in der vergangenen Woche nach Bosnien gekommen, um als Generaltruppeninspektor den großen Gebirgsmanövern beizuwohnen, die sehr zu seiner Zufriedenheit verlaufen waren. Seine Gemahlin hatte darauf bestanden, ihn zu begleiten, obwohl ihm gemeldet worden war, daß Anzeichen einer Verschwörung gegen ihn vorhanden seien. Das hielt den Erzherzog selbstverständlich nicht ab. Seine Gemahlin hatte während der Manöver christliche und mohammedanische Wohltätigkeitsanstalten besucht, war überall Gegenstand begeisterter Huldigungen gewesen und hatte das Land so überaus schön gefunden, daß der Erzherzog beschloß, noch einige Tage zu verweilen und zunächst der Landeshauptstadt einen Besuch abzustatten. Dabei war das Unglück geschehen. Die maßlose Hetze, die namentlich seit dem Balkankriege unter Duldung der offiziellen serbischen Kreise in der Presse und auch sonst gegen Österreich-Ungarn betrieben wurde und die Vereinigung Südungarns, Krains, Kroa-

tiens, Bosniens, Montenegros und Serbiens unter der Herrschaft der königsmörderischen Karageorgewitsche bezweckte, trug die Verantwortung für die ruchlose Schandtat, die einen tatkräftigen Hauptgegner des großserbischen Planes aus dem Wege räumen sollte. Der Mörder gestand das fast ohne Zögern zu, wie auch der Bombenwerfer Cabrinowitsch. Diese Umstände riefen in Serajewo wie in anderen Orten Bosniens und zahlreichen Städten Österreich-Ungarns heftige Bewegungen gegen das Serbentum hervor, die nicht selten einen gewalttätigen Charakter annahmen. Die Leichen des Erzherzogs Franz Ferdinand und der Herzogin von Hohenberg wurden im Konak einbalsamiert, dann am 29. unter riesiger Teilnahme mit großem Trauergepränge zur Bahn geleitet. Die Fahrt nach Wien erfolgte über Triest. In der Nacht zum 3. Juli wurden die beiden Särge in der Burgkapelle aufgebahrt, die um 8 Uhr für das Publikum geöffnet wurde. In ergriffener Stille zogen Tausende und Tausende an den Särgen vorüber. Von 12 bis 1 Uhr läuteten alle Glocken. Unzählige Kränze waren an den Särgen niedergelegt worden. Die allgemeine Annahme, daß Kaiser Wilhelm an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilnehmen werde, bestätigte sich ebensowenig wie zahlreiche andere darüber geteilte Vermutungen. Die Bestimmungen, die der verewigte Erzherzog selbst für den Fall seines Todes getroffen hatte, blieben ausschlaggebend. Kaiser Franz Josef, der den schrecklichen Schicksalsschlag mit bewundernswertem Heldenmut ertrug, den Schmerz in unausgesetzter Arbeit erstickte und die Beileidskundgebungen der fremden Staatsoberhäupter persönlich beantwortet hatte, kam vormittags aus Schönbrunn zur Hofburg gefahren. Er wurde unterwegs lebhaft begrüßt.

Um 4 Uhr nachmittags fand in der Pfarrkirche der Hofburg die Leichenfeier statt. Auf hohem Katafalk ruhten die silbernen mit Gold verzierten Särge des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin. Der vollkommen schwarz ausgeschlagene Innenraum des kleinen Gotteshauses, in das nur schwaches Tageslicht einfällt, machte einen feierlich düsteren Eindruck. Die Erzherzoge und Erzherzoginnen, der gesamte Hofstaat, die Familienangehörigen der Verstorbenen, sämtliche Minister sowie die Präsidien und Deputationen der beiden Parlamente der Monarchie, das diplomatische Korps, zahlreiche militärische Deputationen, Staatswürdenträger, die Bürgermeister der Städte Wien, Budapest und Agram wohnten der Feier bei. Eine doppelte

(Mit Genehmigung der „Illustr. Zeitung", Leipzig.)

Das Attentat auf den Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand von Österreich und seine Gemahlin in Serajewo am 28. Juni 1914.

Nach der Skizze eines Augenzeugen gezeichnet von Felix Schwormstädt.

Reihe Kerzen umschloß den Katafalk. Tiefe Bewegung ging durch den stillen Raum, als der Kaiser mit den Mitgliedern seines Hauses im Oratorium erschien, tiefgebeugten Herzens, aber ungebrochen. Unter großer Assistenz nahm Kardinal Fürstbischof Piffl die feierliche Einsegnung der sterblichen Hüllen der Verewigten vor, in unsagbarem Schmerze und tiefer Ergriffenheit folgten die Trauergäste der feierlichen Handlung. Nach der Beendigung wurde die Kirche geschlossen, von der sich ein dichtes Menschenspalier bis zur Hofburg und Ringstraße gebildet hatte. Als der Kaiser kurz darauf nach Schönbrunn zurückfuhr, wurde er von stürmischen Huldigungen begleitet. Für die letzte Fahrt des Erzherzogs bildete auf kaiserlichen Befehl die Wiener Garnison auf den Straßen Spalier, auch zahlreiche Vereine mit umflorten Bannern hatten Aufstellung genommen. Vom Burgtor bis zum Westbahnhof stand hinter dem Spalier eine dichte Menschenmenge. Nachdem abends die beiden Särge nochmals eingesegnet worden waren, wurden sie in den Burghof gebracht. Bald darauf setzte sich der Trauerzug, den eine halbe Eskadron Ulanen (Regiment Franz Ferdinand) eröffnete, in Bewegung. Beim Passieren der Särge leisteten die Soldaten die Ehrenbezeigung und die Fahnen senkten sich. Das Publikum grüßte ehrerbietig in tiefer Trauer, man hörte Weinen und Schluchzen. Auf dem Bahnhof, dessen Hofwartesalon in eine Trauerkapelle umgewandelt worden war, fanden sich die Erzherzoge, die Generalität und zahlreiche Stabsoffiziere mit dem Kriegsminister an der Spitze ein. Nach neuerlicher Einsegnung wurden die Särge in den Hofzug gehoben, der gegen 11 Uhr den Bahnhof verließ und nach halb 1 Uhr Pöchlarn erreichte. In den frühesten Morgenstunden wurden die Särge unter überaus zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung über die Donau nach Artstetten überführt und in der Schloßkirche aufgebahrt. In mehreren Hofzügen trafen dann vormittags die Trauergäste aus Wien ein, unter ihnen der nunmehrige Thronfolger Karl Franz Josef nebst Gemahlin, die Erzherzogin Maria Josefa, die Kinder des verblichenen Paares und die nächsten Verwandten der Herzogin von Hohenberg. Nach der Einsegnung erfolgte die Beisetzung in der Gruft des Schlosses Artstetten, worauf die Trauergäste nach Wien zurückkehrten.

In vielen Kreisen war man mit der großen Schlichtheit der Trauerfeierlichkeiten sehr wenig zufrieden. Soweit dabei die Angehörigen der Armee und Flotte in Frage kamen, die den Verlust ihres bahnbrechenden obersten Führers tief empfanden, erschien es auch durchaus berechtigt. Als aber das kaiserliche Handschreiben an den Obersthofmeister Fürsten Montenuovo veröffentlicht wurde, das die volle Anerkennung seiner Anordnungen aussprach, verstummten alle Diskussionen. Die unvergleichliche Güte des Monarchen hatte für die Kinder der Verstorbenen reichlich gesorgt und ihre Zukunft nach jeder Richtung hin sichergestellt. In einem gleichlautenden Schreiben an die Ministerpräsidenten Graf Stürgkh und Graf Tisza und den gemeinsamen Finanzminister v. Bilinski vom 4. Juli gab der Kaiser seinem Schmerz über die Ermordung seines Neffen und „seiner hochherzigen, in der Stunde der Gefahr treu bei ihm ausharrenden Gemahlin" Ausdruck, versicherte, trotz allem „auf dem als recht erkannten Wege bis zum letzten Atemzug auszuharren", und sprach für die ihm auch in diesen kummervollen Tagen bewährte Treue und Anhänglichkeit seinen Dank aus. Ein Armee- und Flottenbefehl von demselben Tage drückt die gleiche feste Willensmeinung aus und gedenkt des verewigten Thronfolgers mit den Worten: „So hoch die Stelle war, die ich dem Dahingeschiedenen in meiner Wehrmacht zu Lande und zur See eingeräumt habe, so hoch war auch seine Auffassung der übernommenen Aufgaben." Wer das innere Wesen der österreichisch-ungarischen Wehrmacht, insbesondere des Offizierskorps kennt, der weiß, wie hart sie dieser Schlag getroffen hat. Für den Erzherzog Franz Ferdinand gibt es im Augenblick keinen vollen Ersatz. Auch sonst ist die starke Hoffnung eines großen Reiches durch den unmündigen Mordbuben in Serajewo tödlich getroffen worden. Ein unbeugsamer Wille, der dazu bestimmt schien, mit organisatorisch befähigter Hand das alte Habsburger Reich zu neuem Glanze zu erheben, sprach aus allem, was dem Erzherzog bis zu seinem Tode zu unternehmen beschieden war. Die Einigkeit und Großmachtstellung des Reiches schwebte ihm bei allen seinen Entschlüssen vor, und zwar in einem viel vollendeteren Sinne als bei den meisten politischen Drahtziehern, die mit einem gleichklingenden Motto ihre Sonderbestrebungen zu umkleiden wissen. Beliebt war darum der willensstarke Mann in solchen Kreisen nicht, und ihm lag es auch vollständig fern, sich populär zu machen. Er war der erste Diener seines Kaisers und sonst nichts. In weiten Kreisen des Volkes aber sah man auf ihn voll Vertrauen, denn seine unverbrüchliche Freundschaft mit dem Kaiser Wilhelm bildete die sichere Gewähr dafür, daß auch weiterhin die politische Zukunft Österreich-Ungarns durch das feste Bündnis mit dem Deutschen Reiche gewährleistet sei. — Dem neuen Thronfolger Erzherzog Karl Franz Josef stehen alle Kreise ohne Voreingenommenheit gegenüber. Er ist der älteste Sohn des verstorbenen Erzherzogs Otto und hat noch einen Bruder, den sehr begabten und eifrigen Erzherzog Max; seine Mutter ist die Schwester des Königs von Sachsen. Er ist seit zwei Jahren mit der sehr gebildeten Prinzessin Zita von Parma vermählt und bereits Vater eines Sohnes. Man kennt ihn als eine sehr aufnahmefähige Natur, die es ihm ermöglicht, sich eine rasche Erfassung der großen Geschäfte des Tages zu eigen zu machen.

Kaiser Franz Josef kehrte am 7. Juli nach Ischl zurück, das bald der Schauplatz großer Entscheidungen werden sollte. An demselben Tage fand in Wien ein gemeinsamer Ministerrat statt, zu dem auch Graf Tisza eingetroffen war, und der sich wesentlich mit der durch die Katastrophe in Serajewo geschaffenen Lage beschäftigte. Über das bisherige Ergebnis der Untersuchung gab Graf Tisza am 8. auf eine Interpellation in Budapest Auskunft. Graf Berchtold berichtete am 9. in Ischl über die Beschlüsse des Ministerrates, die der Kaiser billigte. In Bosnien sollten Veränderungen verwaltungsrechtlicher Natur getroffen, von Serbien

sollte die Bestrafung der an der Anstiftung des Attentats beteiligten Personen und die Abstellung der damit in Verbindung stehenden Übelstände verlangt werden. Die Sprache der serbischen und panslawistischen Presse ließ freilich nicht viel Gutes erwarten, doch übten die Vertreter des Dreiverbandes in Belgrad noch einen mäßigenden Einfluß aus und der russische Botschafter Schebeko bot in Wien hiezu seine Dienste an. Es hatte sich bereits herausgestellt, daß vierzehn Personen an dem Attentat beteiligt waren, die bis auf eine auch schon verhaftet worden waren. Vor dem Abschluß der Untersuchung wurde an keine weiteren Schritte gedacht. Die Stellung des Herrn v. Bilinski, der mehrere Tage in Ischl verweilte, war offensichtlich erschüttert, selbst gewisse Wiener Blätter zögerten, ihm ferner die Stange zu halten. Die Militärbehörden in Bosnien hatten seit langem sein Vorgehen mit Mißtrauen verfolgt. In Serbien legte man die Zurückhaltung der Diplomatie des Kaiserreiches als Mangel an Entschlossenheit aus und verhielt sich danach. Unverantwortliche Kreise in Österreich-Ungarn, die selbstverständlich keine Ahnung davon hatten, daß man vor der Gefahr eines Weltkrieges stand, urteilten ähnlich. Sie konnten sich gar nicht vorstellen, daß es Menschen geben könne, die für die serbische Mordbande Partei ergreifen. Es gab aber solche Leute, zunächst in Petersburg — wenn auch vielleicht noch nicht der Zar selbst —, die sich gar nicht scheuten, die Verwirklichung ihrer Pläne auf einen gemeinen Meuchelmord zu gründen. Die Nachwelt wird es aber immer zu den größten Ruhmestiteln des Kaisers Franz Josef zählen, daß er um des Friedens willen Entsagung bis zum äußersten übte. Die Entscheidung über Krieg und Frieden ist eine mit schwerer Verantwortung belastete Pflicht, und es ist für die Völker ein Glück, daß sie nicht den Redaktionsstuben und Bierbänken übertragen ist. Das heutige Geschick Frankreichs zeigt doch deutlich genug, wohin das führen könnte. Wie wenig noch in Wien an einen Krieg gedacht wurde, beweist, daß am 14. Juli der Kriegsminister Krobatin und der Generalstabschef Frhr. Conrad v. Hötzendorf ihren Urlaub antraten. Aber die Lage spitzte sich rasch zu. Schon am 15. machte Graf Tisza im ungarischen Abgeordnetenhause neue Mitteilungen über das Verhältnis zu Serbien, die die Möglichkeit stärkerer Maßregeln nicht ausschlossen. Die Untersuchung hatte inzwischen festgestellt, daß das Attentat in Serbien vorbereitet und ausgerüstet worden war und zu den eigentlichen Urhebern Leute in hohen militärischen und staatlichen Stellungen gehörten, dazu zeigte das Verhalten Serbiens, daß es sich eines starken Rückhaltes versichert fühlte. Am 21. hatte Graf Berchtold wieder eine Audienz in Ischl, in der entschieden wurde, daß an Serbien bestimmte Forderungen mit befristeter Antwort gerichtet werden sollten auf sofortige Einleitung der Untersuchung gegen die am Attentat von Serajewo beteiligten Staatsangehörigen und Unterdrückung der Organisationen, die die Agitation gegen Österreich-Ungarn betreiben.

Der Kriegsminister und der Generalstabschef waren schon am 20. nach Wien zurückgekehrt, der Honvedminister unterbrach seine Kur in Karlsbad. Graf Tisza lehnte am 22. die Beantwortung einer Interpellation wegen Serbien ab, erklärte aber auf weiteres Drängen die auswärtige Lage als ungewiß. Am 23., abends 6 Uhr, überreichte der österreichisch-ungarische Gesandte Frhr. v. Giesl in Belgrad die Note seiner Regierung, die die Antwort nach zweimal 24 Stunden verlangte. Der Inhalt der Note wurde sämtlichen Großmächten mitgeteilt. Die Forderungen, die Österreich-Ungarn darin an Serbien stellen mußte, waren scharf, aber nach den zehnjährigen Wühlereien gegen den Bestand der Doppelmonarchie nicht zu scharf und jedenfalls nicht derart, daß Serbien sie bei einigem guten Willen, und wenn es jeden Verdacht der Gemeinschaft mit den Mördern von Serajewo hätte abweisen wollen, nicht hätte erfüllen können. In Österreich-Ungarn wurde der Schritt der Regierung mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen. Im Ausland fand man ihn nicht überraschend, nur in Petersburg fand ein vierstündiger Ministerrat statt. Serbien ließ die Frist verstreichen. Erst wenige Minuten vor 6 Uhr erschien am 25. der Ministerpräsident Paschitsch in der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft und überreichte eine Antwort, die Frhr. v. Giesl für ungenügend erklärte, die diplomatischen Beziehungen abbrach und sofort Belgrad verließ. Das hatte man dort vorausgesehen, denn schon einige Stunden vorher war die serbische Armee mobilisiert worden. Der Würfel war gefallen, Serbien hatte gewagt, die durchaus berechtigten Forderungen Österreich-Ungarns abzulehnen, denn eine ungenügende Antwort kam der Ablehnung gleich. Doch war der Krieg noch nicht erklärt, auch deutete noch nichts darauf hin, daß Rußland über das zulässige Maß für Serbien eintreten wolle, obgleich die russische Presse vor Wut gegen die Donaumonarchie schäumte. In Frankreich und England bestand keine Neigung, sich Serbiens wegen in einen Krieg zu stürzen, man neigte der Auffassung Deutschlands zu, daß die Auseinandersetzung sich auf Österreich-Ungarn und Serbien zu beschränken habe. Eine Vermittlung war von keiner Seite versucht worden, wäre auch in Wien unbedingt abgelehnt worden. Dagegen erklärte Österreich-Ungarn am 26. Serbien den Krieg, um „selbst für die Wahrung seiner Rechte und Interessen Sorge zu tragen und zu diesem Ende an die Gewalt der Waffen zu appellieren". Da trat England mit dem merkwürdigen Vermittlungsvorschlag hervor, den Streitfall durch eine Botschafterkonferenz der vier unbeteiligten Mächte austragen zu lassen. War das wirklich ernsthaft gemeint, so war es sicher kein Beweis für die diplomatische Befähigung Greys, denn es bedeutete nichts anderes, als Österreich-Ungarn unter eine auswärtige Oberhoheit zu stellen. Aus diesem Gesichtspunkte verhielt sich auch Deutschland durchaus ablehnend. Nach allem, was hinterher bekannt geworden ist, wäre es Grey wohl zuzutrauen, daß es ihm dabei weniger um den Frieden zu tun war, als um einen Weg für Verhandlungen zu eröffnen, während deren Rußland seine Rüstungen, von denen man in England Kenntnis hatte, vollenden konnte. Für die wünschenswerte Lokalisierung des Krieges war der Vorschlag zwecklos.

Am 28. verlangte der russische Botschafter in Wien eine zeitweilige Einstellung der Feindseligkeiten gegen Serbien, was tatsächlich nicht mehr möglich war. Die Bevölkerung zeigte im Gegensatz zu den vorangegangenen Balkankrisen eine sehr ruhige, aber gehobene Stimmung, auch die Börse blieb fest. Das würdige kaiserliche Kriegsmanifest machte einen tiefen Eindruck. Am 30. kehrte der Kaiser nach Wien zurück. Die Abreise in Ischl ging unter begeisterten Kundgebungen vor sich. In Wien erfolgte die Ankunft unter unbeschreiblichem Jubel, allenthalben waren Anordnungen getroffen worden, die Zeugnis ablegten von der innigen Liebe für den Kaiser, von der hohen Vaterlandsliebe und Begeisterung der Bevölkerung. Es bestand kein Zweifel mehr darüber, daß Rußland im Süden und Südosten rüstete, der Krieg also nicht gegen Serbien allein geführt werden dürfte. Vor dem Schönbrunner Schlosse begrüßte Dr. Weiskirchner den Kaiser mit der Erneuerung des Schwurs der Treue, im gleichen Sinne äußerte sich der Obmann des deutschen Nationalverbandes Dr. Groß. Der Kaiser sagte in seiner Erwiderung: „Ich glaubte, in meinem Alter nur Jahre des Friedens zu erleben. Der Entschluß ist mir gewiß schwer gefallen, aber aus den allseitigen Kundgebungen gewinne ich die Überzeugung, daß mein Entschluß der richtige war." Brausend wurde das vom Bürgermeister ausgebrachte Hoch von der Menge wiederholt, während der Kaiser nach allen Seiten grüßend unter den Klängen der Volkshymne die Treppe zum Schlosse hinaufstieg, das nun sein dauernder Aufenthalt werden sollte. Er wäre am liebsten mit in den Krieg gezogen. In Ischl hatte er noch im Kreise seiner Anverwandten am 25. den Besuch des Herzogs Ernst August von Braunschweig mit Gemahlin und der herzoglich cumberländischen Familie empfangen. Am 15. hatte er den bisherigen Oberkommandanten der Landwehr, Erzherzog Friedrich, als Nachfolger des verewigten Erzherzogs Franz Ferdinand zum Generalinspektor der Wehrmacht zu Lande ernannt. Die Generalinspektion über die Marine führte der Marinekommandant Haus. Unter den Stürmen des Krieges fast unbemerkt vollzog sich am 12. August der Botschafterwechsel in Berlin. Kaiser Franz Josef verlieh dem scheidenden Grafen Szoegyeny-Marich mit einem äußerst gnädigen Handschreiben das Großkreuz des Stephansordens in Brillanten, Kaiser Wilhelm verlieh dem Botschafter die Brillanten zum Schwarzen Adlerorden. In Berlin bedauerte man sehr das Scheiden des seit einem Vierteljahrhundert als Vertreter und Förderer des deutschösterreichischen Bündnisses wirkenden Staatsmannes.

Kaiser Franz Josef hat so ziemlich alles Üble in seinem Leben erfahren müssen, was ein unerbittliches Schicksal dem Menschen bestimmen kann. Wie ihm in menschlicher Hinsicht nichts geschenkt worden ist, so ist ihm auch in staatlicher Beziehung nichts erspart geblieben, und zu guter Letzt hat er noch zum Schwerte greifen müssen, um sein Reich, das er in zwei Menschenaltern in die Höhe und zur Blüte gebracht, gegen einen Zertrümmerungsversuch zu verteidigen. Die ganze Monarchie beging am 18. August unter diesen Umständen seinen 85. Geburtstag, auf kaiserlichen Wunsch und im Hinblick auf die weltbewegenden Ereignisse, ohne Festlichkeiten aber mit desto tieferer Innerlichkeit. Bei der gehobenen Stimmung der Bevölkerung war aber trotzdem auch die äußere Teilnahme ungemein stark und der Flaggenschmuck ungewöhnlich reich. Nationalitäten und Parteien gab es nicht mehr, aber aller Wünsche gingen dahin, daß es dem Kaiser bald vergönnt sei, den Tag zu erleben, an dem die Söhne seines Reiches mit dem erkämpften Siegespreis zur Heimat wiederkehren. Und die da draußen vor dem Feind standen, faßten an diesem Tage das Eisen fester in die Faust und erneuerten das Gelöbnis, auszuharren im Kampfe bis zum Siege oder Tod für das Vaterland und den geliebten Kaiser. Es trat in dieser Zeit noch augenfälliger als sonst zu Tage, daß was für Deutschland-Preußen das Haus Hohenzollern ist, das ist für Österreich-Ungarn das Haus Habsburg; für Österreich-Ungarn und Deutschland, für Kaiser Franz Josef und Kaiser Wilhelm steht jetzt die ganze Mannheit der beiden Reiche im Felde. Mit großer Freude verfolgte man, daß der Kaiser mit ungewöhnlicher Frische und Gesundheit die verhängnisreiche Zeit überstand, während die systematisch lügende Dreiverbandpresse natürlich das Gegenteil unter die Leute zu bringen suchte. Aus mehr als aus einem Grunde hielt er sich freilich noch mehr als sonst zurück, besuchte aber doch mehrfach die Spitäler, so zum erstenmal am 19. September das Reservespital des Roten Kreuzes im Augartenpalais der Erzherzogin Maria Josefa. Er wurde auf der Fahrt von begeisterten Kundgebungen begrüßt. In dieser Stimmung wurde auch in der ganzen Monarchie am 4. Oktober das Namensfest und am 2. Dezember der Jahrestag der Thronbesteigung des Kaisers begangen. Es geschah überall in würdiger, der ernsten kriegerischen Lage entsprechender Weise, vielfach bloß als Festgottesdienst, häufig aber auch durch Veranstaltungen zu Zwecken der Kriegsfürsorge, wofür überhaupt allerorten ein rühmlicher Wetteifer ohne Unterschied von Stand und Vermögen stattfand. In den Verwundetenspitälern wurden an den Kaisertagen entsprechende Feiern veranstaltet, und in den Garnisonen wurde außer der kirchlichen Feier auch die Vereidigung der neu einberufenen Mannschaften in ungewöhnlich feierlicher Weise vorgenommen. Was sonst nicht immer und überall der Fall zu sein pflegt, erschien jetzt in den ernsten Zeiten als selbstverständlich. Die kaiserlichen Erinnerungstage regten noch mehr zum Nachdenken und zum Gelöbnis an, in der schweren Bedrängnis, die unvermutet und unverschuldet über das Vaterland und seinen Herrscher hereingebrochen ist, zusammenzustehen und durchzuhalten mit der gleichen Hingebung und Pflichttreue, als deren Vorbild Kaiser Franz Josef seinen Völkern von jeher vorgeleuchtet hat.

Reichsrat und § 14.

In Österreich hat man zu Zeiten des sogenannten parlamentarischen Ministeriums den Staatszweck und insonderheit die Arbeitsfähigkeit des Parlaments dadurch zu fördern gemeint, daß man das

allgemeine Wahlrecht einführte. Diese Katheder-weisheit hat sich als falsch erwiesen. Das Parlament des allgemeinen Wahlrechts hat sich in nationaler Beziehung nicht friedlicher und sonst nicht arbeitsfähiger gezeigt als die alten Bildungen, es ist im Gegenteil noch zurückgegangen. Das ist auch ganz natürlich. Das Volksgefühl hört doch nicht auf, wenn man in die tieferen Schichten hinabsteigt, es wird nur undisziplinierter und der plumpsten Agitation zugänglicher. Hätte man statt der Mengerschen Katheder-weisheit praktische Politik getrieben, so hätte man aus der Erfahrung lernen müssen, daß seit der Einführung der Verfassung das Parlament genau in dem Maße zurückgegangen war, in dem man das Wahlrecht erweiterte. Nun ist das Unglück da und kann glücklicherweise nicht noch verschlimmert werden, wenn man nicht etwa auch noch das Wahlrecht der Frauen, oder vielleicht gar das der Säuglinge, die doch auch „mit dem Wahlrecht geboren" sind, einführen will. Es scheint, daß die Stunde bald schlägt, in der das Wort des früheren Abgeordneten Dr. v. Grabmayr wieder zu Ehren kommt, daß das Wahlrecht kein angeborenes „Naturrecht" sei, sondern eine öffentliche Konzession, für deren Gewährung nur die Rücksicht auf das Gemeinwohl maßgebend ist. Vorläufig ist freilich nichts zu machen, man muß abwarten, bis das lebensunfähig zur Welt gekommene Geschöpf an seiner Unhaltbarkeit zu Grunde gegangen ist. Unter den einmal obwaltenden Umständen war es kein Wunder, daß das Jahr gleich mit einer parlamentarischen Krise begann. Nach einem Jahr der parlamentarischen Obstruktion hatte das Abgeordnetenhaus noch am letzten Tage des Vorjahres — allerdings aus Furcht vor dem drohenden Schluß — den „kleinen Finanzplan" angenommen, freilich mit der unter sozialdemokratischem Einfluß zu stande gekommenen Abänderung, das steuerfreie Existenzminimum auf 1600 K. festzusetzen. Aber das Herrenhaus legte sein Veto in die Wagschale nach dem uralten politischen Rechtsgrundsatz, daß die Ausübung politischer Rechte im Staate nur dem zustehen kann, der auch seinen Teil an den Lasten trägt. Schließlich war das Abgeordnetenhaus wohl noch auf 1400 Kronen herabgegangen, aber das Herrenhaus war bei seinem Standpunkte geblieben, um nicht abermals den Mittelstand zu Gunsten der Arbeiterklasse zu belasten. Der Preßliberalismus war darüber wütend und warf der Herrenhausmehrheit Obstruktion vor. Es blieb nun kein anderer Ausweg, als die von der Geschäftsordnung vorgesehene gemeinsame Konferenz beider Häuser, in die je 26 Mitglieder abgesendet werden. Die von dieser getroffene Vereinbarung stieß dann aber wieder im Abgeordnetenhause auf Schwierigkeiten, da die Christlichsozialen die Mehrbelastung des Mittelstandes beseitigen wollten. Im Hause waren inzwischen am 8. Januar das Budgetprovisorium, das Budget für das erste Halbjahr 1914 und der Nachtragskredit dem Budgetausschusse zugewiesen worden, der aber damit nicht vorwärts kam, da ein Teil der Tschechen Obstruktionsreden hielt und andere durch Lärm störten. Am 21. wurden schließlich im Hause die Anträge der Christlichsozialen abgelehnt und die Beschlüsse der gemeinsamen Steuerkonferenz angenommen. Das Herrenhaus stimmte am folgenden Tage zu.

Damit war der kleine Finanzplan endlich Gesetz geworden, und der Kaiser verlieh dafür und für die Durchführung der Dienstpragmatik am 1. Februar dem Justizminister Dr. v. Hochenburger und dem Minister des Innern Frhrn. v. Heinold das Großkreuz des Leopoldordens und dem Leiter des Finanzministeriums Frhrn. v. Engel das Großkreuz des Franz Josef-Ordens. Inzwischen war auch das Budgetprovisorium im Ausschusse mit 19 gegen 18 Stimmen durchgegangen, da aber die tschechischen Agrarier die Obstruktion dagegen fortsetzten, wurde das Haus am 30. Januar vertagt. Den ganzen Monat hindurch hatte der budgetlose Zustand gewährt und die Regierung konnte das nicht länger mit ansehen. Daß es dem Ministerium Stürgkh trotz dieser parlamentarischen Lage und dem Übelwollen gewisser Herrenhausmitglieder gelungen war, den kleinen Finanzplan parlamentarisch durchzubringen, war ein ziemliches politisches Kunststück. Für alles Weitere konnte es sich mit § 14 behelfen, wenn das Abgeordnetenhaus leistungsunfähig bleiben würde. Es wurde am 5. März wieder zusammenberufen, ohne daß sich die Aussichten gebessert hatten. Es handelte sich vor allem um die Erledigung der neuen Wehrvorlage, der bosnischen Bahnvorlage, der hohe militärische Bedeutung innewohnt, und um die Genehmigung einer Anleihe von 500 Millionen. Da die tschechische Obstruktion sofort einsetzte, wurde zunächst eine achttägige Pause für Verhandlungsversuche gemacht, die aber keinen Erfolg hatte, und so wurde nach einigen Obstruktionsreden das Abgeordnetenhaus am 16. auf unbestimmte Zeit vertagt. Eine Bekanntmachung der Regierung gab eine eingehende Begründung des Schrittes, in der es unter anderem hieß: „Es muß und wird früher oder später zum Gemeingut im politischen Bewußtsein aller Parteien und aller Volksstämme werden, daß politische und nationale Kämpfe nur in solcher Form und auf solchem Boden ausgetragen werden dürfen, daß sie nicht in Gegensatz zu den ersten Interessen des Staates und des Volkes geraten". In einer Obstruktionspause hatte am 13. der Landesverteidigungsminister Frhr. v. Georgi die Wehrvorlage in einer ausgezeichneten Rede begründet, aus der nachstehende bemerkenswerte Sätze dem Gedächtnis eingeprägt zu werden verdienen: „Ist jeder einzelne von Ihnen von der Überzeugung durchdrungen, daß wir unbedingt auf einen langen Frieden hoffen dürfen und daß an unseren Grenzen auf dem Balkan die Verhältnisse so geordnet sind, daß es ganz ausgeschlossen ist, daß wir einmal plötzlich und unerwartet in kriegerische Ereignisse, ohne es zu wollen, verwickelt werden können? Die Praxis beim Kriegsbeginn der Feldzüge der letzten Jahrzehnte lehrt, daß wir uns in dieser Hinsicht keineswegs sicher fühlen dürfen. . . . Die schwersten Opfer treffen selbstverständlich die Unterliegenden, und der Staat, der im Frieden am unrechten Orte spart, bezahlt die Zeche. . . . Wir müssen also erhöhte Vorsorge treffen." Der Minister schloß: „Derjenige Staat schützt den Frieden am wirksamsten, der kräftig genug und auch entschlußbereit ist, an den Grenzen den-

selben zu diktieren und, wenn es nottut, auch zu erzwingen." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Goldene Worte, die in wenigen Monaten eine so furchtbare Bestätigung erfahren sollten!

Wie die Regierung in ihrer Bekanntmachung schon angedeutet hatte, blieb ihr nichts übrig, als den Staatsnotwendigkeiten mit den ihr zustehenden Auskunftsmitteln Rechnung zu tragen. Zunächst wurde mit Hilfe des § 14 die Erhöhung des Rekrutenkontingents auf ein Jahr in Kraft gesetzt. Die Amtsblätter in Wien und Budapest veröffentlichten am 21. März die vom Kaiser sanktionierten darauf bezüglichen Gesetze. Was die Anleihe betraf, so hatte sich die Staatsschuldenkontrollkommission für die Zulässigkeit von tilgbaren Schatzanweisungen mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgesprochen. Es wurden 375 Millionen ausgegeben, darunter 30 Millionen für Staatseisenbahnen (Bosnien), 228 für die Kosten der Balkanmobilisierung, 52 für Ergänzung der Militärausrüstung und 65 für außerordentliche Militärkredite nach den Delegationsbeschlüssen vom Vorjahr. Die Schatzscheinanleihe hatte im In- und Auslande einen großen Erfolg. Versuche, die Wiederberufung des Reichsrates zu ermöglichen, blieben wegen der aussichtslosen Lage des Ausgleiches in Böhmen ohne Resultat.

Die Delegationen.

Die Delegationen, die diesmal am 28. April in Budapest zusammentraten, haben in kaum vier Wochen ihre Arbeit erledigt. Man darf dabei eher auf ein politisches Ruhebedürfnis als auf die Einwirkung der Nähe des Pfingstfestes schließen. Von Einfluß war unstreitig die gerechtere Beurteilung der Balkanpolitik des Grafen Berchtold, als es im Vorjahre der Fall gewesen war. Ursprünglich hatte der Kaiser die Eröffnung der Session selbst vornehmen wollen, sein Befinden machte aber die Stellvertretung durch den Erzherzog-Thronfolger notwendig. Seit der Dezembertagung hatte sich wenig ereignet, was Anlaß zu größeren Debatten hätte geben können, doch war zu befürchten, daß die parlamentarische Lage in den beiden Reichshälften einen Schatten auf die Verhandlungen werfen könnte. Die Anwesenheit des Thronfolgers in Budapest gab gewissen ungarischen Blättern wieder zu der hergebrachten Anrempelung Anlaß, der sie sich um so ungestörter hingeben können, als sie außerhalb Ungarns doch kein Mensch versteht. Die Eröffnung ging in der üblichen Weise vor sich, und die Thronrede brachte keine Überraschung. Sie hob die Thronbesteigung des Fürsten Wilhelm von Albanien hervor und kündigte nur die erwarteten Vorlagen an. Die österreichische Delegation war dazu um 10 Uhr, die ungarische um halb 11 Uhr vom Thronfolger in der Ofener Hofburg empfangen worden. Er machte auch über das Befinden des Kaisers befriedigende Mitteilungen. Das Ministerium des Äußern hatte diesmal ein Rotbuch vorgelegt, das 926 Aktenstücke seit dem 13. August 1912 enthielt und dem Exposé des Grafen Berchtold günstig vorarbeitete, indem es darlegte, daß das Programm Österreich-Ungarns für die Balkanpolitik vollständig durchgeführt worden war. Es stellte auch klar, daß das Wiener Kabinett alles getan hat, um die Wünsche Rumäniens auf friedlichem Wege durchzusetzen, und daß es den Einspruch gegen den Frieden von Bukarest nicht aus Gegnerschaft gegen Rumänien, sondern in der Überzeugung erhoben hat, daß er keine Lösung der mazedonischen Frage und darum auch keinen dauernden Frieden auf dem Balkan bringe, was schon heute nicht mehr bezweifelt werde. Die Demonstrationsversuche aus den beiden Parlamenten verliefen im Sande. Der sozialdemokratische Antrag, die Konstituierung der österreichischen Delegation bis zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände zu verschieben, wurde abgelehnt, denn die innere Politik gehört nicht vor das Forum der Delegation. In der ungarischen Delegation verlief erst recht alles nach Tiszas Willen, und wenn Graf Michael Karolyi dadurch zu demonstrieren gedachte, daß er zu dem Empfange beim Erzherzog-Thronfolger die Loyalitätskundgebung nicht mit unterschrieb, so blieb die damit beabsichtigte Wirkung auf den Thronfolger vollkommen aus. Die Krone mischt sich grundsätzlich nicht in den ungarischen Parlamentarismus.

Das Exposé des Grafen Berchtold, das er am 29. zuerst im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der österreichischen Delegation hielt, war kurz und klar, wie es auch die Thronrede gewesen war. Ausführliches hatte er doch erst vor wenigen Monaten in den Delegationen mitgeteilt. Die Wiener Presse regte sich über diese Kürze mächtig auf; sie hatte auf reichlicheren Stoff gerechnet. Sie hätte doch zufrieden sein sollen, daß nach der gefährlichen Krise des vergangenen Jahres nicht schon wieder etwas im Gange war. Außerdem ist das Neuigkeitsbedürfnis der Zeitungen keineswegs das wichtigste im Staate. Andere Leute vernahmen dagegen mit Befriedigung, daß die friedliche Entwicklung fortdauerte. Die Dreibundmächte stehen geschlossen zusammen und wachen ebenso über den Frieden wie über die Wahrung ihrer Interessen. Die Dreiverbandmächte haben ihre Haltung namentlich unter dem vermittelnden Einfluß Englands gemäßigt, auch Rußland scheint bemüht, ein freundschaftliches Verhältnis anzustreben. Für Rumänien haben die Dreibundmächte ihr möglichstes getan, und den übrigen Balkanstaaten steht Österreich-Ungarn mit soviel Wohlwollen und Geduld gegenüber, daß ihnen eine Annäherung nicht schwer fallen kann. Freilich muß Österreich-Ungarn sein Schwert scharf erhalten, damit niemand mit ihm anzubinden wagt. Das war freilich alles kein Sensationsstoff, aber erfreulich genug. Dabei unterstreicht dieser klare politische Aufbau überall die kommerziellen Möglichkeiten, trägt einen vorwiegend handelspolitischen Charakter und schließt mit einem indirekten Hinweis auf eine wirtschaftliche Teilung Kleinasiens. Die Aufnahme des Exposés in den Delegationen war durchaus günstig, und bei der weitaus überwiegenden Mehrzahl erregte es die lebhafteste Befriedigung, daß den Mittelpunkt der gesamten Ausführungen die Beziehungen des Dreibundes bildeten. Die sorgsam abgewogenen Worte über das Verhältnis zu Rußland, die doch wahrhaftig nicht zu entgegenkommend gehalten waren, fanden aber in gewissen Blättern lebhaften Widerspruch; es waren diejenigen darunter, denen im

Vorjahre am meisten bange vor einem Kriege gewesen war.

Wie immer bildete das Exposé, wie die äußere Politik überhaupt, bei den rasch fortschreitenden Arbeiten der Delegationen den Hauptgegenstand der Debatten. Die Zustimmungen zur Politik des Grafen Berchtold waren ebenso warm wie zahlreich. Die Schaffung Albaniens wurde natürlich von slawischer Seite abermals bekrittelt, weil sie angeblich zu beständigen Reibereien mit Italien führen müsse. Als Vortänzer trat dabei Herr Dr. Kramarsch hervor, der es nicht verschmerzen kann, daß seine geliebten Serben nicht alles bekommen haben. Das Verhältnis zu Rußland wurde wiederholt erörtert. Es wurde allgemein betont, daß Österreich-Ungarn nicht daran schuld sei, daß die Spannung noch nicht gewichen sei. Etwas Ähnliches wie die russisch-politische Propaganda in Galizien und Ungarn, die unter der Maske der Volks- und Glaubensrettung bewerkstelligt werde, und die ausgedehnte Spionage werde von Seite Österreich-Ungarns nicht betrieben. Diese Erkenntnis hat auch unter den Slawen die Überzeugung gefördert, daß die Monarchie nur an der Seite Deutschlands und im Dreibund ihre Machtstellung behaupten kann. Darum haben auch die Polen ihre üblichen Klagen gegen Deutschland diesmal eingestellt und der Vertreter des tschechischen Großgrundbesitzes sprach sich für den Dreibund aus. Selbst Dr. Kramarsch gab zu, daß Österreich-Ungarn keine andere Wahl bleibe, was ihn freilich nicht abhielt, zu gleicher Zeit dreibundfeindliche Artikel in russischen Blättern zu veröffentlichen. In der ungarischen Delegation gingen Graf Tisza und der zur Opposition gehörige Graf Andrassy den mit Rußland kokettierenden Mitgliedern der Opposition scharf zu Leibe. Die ungarische Delegation erteilte dem Grafen Berchtold wieder ein Vertrauensvotum, die zersplitterte österreichische Delegation brachte es auch diesmal nicht fertig, doch erklärten die Deutschnationalen ausdrücklich, sie hätten ihre vorjährige Gegnerschaft fallen lassen. Die Mehrforderungen für Heer und Marine wurden nach kaum nennenswerter Erörterung bewilligt. Es handelte sich bei der Flotte um den Bau der zweiten Dreadnought-Gruppe. In der österreichischen Delegation wurde nebenbei viel innere Politik getrieben. Graf Stürgkh sah sich wiederholt genötigt, sich wegen der Prager Korruptionsgeschichten, der Erinnerungen Kaizls und wegen der Anwendung des § 14 zu äußern. Der Schluß der Delegationen erfolgte am 29. Mai.

Länder und Nationen.

Ende Januar wurde die Sisyphusarbeit des Ausgleichs in Böhmen wieder begonnen, die der Ministerpräsident Graf Stürgkh in Wien selbst einleitete. Die Aussichten für das Gelingen sind von Jahr zu Jahr hauptsächlich durch die zunehmende Zersplitterung der Parteien in beiden nationalen Lagern immer ungünstiger geworden. Nicht nur, daß die nationalen Gegensätze selbst dadurch verschärft worden sind, sondern es mangelt auch durchaus an einflußreichen Führern, denn die an der Spitze der einzelnen Gruppen und Grüppchen befindlichen Leiter stehen einander selbst voll Neid und Wahlangst gegenüber und einigen sich höchstens auf der einen Basis, jede Forderung der anderen Nation abzulehnen. Keiner wagt auch nur zu einer Ja zu sagen aus Furcht, sofort durch einen radikalen Schreier aus dem eigenen Volksstamm um das Mandat und um die Leitung gebracht zu werden. So liegen die Verhältnisse in beiden Nationen, und darum ist ein Ausgleich durch Übereinkommen unmöglich und jede Vermittlung vergeblich. Als schließlicher Ausweg wird doch nur die Oktroyierung übrig bleiben durch eine feste Regierung, die sich um das dann anhebende Geschrei über Staatsstreich und dergleichen nicht kümmert. Grundlagen für einen gerechten Ausgleich ergeben sich hinreichend aus den seit Jahren geführten Verhandlungen. Daß anfangs kein Mensch damit zufrieden sein würde, versteht sich von selbst, aber heute ist ja auch niemand zufrieden, außer denen, die vom Streit leben, weil sich davon, wenn nicht ihre materielle Existenz, so doch die Befriedigung ihrer „politischen" Eitelkeit herschreibt. Die Wenigen, denen es wirklich ehrlich um ihr Volkstum zu tun ist, sind zu zählen, und die Gefahr für sie, bloß von den Rabulisten als Werkzeug benützt zu werden, zu groß, weil dagegen nur eine außerordentlich seltene staatsmännische Begabung Schutz zu gewähren vermag. Da aus den Ausgleichsverhandlungen wieder nichts wurde und werden konnte, genügt hier ein kurzer Überblick. Der Ausgleichsvorschlag der Regierung stützte sich auf frühere Vereinbarungen, die aber infolge der inzwischen betriebenen radikalen Agitation längst überholt sind und darum in Deutschböhmen auf entschiedene Ablehnung stießen. Dabei ging der deutsche Volksrat in Böhmen in die Brüche, weil die Deutschradikalen, um ihrer Reichsratsmandate samt Zubehör willen, austraten. Damit war aber auch der Ausgleichsversuch schon zu Ende, die Tschechen brachten durch Obstruktion den Reichsrat zur Vertagung und in Deutschböhmen gewann die Überzeugung Raum, daß man ruhig günstigere Verhältnisse abwarten könne. Hatten vor Jahren die Deutschen den Satz aufgestellt: Ohne Ausgleich kein böhmischer Landtag, so sagten neuerdings die Tschechen: Ohne Landtag kein Reichsrat und dabei saßen — seit dem Kabinett Gautsch — zwei Tschechen als nationale Vertrauensmänner im Ministerium, das mit dem Abgeordnetenhaus regieren sollte, das die Tschechen grundsätzlich arbeitsunfähig machten. Man wird zugeben müssen, daß gleicher politischer Widersinn in anderen Staaten undenkbar wäre.

Die finanzielle Notlage des Landes, die allein die Tschechen dem Ausgleich geneigter hätte machen können, hatte sich inzwischen durch die Tätigkeit der staatlichen Verwaltungskommission erheblich gebessert, außerdem wurden die Tschechen von erbitterten nationalen Parteistreitigkeiten und Korruptionsskandalen so sehr in Anspruch genommen, daß das Interesse am Ausgleich ganz in den Hintergrund trat. Im Januar mußten in Wrschowitz Bürgermeister, Vizebürgermeister und Stadtsekretär wegen einer von ihnen angenommenen Millionenprovision zurücktreten. Viel größeres Aufsehen erregte aber die Beschuldigung gegen den Abg. Dr. Sviha, den Führer der tschechischsozialen Partei,

daß er seit Jahren der Prager Polizei gegen fixes Gehalt politische Spitzeldienste geleistet habe. Die Denunziation ging von jungtschechischer Seite aus, und die Tschechischsozialen rächten sich mit Veröffentlichungen darüber, daß die Jungtschechen eifrige Nutznießer des Dispositionsfonds der Regierung gewesen waren. Daneben wurde auch noch bekannt, in welchem Umfange sich die tschechischen Agrarier mit dem ehemaligen Ackerbauminister Prašchek den Meliorationsfonds zu nutze gemacht hatten. Auch der Bürgermeister von Prag, Dr. Gros, wurde öffentlich der Korruption bezichtigt. Der schon erwähnte Dr. Svihla legte sein Abgeordnetenmandat nieder und begab sich ins Ausland, kehrte aber bald zurück und verklagte die „Narodni Listy", die jedoch vom Schwurgericht freigesprochen wurde. Es stellte sich heraus, daß die Prager Polizei, natürlich für Gegendienste, aus allen tschechischen Parteien vertrauliche Mitteilungen bezog. Der Verteidiger Svihas, Dr. Bouczek, hatte in einer Schrift behauptet, unter den tschechischen Stadtverordneten in Prag säßen wenigstens zehn Diebe, und hinzugefügt, sie möchten ihn nur verklagen. Das taten sie auch, zogen dann aber, bis auf einen, die Anklage unter einem nichtigen Vorwande wieder zurück. Bis zum Kriegsbeginn hörte das gegenseitige Beschuldigen und Verdächtigen im Tschechenlager nicht auf. Dazu kamen während der Delegationssitzung die Veröffentlichung der Erinnerungen an Dr. Kaizl, den Finanzminister im Kabinett Thun, die ein mit Dokumenten belegtes Beispiel liefert, wie ein tschechischer Minister, trotz Amtseid und Pflicht, zu jeder Tat und Gewissenlosigkeit bereit ist, wenn sie nur dem nationalen Vorteil dienen. Die Veröffentlichung erregte nicht nur bei den Deutschen, sondern auch bei den übrigen Delegationsmitgliedern das peinlichste Aufsehen. Unter den geschilderten Zuständen und solange die Kaizlsche Schule in Böhmen herrscht, kann es dort keinen nationalen Frieden und Ausgleich geben. Trotzdem wurden Anfang Juni wieder Ausgleichsverhandlungen zwischen Vertretern sämtlicher deutschen und tschechischen Parteien eingeleitet, wobei wohl der geheim gehaltene Zweck der Flottmachung des Parlaments samt Diätenbezug nicht den geringsten Beweggrund bildete. Man kam zwar zunächst zu nichts, doch sind bis zum Kriegsausbruch zwischen Deutschen und Tschechen (ohne Parlamentarier und ohne Regierung) vertrauliche Besprechungen geführt worden, die auch ein Ergebnis gehabt haben sollen.

In Mähren trat der Landtag am 3. Februar zusammen. Die Sanierung der durch die sechsjährige Wirtschaft der tschechischen Mehrheit verwüsteten Finanzlage duldete keinen Aufschub mehr. Die notwendige Folge davon war ein neues Abkommen zwischen Deutschen und Tschechen, das eine Ergänzung der Abmachungen von 1905 bildete. Um die notwendigen neuen Steuern durchzubringen, mußten die Tschechen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und in der Schulfrage nachgeben, auch die Vergewaltigung der deutschen Landtagsminderheit unterlassen. Die deutschfeindlichen Demonstrationen im Lande dauerten trotzdem fort. Der unter dem Protektorat des Erzherzogs Karl Franz Josef stehende deutschmährische Schützenbund hielt am 28. und 29. Juni in Brünn sein Landesschießen ab. Als Gegendemonstration veranstalteten die Tschechen für dieselben Tage einen Sokoltag, den der Statthalter erlaubte. Als die Nachricht von der Ermordung des Thronfolgers eintraf, brachen die Deutschen sofort ihre Festlichkeiten ab, die Tschechen aber weigerten sich. Nur an deutschen Häusern sah man Trauerfahnen, die Tschechen ließen noch zu Ehren ihrer serbischen Gäste die serbische Hymne spielen. Erst später schränkten sie ihre Veranstaltungen ein. Es kam bei der nationalen Erregung trotz des Aufgebotes von 800 Gendarmen zu einigen Zusammenstößen. Die ankommenden und abreisenden Sokoln belästigten auch unterwegs vielfach die Deutschen. Am 17. Juli demonstrierten in Brünn wieder tschechische Menschenhaufen durch Einwerfen von Fensterscheiben in deutschen Häusern, ebenso am 22. in Witkowitz und Mähr.-Ostrau, von vielfachen anderen Ausschreitungen im Lande ganz zu schweigen. — In Schlesien erhob sich eine lebhafte Protestbewegung gegen die nach dem Tode des Kardinals Dr. Kopp von Krakau aus eingeleitete Agitation für den Anschluß des österreichisch-schlesischen Anteils der Diözese Breslau an die Diözese Krakau. Die große Mehrheit in Schlesien will eben von Galizien nichts wissen. Das zeigte sich auch am 28. Juni, als polnische Feuerwehren von ihrer Versammlung in Biala aus demonstrativ in das angrenzende Bielitz eindringen wollten. Die Stadtbehörde hatte das untersagt, und die Versuche wurden vereitelt, aber nur durch taktvolle Zurückhaltung wurde ein größerer Zusammenstoß vermieden. Es war Methode in der Sache, denn am 12. Juli versuchte auch der polnische Lehrertag von Biala aus eine ähnliche Demonstration. An diesen Tagen wurden zahlreiche Besucher aus Preußen, die seit Jahren den westlichen Teil der Beskiden zu besuchen pflegen, von Polen mißhandelt. Diese Besuche wurden daraufhin zunächst eingestellt. Polnische Blätter rühmten sich aber noch dieser Ausschreitungen und forderten zum Boykott aller deutschen Waren auf. Am 12. Juli kam es auch in und um Troppau zu einigen Schlägereien unbedeutender Art, weil im benachbarten Katharein zugleich die Deutschen und die Tschechen einen Volkstag abhielten.

In Wien fanden im März Neuwahlen zum Gemeinderat statt. Es handelte sich um die 48 Mandate des dritten Wahlkörpers, ferner um drei Ersatzwahlen im vierten, eine im zweiten und sechs im ersten Wahlkörper. Das Ergebnis war ein durchschlagender Erfolg der Christlichsozialen, die nicht nur im dritten Wahlkörper den Sozialdemokraten auch das achtundvierzigste Mandat wieder abnahmen, sondern auch bei allen Ersatzwahlen einen erheblichen Zuwachs an Stimmen erzielten. Der Gemeinderat besteht nun aus 134 Christlichsozialen, 20 Liberalen (in zwei Fraktionen), 8 Sozialdemokraten und zwei Wilden. Bemerkenswert ist der Mißerfolg der einst allmächtigen Liberalen, obgleich sie wie seit Jahren mit den Sozialdemokraten, jetzt zum erstenmal öffentlich auch ein Bündnis mit den Tschechen abgeschlossen hatten. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes ist die gesicherte Stellung der Christlich-

sozialen in Wien um so erfreulicher, als die Partei unter der Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner noch mehr als früher das Deutschtum in erster Linie betont. Infolgedessen ist sie auch mit den deutschnationalen Gruppen in ein engeres Verhältnis getreten. Die Stellung der Partei in der Reichshauptstadt ist nicht zum wenigsten durch ihre vorzügliche Verwaltung und Wirtschaftspolitik gesichert. Am 1. Juli hat die Gemeinde Wien auch die allgemeine österreichische Elektrizitätsgesellschaft abgelöst und ist nun unbedingte Herrscherin über Gaserzeugung, elektrischen Verkehr und Elektrizitätserzeugung. — Der Gemeinderat von Graz ist am 24. Juni vom Statthalter aufgelöst und ein landesfürstlicher Kommissär mit der Verwaltung der Stadt betraut worden. Die Ursache ist, daß die 16 Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung, unterstützt von den 13 liberalen Beamtenvertretern, eine förmliche sozialdemokratische Verwaltung eingeführt hatten, aber namentlich beim städtischen Lebensmittelübernahmeamt Schiffbruch erlitten. Statt des angeblichen Gewinns von 15.000 Kronen stellte sich ein Verlust von 30.000 Kronen heraus, und das Amt mußte geschlossen werden. Hauptsächlich deswegen traten Bürgermeister Dr. Fleischhacker und die 17 bürgerlichen Gemeinderäte zurück. Da für die Bürgermeisterwahl zwei Drittel der Gemeinderäte erforderlich sind, mußte die Auflösung erfolgen. — Trotz der hauptsächlich von Krain aus betriebenen slowenischen Agitation macht in Südsteiermark das Deutschtum Fortschritte, wie die Gemeindewahlen beweisen.

Das Herzogtum Kärnten zählt unter seinen 320.000 Einwohnern kaum den vierten Teil Slowenen, von denen ein großer Teil deutschfreundlich ist, ebenso wie die Polen in Schlesien. Sie wissen den Wert der deutschen Bildung für ihr Fortkommen zu schätzen und wehren sich gegen die von Krain aus betriebene Einführung der neuslowenischen Schriftsprache, die sie gar nicht verstehen. Unter Förderung eines Teiles der Geistlichkeit und einiger erst eingewanderter Advokaten werden immer häufiger slowenische Vorstöße von Krain aus nach Kärnten unternommen. — In Krain ist es den Slowenen unter Führung der Geistlichkeit bereits geglückt, die Herrschaft an sich zu reißen. Die Deutschen im Lande wissen bereits von den Segnungen dieses Regiments zu erzählen, und da sie die meisten Steuern aufbringen, bezahlen sie im wahrsten Sinne des Wortes die Kosten der gegen sie betriebenen Agitation. Schon steht in dem noch zweisprachigen Landesgesetzblatt neuerdings der slowenische Titel vor dem deutschen, während es bisher umgekehrt war. Der von der Wiener Regierung berufene Landeshauptmann ist ja auch Dr. Susersic (Schusterschitz), der als einziger in den Delegationen eine Brandrede gegen den Dreibund, mit besonderer Spitze gegen Italien, gehalten hat, und sich ausdrücklich als Agitator für einen südslawischen Sonderstaat (also Groß-Serbokroatien) bekennt. Ob das nach der Freveltat von Serajewo und ihren für die Monarchie verhängnisschweren Folgen anders werden wird, bleibt abzuwarten. — Die südslawische Agitation, die infolge der Ereignisse auf dem Balkan heftiger eingesetzt hatte, hat eine Annäherung zwischen Deutschen und Italienern in den Küstenländern bewirkt, die auch bereits bei den Landtagswahlen in Istrien, sowie bei den Gemeindewahlen in Triest, Görz und an anderen Orten günstige Erfolge ergeben hat.

In Galizien haben bis zum Kriegsausbruch die bisherigen Zustände fortgewährt: neben den großpolnischen Phantastereien die Uneinigkeit der Führerschaft und die Unterdrückung aller Nichtpolen. Seit Jahrzehnten haben es die Polen verstanden, in Österreich die Rolle einer Staatspartei zu spielen und sich in den Besitz aller Machtmittel zu setzen, die sich daraus ergeben. Das nützen sie voll aus im Dienste des allpolnischen Gedankens. Sie haben dabei auch immer bewußte Förderer in den polnischen Mitgliedern jeder österreichischen Regierung gefunden, zum Teil auch bei nichtpolnischen. Der eigentliche Sitz der allpolnischen Agitation ist Krakau, wo sie nicht bloß von Privatkreisen betrieben wird, sondern geradezu die Landesregierung und Staatsanstalten, die von österreichischem Geld unterhalten werden, zu ihren Diensten hat. Die Universität dient ganz ihren Zwecken, darum besteht auch nur die kleinere Hälfte der Professoren aus Österreichern, die größere ist aus Preußen und Rußland, den beiden anderen der „drei Teile" des erträumten neuen Polenreiches bezogen worden. Sie dienen aber alle dem gemeinsamen Zwecke. So hat es das Allpolentum fertig gebracht, sich nicht nur in Österreich einen sicheren Sitz zu verschaffen, sondern sich auch den Staat und seine Mittel in beträchtlichem Umfange dienstbar zu machen. Die Feier der polnischen Konstitution wurde in der demonstrativsten Weise begangen. Man sah in ganz Krakau nur polnische Fahnen und Abzeichen, die Glocken luden zu nationalen Festgottesdiensten ein, um 11 Uhr bewegte sich ein ungeheuerer Festzug — unter Beteiligung aller Schulen — nach dem Wawel, wo der zweite Bürgermeister Dr. Szarski die Festrede hielt. Der ganze Tag verlief unter Feiern und polnischen Demonstrationen. Ebenso, teilweise noch gesteigerter, wickelte sich die Feier in Lemberg ab. Dort bildete den Hauptteil ein Festgottesdienst auf freiem Felde, den Bischof Dr. Bandurski abhielt. Man hatte aber mehr den Eindruck eines Kriegslagers, als den einer Veranstaltung religiöser Andacht. Die Schützen-, Bartosch- und Jugendvereine waren der Gegenstand des allgemeinen Interesses. Das war auch der Fall am zweiten Pfingstfeiertage bei der Grundwaldfeier an dem bei Niepolomice aufgeschütteten Gedenkhügel, für den diesmal Polen aus Amerika Erde von den Gräbern der dort verstorbenen nationalen „Märtyrer" mitgebracht hatten. Das gab natürlich wieder ausgiebigen Anlaß zu nationalen Aufregungen und Zukunftsphantasien. Das ganze Sokoln-, Skouts- und Bartoschwesen ist und bleibt ja nichts wie eine teuere Spielerei. Wie soll daraus eine polnische Armee werden, wenn der „Kuryer Lwowski" im Mai berichten mußte, daß die vom Nationalverband veranstaltete Sammlung für den polnischen Kriegsschatz in Amerika nicht einmal ganz 35.000 Dollars ergeben habe. Dabei wurde von derselben Seite versichert, in Amerika bilde sich aus den jetzt dort vereinigten Sokolverbänden eine Armee „für die

kommenden blutigen Kämpfe im Dienste unseres Vaterlandes Polen". Soll diese Armee vielleicht in Luftballons über Österreich-Ungarn, Preußen und Rußland nach Polen fliegen? Einen anderen Weg wird sie schwerlich finden.

Man ersieht auch daraus wieder, auf welchen Luftgebilden die allpolnische Agitation beruht. Hoffentlich lehrt der jetzige Weltkrieg die Polen, daß sie mit ihrer Soldatenspielerei an Sommerabenden und Sonntagen ebensowenig ihren Traum eines künftigen Polenreiches erfüllen werden, wie die vom Frankfurter Parlament geschaffenen Bürgerwehren ein Deutsches Reich gründen konnten, für dessen Entstehung doch die Vorbedingungen viel günstiger standen, als sie für die Wiedererweckung Polens sind. Wenn sich nicht eine Großmacht mit ihrem Heere der Sache annimmt, wird das zukünftige Polenreich nicht über das Stadium der Agitation hinauskommen. Ob sich aber eine solche entschließen könnte, sich einen Nachbarn mit einem von so erbittertem Nationalhaß erfüllten Volke an die Seite zu setzen, das mögen sich die lieben Polen einmal selbst recht ernst überlegen, ebenso daß man ihre politischen Phantastereien gar nicht tragisch zu nehmen scheint, denn sonst würde man sicher energisch dagegen eingeschritten haben. Daß sich in „allen drei Teilen" zahlreiche Leute finden, die gern ihre Polen wieder loswerden möchten, wenn sich unter Vermeidung eigner Nachteile eine anständige Form dafür finden ließe, wird auch schwerlich als staatsbildendes Moment für ein zukünftiges Polenreich in Rechnung zu stellen sein, da es ohnehin wieder nur eine Quelle unausgesetzter Beunruhigungen sein würde. Das beweisen ja die Zustände in Galizien, wo die Polen doch ebenso frei schalten können, wie es nur in einem eigenen Reiche möglich wäre. Aber sie sind dort auch nur einig im Haß gegen die Nichtpolen, sonst zeigen sie die größte Uneinigkeit und alle jene unerfreulichen Eigenschaften, die ihnen schon vor anderthalb Jahrhunderten die Erhaltung ihres Nationalstaates unmöglich machten. Sie haben es schon dahin gebracht, daß der Polenklub, der im Parlamentsleben eine ausschlaggebende Macht darstellte und Galizien die unverdientesten Vorteile zuzuwenden vermochte, alles Ansehen und fast jeden Einfluß eingebüßt hat. Auch eine Neubildung des polnischen Nationalrates ist nicht gelungen. Die inneren Spaltungen betreffen auch die Haltung gegenüber Rußland, für das seit einer Reihe von Jahren ein großer Teil der Allpolen aus sehr verschiedenen Gründen sehr eingenommen ist. Um diese Schwenkung unauffälliger vollziehen zu können, wurde seit dieser Zeit die Hetze gegen Preußen, gegen die Deutschen überhaupt und auch gegen die Ruthenen gesteigert. Da letztere im Abgeordnetenhause hartnäckig obstruierten, nahm sich ihrer schließlich die Regierung an, und so ist nur noch die Deutschenhetze im Schwung geblieben. So wurde auch im Januar heftig gelärmt, weil der preußische Ostmarkenverein, um weniger Polen ins Land zu bekommen, mit einigen Ruthenenführern wegen Vermittlung ruthenischer Saisonarbeiter schriftlich in Verbindung getreten war. Haben sich auch die Formen der Deutschenverfolgung unter den beiden letzten Statthaltern einigermaßen gemildert, so haben es doch die Allpolen trotz des Einflusses der Regierung durchgesetzt, daß die Deutschen bei der Wahlreform für den Landtag auf das eine Mandat in Biala beschränkt blieben, während ihnen drei gebührt hätten.

Wie zur Zeit der Annexionskrise und der Balkankrise benützten die Allpolen auch während der zunehmenden Spannung mit Serbien die Deutschenhetze wieder, um das erwachende Staatsgefühl der Polen von der dem Staate drohenden Gefahr abzulenken und sie mit den nationalen Skandalen zu beschäftigen. Zu diesem Zwecke wurden auch die polnischen Einbrüche nach Bielitz unternommen, und da sich dort die Deutschen wehrten, daraus ein großes Verbrechen gegen die polnische Nation gemacht, das mit Krawallen gegen die Deutschen im Lande gesühnt werden mußte. Das war den russophilen Auftraggebern in Warschau ganz recht. In Lemberg, Stanislau, Przemysl usw. wurden grobe Ausschreitungen gegen die Deutschen inszeniert. Das war aber doch den Deutschösterreichern zu arg, ihre Presse protestierte und der Obmann des deutschen Nationalverbandes erhob Beschwerde beim Ministerpräsidenten. Auch die nicht allpolnisch gesinnten Blätter in Galizien ermannten sich gegen die sichtlich von allpolnischer Seite angezettelten Skandale, und Statthalter Dr. v. Korytowski empfing in Wien sehr bestimmte Weisungen. So wurde den Allpolen das Handwerk gelegt, und auch in Galizien konnte die Erbitterung über die Vorgänge in Serajewo und Belgrad ungestört ihre Entwicklung nehmen. Bei Ausbruch des Krieges stand die gesamte Bevölkerung, trotz der zweifellosen Gefahr ihres Grenzlandes, begeistert zu Kaiser und Reich. Das gilt auch von den Ruthenen, die sich in der Mehrzahl heute als Ukrainer bezeichnen, während nur noch ein geringer Teil russophil ist und nachgewiesenermaßen meist im russischen Solde stand. Die Ukrainer streben die nationale Vereinigung mit ihren in Rußland unterdrückten Stammesgenossen und erhoffen sie von diesem Kriege. — Am 12. Februar hatte der Landtag die Wahlreform angenommen, durch die die Ruthenen eine rechtlich gesicherte Stellung im Landtage erhalten und sich nicht mehr gegen die von den Polen mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gehandhabte Wahlmaschinerie zu erwehren brauchen. Von den Abgeordneten fallen 106 auf die polnische, 62 auf die ruthenische Nationalität, der Landesausschuß besteht aus sechs polnischen und zwei ruthenischen Mitgliedern. Der bisherige Landtag wurde am 15. Juli aufgelöst, die Neuwahlen verhinderte der Krieg.

Ungarn.

Die Lage in Ungarn ließ sich bei Jahresbeginn kurz dahin charakterisieren, daß die Opposition nichts gelernt und nichts vergessen hatte, und daß Graf Tisza sein großes Ziel mit leidenschaftsloser, gelegentlich aber auch recht leidenschaftlicher Beharrlichkeit weiter verfolgt. Man hat ihn, zuweilen mit Recht, einen gewalttätigen und rücksichtslosen Politiker genannt, jedenfalls hat ihn eine Bestimmung der Geschäftsordnung niemals gehindert und von einem Paragraphen hat er sich nie den Weg verstellen lassen. Das ist aber in Ungarn auch

sonst nicht selten gewesen, und Tisza kennt seine Leute. Er weiß eben ganz genau seit dem Tage von Chlopy, daß Ungarn seine frühere ausschlaggebende Stellung in der Monarchie nur wieder gewinnen kann, wenn die Bestimmungen des Ausgleichs der Krone gegenüber peinlich beachtet werden. Das ist ihm gelungen; glatt und ohne die früheren nationalen Begehrlichkeiten in militärischen Dingen ist die Rekrutenvorlage bewilligt worden, während sie in Österreich mit dem Notparagraphen ins Werk gesetzt werden mußte. Dafür hat Ungarn den Triumph erlebt, daß zur Kriegszeit das Abgeordnetenhaus in Budapest als das einzige Forum für die auswärtige Politik erschien. In Wien wurde nicht getagt, und die Schreie nach Diäten blieben unerhört, denn niemand konnte sicher sein, ob sich dort trotz der staatstreuen Hochflut nicht wieder die Unbändigkeit breitmachen und dem Ansehen des Reiches nachteilige Auftritte hervorrufen könnte, denen keine Geschäftsordnung und kein Ministerpräsident zu steuern vermag. Tiszas Werk ist ferner die Herstellung geordneter Verhältnisse in Kroatien, die für die Gesamtmonarchie und für Österreich fast noch mehr Bedeutung haben als für Ungarn selbst, dem das Malträtieren Kroatiens gar nicht besonders wehtut. Aber die Befriedigung wird um so mehr Ungarn gutgeschrieben. Tisza hat auch unter ähnlichen Gesichtspunkten den Ausgleich mit den Rumänen in die Hand genommen, und wird ihn durchführen, so wenig er auch an irgend eine Gleichberechtigung denkt. Er will im Gegenteil das Übergewicht seiner Magyaren sichern, damit in Zukunft jeder Anlaß vermieden wird, der wieder ein unparlamentarisches Ministerium wie das Kabinett Fejervary mit einem wirklich allgemeinen Wahlrecht im Hintergrunde bringen könnte. Denn Tisza ist ein richtiger Ungar und hat bei allem nur die Vorherrschaft seiner Nation im Auge, ist aber politisch weitblickender wie die jetzt in Opposition stehende Grafenpartei der Andrassy, Apponyi, Karolyi und Genossen, die immer noch vermeinen, den einstigen Traum von der parlamentarischen Herrschaft gegenüber der Krone aufrecht erhalten zu können. Das ist endgültig vorbei, seitdem man im Bunde mit der Unabhängigkeitspartei das Spiel in der Heeresfrage verloren hat. Das durchschaut niemand klarer als Tisza, dem nur daran liegt, die wankend gewordene Stellung der Magyaren wieder zu befestigen. Die trostlosen parlamentarischen Verhältnisse in Österreich kommen ihm dabei zu gute, und die aller großen Richtlinien entbehrende, nun schon zwei Jahre währende Taktik der ungarischen Opposition wird ihn nicht zu hindern vermögen.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich zunächst noch mit dem Preßgesetz, das der Regierung eigentlich alle Gewalt gibt. Die Opposition war dazu im Hause erschienen und zog die Debatte durch eine große Redetätigkeit, trotz der verschärften Geschäftsordnung, über zwei Monate hinaus, richtete aber nichts aus, weil es ihr bloß auf den Sturz des Ministeriums ankam, während sie eigentlich meist noch preßfeindlicher als die Regierung ist. Als es zur Entscheidung kam, rief sie wieder Lärmszenen hervor und verließ mit einer großtönenden Erklärung das Haus. Die Debatten brachten bedenkliche Aufschlüsse über die Korruptionsverhältnisse in der ungarischen Presse. Das Preßgesetz wurde nun rasch erledigt, ebenso die Wehrvorlage und das Gesetz über die Neueinteilung der Wahlkreise, das die Wahlbezirke um 24 (auf 477) erhöht, den Deutschen aber im großen und ganzen ihren bisherigen Besitzstand läßt, dagegen die ländlichen nichtmagyarischen Wahlbezirke vermindert. Während einer Pause in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses wurde am 23. Februar in der Wohnung des griechisch-katholischen Bischofs Miklossy in Debreczin ein Bombenattentat verübt, bei dem er selbst unverletzt blieb, während fünf Personen umkamen. Da das Bistum erst im Vorjahre unter der Unzufriedenheit zahlreicher rumänischer Gemeinden errichtet worden war, vermutete man einen rumänischen Urheber. In Rumänien wurden deswegen der bessarabische Rumäne Kattarow und ein russischer Anarchist Tedorow verhaftet. Das Abgeordnetenhaus erledigte in rascher Arbeit, auch unter Wiederbeteiligung der Opposition, noch eine Reihe wichtiger Vorlagen, darunter die Reform der Geschworenengerichte und den finanziellen Ausgleich mit Kroatien, so daß Graf Tisza am 7. März bei der Audienz in Wien siebzehn Gesetze zur Sanktion vorlegen konnte. Dann begann die Budgetberatung. — Seit der Einrichtung der Parlamentswache hatte es zwischen Offizieren derselben und Abgeordneten verschiedene Ehrenhändel gegeben, was schließlich zum Austritt aller dem Offizierstande angehörigen Mitglieder aus dem Landeskasino führte. Eine Reihe von Oppositionsmitgliedern hatte begonnen, eine dreibundfeindliche und russenfreundliche Haltung anzunehmen, und sprach von einer beabsichtigten Reise nach Petersburg. Graf Tisza kennzeichnete im Abgeordnetenhause dieses Gebaren als politische Koketterie und trat lebhaft für den Dreibund ein. Die russische Presse faßte die Sache überhaupt als nicht ernsthaft auf, Graf Michael Karolyi reiste trotzdem nach Petersburg. Anfang Juni wurden im Abgeordnetenhause drei Vorlagen zur Verwaltungsreform eingebracht, die im wesentlichen bezwecken, die bisher gewählten Komitatsbeamten durch die Regierung zu ernennen. Das Attentat von Serajewo brachte einen neuen Ton in die Verhandlungen, die durch die Mitteilungen Tiszas einen hochpolitischen Charakter erhielten. Am 8. Juli äußerte er sich noch sehr zurückhaltend über Serbien, am 15. aber erklärte er schon, die „Beziehungen zu Serbien müßten geklärt werden", wenn auch die Erhaltung des Friedens von den verantwortlichen Faktoren im Auge behalten werde. Am 23. betonte er, daß er keinen Grund habe, die Lage in allzu düsteren Farben zu malen, und hob hervor, daß die Erhaltung des Friedens ebenso möglich sei wie das Eintreten von Verwicklungen. Die Steigerung kennzeichnet die Lage treffend.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß schon an diesem Tage die Opposition, bei Wahrung ihres sonstigen Standpunktes, sich bereit erklärte, bei der Gestaltung der äußeren politischen Lage ihren Kampf gegen den Ministerpräsidenten einzustellen, was Graf Tisza mit großem Ent-

gegenkommen erwiderte. Am 29. wurde das Parlament vertagt, nachdem Graf Tisza die Kriegserklärung und die Ausnahmemaßregeln verkündet hatte. An Stelle der Reden müßten nunmehr die Waffen sprechen. Graf Apponyi erklärte für die Opposition, die Nation sei im Kampfe vollkommen einig. In der Sitzung herrschte eine unaussprechliche Begeisterung. — Am 25. November trat das Haus wieder zu einer kurzen Kriegssitzung zusammen. Die Stimmung war würdig und begeistert, Graf Tisza wurde lebhaft begrüßt. Der Vorsitzende gedachte unter häufig stürmischer Zustimmung zunächst der Armee, an deren heldenmütigem Kampfe die Nation ohne Unterschied der Rasse oder Nationalität in gleicher Begeisterung teilnehme, erbat die Erlaubnis, dem Monarchen wie dem Oberkommandanten der Armee die Gefühle des Hauses zum Ausdruck bringen zu dürfen, hob die Bundestreue des Deutschen Reiches und seines hochsinnigen Kaisers hervor und erwähnte die Waffenbrüderschaft mit dem Ottomanischen Reiche. In ähnlicher Weise verlief die Eröffnung im Magnatenhause. Am 30. hielt Tisza ein Exposé über die politische und militärische Lage, und die Führer der Opposition erklärten abermals, während des Krieges auf die innerpolitischen Kämpfe zu verzichten. Am 9. Dezember wurde die Session nach einstimmiger Annahme der Kriegsvorlagen, unter denen sich auch die Bestimmungen über die Verwendung der Honvedarmee außerhalb der Landesgrenzen befanden, unter lebhaften patriotischen Kundgebungen vertagt.

Die Verhandlungen Tiszas mit den Rumänen, worüber auch im Abgeordnetenhause längere Debatten geführt wurden, waren Ende Januar zu einem Abschlusse, aber noch zu keiner Einigung gelangt. Er äußerte darüber: „Mein Grundgedanke in dieser Frage war, daß die Entwicklung, das Emporblühen der ungarischen Nation und der Wunsch, sie völlig zur Geltung zu bringen, es erfordern, daß das Vaterland auf die große Masse und auf einen großen Teil der Bürger nichtungarischer Zunge eine Anziehungskraft übe und diese Bürger in den Rahmen der nationalen einheitlichen Politik eingliedere, damit die ungarische Nation auch bei den Bürgern nichtungarischer Zunge erziele, was sie, Gott sei Dank, bei den ungarländischen Deutschen erreicht hat. Ich bin seit Jahrzehnten bestrebt, die Mißverständnisse und die Schranken, die durch bittere geschichtliche Erinnerungen und Leidenschaften entstanden sind, zu durchbrechen. Ich tat das absehend von den außerpolitischen Beziehungen, da ich niemals in innerpolitischen Beziehungen einen Schritt unternehmen würde aus Rücksichten auf die auswärtige Politik." Im Magnatenhause sagte Graf Tisza am 26. Februar: „Um der Agitation der Nationalitäten ein Ende zu machen, ist es notwendig, daß in den von Nationalitäten bewohnten Gegenden in den Schulen auch die Sprache der betreffenden Nationalität zur Geltung kommt." Die Verhandlungen wurden fortgesetzt, ohne zu einem Abschluß zu gelangen. Was Tisza in der Schulfrage, der amtlichen Dienstsprache und der Abänderung der Wahlordnung zugestehen würde, ging aus seinem im April veröffentlichten Briefwechsel mit dem rumänischen Metropolitan Metianu in Hermannstadt hervor. Allen Anerbietungen von magyarischer Seite steht nur immer das berechtigte Mißtrauen gegenüber, ob sie nicht auch gebrochen werden wie das Nationalitätengesetz aus der Ausgleichszeit. Auch die Deutschen in Ungarn machen alljährlich an verschiedenen Orten die Erfahrung, daß für sie die bestehenden Gesetze und Verordnungen nicht gelten. Das liegt zum größten Teil allerdings an der bisherigen Art der Komitatsverwaltung, auf die die Regierung keinen direkten Einfluß auszuüben im stande ist.

In Kroatien ist ziemlich Ruhe eingetreten, und Tisza hat als Banus den Baron Skerlecz als seinen besonderen Vertrauensmann dahin gesendet, den die serbisch-kroatische Koalition unterstützt. In der Frage der Eisenbahnen und der Ortsnamen wurde eine befriedigende Lösung gefunden. Graf Tisza wurde auch am 19. Januar auf seiner Durchreise in Agram mit lebhaften Kundgebungen begrüßt. Daß noch lange nicht alle nationalen Überspanntheiten vorüber sind, bewies im Mai ein Mordanschlag gegen den Banus und die vielfach im Lande betriebene Deutschenhetze, die unzweifelhaft mit der in Bosnien gepflegten großserbischen Agitation im Zusammenhang stand.

Bosnien.

Bosnien, dem eine so glückliche Zukunft zu winken schien, ist vorläufig ein Unglücksland geworden. Wenn irgendwo, so hat sich dort das Wort bewährt, daß das Deutschtum als Kulturdünger gerade gut genug ist für den Boden, auf dem der Magyare und der Slawe ernten will. In welchem Zustande Bosnien und die Herzegowina 1878 übernommen worden waren, ist bekannt genug. Was dort in dreißig Jahren Staunenswertes geschaffen worden war, ist im wesentlichen das Werk der militärischen Verwaltung, also der österreichisch-ungarischen Armee, die von allen Einrichtungen der Monarchie ihren deutschen Grundcharakter am dauerndsten bewahrt hat. Die einzig richtige Verwaltungsform für diese noch tiefstehenden Länder war eben die absolutistische, solange gediehen sie auch und nahmen an Gesittung zu. Die Bewohner waren es ja auch, und zwar in der rohesten Form, gar nicht anders gewöhnt. Kaltay war noch der rechte Mann dafür, er hielt auch die aufkeimende serbische Agitation mit kräftiger Hand nieder. Seine Nachfolger haben ihr Lob in den Zeitungen nicht verdient. Das Jahr 1908 brachte die Verfassung und damit den Landtag, der sich bald zur ersten Grundlage des Trialismus entwickelte. Am wenigsten schien das Herr v. Bilinski zu merken. Er schacherte, wie er das vom Wiener Reichsrat samt dem Polenklub gewöhnt war, mit den Serben um eine Mehrheit im Landtage und sah nicht die Schlange im Grase. Im Gegenteil, die Deutschenhetze, die doch bloß der Ausdruck der Feindschaft gegen die Beamten, gegen den Staat selbst, war, mochte ihn wie eine heimatliche Erinnerung anmuten: so etwas Ähnliches hatte er in jungen Jahren in Galizien schon einmal erlebt. In militärischen Kreisen durchschaute man die Lage wohl, aber Vorstellungen von dieser Seite fanden weder bei Herrn v. Bilinski noch sonstwo in Wien ein Echo. Das

radikal-südslawische Element terrorisierte die gesamte Öffentlichkeit, und seine hauptsächlichste Forderung im Landtage war die Entfernung der „Kuferatschi" (Kofferträger, der österreichisch-ungarischen Beamten) aus dem Lande. Die erste Frucht der Bilinskischen Verwaltung war das Sprachengesetz, das mit Ausnahme des inneren Amtsverkehres der Bahnen die deutsche Sprache beseitigte. Ganz wie in Galizien! — Gegen die gröbsten Ausschreitungen der großserbischen Führer wurde niemals eingeschritten, unter den Mittelschülern gewann die serbische Demagogie immer mehr Einfluß, die konservativ gesinnten mohammedanischen Führer, wie Essad Effendi u. a., hatten sich längst gekränkt zurückgezogen. Herr v. Bilinski merkte von allem nichts, auf seinen Wunsch war sogar die von militärischer Seite eingeleitete Untersuchung gegen einen hochverräterischen großserbischen Reserveoffizier niedergeschlagen worden.

So waren die Dinge im Lande heillos verfahren. Der Landtag tagte zwar, verlangte aber, daß die Zentralregierung von Wien nach Serajewo verlegt werde. Dabei stimmten auch schon die Kroaten mit den Serben. Bei der Beratung der Bahnvorlage kam es zu den üblichen Ausfällen gegen die „Schwaben". Das war auch die allgemeine Tonart im Lande. Dabei taten sich namentlich die serbischen Mittelschüler — in Österreich „Studenten" genannt — hervor. In Serajewo zertrümmerten sie die deutschen Firmenschilder, in Mostar störten sie solange die Vorstellungen einer deutschen Theatergesellschaft, bis die Offiziere die Bengel durch Soldaten hinauswerfen ließen. Darüber großer Skandal in nationalen Kreisen, die Abgeordneten erhoben Beschwerde, die „Studenten" wollten die Offiziere fordern. Einige wurden schließlich auf ein paar Tage relegiert. Von Wien aus wurde veranlaßt, daß ein General beim Bürgermeister von Mostar eine Entschuldigung anbrachte. Infolgedessen wurden die Herren „Studenten" noch frecher, malträtierten einzelne Professoren und ohrfeigten den Direktor. Das geschah vier Wochen vor dem Verbrechen in Serajewo, und aus solchen Kreisen stammte auch der Meuchelmörder Princip. In Deutschland, wie überhaupt im europäischen Westen, vermag man sich von dieser Sorte disziplinloser, vom zwölften Jahre an politisierender und sich verschwörender Jugend gar keine Vorstellung zu machen, nur in Rußland wird man es verstehen. Als dann die Greueltat geschehen war, versuchten alle, die Hände in Unschuld zu waschen. Auch der Landtag entrüstete sich, und der Präsident redete von Treue, Liebe und Ergebenheit. Die Kreise der Bevölkerung, die wirklich so dachten, machten in landesüblicher Weise kurzen Prozeß mit den hochverräterisch gesinnten Serben und schlugen ihnen mindestens die Fenster ein. Wie das Großserbentum aber wirklich denkt, das sprachen die Belgrader Blätter ganz offen aus. Der Erzherzog-Thronfolger hätte am „Den Vidow" (dem Erinnerungstag an die Niederlage auf dem Amselfelde) die „Hauptstadt eines serbischen Landes" nicht betreten sollen. An demselben Tage war auch schon 1911 gegen den Landeschef Frhrn. v. Varesanin, nahe dem Schauplatz des letzten Attentats, ein Mordversuch unternommen worden. Das ist großserbisch! Der Erfüllung der großserbischen Träume haben die Mordtaten von Serajewo keinen Dienst geleistet, wohl aber hat die Untersuchung ergeben, daß die großserbische Agitation in Bosnien mit den Zentralstellen in Belgrad und Kragujevac im Zusammenhang stand, und daß von dort aus die Attentäter instruiert und ausgerüstet wurden. Am 28. Oktober wurde im Hochverratsprozeß gegen die Verschwörer und Meuchelmörder von Serajewo das Urteil gefällt, nach dem sieben Angeklagte mit dem Tode durch den Strang, einer mit lebenslänglichem schweren Kerker und zehn mit mehrjährigem schweren Kerker bestraft wurden. Princip, der Hauptmörder, entging wegen seiner Jugend dem Tode und kam mit zwanzig Jahren schweren Kerkers davon.

Zur wirtschaftlichen Lage.

Die Volkswirtschaft der Monarchie war seit der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch die unausgesetzten internationalen Krisen und die dauernde Kriegsgefahr ziemlich in Mitleidenschaft gezogen und dadurch einigermaßen geschwächt worden. Aber es hatte doch schon wieder eine gewisse Erholung stattgefunden, das Jahr ließ sich gut an und versprach eine günstige Entwicklung. Kräftigend wirkte auch, daß eine reiche Ernte in Aussicht stand. Die Spannung mit Serbien blieb bei der sonstigen friedlichen Lage, zu der das dreibundfreundliche Verhalten Englands wesentlich beitrug, ohne jeden Einfluß. Selbst die Katastrophe von Serajewo, deren verhängnisvoller Charakter von vornherein nicht zu erkennen war, blieb ohne Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Dann kam aber binnen wenigen Tagen die überraschende Wendung. Es wäre Schönfärberei, wollte man behaupten, daß man bei der Kriegserklärung in der Bevölkerung ohne Bangigkeit den wirtschaftlichen Folgen entgegengesehen hätte, aber die Befriedigung darüber, daß nach jahrelangen Beunruhigungen endlich einmal reiner Tisch gemacht werden würde, trug viel zur Kräftigung der festen Stimmung bei, die sogar noch wuchs, als sich der einfache Konflikt mit Serbien zum Weltkriege entwickelte. Daß in Handel und Industrie eine Stockung eintreten mußte, versteht sich von selbst, aber es stellte sich bald heraus, daß die Widerstandskraft der Industriellen und der Handelskreise alle Erwartungen übertraf, auch konnte kein Pessimismus in bezug auf den Geldvorrat aufkommen, da die Banken mit ihrem Kapital und den Einlagen wie mit den in anderen Instituten angesammelten Kapitalien weit über zehn Milliarden repräsentierten. Die Noten der österreichisch-ungarischen Bank blieben vollwertig. Der Export nach Rußland, Frankreich und England fiel freilich weg, aber der doppelt so große nach Italien blieb, ebenso der nach der Schweiz, Rumänien und der Türkei. Der größte Teil der heimischen Industrie und ihrer Arbeiter behielt darum auch ihre Verdienstmöglichkeit, um so mehr, als der Heeresbedarf mit hochgesteigerten Aufträgen an sie herantrat. Infolge dieser Umstände trat eine Reduktion der Erzeugung höchstens in dem Umfange ein, der der Ver-

minderung der Arbeitskräfte durch die Einberufung zum Heere entsprach. Nach einigen darauf beruhenden Stockungen und nach der Einrichtung auf die neuen Verhältnisse nahm die Erzeugung einen über alle Erwartung günstigen Fortgang, was nicht ausschließt, daß gewisse Gewerbe, namentlich die ausschließlich für den Frieden berechnet sind, schwere Hemmungen erfuhren. Für weitere Ausfälle traf eine unter Leitung des Ministers für öffentliche Arbeiten stehende Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Linderung der Notlage im Baugewerbe durch Fortsetzung und Inangriffnahme von Erdarbeiten, Geleislegungen, Flußregulierungen und Hochbauten Vorsorge.

Freilich es war Krieg, der überall private Einschränkungen mit sich bringt. Aber die Monate des Überganges verflossen, ohne daß nennenswerte Erschütterungen eingetreten wären. Gewiß mag das zum großen Teile dem Moratorium zu verdanken sein, das ebensowohl in Österreich wie in Ungarn und in den Reichslanden in Kraft gesetzt wurde. Aber schon im Oktober konnte mit dem prozentualen Abbau desselben begonnen werden, was sich ebenfalls ohne Schwierigkeiten vollzog. Gegen Ende des Jahres hatte sich das Vertrauen allgemein gekräftigt, und in industriellen Kreisen teilte man nicht nur die feste Hoffnung auf den glücklichen Ausgang des Feldzuges, sondern auch auf eine danach folgende günstige wirtschaftliche Entwicklung. Der Landwirtschaft ging es bei reicher Ernte und ansteigenden Preisen recht gut, die Feldfrüchte konnten vollständig eingebracht werden. Die Steuern gingen über Erwarten gut ein, und die Sparkasseneinlagen überstiegen nach einem kurzen Rückgang beim Kriegsausbruch an einzelnen Orten selbst die des Vorjahres. Im November machten sich sogar deutliche Anzeichen von Geldüberfluß bemerklich. Diesem flüssigen Kapital wurde durch die Kriegsanleihe eine günstige Verwendungsmöglichkeit geboten. Man war in Österreich-Ungarn später wie in Deutschland daran gegangen, den Geldbedürfnissen Rechnung zu tragen. In Wien trat Anfang Oktober eine Kriegsdarlehenskasse in Tätigkeit, der bald in den Provinzen mehrere Kriegskreditbanken folgten. Die Kriegsanleihe wurde ebenso in Österreich wie in Ungarn erheblich überzeichnet, was als eine neue Kundgebung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und politischer Spannkraft einzuschätzen war. Der Krieg hatte in fünf Monaten der wirtschaftlichen Kraft und Stärke der Monarchie, die früher vielfach unterschätzt worden war, nichts anhaben können. Sie war unstreitig in wirtschaftlicher Beziehung viel besser gerüstet, als es die Feinde gelten lassen wollten, weil sie sie in die von ihnen ersonnene „Aushungerung" mit einbeziehen wollten.

Todesfälle.

Am 25. April starb in Wien, 82 Jahre alt, der ehemalige ungarische Ministerpräsident, General der Infanterie und Kommandant der ungarischen Leibgarde, Geza Frhr. v. Fejervary. Mit ihm schied ein treuer Diener seines Monarchen und eine in mehrfacher Beziehung historische Persönlichkeit aus dem Leben. Entscheidend war seine Übernahme der Präsidentschaft des außerparlamentarischen ungarischen Ministeriums von 1905, das definitiv den übermächtig gewordenen Einfluß der Unabhängigkeitspartei brach. Für manche ihm deswegen von seinen Volksgenossen zugefügte Unbill fand er vollen Ersatz in der dauernden Anerkennung seines Herrschers. Er war auch der letzte in Österreich lebende Ritter des Maria-Theresien-Ordens, dessen Großkreuz er 1859 in der Schlacht bei Solferino erworben hatte. (Außer zwei Titularrittern, dem Prinzen Alfons von Bourbon und dem Herzog von Cumberland, lebt noch ein Träger des Ordens, der preußische Generalmajor a. D. Kreßner, der als österreichischer Artillerieoffizier den Orden für Königgrätz erwarb, und 1867 in die preußische Armee übertrat, in der er 1870 mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet wurde. Der Weltkrieg hat inzwischen neue Ritter des Maria-Theresien-Ordens geschaffen.)

Am 20. Mai schied in Wien der erste Vizebürgermeister Dr. Porzer im Alter von 67 Jahren aus dem Leben. Er war ein treuer Mitarbeiter und Kampfgenosse Dr. Luegers, was ihm reiche Verunglimpfungen in der liberalen Presse eintrug. Das beeinträchtigte nicht seine Verdienste um seine Vaterstadt Wien, die er nicht nur in großen Rechtsstreitigkeiten erfolgreich vertrat, sondern an deren kommunalem Aufblühen er sich auch reichlichen Anteil erworben hat.

Als Erbe eines berühmten Namens wurde am 25. Mai in Budapest Franz Kossuth im Alter von 72 Jahren aus dieser Welt abberufen. Im Ausland erzogen und aus Neigung politischen oder gar revolutionären Bestrebungen abhold, wurde er doch fast wider Willen 1894 bei seiner Rückkehr nach Ungarn sofort an die Spitze der Partei gestellt, die seines Vaters Namen trug. Sie nahm auch, nachdem sie wieder einen Namensträger hatte, in außerordentlichem Umfang zu, brach aber mit dem Fiasko des Ministeriums Wekerle, in dem auch Kossuth saß, vollständig zusammen. Er selbst spielte dann als Führer einer Gruppe der Opposition, für die es ihm an Herz und Verständnis gebrach, eine keineswegs beneidenswerte Rolle. Mit seinem Tode ist es mit der Kossuthlegende in Ungarn zu Ende, die Wendung der Weltereignisse bietet keinen Raum mehr dafür.

Das gleiche gilt wohl für die Bestrebungen einer Frau, der am 21. Juni in Wien im 71. Lebensjahre verstorbenen Baronin Berta v. Suttner, die gewissermaßen zu einer politischen Persönlichkeit geworden war durch ihr rastloses Eintreten für Abrüstung und für die utopistische Idee vom ewigen Frieden. Das mag einer Frau wohl anstehen, sie hat auch den Ausbruch des Weltkrieges nicht mehr erlebt. Männer werden sich aber wohl an den Ausspruch Moltkes halten: „Der ewige Friede ist nur ein Traum, und nicht einmal ein schöner".

Am 28. August starb in Wien der frühere Finanzminister Frhr. Böhm v. Bawerk im 63. Lebensjahre. Ursprünglich Professor an der juristischen Fakultät in Wien, trat er später zum Finanzministerium über und bekleidete wiederholt die Stelle des Finanzministers, zuletzt im Kabinett Koerber.

Italien.

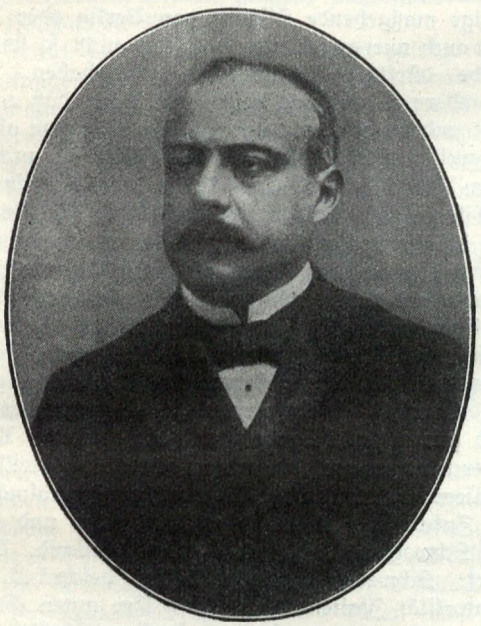
Das apenninische Königreich scheint einer glänzenden Zukunft entgegenzugehen, zumal wenn es dem König und seinen Ministern gelingt, das Volk und sein Parlament weiter vor ähnlichen politischen Dummheiten zu bewahren, durch die soeben Frankreich aus der Reihe der führenden Großmächte ausgestrichen wird. Denn mag der Weltkrieg selbst unentschieden, ja sogar mit der Erschöpfung der Zentralmächte enden, so würde doch auch dann Frankreich so arm an Menschen und Geld daraus hervorgehen, daß es ganz von selbst hinter Italien zurückfallen muß, ohne jede Aussicht, sich wieder darüber zu erheben. Sollte endlich, wie es schon den Anschein hat, Frankreich den Hauptanteil der Zeche bezahlen müssen, so würden sich die Zukunftsaussichten Italiens noch günstiger gestalten. Vorläufig leidet es stark an zwei Hauptschwächen: an einer leicht veränderlichen Volksstimmung und an einem Parlament, das die Folgen einer schlechten Erziehung noch nicht überwunden hat. Eine leicht erregbare Volksseele an sich ist kein politisches Unglück, sie kann im Gegenteil in der Hand eines überlegenen Staatsmannes zu einem sehr leistungsfähigen Hebel für seine Wirksamkeit werden. Das Unglück stellt sich erst ein, wenn sich ein mit Mängeln behaftetes Parlament dazwischen schiebt und sich als Vertreter einer vielleicht gerade irregeleiteten Volksstimmung aufspielt. Dagegen hilft oft selbst eine Auflösung nichts. Die parlamentarische Leidensgeschichte Bismarcks, des größten Staatsmannes des vorigen Jahrhunderts, liefert dafür zweifellose Beweise, auch noch nach seinen gewaltigen politischen Erfolgen. Das italienische Parlament übertrifft an Reife wohl kaum das damalige deutsche, dafür haften ihm aber aus den Zeiten einer korruptiven Vergangenheit noch Schwächen an, die man in Deutschland nie gekannt hat. Viktor Emanuel II. hat eben das Parlament wild wachsen lassen, erst seine Nachfolger haben die bessernde Hand anzulegen versucht. Der Erfolg ist unverkennbar, aber gewisse Mißstände, die mit dem sogenannten theoretischen Parlamentarismus zusammenhängen, sind noch nicht ausgerottet worden. Es erscheint unter diesen Umständen durchaus begreiflich, daß Giolitti, obwohl — oder gerade vielleicht weil — er die Parlamentsmehrheit hinter sich hat, zurückgetreten ist, um nicht der Abnützung, der ein parlamentarischer Minister immer ausgesetzt ist, zu verfallen. Die mag Salandra aushalten, der ohnehin nur mit Giolittis Mehrheit arbeiten kann; er selbst kann aber, sollte Not an Mann sein, zu jeder Stunde hervortreten, das Heft wieder in die Hand nehmen und zum drittenmal als Retter des Staates erscheinen. Bis dahin ist dem hochbetagten Manne die selbstgewählte Muße wohl zu gönnen.

König Viktor Emanuel III. hat vielleicht noch mehr wie sein Vater sich den entscheidenden Einfluß auf die äußere Politik gesichert. Das führt von selbst auf die seit dem Ausbruch des Krieges viel erörterte Frage der Neutralität Italiens. Die Bestimmungen des Dreibundes sind nicht bekannt und die üblichen Gesänge der Flaumacher über die Treulosigkeit Italiens haben jetzt so wenig Wert wie sonst. Man kann nur die bekannten Tatsachen reden lassen. Zur Zeit der Kriegserklärung an Serbien wurde offiziös erklärt, Italien werde seinen Bündnispflichten nachkommen. Seitdem hat keine einzige maßgebende Stimme von Berlin oder Wien aus auch nur angedeutet, daß dem nicht so sei. Die Sache dürfte also ihre Richtigkeit haben. Eingehendere Überlegung führt auch dazu, daß es gar nicht anders sein kann und Italien nicht zum aktiven Eingreifen verpflichtet ist. Was sollte es auch für einen Zweck haben? Die Armee, von der ein Teil in Libyen steht, würde fast vollständig zur Deckung des langgestreckten Landes mit seinen ungeschützten Küsten Verwendung finden müssen und könnte darum Deutschland kaum entlasten. Dafür würde ein aktives Italien der englisch-französischen Flotte die reichste Gelegenheit für die billigen, die Welt verblüffenden Bombenerfolge abgegeben haben, die weder gegen die dalmatinischen Küsten noch gegen die Dardanellen noch gar gegen Helgoland und die deutschen Küsten zu erzielen waren. Außerdem hätte die Beteiligung Italiens am Kriege den kämpfenden Zentralmächten die Zufuhrstraßen aus dem Mittelmeer und durch die Schweiz verlegt und sie auf Holland, Dänemark, Schweden und Rumänien beschränkt. Die Neutralität Italiens dürfte also ihre guten Gründe haben und nichts weniger als dreibundfeindlich sein. Daß König Viktor Emanuel aus guten Gründen ein entschiedener Anhänger des Dreibunds ist, gilt als zweifellos, und das dreibundfeindliche Treiben gewisser, im fremden Solde arbeitender Zeitungen und Parteigruppen dürfte ihn um so weniger darin irre machen, als sie sonst für die Beseitigung der Monarchie und die Errichtung einer italienischen Republik einzutreten pflegen. Solange die Kriegslage noch verschiedene Auslegungen zuläßt, mögen sich solche Richtungen austoben, ebenso die wieder flügge gewordene Irredenta. Ist die Niederlage des Dreiverbandes endgültig besiegelt, dann dürfte die Neigung der italienischen Volksmeinung für das politisch Praktische rasch zur Geltung kommen und die neutrale Haltung übereinstimmend billigen, die dem Lande ohne alle Opfer bei jeder Entscheidung große Vorteile gewährt. Es tut wenig zur Sache, daß anscheinend sehr große Kreise der Bevölkerung vorläufig noch nicht zu erkennen vermögen, daß die Hauptvorteile auf der Seite des Dreibunds zu suchen sind.

Das politische Jahr.

Rom ist, Paris ausgenommen, viel mehr wie andere Hauptstädte, der Wasserkopf des Landes, denn es lebt weder vom Handel noch von der Industrie, wohl aber hausen dort die vom übrigen Lande gefütterten Politiker und Beamten, die höchstens indirekt von den Freuden, Wünschen und Nöten des

arbeitenden Volkes Kenntnis haben, selbst wenn sie zur Klasse der großen Grundbesitzer gehören. Es gereicht nicht zum Vorteil des Landes, daß dort alle Politik gemacht wird und alles zentralisiert ist. In Rom werden auch alle politischen Torheiten ausgeheckt, und selbstverständlich ist es auch Sitz der Irredenta. Zu Anfang des Jahres erhitzten sich die Köpfe stark über die griechischen Inseln, von denen Italien noch einen größeren Teil besetzt hält. Anlaß zu der Erregung gab das Eintreffen des griechischen Ministerpräsidenten Weniselos. Die Regierung fuhr aber gleich mit einer kalten Dusche



Phot. Vuillemenot Montalone, Rom.

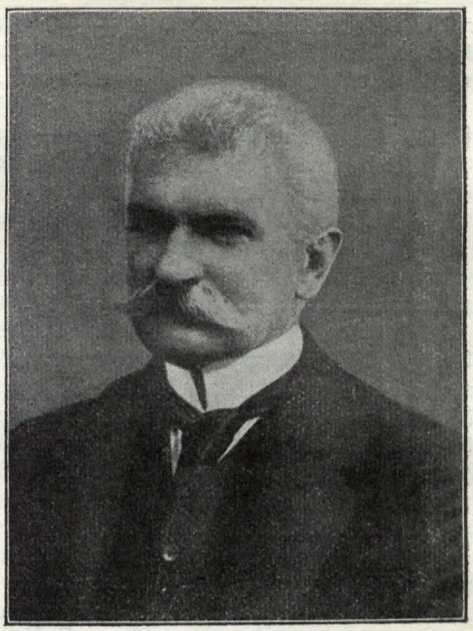
Antonio Salandra, der italienische Ministerpräsident.

dazwischen und erklärte alle sogenannten Interviews als Erfindung. Man erfuhr also nichts, und die neuerliche Erklärung Greys, die Inselfrage sei Sache aller Großmächte, erregte große Verstimmung, denn eigentlich möchten die Italiener alles behalten. Da das nicht so ohne weiteres ging, so mußte nach der Meinung des Wasserkopfes die Regierung daran schuld sein. Wer nicht verantwortlich ist, dem fallen ja die größten Ansprüche leicht. Die flaue Stimmung färbte auch auf die Verhandlungen der Kammer ab, die sich allerdings mit recht heiklen Gegenständen zu beschäftigen hatte, wie mit der Eheschließungsfrage, der Steuerreform, den Kosten für Libyen u. a. Dem gewandten parlamentarischen Taktiker Giolitti gelang es wohl leicht, in den vorberatenden Kommissionen die Mehrheit für seine Vorlagen zu sichern, doch vermaß sich die Opposition bald, sie werde das Ministerium zu Fall bringen. Am Schluß der Debatte über die Kosten für Libyen kam es, da der Abg. Luzzatti unvermuteterweise den Sozialisten beisprang, am 27. Februar zu gewaltigen Lärmszenen in der Kammer, so daß die Sitzung zeitweilig unterbrochen werden mußte. Dieser Sturm im Wasserglase wurde aber am folgenden Tage beschwichtigt. Am 4. März nahm die Kammer den Vorschlag Giolittis, in die Einzelberatung der Vorlage über Libyen einzutreten, mit 361 gegen 83 Stimmen an. Die Kosten für Libyen wurden mit großer Mehrheit bewilligt. Am 10. gab aber Giolitti seine Demission, weil die Radikalen das Ministerium nicht weiter unterstützen wollten. Er hatte es nicht nötig, weil ihm immer noch eine Mehrheit blieb, aber er war nun gerade drei Jahre Ministerpräsident und wußte, daß andere auch einmal heranwollten, um — wie sie sagen — dem Vaterlande ihre Dienste zu widmen. Da Baron Sonnino die Kabinettsbildung ablehnte, wurde Salandra damit betraut. Am 21. war das neue Ministerium fertig, an dem am meisten befriedigte, daß der Minister des Äußern, Marchese Di San Giuliano und der Marineminister Millo im Amte verblieben. Das Kabinett hatte noch keinen Kriegsminister, da der erkrankte General Springardi seine anfängliche Bereitwilligkeit wieder zurückzog, und General Graf Porro sich mit dem Schatzminister Rubini nicht einigen konnte, dann wurde General Grandi Kriegsminister, der geringere Anforderungen für das Heer stellte. Am 2. April entwickelte Salandra in der Kammer das Programm der neuen Regierung, das sich nur unwesentlich von dem Giolittis unterschied, und erzielte am 5. ein Vertrauensvotum mit 303 gegen 122 Stimmen. Die Kammer machte dann einen Monat Osterferien. Im Senat kam es bei der Beratung der Vorlage für Libyen am 8. zu warmen Erklärungen für den Dreibund.

Der Ministerwechsel hatte lebhafte Erörterungen über die Heeresfrage wachgerufen, namentlich über die Schwächung der Armee durch die Besatzung von Libyen, über mangelnde Ausrüstung für den Krieg infolge des Materialverbrauches während des Feldzuges und dergleichen. Die sozialdemokratischen Blätter klagten am meisten. Die Regierung gab über alles beruhigende Aufschlüsse, fand aber damit nicht allgemein Glauben. Die Irredenta, die schon seit Neujahr lebhaft agitiert hatte, lärmte heftig über die Verhandlungen, die Österreich-Ungarn mit Montenegro wegen der Abtretung des Cattaro beherrschenden Berges Lovcen führte, und behauptete, damit drohe eine Abänderung des militärischen Gleichgewichts an der Adria. Viel wichtiger war die noch in die Parlamentsferien fallende Begegnung des Marchese Di San Giuliano mit dem Grafen Berchtold in Abbazia, der die Begrüßung des Kaisers Wilhelm durch den König Viktor Emanuel in Venedig vorausgegangen war. Einen dunklen Schatten voraus warfen die Streikvorbereitungen unter den unteren und mittleren Staatsbeamten. Diese Leute sind sehr schlecht bezahlt, das hängt aber zusammen mit ihrer Zahl, die viel größer ist als irgendwo anders, und das kommt wieder vom parlamentarischen System, das für verdienstvolle Wähler staatliche Unterkommen braucht und schafft. Am unzufriedensten waren wieder die Eisenbahner. Das Parlament beschäftigte sich nach den Ferien fast ausschließlich mit Budgetdebatten, die gewöhnlich kein besonderes Interesse bieten. Die vom französischen Botschafter Barrère gespeiste Presse hatte sich seit längerer Zeit bemüht, einen Besuch Poincarés in Italien zu empfehlen, fand dafür aber wenig Gegenliebe.

Mitte Mai erklärte auch das Salandra nahestehende „Giornale d'Italia" sehr trocken, der Besuch des Oberhauptes eines fremden Staates habe nur dann einen Sinn, wenn zwischen den betreffenden Staaten herzliche Beziehungen beständen. Das sei aber seit längerer Zeit zwischen Italien und Frankreich, durch des letzteren Schuld, nicht der Fall. Die in diesen Tagen stattfindenden Versammlungen der dreibundfeindlichen Parteien, der Irredentisten, der Republikaner und der neuen nationalistischen Partei, schlugen auch gegen Österreich-Ungarn einen minder feindseligen Ton an als sonst. Die Mitteilungen, die San Giuliano am 26. in der Kammer über Albanien und die Stellung Österreich-Ungarns, sowie über die Inselfrage und die Konzessionen in Kleinasien samt der Haltung Englands dazu machte, fanden ungemein lebhafte Zustimmung und entwaffneten die Opposition. Sie bildeten ein wertvolles Seitenstück zu den Darstellungen des Grafen Berchtold in den Delegationen. Daß die dreibundgegnerische Presse in seiner wiederholten nachdrücklichen Betonung der Unerschütterlichkeit des Gleichgewichts im Adriatischen Meere eine Spitze gegen Österreich-Ungarn erblicken wollte, hatte nach Lage der Sache gar keinen Sinn. Obwohl das Parlament wegen der bevorstehenden Gemeinderatswahlen einen baldigen Sessionsschluß wünschen mußte, ergaben sich doch Anfang Juni parlamentarische Schwierigkeiten. Zunächst widersetzten sich auch jetzt die Linksradikalen der Verabschiedung der Steuergesetze, und dann war es auch in den sizilianischen Schwefelgruben sowie infolge des jetzt angekündigten Eisenbahnerstreiks zu Ausschreitungen mit nachfolgendem Eingreifen des Militärs gekommen, woraus die Opposition heftige Angriffe auf das Ministerium herleitete.

Die Revolutionäre im nordöstlichen Mittelitalien von Ancona an bis Ravenna und Parma hatten unter Benützung der allgemeinen Unzufriedenheit der Arbeiterbevölkerung nichts weniger als eine Staatsumwälzung versucht. Da die Regierung alle antimilitaristischen Demonstrationen für den Nationalfeiertag am 7. Juni verboten hatte, kam es in Ancona zu blutigen Zusammenstößen, die das Signal zu Proteststreiks für die nächsten Tage in fast allen größeren Städten abgaben. Da die Regierung überall kräftig eingriff, verlief der schon angekündigte Generalstreik im Sande, mit Ausnahme der Städte der Mark Ancona, der Romagna und der östlichen Emilia, wo die militärischen Kräfte nicht ausreichten und infolgedessen Republikaner und Anarchisten auf drei Tage sich an die Spitze der Bewegung gestellt hatten. Die Truppen machten aber der „Republik Romagna" rasch ein Ende, im Lande entstand sofort eine Gegenströmung „für die Armee". Die Kammer erklärte sich schon am 10. mit Zweidrittelmehrheit für das Ministerium und brachte am 13. der Armee eine Ovation. Die äußerste Linke rächte sich durch Obstruktion der Steuervorlagen. Salandra wollte die Obstruktion niederkämpfen, aber die zunehmende Sommerhitze machte das verschiedenen Parlamentsführern zu unbequem. Durch einen Vermittlungsvorschlag wurde die Session am 4. Juli vertagt und die Regierung ermächtigt, die ihr unentbehrlichen Geldmittel durch königliche Verfügung zu erheben. Diese Lösung bedeutete keinen Erfolg des Ministeriums, denn eigentlich hatte die Obstruktion ihren Zweck erreicht. Von den inzwischen stattgefundenen Gemeinderatswahlen verdienen die für Rom besondere Erwähnung, weil sie der vor sieben Jahren urplötzlich eingerissenen Herrschaft des demokratisch-sozialistisch-republikanischen Großblocks ein definitives Ende bereitete. Zusammengebrochen war sie eigentlich schon im vorigen November, als der famose Bürgermeister Nathan und seine Haupthelfer zurücktraten, weil sie sich und ihre Mißwirtschaft nicht länger halten konnten. Am 12. wurde



(Phot. Berl. Illustr. Ges.)

Sonnino, der italienische Minister des Äußern.

der Reservistenjahrgang von 1891 einberufen, um den Friedensstand der Armee zu erhöhen. Man vermutete, es geschehe wegen der albanischen Wirren oder wegen des drohenden Eisenbahnerstreiks. Letzteres war wahrscheinlicher, wenn auch Italien schwerlich zugeben würde, daß sich Griechenland in dem aufrührerischen Epirus festsetze. Mit freudiger Zustimmung nahm man den Besuch des Königspaares beim Kaiser Wilhelm in Stettin während der Reise nach Stockholm auf und sprach sogar von der Teilnahme des Königs an den bevorstehenden deutschen Kaisermanövern. Nur zu bald kam der Kriegsausbruch dazwischen und brachte eine völlige Umwandlung des italienischen Wesens. Italien erklärte seine Neutralität und ließ alle Gerüchte über eine weniger freundliche Haltung gegen Deutschland und Österreich-Ungarn in Abrede stellen. Die Neigungen und Bestrebungen gewisser italienischer Politiker und der Haß der Oberitaliener gegen Österreich waren nicht damit zufrieden und erwiesen sich nur allzu empfänglich für den von England und Frankreich eröffneten Lügenfeldzug. Aber der rasche Siegeszug Deutschlands in Belgien und Nordfrankreich brachte schon Ende August einige Ernüchterung. Demonstrationen für die Teilnahme am Kriege an der Seite des Dreiverbandes

wechselten mit solchen für den Frieden, es kam auch zu gelegentlichen Zusammenstößen, doch nahm schließlich selbst die nationalistische Partei Stellung für die Aufrechterhaltung der Neutralität.

Die große Mehrzahl der Zeitungen blieb dreibundfeindlich. Bezeichnend war Ende September die Entführung eines für Rußland von einer Privatwerft gebauten Unterseebootes von Spezzia nach Korsika durch einen Ingenieur Belloni. Die französische Regierung stellte aber der italienischen das Fahrzeug zur Verfügung. Alle diplomatischen Bemühungen des Dreiverbandes, Italien zum Anschluß zu bewegen, und selbst das französische Anerbieten einer Milliardenanleihe blieben ohne Erfolg. Das Treiben in der Presse und in den Parteien ging unterdessen weiter, doch war bemerkenswert, daß sich nach und nach anerkannte Gelehrte nachdrücklich für Deutschland und den Dreibund aussprachen. Am 11. Oktober trat der Kriegsminister Grandi zurück und wurde durch den Generalmajor Zupelli ersetzt, der ebenso wie sein Freund Porro für eine Heeresverstärkung eintritt. Am 16. starb nach kurzem schweren Leiden der Marchese Di San Giuliano, der sich bis zu seinen letzten Stunden den jetzt so schwierigen Pflichten seines Amtes hingegeben hatte. Sein Begräbnis erfolgte auf Staatskosten, Salandra führte einstweilen die Geschäfte des Ministeriums des Äußern. Giuliano war den Dreibundsfeinden ein Dorn im Auge gewesen, und sie hatten schon heftig für seine Ersetzung durch Tittoni oder Martini agitiert. Salandra erklärte, er werde die bisherige Politik beibehalten. Von russischer Seite wurde ein plumper Versuch gemacht, Italiens Gunst zu gewinnen, indem man ihm die österreichischen Gefangenen italienischer Nationalität anbot. Unter allgemeiner Zustimmung lehnte eine hiezu berufene Kommission unter dem Vorsitz Salandras das merkwürdige Anerbieten ab. Da der Schatzminister Rubini wegen der Deckungsfrage für die Heeresforderungen ausschied, reichte Salandra am 1. November das Rücktrittsgesuch des Gesamtkabinetts ein. Der König betraute ihn mit der Neubildung, die am 5. vollendet war. Das neue Ministerium enthielt sieben Mitglieder des früheren, von den neuen ist Sonnino als Minister des Äußern zu erwähnen, dessen Persönlichkeit die Fortführung der seitherigen Politik versprach; Schatzminister wurde Carcano. Bei der Geburtstagsfeier des Königs (11. November) in der Konsulta fehlten der französische, englische und japanische Botschafter, Barrère wegen Krankheit, Kennell Rodd wegen Trauer; der eigentliche Grund war, daß einer von ihnen, als den beiden ältesten Botschaftern in Rom, den Toast auf den König hätte ausbringen müssen. So sprach nun der „neutrale" spanische Botschafter als drittältester den Trinkspruch. Der deutsche Botschafter v. Flotow hatte inzwischen aus privaten Gründen um einen längeren Urlaub nachgesucht. Ende November tauchte das Gerücht auf, Fürst Bülow werde die Vertretung übernehmen. Die Bestätigung folgte bald, und nun erschöpfte sich namentlich die Presse des Dreiverbands in allerlei gewagten Vermutungen über damit verbundene Pläne usw. Das war doch nach Lage der Dinge gar nicht nötig, in Berlin fühlte niemand das Bedürfnis, Italien erst noch zu gewinnen. Das hatten nur die Dreiverbandsdiplomaten bisher vergeblich versucht. Wenn aber ein so verdienter Staatsmann eine solche Stellvertretung übernahm, so entsprach das einfach der deutschen Art. Wie der schlichte Landsturmmann zur Fahne eilt, wenn ihn der Kaiser ruft, so ging auch Fürst Bülow nach Rom, weil das Vaterland in ernsten Tagen seiner bedurfte.

Am 3. Dezember trat die Kammer wieder zusammen und Salandra hielt seine Programmrede. Sie machte nicht geringen Eindruck. Er stellte fest, daß Italien seine Neutralität aus eigenem freien Entschluß eingeleitet und bisher fortgeführt habe. Die gleiche Freiheit des Entschlusses behalte es sich auch für den Fall vor, wenn die Fortdauer der Neutralität nicht mehr mit den Lebensinteressen des Landes vereinbar erscheinen sollte. Würden infolge der großen europäischen Verwicklungen schwerwiegende Änderungen des Besitzstandes der Großmächte wahrscheinlich werden, dann würde sich Italien nicht an eine Politik der Enthaltsamkeit gebunden erachten. „Daher mußte und wird notwendigerweise unsere Neutralität nicht untätig und lässig, sondern tätig und wachsam sein, und nicht ohnmächtig, sondern stark gewappnet und jeder Möglichkeit gewachsen. (Andauernder lebhafter Beifall, die gesamte Kammer steht auf und bringt dem Ministerpräsidenten eine Huldigung dar.) Demgemäß war und ist die höchste Sorge der Regierung eine vollständige Vorbereitung von Heer und Flotte. . . . Vertagen wir den politischen und wirtschaftlichen Streit und den Streit zwischen den Parteien und den Ständen der Bevölkerungsklassen. . . . Die Stunde verlangt eine starke und sichere Regierung. Wenn die Stimme des Parlaments uns diese starke Sicherheit gibt, können wir die schwere Last der Verantwortlichkeit tragen und die emsige und unaufhörliche Arbeit fortsetzen, der wir die ganze Kraft des Geistes widmen, um die augenblicklichen Interessen des Vaterlandes wirksam zu verteidigen und sorgsam über die künftige Bestimmung Italiens in der Welt zu wachen." Der Rede folgte lang andauernder Beifall, alles erhob sich unter stürmischen wiederholten Rufen: Es lebe Italien! Im Senat wiederholten sich die Vorgänge. Die Parteien der Opposition beschlossen der Regierungserklärung zuzustimmen. Der eigentliche Sinn der Rede wurde übrigens von den Parteien und Zeitungen verschieden ausgelegt, je nach Ansicht und Neigung, die einen hielten sie für einen Kriegsruf, die anderen für die Absicht der Fortsetzung einer Politik mit friedlichen Mitteln. Die Hauptsache war, daß Salandra mit der Kammer hinter sich freie Hand hatte. Sein Ruf zur Eintracht fand im ganzen Lande Widerhall. Die Kammer erteilte der Regierung am 5. ein Vertrauensvotum mit 413 gegen 49 Stimmen. Giolitti hatte sich ausdrücklich dafür ausgesprochen sowie erklärt, daß die Loyalität Italiens über jeder Diskussion stehe, auch hatte er die Neutralität gerechtfertigt. Daß der große parlamentarische Erfolg nicht ohne einige rednerische Zugeständnisse an die Österreich feindlichen Stimmungen möglich war, braucht niemand zu erregen; Salandra hatte doch anscheinend die Mittelmeerinteressen Italiens im Auge, die der Dreibund nicht

bedroht. Jedenfalls wird Italien bis zum Frühjahr neutral bleiben und bloß diplomatisch für seine „berechtigten Aspirationen" tätig sein. Dazu nötigt auch die Finanzlage des Landes, die nach der Darstellung des Schatzministers Carcano am 9. keineswegs ungünstig ist, aber doch für Verteidigungszwecke allein eine außerordentliche Ausgabe von einer Milliarde erfordert. Die Kammer wurde am 12. geschlossen, nachdem sie eine halbjährige provisorische Kostenbewilligung beschlossen hatte. Der Senat vertagte sich nach einer Vertrauenskundgebung für das Ministerium am 18. Dezember.

Fürst Bülow war tags vorher eingetroffen und freundlich begrüßt worden. Dem Chefredakteur der „Vittoria" hatte er gesagt: Wir haben von Italien keine Waffenhilfe verlangt, und vor dem Gegenteil schützt uns die Ehrenhaftigkeit der entscheidenden Stellen wie die politische Besonnenheit der Italiener. Deutschland und Italien sind durchaus aufeinander angewiesen, und sie sind durch keine störenden Erinnerungen oder gegensätzliche Interessen getrennt. Er überreichte am 20. dem Könige unter dem üblichen Zeremoniell, das Ansprachen ausschließt, sein Beglaubigungsschreiben. Die Ausstreuung der Dreiverbandsblätter, er bringe Italien als Geschenk die Abtretung des Trentino durch Österreich-Ungarn mit, war sofort dementiert worden. — Durch die Kriegserklärung der Türkei an den Dreiverband bedurfte ihr Verhältnis zu Italien einiger Klärungen, die in erwünschter Weise erfolgten. Die Pforte gab in bündiger Weise kund, daß die Erklärung des heiligen Krieges sich ausdrücklich nicht gegen Italien richte, und gestand zu, daß die in der Türkei lebenden libyschen Untertanen die Rechte italienischer Staatsangehöriger genießen sollten. Große Beunruhigung hatte vor Schluß der Kammer ein Zwischenfall in dem arabischen Hafen Hodeida hervorgerufen, wo türkische Gendarmen den in das italienische Konsulat geflüchteten britischen Konsul, trotz Protests, dort gewaltsam verhaftet und dabei auch einen italienischen Konsulatsdiener verwundet hatten. Die Entrüstung über diese echt orientalische Gewalttat war durchaus berechtigt, wurde aber von den Kriegshetzern maßlos übertrieben. Die Pforte erklärte sich sofort bereit, nach der amtlichen Feststellung des Sachverhalts jede erforderliche Genugtuung zu leisten, und damit war die auf Seite der Dreiverbandsmächte stark gehegte Hoffnung, mit Hilfe dieses Vorfalles und der darüber entstandenen Volkserregung Italien doch in ihr Lager zu ziehen, ins Wasser gefallen.

Verschiedenes.

Die Verhältnisse in der Armee ließen seit Jahren gar vieles wünschen. Man hatte zwar, besonders nach dem libyschen Kriege, wiederholt von der Notwendigkeit gesprochen, einen ersten Rang unter den Mächten zu beanspruchen, indessen aber außer acht gelassen, daß dazu auch die entsprechende Heeresentwicklung nötig sei. Einsichtige, namentlich militärische Kreise waren längst davon überzeugt, aber die leidigen parlamentarischen Zustände hielten jedes Ministerium von einschneidenden Maßregeln ab. Durch die Notwendigkeit, in Libyen 50.000 Mann zu unterhalten, war der Stand der Kompagnien auf 70 bis 72 ausgebildete Mannschaften gesunken. Der Ausbruch des europäischen Krieges hat plötzlich eine Meinungsänderung hervorgerufen und die Kammer für ausgiebige Bewilligungen empfänglich gemacht. Inzwischen hat man den Ausbau der Artillerie vollzogen, und seit September stehen unter den Waffen die Jahrgänge 1912, 1913 und 1914, also die Budgetstärke von 275.000 Mann, und darüber hinaus 140.000 Mann erster Kategorie (mit zweijähriger Dienstzeit) des letzten Reservistenjahrganges und die zweite Kategorie (mit halbjähriger Dienstzeit) der Jahrgänge 1913 und 1914, alles zusammen 485.000 Mann. Die Rekruten von 1915 sollen schon am 15. Januar (statt sonst September) einberufen werden. — In den höheren Kommandoverhältnissen ist eine Änderung eingetreten, indem am 5. Mai der Armeegeneral (Feldmarschall) Caneva zu gelegentlichen Inspizierungen dem Kriegsministerium zugewiesen wurde. Die Armeegeneräle sind von der Altersgrenze (68 Jahre) ausgenommen, der kränkliche Caneva ist bereits 69 Jahre alt. Indem man ihm die erforderliche Rücksicht zu teil werden ließ, ist eine der vier Generalstellen freigeworden, die für die künftigen Armeeführer bestimmt sind. Solche sind der Herzog von Aosta sowie die Generäle Cadorna und Ponza di San Martino und jetzt als vierter General Brusati.

Die Bemannung der Flotte ist, vorläufig durch königliches Dekret, von 38.000 auf 39.000 Köpfe erhöht worden. Die Flotte zählt 3 Dreadnoughts zu 22.500 Tonnen, „Dante Alighieri" zu 21.000 Tonnen, 4 Linienschiffe zu 12.800 Tonnen, 2 Panzerkreuzer und 3 kleine Kreuzer zu 7400 Tonnen; außerdem noch an schwachgepanzerten Fahrzeugen 2 Linienschiffe zu 13.400 Tonnen und 2 Linienschiffe zu 8400 Tonnen. Dazu kommen noch 13 leichtgeschützte Kreuzer von verschiedenem Tonnengehalt bis zu 2500 Tonnen herab, 20 Unterseeboote neuesten Typs und zahlreiche kleinere Boote und Hilfsfahrzeuge. In unterrichteten Kreisen neigt man der Annahme zu, daß an den leitenden Stellen weniger die Besorgnis um die Küsten, eher der Mangel an Bereitschaft des Heeres für die Neutralität entscheidend gewesen ist.

Die Lage in Tripolis und in der Cyrenaika war andauernd günstig. Gefechte mit Beduinenbanden kamen wohl vor, da sie in den dortigen Verhältnissen begründet sind und auch in Zukunft in größerem oder geringerem Umfange nicht ausbleiben werden. Die Kriegserklärung der Türkei ist ohne Einfluß auf die Mohammedaner geblieben, weil sie davon verständigt worden sind, daß der heilige Krieg ausschließlich gegen den Dreiverband verkündigt worden ist. Werbungs- und Bestechungsversuche von britischer Seite bei der Sekte der Senussi haben keinen Erfolg gehabt. Größere Unruhen würden freilich in sicherer Aussicht stehen, wenn Italien wider Erwarten an der Seite des Dreiverbands am Kriege teilnehmen sollte.

Mit der inneren Kolonisation und Bodenverbesserung sieht es noch recht mißlich aus, denn dafür haben die Herren Parlamentarier weder Herz noch Zeit noch Geld. Agrarnöte und Agrar-

unruhen bleiben darum auch in keinem Jahre aus. Die Vorgänge in der Romagna sind schon erwähnt worden. Dort gibt wohl alljährlich der Staat Millionen für Wassernotschäden, Regulierungen und Entwässerungen aus, aber bei den ungesunden Besitzverhältnissen wird in der Bevölkerung doch keine Zufriedenheit erzielt. Pächter und Arbeiter sagen einfach: Das geschieht alles nur für die Besitzer von Grund und Boden, der aber nach ihrer kommunistischen Denkweise ihnen gehört, weil sie ihn bearbeiten. Auch in Apulien, wo die neue große Wasserleitung nahezu vollendet ist, kam es wegen Arbeitslosigkeit Anfang Dezember wieder zu schweren Unruhen.

Am 1. Juli verschied plötzlich auf einer Besichtigungsreise in Piemont der Generalstabschef Albert Pollio im 62. Lebensjahre. Er hat sich während seiner sechsjährigen Dienstleistung in dieser Stellung um die Armee unschätzbare Verdienste erworben, insbesondere auch bei der Mobilisierung für den tripolitanischen Feldzug. Als militärischer Schriftsteller erfreute er sich auch im Auslande besonderen Ansehens. In Deutschland war er in weiteren Kreisen bekannt geworden durch seine Teilnahme am vorigen Kaisermanöver.

Ein gleich aufrichtiger Dreibundfreund ist, wie bereits kurz erwähnt wurde, am 16. Oktober im Marchese Antonio di San Giuliano aus dem Leben geschieden, der als Minister des Auswärtigen in Rom im 72. Lebensjahre starb. Von der Grundlage des Dreibunds aus war es ihm gelungen, für die Entwicklung der italienischen Interessen in Nordafrika zu wirken, und mit der Erwerbung Libyens bleibt sein Name für immer verbunden. Die Stellung Italiens unter den Großmächten hat er zu großem Ansehen gebracht.

Einer seiner Vorgänger, Marchese Emilio Visconti-Venosta, wurde am 28. November in Rom, 85 Jahre alt, aus dem Leben abberufen. Er war schon 1866 Minister des Äußern und schloß den Frieden mit Österreich ab, auch war er wiederholt Ministerpräsident. Ursprünglich Irredentist und Anhänger Frankreichs, hielt er doch aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen am Dreibund fest und war es auch, der vor zehn Jahren mit dem Grafen Goluchowski in Abbazia das Abkommen über Albanien vereinbarte. Ein stiller Gegner des Dreibunds war er nicht, obgleich es ihn vielleicht mehr befriedigt hätte, wenn die Politik Frankreichs seinem Lande eine andere Haltung ermöglicht hätte.

Vom Vatikan.

In den ersten Wochen des Weltkrieges, am 20. August, ist Papst Pius X. aus dem Leben gegangen, und die verhängnisschwere Zeit hat es mit sich gebracht, daß sein Hinscheiden nicht so großes Interesse erregte, als es in Tagen politischer Ruhe gefunden hätte. Er war am 4. August 1903 zum Papst gewählt worden und stand im 68. Lebensjahre. Sein Pontifikat ist nicht immer glücklich gewesen und auch nicht gerade als groß zu bezeichnen, aber gewisse Mißgriffe und selbst Irrtümer der vatikanischen Politik in den letzten elf Jahren haben nirgends die große Sympathie zu beeinträchtigen vermocht, die man für die überaus schlichte, als Mensch so durchaus rechtliche und liebenswürdige Persönlichkeit des Papstes empfand. So sehr man in Deutschland unzufrieden war mit den unerwünschten politischen Einflüssen fanatischen Eifers, die sich gerade unter seiner Regierung unliebsam bemerkbar machten, so große Beunruhigung gewisse Enzykliken und Motuproprios auch hervorriefen, so wenig mochte man doch die geflissentliche Rücksichtslosigkeit billigen, mit der der französische Radikalismus einem Menschen mit reinem Wollen und der katholischen Kirche überhaupt gegenübertrat. Das verletzte selbst in protestantischen Kreisen. Er war als eifriger, frommer, der Politik nicht ergebener Kandidat gewählt worden, gegenüber dem durch das österreichische Veto ausgeschlossenen, als einseitigen Franzosenfreund verdächtigen Rampolla. Das Experiment mit dem unpolitischen Papst ist nicht, auch im Interesse der Kirche nicht, geglückt, aber es war nicht die Schuld Pius' X. Wo seine Persönlichkeit ausschlaggebend war, blieb eine gewinnende Wirkung unverkennbar. Das zeigte sich auch namentlich darin, daß sich unter ihm eine merkliche Annäherung an die italienische Regierung vollzog, da er selbst als leidenschaftlicher Patriot an den Schicksalen seines Vaterlandes lebhaften Anteil nahm. Die Amtshandlungen der Kurie im abgelaufenen Jahr bekundeten auch größere Vorsicht und Milde. Die Streitigkeiten unter den Katholiken Deutschlands und Österreichs betrübten den Papst in hohem Maße und er suchte nach Kräften auszugleichen. Sein geschwächter Gesundheitszustand erschwerte ihm jede aktive Betätigung. Am 25. Mai ernannte er in einem geheimen Konsistorium vierzehn neue Kardinäle, nach hergebrachtem Brauch allein fünf Italiener, es befanden sich aber unter den Ernannten drei mit deutscher Zunge: Fürstbischof Piffl aus Wien und die Erzbischöfe v. Hartmann (Köln) und v. Bettinger (München), außerdem der Ungar Czernoch (Gran). Es wurde viel bemerkt, daß mindestens zwölf von den neuen Kardinälen einer maßvollen Richtung angehören. Am 28. nahm er die feierliche Hutaufsetzung persönlich vor. Seine bei beiden Gelegenheiten gehaltenen Ansprachen hatten nach keiner Richtung hin verletzende Spitzen, er wiederholte auch am 28. seine schon früher geäußerte Ansicht, daß unter Umständen die gemischten Gewerkschaften gestattet seien. Eine besondere Freude erfuhr der Papst noch am 11. Juli durch die Überreichung des von den Benediktinern von Maria Laach rekonstruierten Labarums, des Feldzeichens Konstantins des Großen, als Geschenk Kaiser Wilhelms für die neue Konstantinusbasilika in Rom. — Am 21. und 22. wurde die Leiche des Papstes unter starkem Zustrom von Gläubigen im Petersdom ausgestellt, wo am Abend des letzteren Tages die feierliche Beisetzung erfolgte.

Das Konklave trat am 1. November zusammen und wählte am 3. den Kardinal Giacomo della Chiesa, der erst im Mai ernannt worden war, zum Papste. Er nahm den Namen Benedikt XV. an und ernannte den Kardinal Ferrata zum Staatssekretär. Der neue Papst gilt als sehr begabt und ist ein hervorragender Diplomat und Gelehrter. Am 6. September fand in der Sixtinischen

Kapelle unter den vorgeschriebenen Feierlichkeiten seine Krönung statt. Kardinal-Staatssekretär Ferrata starb schon am 10. Oktober und erhielt als Nachfolger den Kardinal Gasparri. Papst Benedikt XV. trat schon in seiner ersten Enzyklika vom 15. November warm für den Frieden ein. Sein späterer Vorschlag für einen Waffenstillstand während der Weihnachtsfeiertage scheiterte vornehmlich an der ablehnenden Haltung Rußlands und Frankreichs.

Frankreich.

Die Republik geht ihrem Untergang entgegen, denn sie zerstört nicht nur sich selbst, sondern sie ruiniert auch Frankreich. Das hat das Jahr 1914 wieder bewiesen. Die fortgesetzten Ministerkrisen, der Rochette-Skandal, die Caillaux-Affäre, die Beamtenausstände u. a. haben Abgründe im Staatsleben enthüllt, die auch der festgefügteste Staat nicht auf die Dauer aushalten kann. Und nun noch der Land und Leute verwüstende Krieg, der doch gerade für Frankreich zu keinem guten Ende führen kann, da Rußland das für den Sieg Erforderliche nicht zu leisten vermag und das „perfide Albion" nach überliefertem Brauch gar nicht leisten will. Mußte das sein? Warum hat die gepriesene Republik keine Staatsmänner geliefert, die das vorausſahen, die überhaupt einer solchen Lage gewachsen waren? Sie konnte es einfach nicht. Allerdings hat es das Kaiserreich vor vierundvierzig Jahren auch nicht gekonnt, aber mußte man es damals darum stürzen und es durch eine Republik ersetzen, die das Vaterland auch nicht retten konnte und heute wieder nicht kann. Und warum sie es nicht kann, das hat ihr vor einem Jahre der Sozialist Marcel Sembat auf den Kopf zugesagt in seinem Buche: Faites un roi, si non faites la paix — zu deutsch: Schafft einen König oder haltet Frieden. Er führt darin aus, wenn Frankreich auf militärische Abenteuer und auf Revanche ausgehen und mit den Russen Waffenbrüderschaft treiben wolle, so müsse es zur Monarchie übergehen. Nur ein König kann das vorbereiten, aber die französischen Republikaner würden in allen großen Arbeiten und Organisationen dafür doch nur Stümper und Pfuscher bleiben. Wollen sie dagegen die Republik behalten, so sollen sie sich mit Deutschland vertragen und endlich den Frankfurter Frieden anerkennen. Das ist der eigentliche Sinn seines Buches, aber kein Mensch hat darauf gehört, denn die Revanchespielerei gehört nun einmal zu dem unentbehrlichen Zubehör der Pariser Spielart des Republikanismus. Sembat ist kein leerer Schwätzer, sondern ein einflußreicher Deputierter und Kenner der Verhältnisse, der heute sogar im Rettungsministerium Viviani sitzt. Darin liegt kein Widerspruch, denn wenn das Vaterland in der Not ist, dann gehört jeder anständige Mann dahin, wo es seiner Dienste zu bedürfen glaubt.

Das Vorstehende ist keineswegs aus Abneigung gegen die Republik an sich gesagt. Es sind auch anständige Republiken denkbar, aber abgesehen von der Schweiz wird man schwerlich eine finden. Daß für Frankreich die Republik nicht die geeignete Staatsreform sei, ist die Meinung sehr vieler politisch urteilsfähiger Leute. So bezeichnete kurz vor dem Kriegsausbruch ein englischer Gelehrter, Professor George Chatterton-Hill, die Monarchie als einzige Rettung Frankreichs. Auch nach seiner Meinung ist die französische Republik unfähig und wird es immer bleiben, Staatsmänner hervorzu-

Viviani, der französische Ministerpräsident.

bringen; „sie kann im besten Falle gewandte Politiker haben und hat im schlechtesten nur Hetzer vom Beruf und Stellenjäger". Mit Gambetta war der vollendete Typus des modernen französischen Rupublikaners aufgekommen, und seine Nachfolger haben ja auch immer recht schön geredet, aber bei der Musik der eigenen Worte fiel ihnen selten etwas ein, was dem Lande Glück brachte, nur sie selbst sind, wenn sie es nicht geschäftlich zu ungeschickt trieben, gut dabei gefahren. So ist die dritte Republik ein leeres Phrasengeklingel von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geworden. Dabei besteht die Freiheit in Ordnungslosigkeit und Nichtachtung der Gesetze, die Gleichheit in der Herrschaft „einiger hundert Individuen, die sich die Volkssouveränität ohne jede falsche Bescheidenheit angeeignet haben", wie niemand anders als Raymond Poincaré vor einigen Jahren ausplauderte. Er stand damals noch auf der untersten Stufe seiner Streberlaufbahn, die ihn überraschend schnell auf

den Ministerpräsidentenstuhl, an die Spitze der Republik und dann nach Petersburg brachte, wo ihm ein abenteuerlicher Großfürst — wohl noch hinter dem Rücken des Zaren — schon für die nächsten Wochen die Verwirklichung der heiß ersehnten Revanche versprach. Hochgeschwellten Herzens fuhr der Staatsmann Poincaré, die beabsichtigten Besuche an den nordischen Höfen im Stich lassend, heim und veranlaßte die ersten geheimen Mobilisierungsmaßregeln. Es hatte ihm immer schon geschwant, daß er seinem Vaterlande die geschwundene Größe wiedergeben, daß er Poincaré der Große sein werde! — Daß er es für nichts zum Schlachtfelde machen werde, hat er in seiner politischen Naivität nicht einmal geahnt.

Politisches.

Von politischen Neuigkeiten in der ersten Hälfte des Januar ist zunächst die Ernennung des geschulten Diplomaten Paléologue zum Botschafter in Petersburg als Nachfolger Delcassés, der ja nur Gelegenheits- oder richtiger Verlegenheitsdiplomat dort gewesen war und vorzog, zur Pflege seiner republikanischen Laufbahn endgültig nach Paris zurückzukehren. Auch erschien dort auf seiner Reise nach der Riviera der britische Premierminister Asquith. Es galt, einige französische Unstimmigkeiten über die neuere Haltung Englands zu beschwichtigen und die Republik im englischen Fahrwasser zu erhalten, was bei ihrem politischen Anlehnungsbedürfnis nicht schwer fiel. Die innere Politik bestand wie immer in Intrigen zum Sturz des Ministeriums, da andere nach dem Platze an der Staatskrippe strebten. Gewissensbisse brauchten sie dabei nicht zu haben, denn jeder Streber durfte sich sagen, so viel wie fast alle jetzigen Minister verstehen, kann ich auch. Und die Republik, das Vaterland? — Ach, die haben bereits nahezu ein Schock Ministerien ausgehalten, sie werden auch das noch überstehen, in dem gerade ich sitze. Die Hauptkraft im Ministerium Doumergue war der Finanzminister Caillaux, gegen ihn richteten sich auch die Hauptangriffe. Der „Figaro" tischte eine alte brasilianische Erbschaftsgeschichte Prieu auf und behauptete, Caillaux habe den Erben eine günstige Lösung gegen eine Millionenvergütung „zu Wahlzwecken" versprochen. Ein bündiges Dementi des Finanzministers blieb ohne Wirkung, er erhob aber keine Klage, und eine öffentliche Anklage von Staatswegen gibt es in der Republik nicht. Die Kammer hatte inzwischen das Laienschulgesetz angenommen und im Sturmschritt mit Ausschließung aller längeren Debatten und Reden die Budgetdebatte begonnen. Dabei wurde der Kampf gegen das Ministerium fortgesetzt, dem man Zweideutigkeit in der Frage der dreijährigen Dienstzeit vorwarf, das aber eigentlich wegen der Einkommensteuer verhaßt war. Doch entging die Regierung geschickt dem Sturz am 23. Februar bei der Beratung eines Antrages über die bedenklichen Gesundheitszustände im Heere, wich auch im Senat einem eigentlich gegen die Einkommensteuer gerichteten Vorstoß aus und erzielte sogar in der Kammer für ihre Finanzpolitik am 27. ein Vertrauensvotum mit 115 Stimmen Mehrheit. Bemerkenswert war dabei die Mitteilung Dubois', daß im Gesamtetat für 2 Milliarden und 65 Millionen keine Deckung vorhanden sei. Die eigentliche Ursache dieser Abstimmungen lag freilich nicht an den fraglichen Sachen, sondern in der Absicht der radikalen Mehrheit, das Ministerium bis zum April zu halten, um dann mit ihm „die Wahlen zu machen". Die Anstürme gegen das Kabinett bezweckten auch bloß, der Opposition diese Möglichkeit zu verschaffen, die Fragen und Formen, unter denen dieser Kampf geführt wurde, kümmerten blutwenig und waren nichts als parlamentarischer Aufputz für die draußen, die nie alle werden. Darum waren auch die weiteren Verhandlungen in der Kammer ziemlich stürmisch, ohne daß eigentlich etwas Wesentliches geschafft wurde. Der „Figaro" setzte inzwischen seine Angriffe gegen Caillaux fort und veröffentlichte am 13. März einen Brief von ihm aus dem Jahre 1901, in dem er sich rühmt, damals durch ein geschicktes parlamentarisches Manöver unter dem Schein des Gegenteils die Einkommensteuer beseitigt zu haben. Caillaux erklärte, der Brief sei aus einer vertraulichen Korrespondenz herausgerissen und sein Sinn dadurch entstellt.

Bisher hatte die Kampfweise des „Figaro" die gewünschte Folge nicht gehabt, auch die Anschuldigung der Käuflichkeit im Rochette-Skandal zog nicht; dafür erhielt Caillaux sogar am 13. von der Kammer nach kräftigem Eintreten Doumergues noch ein Vertrauensvotum mit 360 gegen 135 Stimmen. Aber drei Tage darauf erschoß Frau Caillaux ohne Wissen ihres Mannes den Direktor Calmette vom „Figaro", weil sie mit Recht die Veröffentlichung kompromittierender Briefe von ihr durch ihn befürchtete. Calmette hatte ja auch schon den Schwindler Rochette als Schützling ihres Mannes bezeichnet. Caillaux trat sofort aus dem Ministerium aus. Nun war ja wohl klar, daß er kaum besser war als die anderen, aber die gegen ihn geführte Agitation war doch das Werk der durch seine Einkommen- und Rentensteuer Bedrohten, die einem gewissenlosen Journalisten zum Teil sehr zweifelhaftes Material geliefert hatten. Selbst der ehemalige Minister Barthou war dabei beteiligt. Der ganze Rochette-Skandal wurde nun wieder aufgerollt. Es hat hier keinen Zweck, der Sache und den Schuldträgern nachzugehen, aber so viel ist sicher, daß der aus diesen Affären sich ergießende Schmutzstrom nicht den oder jenen Mann trifft, sondern die ganzen Parteien von heute, den gesamten französischen Republikanismus. Panamaskandal, Dreyfusprozeß, die Konfiskationen des kirchlichen Vermögens und viele andere größere und kleinere Skandale haben bewiesen, daß Durchsteckereien, Rechtsbeugungen und dergleichen immer zu den Herrschaftskniffen der Träger der republikanischen Staatsgewalt gehört haben. Die Kammer spielte natürlich jetzt hinterher den Entrüsteten und setzte mit Geräusch einen Ausschuß ein, der die ganzen Skandale untersuchen sollte. Obgleich der ehrliche Jaurès zum Vorsitzenden gewählt wurde, wußte doch jedermann voraus, daß ebensowenig dabei herauskommen werde wie früher, daß man sich höchstens einiger unbequem gewordener Per-

sonen entledigen, das System aber bestehen bleiben werde. Es darf übrigens nicht vergessen werden, daß Caillaux im Verdacht stand, Anfänger einer Politik der Versöhnung mit Deutschland zu sein. Das erklärt, daß sich das Begräbnis Calmettes geradezu zu einer chauvinistischen Kundgebung gestaltete, Barthou, der Mann mit den entwendeten Geheimpapieren, und Millerand, der Wiedereinführer des militärischen Zapfenstreiches, wurden dabei von der Pariser Bevölkerung über die Maßen gefeiert. Die gesamte Agitation zielte auf die bevorstehenden Wahlen und richtete sich gegen die Radikalen, indem man sie des geringeren Chauvinismus bezichtigte. Auch in der Rochette-Kommission brach der Parteistreit aus, schließlich mußte man doch vor den Wahlen ein Ende machen. Das selbstverständliche Resultat war, daß die der parlamentarischen Clique Zugehörigen, die „ministeriellen Korruptoren", straflos blieben, und mit „moralischen Sanktionen" wegkamen, während zwei hohe juristische Beamte als die „positiven Rechtsbeuger" die Suppe auseſſen sollten. Solches Verfahren ist klug bei Leuten, die selbst Butter auf dem Kopfe haben; in der dritten Republik weiß man nie, was der Morgen bringt, und der Angeklagte von heute kann vielleicht morgen in der Macht sein und selbst als Ankläger auftreten. Briand nannte das ganze Verfahren eine Justizparodie; hätten die Schuldigen seiner Partei angehört, würde sein Urteil wohl anders gelautet haben.

Die Kammer schloß am 4. April mit Entgegennahme des Berichtes der Rochette-Kommission unter den üblichen bloß auf die Wähler berechneten Beschuldigungen und einigem Lärm ihre Legislaturperiode. Das Budget war freilich nicht fertig geworden, ebensowenig wie die Wahl- und die Steuerreform. Die Wahlagitation brachte in der Bevölkerung wenig Bewegung hervor. Mehr interessierte schon der Besuch des englischen Königspaares in Paris vom 21. bis 24. April. Man hatte da lange keinen Herrscher eines mächtigen Reiches gesehen, und die Presse hatte wochenlang vorgearbeitet; Lord Esher hatte auch schon in einem Vortrage in Paris die Umwandlung der Tripelentente in ein Bündnis angekündigt. Es waren seit der Entente zwischen Frankreich und England gerade zehn Jahre verflossen, und die meisten französischen Zeitungen zeigten sich zu einem engeren Verhältnisse bereit, die englischen hatten aber keine Neigung für eine feste Bindung. Die englische Regierung ließ auch erklären, ein neues formelles schriftliches Abkommen stehe nicht in Frage. Die englische Königsjacht traf unter Kanonensalut am 21. mittags in Calais ein, die Ankunft des Königspaares in Paris erfolgte unter Kanonendonner um halb 5 Uhr. Herr und Frau Poincaré hatten sich mit den Würdenträgern der Republik auf dem Bahnhofe eingefunden. Die Begrüßung durch die Bevölkerung war überaus herzlich. Nach einem Diner in der englischen Botschaft fuhren der König mit der Königin und dem Präsidenten zur Galavorstellung in das prächtig geschmückte Opernhaus. Das Gedränge des Publikums war außerordentlich. Am folgenden Vormittag machte der russische Botschafter Iswolski seinen Besuch, danach nahm das Königspaar am Frühstück in der russischen Botschaft teil. Nachmittags holten Herr und Frau Poincaré das Königspaar aus der englischen Botschaft zur Truppenschau bei Vincennes ab, nach der der Präsident die Fahnen der Zöglinge der polytechnischen Schule und von St. Cyr mit dem Kreuz der Ehrenlegion schmückte. Hierauf folgte ein Besuch im Rathaus von Paris, wo sich die Majestäten in das Goldene Buch einzeichneten. Abends fand im Elysee Galadiner statt. Die dabei gewechselten Trinksprüche enthielten nichts, was gewissen Zukunftshoffnungen der Franzosen entsprach. Präsident und König sprachen fast gleichlautend von den seit Jahren bestehenden Banden zwischen beiden Reichen, die sich noch fester knüpfen möchten zum Besten des allgemeinen Friedens. Das war alles schon sehr oft gesagt worden und bedeutete nichts Neues. Nach dem Diner folgte eine

Raymond Poincaré,
Präsident der französischen Republik.

Soiree, bei der König Georg dem Präsidenten mitteilte, er schenke der Republik die sechs Bronzereliefs, die einst das während der Revolution zerstörte Reiterdenkmal Ludwigs XIV. schmückten und jetzt in seinem Besitz seien. Am 23. setzten Doumergue und Grey ihre schon am vorigen Tage eröffneten politischen Besprechungen fort. Abends gab das Königspaar in der englischen Botschaft ein Diner. Nach demselben hatte König Georg u. a. auch eine längere Unterredung mit dem deutschen Botschafter Frhrn. v. Schoen. Am 24., vormittags, begleiteten Präsident Poincaré und Gemahlin das Königspaar zum Bahnhof, wo die Verabschiedung sehr herzlich war. König Georg traf abends wieder in London ein. Das ersehnte Bündnis hatte er den Franzosen nicht gebracht, England konnte trotzdem Frankreichs sicher sein, aber nichts deutete auf die welterschütternden Ereignisse hin, die das nächste Vierteljahr gebracht hat.

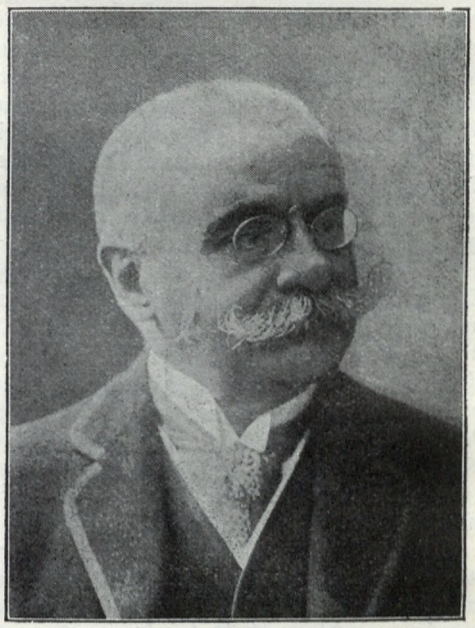
Die Wahlen schienen im ersten Wahlgang keine besondere Wendung zu bringen, die namhaften Parlamentarier waren wiedergewählt, selbst Caillaux, der erst gar nicht hatte kandidieren wollen. Es waren wohl 258 Stichwahlen nötig, doch hatte es den Anschein, als ob der Anhang Briands die Mehrheit erhalten werde. Durch ein Stichwahlbündnis der Radikalen und Sozialisten kehrte aber die moralisch stark erschütterte ministerielle Mehrheit noch verstärkt, nur noch mehr nach links ge-

schoben, zurück. Das Resultat war ein unzweifelhafter Mißerfolg Briands und damit Poincarés. Erschien auch die dreijährige Dienstzeit nicht gefährdet, so war doch mit einem Kabinett einer solchen Mehrheit die beabsichtigte starke Politik nach außen nicht zu bewerkstelligen. Freilich ließen 190 Neulinge in der Kammer und das Intrigenspiel der kleinen Gruppenführer die Möglichkeit parlamentarischer Überraschungen bestehen. Da der neuen Kammer eine Anleihe von einer halben Milliarde, dazu 250 Millionen neuer direkter und 200 Millionen neuer indirekter Steuern harrte, so war an Parlamentsintrigen und Ministerkrisen nicht zu zweifeln. Eine Abwechslung brachte am 16. Mai der offizielle Besuch des dänischen Königspaares, der mit geringen Einschränkungen ähnlich verlief wie der britische Königsbesuch. Bemerkenswert war dabei die lebhafte Teilnahme der Pariser, nach deren ererbter Anschauung jeder dänische Monarch ein Feind Deutschlands ist. Wider Erwarten, aber jedenfalls wegen der trostlosen Finanzlage gab das Kabinett Doumergue noch Ende Mai seine Demission, die am 1. Juni zusammentretende Kammer fand kein Ministerium vor und erledigte einstweilen die für die Konstituierung notwendigen Wahlprüfungen. Die Ministerkrise kam nicht vom Flecke, da die Frage der zukünftigen Wiederaufhebung der dreijährigen Dienstzeit in den Vordergrund geschoben wurde, wogegen die Chauvinistenpresse den bevorstehenden „deutschen Überfall" aufmarschieren ließ. Viviani mußte unter diesen Umständen die Bildung eines linksradikalen Kabinetts aufgeben, endlich trat Ribot am 12. mit einem Ministerium vor die Kammer, in dem auch Delcassé als Kriegsminister saß. Die Regierungserklärung betonte mit Recht in erster Linie die Gesundung der Finanzlage, nach einer bewegten Debatte erteilte aber die Kammer ein Mißtrauensvotum mit 306 gegen 262 Stimmen, und Ribot gab seine Demission. So etwas war auch in Frankreich noch nicht dagewesen, dabei waren die Staatskassen leer und noch kein Budget bewilligt. Iswolski erinnerte daran, daß Rußland auf der Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit bestehen müsse, und nun kam rasch ein Kabinett Viviani zu stande, das am 16. ein Vertrauensvotum mit 362 gegen 139 Stimmen erhielt. Es war das fünfundfünfzigste seit dem Bestehen der dritten Republik. Die Kammer bewilligte schon am 19. die einstweilen verlangte Anleihe von 805 Millionen und ging an die Budgetberatung. Am 23. revoltierten die Pariser Postbeamten, weil der Senat zwar die geforderte Gehaltserhöhung, nicht aber die Dienstzulage bewilligen wollte. Die Regierung war zunächst wieder hilflos und beschwor dann den Sturm mit Versprechungen. Der Senat vereinfachte die seit Jahren schwebende Frage der Einkommensteuer dadurch, daß er sie in das Budget einstellte.

Aufsehen erregten während der Debatte über das Heeresbudget die ausführlichen Mitteilungen des Senators Humbert über die mangelhaften Vorbereitungen für den Kriegsfall. Sie sind vielfach mißdeutet worden, enthielten aber für den Kenner nichts Neues und hatten bereits in der Fachpresse gestanden. Die Vergleiche mit den Einrichtungen in Deutschland waren offensichtlich derart gefärbt, daß sie Stimmung für die Bewilligung neuer, großer Summen für Heer und Flotte machen sollten. Das ist gelungen, denn wenn auch der Senat gerade am Nationalfeiertage darüber lange Reden hielt, so hat er doch schließlich den großen Armeekredit von 1400 Millionen einstimmig angenommen. Zum Nationalfest am 14. Juli fand bei prächtigem Wetter die übliche große Parade statt. Poincaré wurde stürmisch begrüßt und überreichte mehreren Regimentern neue Fahnen, während ein Fliegergeschwader in den Lüften manövrierte. Da Kammer und Senat erst am 15. mit der Budgetberatung zu Ende kamen, hatte der Präsident seine Abreise nach Petersburg um einen Tag verschieben müssen und verließ Paris erst um Mitternacht. Die Reise hatte übrigens eine umfangreiche politische Vorbereitung erfahren. Drei Wochen vorher hatte ein russisches Geschwader in Toulon einen Freundschaftsbesuch gemacht, der russische Marinegeneralstabschef Russin war von da nach Paris gekommen und mit großer Auszeichnung behandelt worden. Zu gleicher Zeit wurde bekannt gegeben, der Zar habe in einem Schreiben an Poincaré seiner Freude über dessen Besuch Ausdruck gegeben, nachdem so viel „im Bereiche der nationalen Verteidigung" getan worden sei. Die Kammer hatte am 7. Juli die Kosten der nordischen Reise des Präsidenten mit 428 gegen 106 Stimmen bewilligt. Poincaré wurde vom Ministerpräsidenten Viviani begleitet. Sie trafen am 20., nachmittags, vor Kronstadt ein und wurden vom Kaiser Nikolaus an Bord der Kaiserjacht „Alexandria" begrüßt, später am Landungsplatze im Peterhof von den Großfürsten und Staatswürdenträgern empfangen. Im großen Palais empfing auch die Zarin das französische Staatsoberhaupt. Abends war Galatafel, die Trinksprüche unterschieden sich aber in nichts von früheren, und der Zar sprach ausdrücklich noch vom Frieden. Daß trotzdem die leitenden Kreise Rußlands im Banne des Dreibundhasses standen, ist zweifellos, und erst die Nachwelt wird erfahren, welche Rolle bei den Besprechungen der leitenden Minister die Absicht Rußlands, aus dem Konflikt Österreich-Ungarns mit Serbien einen Kriegsfall zu machen, gespielt hat. Die Chauvinisten Poincaré und Viviani werden kaum etwas dagegen eingewendet haben. In diesem Sinne würde auch das silberne Schwert, das Poincaré am folgenden Tage am Sarge Alexanders III. niederlegte, eine Auslegung erfahren, über die sich damals die Leute den Kopf zerbrachen. Er blieb den Tag über in Petersburg, das nur dürftigen Schmuck und wenige Menschenansammlungen aufwies, die die Polizei wegen des zunehmenden Massenstreiks, von dem übrigens der Präsident nichts sah, verboten hatte. Am 23. begleitete der Zar nach einem Frühstück im großen Palais die französischen Gäste auf der Kaiserjacht „Alexandria" nach Kronstadt, wo auf dem französischen Panzerschiffe „France" ein Diner stattfand, an dem die Kaiserin und die Großfürsten teilnahmen. Am Abend ging die „France" nach Stockholm in Fahrt. Der Besuch in Kopenhagen und in Christiania war bereits abgesagt worden.

Die Vorgänge in diesen entscheidungsvollen Tagen sind noch wenig geklärt, um so notwendiger ist die Aufzeichnung feststehender Tatsachen. In den Trinksprüchen auf der „France" wurde auf beiden Seiten wieder vom Frieden geredet, aber Zar wie der Präsident betonten die „verabredete" Tätigkeit ihrer Diplomaten, Kaiser Nikolaus sogar in der auffälligen Fassung: „Das verabredete Vorgehen unserer beiden Diplomaten und die Bruderschaft, die zwischen unseren beiden Armeen zu Lande und zu Wasser besteht". Das brauchte sich nicht gerade auf die nächsten Tage zu beziehen, und in diesem Sinne wurde auch noch allgemein die offiziöse Petersburger Notiz über den Präsidentenbesuch aufgefaßt, als „Gelegenheit, die vollkommene Gemeinsamkeit ihrer Ansichten über die verschiedenen Probleme festzustellen, vor die die Sorge um den allgemeinen Frieden und für das europäische Gleichgewicht die Mächte, namentlich im Orient, stellen". Hinterher kann man das freilich ganz anders auffassen. Der Besuch Poincarés in Stockholm am 25. war kurz, denn der Präsident wußte, was das Ultimatum an Serbien für Folgen haben mußte. Auch die französischen Geldleute schienen dank ihrer guten Verbindungen eine Ahnung davon zu haben, denn an der Pariser Börse brach am 24. eine große Panik aus. Ein Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien allein wäre doch dafür kein ausreichender Anlaß gewesen, auch hätte die Mitteilung des deutschen Botschafters, es handle sich ausschließlich um einen Streit zwischen den beiden genannten Staaten, keine Aufregung hervorrufen können, wenn man nicht „Verabredungen" geargwohnt hätte, die Deutschland an die Seite der Donaumonarchie rufen mußten. Die 18 Milliarden, die man Rußland geborgt hatte, standen auf dem Spiele, ob sie zu retten waren, wenn man dem Drängen der Chauvinisten zur Teilnahme am Kriege nachgab, erschien unsicher. Poincaré traf am 29. mittags in Paris ein, zum Empfang war außer den Ministern auch Iswolski auf dem Bahnhofe, die chauvinistischen Pariser begrüßten den Präsidenten mit Begeisterung. Es wurden sofort Vorbereitungen für die Mobilmachung getroffen, im Interesse der noch nicht vollendeten russischen Mobilisierung aber noch zum Schein im Sinne der deutschen Auffassung von der rein lokalen Bedeutung des Krieges verhandelt. Nach den Abmachungen mit Rußland war Poincaré gebunden und die Chauvinisten entschlossen, den Revanchekrieg zu beginnen. Die Kammer war sofort wieder einberufen worden und zeigte sich in ihrer Mehrheit sehr kriegsbereit, vergeblich arbeitete Jaurès mit dem Hinweis auf die ausschließlich Frankreich drohenden Gefahren dagegen; er wurde am 31. Juli abends im Kaffeehause von einem angeblichen Idioten erschossen. Die einem Ultimatum gleichkommende Anfrage Deutschlands wegen der Teilnahme am Kriege machte allem Hinzögern ein Ende, man entschied für den Krieg, für den Poincaré so redlich gearbeitet hatte. Das Ziel aller Chauvinisten war ja erreicht: Frankreich mit Rußland mit England gegen Deutschland, da konnte es gar nicht fehlen, Elsaß-Lothringen und was man sonst noch wollte war jetzt sicher Frankreichs. Es war sehr viel ehrliche Vaterlandsliebe dabei, für die Revanche waren ja alle erzogen. Diese hielt auch die Armee, trotz vielfacher Mängel, zusammen und die Soldaten schlugen sich meist tapfer für ihr Vaterland.

Die Kammer wurde, nachdem sie die Kriegskosten bewilligt hatte, wieder vertagt, die Gewalthaber eines parlamentarischen Staates können Kritiker noch weniger brauchen als andere Regierungen, um so mehr da der Krieg einen unerwartet schlechten Verlauf nahm. Die „Prussiens" siegten noch rascher wie 1870, und man nannte sie zur Strafe dafür Boches und Barbaren, log ihnen auch wie



Delcassé, der französische Minister des Äußern.

vor vierundvierzig Jahren alle erdenkbaren Schlechtigkeiten und Grausamkeiten nach, diesmal in edlem Wettbewerb mit den Briten. Das eigene Volk belog man wieder mit erdichteten Siegesnachrichten, aber Verlustlisten gab es nicht. Da die Boches nicht aufhörten zu siegen, so fand das sich unsicher fühlende Ministerium am 27. August zweckmäßig, sich durch Aufnahme der einflußreichsten Parteiführer aufzufrischen, umzubilden und dadurch gefährlicher Tadler zu entledigen; es waren zwei Sozialdemokraten darunter wie auch Delcassé fürs Auswärtige. Als aber die Deutschen bis auf sieben Meilen von Paris herangerückt waren, feierten Poincaré und die ganze ministerielle Gefolgschaft den denkwürdigen Sedantag durch eine geräuschlose Flucht nach Bordeaux, wo auch seinerzeit Gambetta die letzte Zuflucht gefunden hatte. Dort hauste die ganze Gesellschaft mit den Ministerialbeamten zwei Monate, und die Junggesellen unter ihnen trieben es mit ihren Pariser Dämchen arg genug. Erst als die Deutschen es aufgegeben zu haben schienen, vorläufig Paris einen Besuch zu machen, kehrten Poincaré und seine Getreuen mit Siegermienen nach der Hauptstadt zurück, wo nur gelegentlich eine deutsche Taube, aber nicht als Friedensbote, erschien. Die Regierenden, die das Land in den unseligen Krieg gerissen hatten, fühlten

sich wieder sicher und gaukelten sich und der Bevölkerung weiter die Möglichkeit, ja die Sicherheit des Sieges vor. Das war auch das einzige Mittel, sich am Ruder zu erhalten. Hätte man das Land über die wahre Lage aufgeklärt, so wäre ein furchtbares Strafgericht hereingebrochen. So täuschte sich alles mit Einbildungen und Hoffnungen auf die Zukunft weiter, England und das mächtige Rußland mußten ja die Rettung bringen. Am 23. Dezember trat die Kammer zu einer Kriegstagung zusammen, in der $8^1/_2$ Milliarden bewilligt werden sollten. Kammer und Senat nahmen die Regierungsvorlagen schon am folgenden Tage einstimmig an. Unter den obwaltenden Umständen macht ihnen das alle Ehre, eine begeisterte patriotische Stimmung war unverkennbar vorhanden und sie war auch echt. Es fehlte allerdings auch nicht an den überschwenglichen Phrasen, ohne die der Franzose nun einmal nicht auskommt. Der Kammerpräsident Deschanel behauptete, Frankreich sei niemals größer gewesen, niemals und nirgends habe man herrlichere Tugenden gesehen. Ministerpräsident Viviani sagte in der offiziellen Regierungserklärung, Frankreich werde bis zur endgültigen Befreiung Europas kämpfen. Es ist selbstverständlich, daß er die lügenhafte Darstellung des Dreiverbands über Ursprung, Wesen und Ziel des Krieges wiederholte, aber den Gipfel der Lüge bestieg er doch mit dem Satze: „Wenn Deutschland in diplomatischer Hinsicht den Frieden im Keime erstickte, so geschah es, weil es seit vierzig Jahren unablässig das Ziel verfolgte, Frankreich zu erdrücken und zur Knechtung der Welt zu gelangen." Das sagte nicht ein gewöhnlicher Zeitungsschreiber, sondern der verantwortliche Ministerpräsident. Und wer hat seit vierzig Jahren Revanche gepredigt und ist bereit gewesen, mit jedem, der nur wollte, Deutschland anzufallen? Frankreich ist stets damit der Bedroher des europäischen Friedens gewesen, und wenn es jetzt schwer leidet, erduldet es dafür die reichlich verdiente Strafe. Darüber wird das schönste Phrasengeklingel die Weltgeschichte nicht irreführen können.

Verschiedenes.

In der Armee hatten zum großen Teil die zu geringen Mannschaftsbestände dazu geführt, daß die Brigaden, Divisionen und Korps zu ungenügend ausgebildet waren, um in größeren Verbänden gemeinsam zu üben. Das hatte sich bei den größeren Manövern der letzten Jahre herausgestellt. Um nun die Ergebnisse der besseren Ausbildung infolge der Auffüllung der Bestände nach Einführung der dreijährigen Dienstzeit abzuwarten, sollten in diesem Jahre die großen Manöver mehrerer Armeekorps gegeneinander unterbleiben. Um aber die Ausbildung dafür zu fördern, wurden bei jedem Armeekorps progressive, also Brigade-, Divisions- und Korpsmanöver, wie in Deutschland und Österreich-Ungarn, angeordnet. — Die seit mehreren Jahren tagende Kommission für die Änderung der Uniformen hat sich, nachdem Sandgelb und Resedagrün als ungeeignet befunden worden waren, für Blaugrau entschieden.

Die Flotte ist seit 1912 im Mittelmeer vereinigt zu dem Zweck, in jedem Falle den ungefährdeten Transport des 19. Armeekorps aus Nordafrika sicherzustellen. Sie zählt da mit Hinzurechnung der neuen Dreadnoughts „Paris" und „France" und zweier Schulschiffe 22 Linienschiffe (davon sechs nicht voll bemannt) und 16 Kreuzer, während Österreich-Ungarn und Italien zusammen über 24 Linienschiffe und 13 Panzerkreuzer verfügen. Ein großer Unterschied besteht also nicht.

Der Grubenarbeiterstreik im Februar stellte insofern einen neuen Typ dar, als er nicht wegen Lohnstreitigkeiten oder Arbeitsbedingungen ausgebrochen war, sondern einen politischen Zweck verfolgte. Das 1912 schon von der Kammer angenommene Gesetz über die Ruhegehälter der Kohlengrubenarbeiter war endlich auch im Senat angenommen worden, aber mit einigen Änderungen, die den Arbeitern nicht gefielen. Darum streikten sie, und die Kammer, in der ja die Sozialdemokraten den Ausschlag geben, geriet in nicht geringe Aufregung darüber, wie man den Herren Arbeitern und Wählern zu Willen sein konnte. Das war aber nicht so einfach, denn die Arbeiter waren selbst uneinig darüber, und die besser organisierten im Norden sogar mit den Senatsbeschlüssen zufrieden. Da war guter Rat teuer. Zunächst wurde die ohnehin langweilige Budgetdebatte deswegen unterbrochen. Als man aber einsah, daß man durch Abänderungen der Fassung des Senats die Sache nur verzögert und damit neue Unzufriedenheit hervorgerufen hätte, wurde plötzlich der Text des Senats en bloc angenommen. Die unzufriedenen Arbeiter wurden nun auf die Zukunft vertröstet. Das Beste an dem Gesetz sind übrigens die nach deutschem Muster übernommenen Bestimmungen.

Die Prätendenten haben, obwohl die Republik nicht leben und nicht sterben kann, noch immer keine Aussichten. Viktor Napoleon hat zwar endlich einen Sohn, aber damit ist nur die Fortdauer des historischen Namens Bonaparte gerettet, denn die Aussichten des kaiserlichen Prätendenten liegen ebenso ungünstig wie die des königlichen Thronbewerbers. Frankreich sucht in seiner Staatsnot einen Mann, aber den sieht es weder bei den Napoleons noch bei den Orleans. Der Prinz erhielt in der Taufe am 23. Mai den Namen Louis Napoleon. Er wird einmal der Erbe großer Vermögen sein. Möglich, daß ihm künftig dadurch bei dem wetterwendischen Frankreich Aussichten erschlossen werden, die sich sein Vater durch gelegentliche Einmischungsversuche in die inneren politischen Verhältnisse des Landes nicht zu eröffnen vermochte. Der Herzog von Orleans ist durch seinen auch bei einem vornehmen Franzosen auffälligen Lebenswandel so sehr um allen Kredit gekommen, daß ihm auch das rückhaltlose Eintreten für den Revanchekrieg der Herren Poincaré und Delcassé nichts geholfen hat.

Am 19. Januar starb in Paris infolge eines Sturzes mit dem Pferde der einst viel genannte General Picquart. Bekannt wurde er durch sein Hervortreten als militärischer Zeuge in den letzten Dreyfusprozessen. Im Ministerium Clémenceau war er Kriegsminister und übernahm danach das Kommando des zweiten Armeekorps.

Großbritannien.

Dem vereinigten Königreich wird das Jahr 1914 ewig im Gedächtnis bleiben, denn es brachte ihm zu gleicher Zeit eine schwere innere und eine noch verhängnisschwerere äußere Krise. Die innere ist einstweilen vertagt und durch die äußere abgelöst worden; es mag ja für die wenig befähigten Führer im britischen Ministerium eine gewisse Erleichterung gewesen sein, als ihnen aus dem überaus traurigen, aber doch gänzlich ungewöhnlichen und unerwartet gekommenen Ausgang des Attentats in Serajewo und seinen Folgen die Möglichkeit erwuchs, die Hand von dem in den Sumpf gefahrenen Karren der Inlandspolitik lassen zu können. Aber damit ist die innere Frage nicht gelöst, sie wird im Gegenteil wieder auftauchen, und zwar unter viel ungünstigeren Verhältnissen, nämlich nach der gründlichen Zerstörung des allen Briten so teueren Traumes von der Welt- oder richtiger Seeherrschaft seines Landes. Daran ist nun freilich die Unfähigkeit des liberalen Ministeriums nicht gerade schuld, die Ernüchterung hätte auch unter einem anderen Kabinett eintreten müssen, wenn England bei dem Aberglauben an seine Alleinherrschaft beharrt hätte. Wie die Ereignisse dieses Jahres dargetan haben, hätte es aber daran festgehalten, denn es ist in diesem Punkte unbelehrbar, obwohl außerhalb Englands schon viele Leute durchschauten, daß diese Macht in Wirklichkeit nur in der Einbildung bestand, zum Teil geradezu auf britischem Bluff beruhte und wie ein Koloß auf tönernen Füßen beim ersten ernsthaften Stoße zusammenbrechen werde. Der Burenkrieg hatte schon einen tiefen Einblick in diese Hohlheit gewährt, aber die Flotte war dabei unbeteiligt gewesen und diente dazu, um das Land und die Welt weiter in einer Täuschung zu erhalten, die freilich nicht mehr so vollkommen war wie früher. Weder dem Genußmenschen Asquith noch dem weltfremden Grey war es beschieden, über das allgemein im Lande geteilte Vorurteil hinaus diese Schwäche des Reiches zu erkennen, sie sind gewandte parlamentarische Parteiführer und werden als solche daheim für Staatsmänner gehalten. Dazu gebricht es ihnen aber an wirklichen politischen Kenntnissen und an Einsicht in reale Machtverhältnisse. Ihnen genügte der Glaube an die Unbesiegbarkeit der Flotte und die überlieferte britische Politik, die Kriege durch Verbündete führen zu lassen und dabei die eigenen Kräfte nach Tunlichkeit zu schonen, um dann beim Friedensschlusse als der Mächtigere dazustehen und den größten Profit einzustreichen. Daß diese Praktik aus den Zeiten der Kabinettskriege mit Werbetruppen in Kämpfen von Großstaaten mit der allgemeinen Wehrpflicht versagen müsse, ist ihnen wie ihrem Volke unverständlich geblieben. Die Folge davon ist, daß in dem gewaltigen Ringen von Reichen, Völkern und Kulturen gegeneinander, dem die gesamte Welt mit ungeteilter Spannung folgt, Großbritannien keineswegs als erste und führende Macht erscheint. Es hat vergeblich durch sein Verkehrsmonopol seine Gegner verdächtigt, sich als der Hort der Freiheit und Kultur angepriesen, insbesondere Deutschland als rückständiges Barbarenland verschrien. Lügen haben kurze Beine und auf die Dauer überzeugen nur Taten. Diese ist die Beherrscherin

A. Asquith, der englische Ministerpräsident.

der Meere schuldig geblieben, die erwartete Vernichtung der deutschen Seemacht ist ausgeblieben und wird nach britischer Kampfpraxis auch ferner ausbleiben. Die dadurch geschonten Millionendreagnoughts werden in Zukunft vergeblich den Anspruch erheben, die Vertreter der wahren Beherrscherin der Meere zu sein. Die durch den in aller Welt betriebenen Lügenfeldzug erzeugte Furcht vor dem aufstrebenden Deutschland mag vielleicht bleiben, aber der Ruf der obersten Seegeltung Englands ist hin. Das ist das Ergebnis der ersten fünf Monate des Weltkrieges, mag sein Ausgang sonst sein, wie er will. Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich können je nachdem ehrenvoll zu Grunde gehen, aber England ist schon jetzt seiner eingebildeten und angemaßten Krone beraubt. Diese Erkenntnis hat sich bereits trotz der natürlichen und künstlich erzeugten Parteilichkeiten der Gegenwart Bahn gebrochen und wird nach Beendigung des Krieges Allgemeingut sein. Das ist das Resultat der Politik einer Regierung unfähiger Parlamentarier, die, um den Schwierigkeiten einer selbstverschuldeten inneren Krise zu entgehen, den Entscheid für die Eröffnung eines Krieges gab, der wohl im Interesse des Landes auch klügeren Leuten vortrefflich vorbereitet schien, bei dem aber unterlassen worden war, mit den Machtmitteln der auf beiden Seiten Kämpfenden richtig zu rechnen.

Das politische Jahr.

Die Schatten von Homerule lagen über dem Lande, denn jetzt im dritten Jahr mußte sich entscheiden, ob wirklich Ernst mit dieser Sache gemacht werden sollte, für die sich nicht einmal alle Liberalen von Herzen erwärmen konnten, obwohl sie bisher aus Parteigehorsam zur Stange gehalten hatten. Zwischen Churchill und Lloyd George bestanden außerdem ernste Gegensätze wegen der Forderungen für die Flotte. Lloyd George hatte sich schon wiederholt in Versammlungen für eine Herabsetzung erklärt, Churchill dagegen das Budget erheblich überschritten. Im Interesse der Partei wurde indessen eine Spaltung im Kabinett vermieden, das dadurch hätte zerfallen müssen, da es an fähigen Ersatzmännern gebrach. Die Regierung mußte ja auch beisammenbleiben, wenn sie ihr Ziel vor der Neuwahl erreichen wollte. So konnte am 10. Februar das Parlament in scheinbar unveränderter Lage eröffnet werden, auch äußerlich war die Form die althergebrachte. Die Thronrede enthielt indessen einige Überraschungen. Die Lösung der Balkanfragen befände sich auf gutem Wege, der Besuch des Königspaares in Paris stehe bevor, der Entspannung im Verhältnis zu Deutschland wurde aber nicht gedacht. Eine besonders scharfe Mahnung zur Einigung in der Homerulefrage erregte ziemliches Aufsehen, aber die ministerielle Ausstreuung, der Passus rühre vom König selbst her, fand wenig Glauben, er sollte wohl auch bloß der Ankündigung des Ministerpräsidenten das Tor öffnen, die Regierung werde Vorschläge für eine friedliche Einigung machen. Die Debatte über die Thronrede wurde am 19. geschlossen und die Adresse mit 285 gegen 186 Stimmen angenommen. Am 24. bestätigte Churchill auf eine Anfrage, daß in diesem Jahre keine großen Flottenmanöver stattfänden, dafür aber eine Probemobilmachung der dritten Flotte (die erste und zweite sind immer mobil) abgehalten werden würde; das sei notwendiger und auch billiger. Inzwischen begann sich die Homerulefrage zuzuspitzen, da Asquith unter dem Druck seiner irischen Bundesgenossen außerstande war, die Ausschließung Ulsters durchzusetzen, während König Georg keinen Zweifel darüber gelassen hatte, daß er, ebensowenig wie sein Vater es getan, einem Gesetze seine Zustimmung geben werde, das über den Kopf des Oberhauses hinweg dem Lande aufgezwungen würde. Er verlangte einen Ausgleich mit der Opposition oder Neuwahlen. Das eine wie das andere bedeutete den Untergang der liberalen Herrschaft, denn die Irländer hätten nicht gesäumt, sofort der Partei den Rücken zu kehren, die ihr nicht Homerule in der versprochenen und bereits zweimal angenommenen Gestalt gebracht hätte, und eine Auflösung hätte unstreitig zu einem weiteren Rückgang der Partei geführt. Die unionistische Opposition hätte wohl gern diese Verlegenheiten der Regierung ausgenützt und auf die Neuwahl hingearbeitet, wenn sie sicher gewesen wäre, daß ihre Zunahme dabei nicht bloß wie bisher über die Zahl der Liberalen, sondern auch über die der mit diesen verbündeten Irländer und der Arbeiterpartei hinausgegangen wäre. Da die Sicherheit dafür nicht bestand, hatten die Neuwahlen für sie eigentlich keinen rechten Zweck.

Unter diesen Umständen war es nicht auffällig, daß die am 9. März im Unterhause eröffnete Homeruledebatte zunächst einen fast versöhnlichen Charakter trug. Der Vorschlag der Regierung ging dahin, daß jede der zehn Grafschaften der Provinz Ulster durch eine Volksabstimmung darüber entscheiden soll, ob sie zunächst von Homerule ausgeschlossen bleiben will. Der Ausschluß soll aber nur für sechs Jahre gelten, falls das Parlament nicht später anders bestimmen würde. Der Führer der Opposition Bonar Law sprach zwar entschieden dagegen, lehnte aber doch nicht ganz ab, der Führer der Ulsterleute Carson machte Vorschläge, die

Sir Edward Grey,
der englische Minister des Äußern.

sich mit Ausnahme der Befristung kaum von denen der Regierung unterschieden. Ein Ausgleich erschien also immerhin nicht unmöglich. Aber schon am 16. kam es zu Lärmszenen, weil Asquith trotz einiger Dutzend Anfragen keine bestimmten Angaben über die Änderungen im Verwaltungs- und Finanzwesen machen wollte, die sein Vorschlag vom 9. bedingt. In einer sehr bewegten Sitzung lehnte am 19. das Unterhaus das deswegen von Bonar Law beantragte Mißtrauensvotum gegen die Regierung mit 345 gegen 252 Stimmen ab. In Ulster war es inzwischen wieder zu Unruhen gekommen. Hatte schon Asquith im Unterhause erklärt, die Regierung werde nicht weiter nachgeben, so schien sie auch entschlossen zu sein, den Widerstand der Unionisten in Ulster zu brechen. Sie verstärkte die Garnisonen und ließ Kriegsschiffe dahin abgehen. Lloyd George erklärte, die Unionisten seien an der Bewegung schuld, denn sie wollten überhaupt keinen Ausgleich, darum müsse die Regierung um ihrer selbst willen handeln. Das ging freilich nicht so leicht, denn bei den Offizieren herrschte großer Widerwille gegen ihre Verwendung in diesem Bürgerkriege. Die Ulsterleute sammelten ihre bewaffneten Freiwilligen, die Irländer die ihrigen; es standen also drei Armeen im Lande. Die Sitzung im Unterhause am 25. enthüllte einen Zwiespalt innerhalb der Regierung, da Asquith behauptet hatte, der Kommandant der 3. Kavalleriebrigade,

General Gough, habe ohne weiteres dem Befehle der Regierung gehorcht, während jetzt Kriegsminister Seely erklärte, Gough und seine Offiziere hätten erst nachgegeben, nachdem sie die entschiedene Zusicherung erhalten hatten, daß sie nicht gegen Ulster verwendet werden würden. Im Unterhause kam es zu erregten Szenen, und die Liberalen forderten energisches Einschreiten gegen die widerspenstigen Offiziere. Diese hatten aber Gesinnungsgenossen in der ganzen Armee, und selbst die Generale French und Ewart gaben ihre Demission. Sie wollten eben nicht einsehen, daß man wegen eines politischen Experiments des liberalen Ministeriums die doch unzweifelhaft reichs- und königstreuen Bewohner von Ulster vergewaltigen solle. Ein Verstoß gegen die Disziplin lag aber unstreitig vor. Die Generalität hielt am 26. eine längere Besprechung ab, Asquith wurde zum König berufen. Man sprach von einer Ministerkrisis und von Parlamentsauflösung, auf der äußersten Linken sogar schon von der Republik. Homerule und Ulster traten vorläufig in den Hintergrund.

Es stellte sich heraus, daß von der Regierung eigentlich beabsichtigt gewesen war, sich durch einen politischen Handstreich der Herrschaft über die Lage in Ulster zu bemächtigen. Still und rasch sollten dorthin von verschiedenen Seiten Truppen sowie das dritte Geschwader gesandt werden, Verhaftsbefehle für die dem Unterhause nicht angehörigen Führer der Ulsterleute lagen bereit, die Waffen der Freiwilligen sollten mit Beschlag belegt werden. Dann hätte Homerule, nachdem es auch das Oberhaus passiert hätte, ohne Bürgerkrieg durchgeführt werden können und unter dieser Voraussicht wohl auch die Zustimmung des Königs erlangt. Die Weigerung des Generals Gough hatte zuerst ein Loch in diesen Plan gestoßen. Als Asquith am 27. nach langem Warten im Unterhause erschien, erklärte er alles durch Mißverständnisse, ohne — außer bei seinem engsten Anhang — Glauben zu finden. Anderseits ist sicher, daß die Offiziere im Einverständnis mit den unionistischen Führern handelten. Am 30. teilte Asquith weiter mit, daß der Kriegsminister Seely zurückgetreten sei und er selbst das Kriegsministerium übernommen habe. Er wollte offenbar die dem Kabinett zugefügte Scharte persönlich auswetzen, nachdem Seely halb freiwillig als Sündenbock geopfert worden war. Nach den Osterferien beschäftigte sich das Unterhaus vorwiegend mit dem Budget, nahm aber inzwischen am 22. April mit 349 gegen 265 Stimmen das vom Oberhaus schon zweimal abgelehnte Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat in Wales wieder an. In Irland war es inzwischen wiederholt zu Ausschreitungen gekommen, nach Ulster wurden Waffen geschmuggelt, was die Regierung zu verhindern versuchte, im Ober- und Unterhaus war die Luft wegen der irischen Frage elektrisch geladen. Unter diesen Umständen fand Lloyd George mit seiner Budgetrede kaum Beachtung, obgleich sie die wirtschaftliche Lage als glänzend darstellte. Er schlug für die Deckung des Fehlbetrages von 100 Millionen Mark eine Erhöhung der Einkommensteuer vor. Am 11. traf das dänische Königspaar zum offiziellen Besuche in London ein und wurde auf dem Bahnhofe vom König, der Königin und den Mitgliedern der königlichen Familie empfangen. Der dreitägige Aufenthalt litt unter dem erst kalten und dann regnerischen Wetter, trug wohl äußerlich den Charakter eines Staatsbesuches, nahm aber bei den nahen verwandtschaftlichen Beziehungen einen ziemlich familiären Verlauf, ohne jeden politischen Anstrich. Die Londoner Blätter lehnten die von französischen Zeitungen aufgewärmten Erinnerungen an 1864 ab und rühmten die versöhnliche Haltung Dänemarks. Im Unterhause machte am 14. die Opposition einen beinahe gelungenen Überrumpelungsversuch, indem sie unerwartet über einen ganz nebensächlichen Antrag Asquiths zur Budgetberatung eine Abstimmung beantragte. Von den sehr schwach vertretenen Liberalen konnten aber noch so viele herbeigetrommelt werden, daß sie mit 255 gegen 234 Stimmen die Mehrheit behielten. Obgleich der König bei Lloyd George abermals den Ausgleich in der Homerulefrage angeregt hatte, kam es doch am 20. im Unterhause bei der dritten Lesung der Vorlage zu großem Lärm, weil Asquith die Ausgleichsbill zuerst dem Oberhause vorlegen wollte. Die Sitzung mußte vertagt werden. Am 25. wurde dann die Vorlage nach einer kurzen Erklärung Bonar Laws mit 351 gegen 274 Stimmen in dritter Lesung angenommen. Das Haus ging in die Pfingstferien.

Am 17. Juni beantragte Churchill die Verwendung von $2^1/_2$ Millionen Pfund zur Erwerbung des Aktienkapitals der englisch-persischen Petroleumgesellschaft. Da es mit den mexikanischen Ölquellen nichts geworden ist, hat die britische Flotte die persischen sehr nötig. Diese liegen aber im russischen Interessengebiet, und darum strich Churchill die Freundschaft Rußlands sehr heraus. Der politische Schwerpunkt lag jetzt mit der Homerulebill im Oberhause, das keine Lust zeigte, sich mit der Beratung zu beeilen. Wenn nichts daraus wurde, wäre es ihm recht gewesen. In Irland war die Lage schon so, daß jeden Tag der Funke ins Pulverfaß schlagen konnte. Bei den Irländern selbst kann man freilich nie recht wissen, wo der Bluff aufhört und der Ernst anfängt, aber die Puritaner in Ulster sind von englischem Blut und nehmen die Sachen in jedem Falle ernst. Am 23. brachte Lord Crewe im überfüllten Oberhause die Zusatzbill der Regierung zur Homerulevorlage ein. Sie brachte aber nichts, wie die bereits bekannten Ausschlußmöglichkeiten für Ulster und enttäuschte allgemein. Freilich konnte das von der Gnade der irischen Abgeordneten abhängige Ministerium nicht mehr bieten, als was diese erlaubten. Sie retteten dafür im Unterhause am 25. das Budget Lloyd Georges, das aber trotz ihrer einmütigen Unterstützung nur mit 303 gegen 265 Stimmen angenommen wurde. Die Arbeiterpartei und einige Liberale hatten sich der Stimmen enthalten, die Verlegenheiten der Regierung hatten sich somit durch die Finanzmethoden Lloyd Georges erheblich vermehrt. Während der König am 2. Juli abermals eine Besprechung mit Asquith über Ulster hatte, wurden im Oberhause ernste Reden über die Abänderung der Ausgleichsvorschläge für Homerule gehalten. Das Haus nahm dann am 14. in dritter Lesung die von ihm

abgeänderte Zusatzbill an und sprach den Wunsch nach einer Prüfung des Bundesverhältnisses mit Irland aus, was die Regierung nicht ablehnte. Der Führer der Ulsterleute, Carson, der „König von Irland", war mittlerweile am 10. in Belfast angekommen und großartig empfangen worden, eine provisorische Regierung hielt unter dem Schutze bewaffneter Freiwilliger Versammlungen ab. Die Liberalen erklärten das bloß für Bluff, die Regierung verstärkte aber doch die Polizei. Es blieb auch nur bei Demonstrationen, der König hatte aber seine Abreise zur großen Flottenparade bei Spithead doch um einen Tag verschoben und ließ sich dann auch gegen allen Gebrauch von Asquith begleiten. Die Flottenparade bildete den Abschluß der seit Februar vorbereiteten Probemobilmachung und versammelte vor Spithead allein 70 Schlachtschiffe und Großkreuzer, mit allem Zubehör von kleineren Fahrzeugen insgesamt 216 Schiffe, dazu 6 Geschwader Flieger. In anderen Häfen sollten außerdem noch über 400 Schiffe mobil sein. Im Ganzen waren 16.000 Reservisten einberufen worden, die selbstverständlich für eine wirkliche Mobilmachung gar nicht ausreichten. Es handelte sich um ein überaus glänzendes Schauspiel, aber doch bloß um eine von Churchill geschickt durchgeführte Täuschung darüber, daß man keine großen Manöver abhalten konnte, weil man sonst für die zahlreichen in Überstürzung gebauten Kriegsschiffe mit Ölfeuerung im Kriegsfalle kein ausreichendes Brennmaterial gehabt hätte. Es fand auch nicht einmal eine große Revue statt, dagegen trat der König am 20. eine zweitägige Übungsfahrt mit der versammelten Flotte an. Es war viel Bluff dabei.

Asquith war nach London zurückgekehrt und teilte am 20. im Unterhause mit, auf Wunsch des Königs würden morgen im Buckinghampalast Ausgleichsverhandlungen zwischen acht Vertretern der verschiedenen Parteien über die irische Frage beginnen. Die Neigung dafür war auf keiner Seite groß, die Arbeiterpartei lärmte über die Einmischung der Krone. Die Konferenz ging auch am 24. ohne Ergebnis auseinander, nur die gegenseitige Erbitterung war gestiegen. Am 26. kam es in Dublin zu blutigen Zusammenstößen, Polizei und Militär gingen mit der Waffe vor. Da aber die Krawallmacher irische Freiwillige gewesen waren, machte der Staatssekretär für Irland am folgende Tage im Unterhause die Polizei für die Vorgänge verantwortlich. Es entstand großer Lärm, aber die Ministeriellen waren zufrieden. Es war auffällig, daß die kriegerische Spannung in Europa absolut keinen versöhnenden Einfluß auf die erbitterten Parteien ausübte. Am 30. beantragte aber Asquith mit Rücksicht auf die politische Lage die vorläufige Verschiebung der Homeruleangelegenheit. Es sei nötig, daß England, das keine eigenen Interessen direkt auf dem Spiel hat, eine geschlossene Front zeige. Bonar Law sagte die Unterstützung der Opposition zu. Man darf nicht außer acht lassen, daß die Unionisten die eigentlichen Schürer der deutschfeindlichen Politik waren und schon jetzt merkten, wohin der Hase lief. Jetzt hatte Homerule für sie kein Interesse mehr, seitdem sie wußten, daß Grey ihre Politik mache. Seine große Advokatenrede vom 3. August, aus der zwischen den friedlichsten Ausführungen doch herauszuhören war, daß England vor der Kriegserklärung an Deutschland stand, wurde von keiner Seite mit lebhafterem Beifall aufgenommen als von der bisherigen Opposition. Der Krieg rettete das Kabinett vor dem Sturze, der bei den ersten ernsten Zusammenstößen in Irland unvermeidlich war. Das Parlament tagte noch bis zum 18. September und wurde mit einer Thronrede geschlossen, die abermals behauptete, daß England nur wegen der verletzten belgischen Neutralität und ähnlicher Sachen zu den Waffen gegriffen habe, die es aber nicht niederlegen werde, bevor nicht sein Ziel erreicht sei. Der Schluß im Unterhause verlief sehr patriotisch, indem ein Mitglied der Arbeiterpartei, Crooks, die Volkshymne anstimmte, die alle mitsangen. Er brachte auch noch ein Hoch auf den König aus. Die Homerulefrage war dahin geordnet worden, daß die Durchführung auf ein Jahr, oder wenn der Krieg länger dauert, noch weiter verschoben werden soll.

Das Parlament trat erst am 11. November wieder zusammen. Gewissermaßen einen Auftakt dafür bildete zwei Tage vorher das historische Lordmayors-Mahl, bei dem die britischen „Staatsmänner" ihr Herz auszuschütten pflegen. Daß sie diesmal patriotisch redeten, versteht sich von selbst, aber bei ihren Wiederholungen der abgestandensten Kriegslügen kann man doch nicht annehmen, daß sie wirklich so unwissend sind, um das selbst zu glauben. Den am wenigsten anmaßlichen Ton schlug noch Asquith an, aber Churchill renommierte schon, trotz der erlittenen Verluste sei die Flotte mächtiger als zu Anfang des Krieges und „die Stunde wird kommen, wo die englische Flotte einen direkten Schlag ausführen wird". Die Welt wartet noch immer darauf. Kitchener versicherte, ganz abgesehen von den kolonialen Kontingenten, erwarteten jetzt 1,250.000 Mann das erste Zeichen zum Abrücken. Und Kitchener macht den Franzosen und Belgiern nicht die Freude, dieses erste Zeichen zu geben! Ist das nicht scheußlich? Den Senf lieferte übrigens der französische Botschafter Cambon, der über die deutsche Barbarei loszog. Der Mann hat ganz recht. Wer ein Land vertritt, in dem die Bevölkerung zwar abnimmt, dafür aber die Zahl der Analphabeten wächst, der ist unzweifelhaft berufen, ein anderes Volk der Barbarei zu zeihen. — Auf ähnliche Leitmotive waren auch die Parlamentsverhandlungen gestimmt. Die Thronrede behauptete schon, die meisten Mohammedaner hätten sich beeilt, Beweise von Treue und Hingebung zu liefern. Bei den Debatten trat aber neben vielem warmen Patriotismus auffallend oft Prahlerei und Unwissenheit hervor, auch vom Ministertische, dabei eine merkwürdige wissentliche oder unwissentliche Täuschung über die Lage. Die Regierung forderte 225 Millionen Pfund zu den bereits bewilligten 180 Millionen und gedenkt damit bis zum 1. April zu reichen, auch die Kolonien, Belgien und Serbien sollen davon Vorschüsse erhalten. Am 17. November bewilligte das Unterhaus einstimmig die verlangte Summe und ermächtigte die Regierung, eine zweite Million unter die Waffen zu rufen.

Die irische Nationalpartei hat sich infolge des Krieges in zwei Lager geteilt. Das eine hält zu Redmond und zur Regierung, das andere ist mit Homerule nicht mehr zufrieden und knüpft an die Aussicht auf eine englische Niederlage die alte Hoffnung auf ein selbständiges Irland. Die zweite Gruppe ist infolge des bisherigen Kriegsverlaufes rasch gewachsen, darum hat auch die englische Rekrutenwerbung in Irland nur einen geringen Erfolg gehabt. Diese irischen Unabhängigen haben eine Hauptstütze in ihren Landsleuten in den Vereinigten Staaten. Von dort ist als Agitator gegen England Roger Casement nach Europa gekommen, während der irische Arbeiterführer James Larkin in den Vereinigten Staaten in gleichem Sinne tätig ist. Die Regierung erklärte zwar die Bewegung für ungefährlich, ist aber doch mit Beschlagnahme der Waffen, Verbot des Waffenhandels und strenger Beaufsichtigung der Zeitungen vorgegangen.

Verschiedenes.

Die reichsten Leute in England sind keineswegs die großgrundbesitzenden Herzoge oder die Großindustriellen, sondern die Diamantenmagnaten. Der im Vorjahre verstorbene Chef der Diamantenfirma Wernher, Beit und Co., Julius Wernher, hat ein gerichtlich festgestelltes Vermögen von 240 Millionen Mark (Erbschaftssteuer 40 Millionen) hinterlassen, Charles Morisson 200, Alfred Beit 160, die beiden Brüder Barnato über 100 Millionen 2c. Daraus begreift man, warum England den Buren die reichen Gold- und Diamantenländer nicht lassen wollte.

Über den Stand der Volksschulbildung ergibt die Rekrutenwerbung sehr unerfreuliche Aufschlüsse. Die Zahl der Analphabeten nimmt zu. Von den im letzten Berichtsjahre 29.000 Eingestellten konnten 3200 nicht lesen und schreiben, 8620 konnten im Lesen nicht den Bedingungen genügen, die an achtjährige Schulkinder gestellt werden, nur 8446 besaßen eine gerade noch genügende Elementarvolksschulbildung. Und nun müssen diese „gebildeten" Leute gegen die deutschen Barbaren kämpfen!

Daß man von Deutschland mancherlei lernen könne, sehen viele verständige Engländer wohl ein. Daraus erklären sich die Studienreisen, die in den letzten Jahren Haldane, Lloyd George, John Burns, Hobhouse u. a. gemacht haben, um deutsche Einrichtungen kennen zu lernen. Damit haben sie aber daheim wenig Freude angerichtet, und namentlich die Toryblätter — wenn auch vorwiegend aus Parteigründen — haben die liberalen Minister darum scharf angegriffen. „Indem unsere Staatsleiter ständig zu des Kaisers Füßen sitzen und sich Erleuchtung aus seinem Reiche holen, gestehen sie Deutschland die Führerschaft zu", sagte eines dieser Blätter ganz im Sinne der das eigentliche Engländertum bildenden kaufmännischen Kreise, die nichts so sehr hassen als die „Teutonic Rivals". Neben diesen kommen bei den englischen politischen Verhältnissen andere Schichten kaum in Betracht, und wenn z. B. die Universität Oxford aus Überzeugung den deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky zum Ehrendoktor promoviert, so übt das auf solche Leute ebensowenig einen Einfluß aus wie auf gewisse, unter Eduard VII. zum Deutschenhaß und zur Russenliebe erzogenen Hofkreise und Journalisten.

Die wirtschaftliche Lage, deren Aufblühen Lloyd George in seiner Budgetrede als auf bisher nie erreichter Höhe stehend schilderte, was ziemlich richtig war, hat durch den Krieg einen starken Stoß erhalten. Die Zahlungsbilanz hat sich erheblich verschlechtert, und die Störung des deutschen Außenhandels hat für den englischen Handel das davon erwartete goldene Zeitalter nicht herbeizuführen vermocht. Auch der Arbeitsmarkt hat die nach Ausbruch des Krieges allgemein erhoffte Hochkonjunktur nicht erfahren. Wenn trotzdem die Arbeitslosigkeit seit dem Sommer nicht zugenommen hat, so liegt das daran, daß die Rekrutenwerbung die Beschäftigungslosen aufgesogen hat. Es ist interessant, wie scharf auch hiebei die Eigentümlichkeit des britischen Heerwesens hervortritt, die darauf hinausläuft, die bemittelten Volksklassen auf Kosten der unbemittelten vom Heeresdienst zu entlasten. Die Arbeiter empfinden infolgedessen eigentlich gar keinen Patriotismus, und Ben Tillet, der Führer der Dockarbeiter, drohte Mitte November mit dem allgemeinen Ausstand, wenn die Regierung die allgemeine Wehrpflicht einführen würde. Die Arbeiter betrachten den Krieg, wie jede andere Gelegenheit, nur vom Standpunkte ihrer wirtschaftlichen Lohninteressen aus.

Die verrückten Wahlweiber haben im Sommer ihrem Spleen wieder eifrig gefrönt. Das Oberhaus beschäftigte sich zum erstenmale mit Frauenstimmrechtsangelegenheiten, lehnte aber einen in sehr bescheidenen Grenzen gehaltenen Antrag mit 140 gegen 60 Stimmen ab. Das Frauenstimmrecht hat hier also noch viel weniger Aussicht als im anderen Hause. Die Freuenrechtlerinnen trieben ihr Unwesen im Sommer wieder arg. Sie versuchten wiederholt, in den Buckinghampalast einzudringen, belästigten den König und die Königin ebenso in London wie in Edinburg und legten sich schließlich darauf, Kunstwerke zu zerstören und historische Baulichkeiten anzuzünden. Das Ministerium erwies sich ihnen gegenüber ebenso hilflos wie in der irischen Frage.

Am 2. Mai starb in London John Douglas Herzog von Argyll im 68. Lebensjahre. Er hatte sich noch als Marquis of Lorne mit einer Tochter der Königin Viktoria vermählt und war also Oheim des Königs Georg und des Kaisers Wilhelm. Politisch tätig war er zuerst auf liberaler, später auf unionistischer Seite im Unterhause und bekleidete auch fünf Jahre den Posten eines Gouverneurs von Kanada. Er nahm eine deutschfreundliche Stellung ein. An seinem Begräbnis nahm Prinz Heinrich von Preußen als Stellvertreter seines Bruders teil.

Der Senior des Oberhauses Earl of Wemyß and March verschied im hohen Alter von 96 Jahren am 30. Juni in London. Er war eine charakteristische politische Erscheinung aus den besten Zeiten des englischen parlamentarischen Lebens, gehörte eigentlich keiner politischen Partei an und war nur einmal zu Ende des Krimkrieges kurze

Zeit Minister, obgleich er 41 Jahre Abgeordneter war und als Lord Elcho stets eine einflußreiche Rolle spielte. Große Verdienste erwarb er sich in den Sechzigerjahren um die Gründung und Ausbildung der Freiwilligenarmee.

Am 1. Juli wurde im 78. Lebensjahre der letzte große Parlamentarier, Josef Chamberlain, in London aus dem Leben abberufen. Er hat seinen Namen tief in die moderne englische Geschichte eingeschrieben, ein wirklich großer Staatsmann war er indessen trotzdem nicht, denn in seiner Politik war er wohl wie ein Geschäftsmann klug, weitblickend und praktisch, aber auch immer selbstsüchtig und rücksichtslos. Vom Republikaner hatte er sich nach und nach zum schutzzöllnerischen Unionisten entwickelt. Der Burenkrieg war sein Werk.

Am 15. November erlag in London im vollendeten 82. Lebensjahr Feldmarschall Frederik Roberts, Lord of Kandahar and Watersand, einer Lungenentzündung, die er sich bei einem Besuch der Truppen an der belgischen Grenze zugezogen hatte. Sein militärischer Ruf stammte von der Niederwerfung des indischen Sepoyaufstandes. Er unterdrückte auch den Widerstand der Buren. Seit 1904 im Ruhestande, wirkte er für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ohne Erfolg.

Rußland.

Wenn man den Verlauf der letzten Jahre und der ersten Hälfte des abgelaufenen überblickt, so durfte man durchaus den Eindruck haben, als ob es der feste Wille der maßgebenden Kreise sei, die Schäden, an denen der Volkskörper krankt, abzustellen. Die Stolypinschen Agrarreformen begannen bereits die ersten Früchte zu tragen und eröffneten bei sorgsamer Weiterführung die günstigsten Aussichten für die Zukunft. Aber es ist insbesondere dem Russentum, bei der geringen staatenbildenden Kraft der slawischen Rassen überhaupt, nicht eigen, sich für eine sich stetig entwickelnde politische oder wirtschaftliche Tätigkeit hinzugeben. Ist die erste gute Idee heraus, dann meint man, schon alles getan zu haben, die Sache werde sich von selbst weiter entwickeln. Es fehlt durchaus das Verständnis dafür, daß es im Staatsleben ohne unausgesetzte organisatorische und gewissenhafte Tätigkeit nicht geht, daß ohne diese auch die schönsten Reformen wieder verfallen müssen. Bei dem starken Verfall, den das Reich nach dem Zusammenbruch der mit zu wenig Umsicht geführten ostasiatischen Politik im Kriege gegen Japan und durch die darauffolgenden revolutionären Bewegungen im Innern erlitten hatte, hätte das Reich einen Reformer mit der Tatkraft Peters des Großen gebraucht — natürlich mit den politischen Mitteln der Neuzeit. Aber Nikolaus II. ist ebensowenig ein solcher Reformer, wie sein Großvater es war. Die slawische Weichheit ist gern schon vom ersten einleitenden Schritt befriedigt, der gute Wille ist da, aber nicht das eiserne Pflichtgefühl der Hohenzollern, zu jeder Stunde des Tages und der Nacht der erste Diener des Staates zu sein. Ohne dieses geht es am wenigsten in einem Reiche, dessen Zustände nach Reformen schreien und denen Verfassung und parlamentarische Einrichtungen allein ohne leuchtendes Beispiel von oben nicht abhelfen können und werden. Ohne dieses ist auch kein pflichtgetreues Beamtentum zu erziehen, an dem es vor allen Dingen fehlt. Dadurch, daß man gelegentlich einmal mit Hängen und Säcken dazwischen fährt, wird nichts erreicht. Diese orientalische Methode hat bekanntlich auch den einst allmächtigen Padischah nicht vor dem allmählichen Verfall seines Reiches geschützt. Rußland bedurfte einer sorgsamen stetigen Entwicklung.

Diese ist jäh unterbrochen worden, und die Ursache liegt unzweifelhaft daran, daß die entscheidenden Kreise keine rechte Freude an steter, fürsorglicher Arbeit hatten, da ihnen überhaupt das Verständnis und Pflichtgefühl dafür abging. Ein politisches Abenteuer erschien interessanter, und es wurde nicht bedacht, daß zu einem großen Kriege gegen den entwickelteren Westen nicht bloß eine eben kaum neuorganisierte Armee, sondern auch ein finanziell und wirtschaftlich gefesteter Staat gehört. Nach einigen Jahrzehnten sorgsamer innerer Arbeit hätte man mit ganz anderen Aussichten auf Erfolg daran gehen können. Für die natürlichen Gegner Rußlands ist diese Übereilung von Vorteil, schon nach zehn Jahren hätte es ein viel furchtbarerer Feind sein können als jetzt. An dem gleichen Mangel an umsichtiger Vorbereitung und Voraussicht war schon das große Kulturunternehmen in Ostasien gescheitert, obgleich es von der wohlwollenden Teilnahme von ganz Europa, mit Ausnahme Englands, begleitet worden war. Ein echter Kulturstaat hätte sich durch einen solchen Mißerfolg nicht abschrecken lassen, aber Rußland besitzt diese Zähigkeit nicht. Es wählte das scheinbar Leichtere und nahm die frühere panslawistische Politik samt der Eroberung von Konstantinopel wieder auf. Dafür bestanden in der Bevölkerung althergebrachte Sympathien. Diese wurden im Sinne des „Altrussentums" geschürt mit allem Zubehör von Nationalismus im Innern und Haß gegen Österreich-Ungarn und Deutschland nach außen. Der schlaue Eduard VII. wußte das zu benutzen, um Rußland in den Dreiverband gegen Deutschland zu ziehen. Dieser versagte noch in der Krise wegen Bosnien, in dem gerechten Kampfe Österreich-Ungarns tut er jetzt seine Dienste für die Absicht Englands, das aufstrebende Deutschland zu vernichten. Auf Rußland fällt die Verantwortung dafür, daß es sich dazu hat verlocken lassen. Die panslawistische Bewegung, an deren Spitze sich die mit serbischen und montenegrinischen Fürstentöchtern vermählten Großfürsten gestellt hatten, hat die Entscheidung für das kriegerische Abenteuer gebracht, das aber, wie der bisherige Verlauf bereits gezeigt

hat, wohl die innere Hebung des Reiches um Jahrzehnte aufhalten, aber Rußland ebensowenig nach Konstantinopel führen wird, wie es seine seit mehr als einem Jahrhundert gegen die Türkei geführten Kriege vermocht haben. Das vielgestaltige Rußland wird nun wohl in seiner inneren Entwicklung auf längere Zeit wieder zurückgeworfen werden, aber auseinanderfallen wird es deshalb nicht. Die zu Anfang des Krieges vielfach gehegten Erwartungen, die angebliche Gärung in der Bevölkerung, namentlich in der Arbeiterwelt, die Erhebung der Polen, Ukrainer, Finnen und anderer Völkerschaften würden den russischen Koloß erschüttern, haben sich bisher nicht erfüllt, und man wird gut tun, die Dinge in dieser Hinsicht auch weiter kühl und nüchtern zu betrachten. Es hat auch wenig politischen Wert, sich viel darum zu kümmern. Man lasse doch Rußland ruhig diese inneren Schwierigkeiten, mit denen es noch lange genug zu tun haben wird. „Befreien" lassen sich vielleicht solche Völkerschaften gern, aber gerade Rußland hat die Erfahrung — auch für andere — gemacht, wie wenig dankbar zu sein die Befreiten unter Umständen fertigbringen.

Politische Jahresereignisse.

Am 21. Januar huldigten zum fünfzigjährigen Jubiläum der ländlichen Selbstverwaltung (Semstwo) deren Vertreter dem Zaren. Die Einrichtung war 1864 von Alexander II. in Anlehnung an die preußische Provinzial- und Kreisverwaltung geschaffen, unter Alexander III. aber durch die ihr feindliche Beamtenschaft bedrückt und stark beschnitten worden, hatte indessen doch im steten Kampf mit dieser große Erfolge auf dem Gebiete der ländlichen Selbstverwaltung, der Volksbildung, der Gesundheitspflege 2c. erzielt. Aus ihr ist auch 1904 die Anregung zur Schaffung der Konstitution hervorgegangen, und noch gegenwärtig stammen gerade die werktätigsten Dumaabgeordneten aus der Schule der Semstwoverwaltung. An der Jubiläumsfeier nahmen je sieben Vertreter der 40 Semstwo-Gouvernements teil. Der Zar empfing sie im Winterpalais und sagte in seiner Erwiderung auf die an ihn gerichtete Ansprache: „Eine vernünftige Befriedigung der örtlichen Bedürfnisse ist die Hauptbürgschaft für die Entwicklung und den Aufschwung der Wohlfahrt des ganzen Reiches. Vor meinem geistigen Auge steht klar ein ruhiges, gesundes und starkes Rußland, treu seinen geschichtlichen Überlieferungen, glücklich durch die Liebe seiner edlen Söhne und stolz auf ihre rückhaltlose Ergebenheit für unseren Thron." Er nahm auch am 23. mit den Großfürsten und den Ministern an dem vom Petersburger Magistrat den Semstwomitgliedern gegebenen Rout teil. — Die Fabrikarbeiter in Petersburg, Riga und noch anderen Städten feierten am 22. den Jahrestag der Revolution durch einen Massenstreik. — Reichsrat und Duma hatten ihre Verhandlungen wieder begonnen. Anfang Februar kamen die Ministerpräsidenten Pasic von Serbien und Veniselos von Griechenland nach Petersburg, hatten Unterredungen mit Sasanow und verhandelten auch miteinander. Die von der altrussischen Rechten gegen Kokowzew betriebene Agitation hatte endlich ihr Ziel erreicht, am 11. Februar trat er zurück. Die Opposition richtete sich weniger gegen seine fast zehnjährige erfolgreiche Tätigkeit als Finanzminister, aber man wollte im Innern und Äußern eine andere Richtung haben. Kokowzew war die feste Stütze der zurückhaltenden und vorsichtigen Politik Sasanows gewesen, die der neuen Richtung nicht mehr zusagte. Im Ministerrat hatte er sich nicht durchzusetzen vermocht, sondern hatte ausgesprochene Gegner darin sitzen, insbesondere den neuen Minister des Innern Maklakow, im Reichsrate hatte er verschiedene Niederlagen erlitten und in der Duma war die Stimmung für ihn nicht günstig. Weil er deshalb den Zaren zu oft zu Entschlüssen und Entscheidungen in politischen und personalen Angelegenheiten drängte, war er unbequem geworden. Dem entsprach auch die keineswegs gnädige Entlassung. Bemerkenswert war aber, daß mit den ernsthaften Mitteilungen über seine Rücktrittsabsichten auch schon die ersten Gerüchte über militärische Vorkehrungen auftauchten. Zum Nachfolger wurde der bereits 75 Jahre alte Goremykin ernannt, der früher Minister des Innern gewesen war und auch schon die erste Duma aufgelöst hatte. Die Ernennung war ein Sieg der neuen Richtung, bedeutete aber noch keine Reaktion im Innern.

Im Gegenteil schien Kaiser Nikolaus abermals den Weg neuer Reformen beschreiten zu wollen. In seinem Schreiben an den neuen Finanzminister Bark sind nicht politische Versprechungen wie in den Manifesten von 1905 und 1906 enthalten, für deren Durchführung sich nur noch nicht der starke Mann gefunden hat, aber er stellt dem Volke „grundlegende Reformen" in Aussicht. Diese beziehen sich auf das Gebiet der Finanzen und Volkswirtschaft, aber ihre Durchführung wird sich kaum weniger schwierig erweisen als die Verwirklichung der früheren politischen Kundgebungen des Zaren. Aus dem Schreiben des Zaren scheint auch hervorzugehen, daß die Entlassung Kokowzews hauptsächlich durch die Frage des Branntweinmonopols herbeigeführt worden sei. Den Beweggrund für den kaiserlichen Entschluß hat es unzweifelhaft abgegeben, aber das Material dazu hatten die Intriganten schon im Reichsrat bei der Debatte über das Trunksuchtsgesetz nur beigebracht, um den so vielen unbequemen Kokowzew loszuwerden, der allerdings das von Witte geschaffene Branntweinmonopol ausgebildet und dadurch die Finanzlage des Reiches auf eine bisher unbekannte Höhe gebracht hatte, und zwar nach den Kosten des japanischen Krieges. Da dieses Ziel erreicht war, hätte man ja nun mit dem Abbau dieser bedenklichen Finanzmaßregel beginnen können, wie das auch die Trunksuchtsvorlage schon bezweckte. Die russische Trunksucht stammt doch aber nicht erst vom Monopol her. Nikolaus II. hatte ganz recht, wenn er ausdrücklich hervorhob, daß er persönlich die üblen Wirkungen des Alkoholismus auf das russische Volk beobachtet habe. Das wird er aber auch nach Aufhebung des Monopols, das damit gar nichts zu tun hat, selbst noch in seiner nächsten Umgebung beobachten können. Es war darum unzweifelhaft politisch wenig vorsichtig, daraufhin den damaligen

Rettungsanker in der Not zu schmähen und den Fährmann des Finanzbootes hinterher gewissermaßen zu verunglimpfen. Auf die darauf begründeten radikalen Reformen der Finanzverwaltung und im ökonomischen Leben des Landes des Herrn Bark, der nicht einmal als Bankdirektor große Erfolge gehabt hat, hätte man wirklich neugierig sein können, wenn nicht der Krieg einen großen Strich durch alles gemacht hätte. Goremykin gehört politisch der äußersten Rechten an und galt, trotz seiner Jahre, als Anhänger einer aktiveren Politik als der bisherigen. Man bezeichnete übrigens schon jetzt Kriwoschein als seinen Nachfolger. Daß Ssasanow geblieben war, wurde als beruhigendes Moment angesehen. Der Zar ging in seinem Reformeifer noch weiter und verlangte in einer Ministersitzung vom 27. Februar die Erfüllung des Manifestes vom 17. Oktober 1905. Die Voraussetzung für die Durchführung konnte nur der Friede nach außen sein. Am 27. war Prinz Wilhelm zu Wied in Petersburg angekommen und wurde vom Kaiser empfangen. An dem ihm zu Ehren gegebenen Frühstück nahm auch — seit Jahren zum erstenmal wieder — die Kaiserin teil. — Am 14. März fand beim Dumapräsidenten eine vertrauliche Besprechung zwischen den Ministern und Mitgliedern der Duma statt, wobei auch zum erstenmale seit dem Bestehen der Verfassung vier Mitglieder der Kadettenpartei zugezogen waren. Goremykin entwickelte ein Programm für gemeinsames Arbeiten, Ssasanow sprach über die auswärtige Lage und der Kriegsminister Ssuchomlinow wies auf die Notwendigkeit von Neuforderungen für militärische Zwecke hin. Rußland könne nur durch Erhöhung seiner Friedensstärke um 460 000 auf 1,700.000 Mann vor einem Angriff gesichert werden. Finanzminister Bark erklärte, die Mittel ließen sich beschaffen.

J. L. Goremykin, der russische Ministerpräsident.

Kurz vorher war in der „Birshewyja Wjedomosti" ein Artikel über Rußlands Kriegsbereitschaft erschienen, der in der ganzen Welt Aufsehen erregte. Er stammte nachweislich aus dem Kriegsministerium und war von Ssuchomlinow für gut befunden worden. Sein Refrain war: „Rußland wünscht den Frieden, ist aber kriegsbereit." Die deutschen Zeitungen hielten sich über diese Provokation auf, die russischen antworteten gereizt, und schließlich machte die offiziöse „Rossija" mit einem Beschwichtigungsartikel dem Zeitungsstreit ein Ende. Man stritt über die Absicht des Artikels, der übrigens Schönfärberei enthielt, da er Einrichtungen als durchgeführt hinstellte, für die die Gelder noch nicht einmal bewilligt waren. Er war unstreitig nach Frankreich gerichtet, um die Chauvinisten für die Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit zu stählen, ohne die der Zar nie die Zustimmung für einen Krieg an der Seite Frankreichs gegeben hätte. Die Kriegspartei hatte aber doch schon für die nächste Zeit etwas vor, und darum durfte das Kriegsministerium aus der Schule schwatzen, wodurch auch der Boden für die großen Heeresforderungen vorbereitet wurde. Der Zar reformierte noch weiter. Am 19. März erschien ein Reskript von ihm an Goremykin, das die Einheit des Kabinetts, die Zusammenarbeit der gesetzgebenden Körperschaften mit der Regierung, Ehrfurcht vor dem Gesetz und die Vermeidung aller Reibereien zur fruchtbringenden Arbeit im Interesse des Volkes verlangte. Auch dieses Reskript sagt nichts Neues, nur Selbstverständliches, und beweist höchstens den guten Willen, wo das Volk Taten zu sehen wünscht. — Am 28. März trafen der Kronprinz Ferdinand mit Gemahlin und Prinz Karol von Rumänien zu mehrtägigem Besuch am kaiserlichen Hofe ein und wohnten u. a. am 31. der Hundertjahrfeier des Leib-Gardedragoner-Regiments in Zarskoje Selo bei. — Während Goremykin wiederholt versicherte, er werde das gutnachbarliche Verhältnis zu Deutschland und zu Österreich-Ungarn aufrecht erhalten, und daß das kriegshetzerische Treiben der „Nowoje Wremja" im Widerspruch mit der kaiserlichen Politik stehe, war doch aus vielerlei Anzeichen zu ersehen, daß eine doppelte Strömung im Lande bestand, auch nahm der Deutschenhaß wieder einmal erheblich zu, weil die übliche nationale Abneigung durch den Geschäftsneid der Erwerbsstände im Zusammenhang mit der bevorstehenden Erneuerung des Handelsvertrages noch verschärft wurde. Das Kriegs-, das Marine- und das Verkehrsministerium machten keine Bestellungen in Deutschland mehr, sondern deckten ihre Bedürfnisse in Frankreich, England und Belgien. — Die kaiserliche Familie hatte sich nach dem Süden begeben und war am 12. April in Livadia eingetroffen.

Die Duma hatte am 10. April ihre Frühjahrssession beendet. Sie hatte eine ziemliche Geschäftigkeit entwickelt, ohne aber viele Teilnahme zu erregen. Es wurden ihr 316 neue Vorlagen gemacht, so daß das Haus mit den früher nicht erledigten 628 Entwürfen zusammen 944 hätte beraten können. Wirklich vorgenommen wurden 140 Vorlagen und darunter 107 Regierungsentwürfen zugestimmt, während 5 abgelehnt wurden. Mit dem Ministerpräsidenten Kokowzew stand die Duma schon seit dem Vorjahre nicht gut und erteilte ihm am

6. Februar mit 160 gegen 125 Stimmen ein Mißtrauensvotum, was natürlich nicht seine Demission beeinflußt hat. Die Parteizersplitterung bestand weiter, an die Bildung einer festen Mehrheit war nicht zu denken. Unter den angenommenen Vorlagen sind mehrere, deren Verhandlung auch von der Öffentlichkeit mit lebhaftem Interesse verfolgt wurde, wie die über den Getreidezoll, über die Senatsreform, über Arbeiterwohnungen u. a. Anfang April wurden in einer geheimen Sitzung acht Militärvorlagen angenommen, die insgesamt 430 Millionen Rubel einmaliger und 140 Millionen jährlicher Mehrauslagen erfordern. Es handelte sich um die Erhöhung des stehenden Heeres um 400.000 Mann. Am 9. April erhielt der Handelsminister Timaschew wegen der blutigen Ereignisse auf den Lena-Goldfeldern am 17. April 1912 ein Mißtrauensvotum mit 166 gegen 64 Stimmen, dann nahm das Haus die Regierungsvorlage auf Einführung eines Zolles für Getreide und Hülsenfrüchte mit erdrückender Mehrheit an. Am 10. bewilligte es die Marineforderungen von nahezu 80 Millionen Rubel für Hafenbauten, Schiffsbauraten usw. Im allgemeinen war das Interesse an den Dumaverhandlungen nicht gestiegen, weil die Leistungen dem massenhaften Gerede nicht entsprachen. Am 5. Mai begann die Budgetberatung, bei der es zu großem Lärm kam, da ein sozialdemokratischer Antrag auf Verschiebung bis nach dem Zustandekommen des Gesetzes über die Redefreiheit der Abgeordneten mit großer Mehrheit abgelehnt worden war. Die Sozialdemokraten und die Arbeitergruppe verließen das Haus, und die Linke wollte nun Goremykin am Sprechen verhindern, so daß die Sitzung zweimal unterbrochen wurde und noch 16 Abgeordnete ausgeschlossen werden mußten. Goremykin sprach nur eine freundliche Aufforderung zum Zusammenarbeiten aus. Das Gerücht über die deswegen bevorstehende Auflösung der Duma wurde offiziös dementiert. Die Budgetrede des Finanzministers Bark knüpfte an das Reskript des Zaren an und gipfelte in ihrem Zukunftsprogramm in dem klangvollen Satze: „Wir müssen unbedingt die ganze Psychologie des Volkes ändern, und dazu ist die nachhaltige Arbeit der Regierung und der gesellschaftlichen Organisationen notwendig. In den weiteren Verhandlungen der Duma schnitt Bark verhältnismäßig günstig ab, aber schlimmer ging es dagegen dem Minister des Innern Maklakow, dem fast alle Redner keinen Zweifel darüber ließen, daß sie das Zusammenarbeiten mit ihm für ebenso unmöglich hielten wie überhaupt sein Verbleiben im Amte.

In Livadia war am 10., wie alljährlich bei Anwesenheit des Zaren, unter Talaat Bey und Izzet Pascha zur Begrüßung eine türkische Sondergesandtschaft eingetroffen, die mit besonderer Auszeichnung empfangen wurde und der man eine größere politische Bedeutung zuschrieb als in früheren Jahren. Zum Geburtstage des Zaren (19.) erschien dort auch Goremykin und mit einigen anderen Ministern der bei dieser Gelegenheit definitiv zum Finanzminister ernannte Bark. Iswolski erhielt den Alexander Newski-Orden. Am 23. hielt bei der Beratung des Budgets des Auswärtigen Ssasanow eine sachliche und vorsichtige Rede über die auswärtige Politik und wurde mit Spannung angehört. Er berührte eigentlich alle schwebenden Fragen, und wenn er auch den Panslawisten und Nationalisten manche Schmeicheleien sagte, konnte man auch vom Dreibundsstandpunkte mit seinen Ausführungen zufrieden sein. Was er über das Bündnis mit Frankreich und die Entente mit England sagte, brachte nichts Neues und wurde ruhig angehört. Seine Bemerkungen über das Verhältnis zu Deutschland und seine Verurteilung der Preßhetze unterschied sich wenig von dem, was Herr v. Jagow im deutschen Reichstage gesagt hatte und fand lauten Beifall auf der Rechten. Noch lauter und allgemeiner klang dieser bei seinen sympathischen Worten für Rumänien. Wenn man nach den Ereignissen der weiteren sieben Monate die Rede wieder überliest, kann man nicht glauben, daß Ssasanow eine Ahnung von der Tragweite gehabt hat, mit der unverantwortliche Faktoren bereits an der Arbeit waren, um die von ihm geleitete offizielle Politik in ihr Gegenteil zu verkehren. Am 26. kam es bei der Beratung des Budgets des Justizministeriums zu einer sehr „temperamentvollen" Schimpferei und infolgedessen zu Niederlegungen der Präsidentschaften. Erst am 3. Juni endete dieser unwürdige Zustand mit der Wiederwahl Rodziankos. Infolge solcher Verzögerungen und des Überflusses an Reden kam die Budgetberatung erst am 13. zu Ende. An diesem Tage wurde aber auch Massenarbeit geleistet und die Riesensumme von 1½ Milliarden bewilligt; es war freilich das Heeres- und Marinebudget dabei, aber noch nicht die halbe Milliarde für die neue Heeresvorlage, die erst in der folgenden Woche bewilligt wurde. Am 2. Juni hatte der Reichsrat die seit sieben Jahren schwebende Semstwovorlage mit einer Mehrheit von nur fünf Stimmen abgelehnt, weil — die stimmberechtigten Minister fehlten. Es läßt sich daraus ersehen, mit welcher Gleichgültigkeit oder selbst Abneigung das Beamtentum einer Einrichtung gegenübersteht, die dazu bestimmt war, die Hoffnungen der Millionen russischer Bauern auf endliche Hebung der wirtschaftlichen und administrativen Verhältnisse des Landes zu erfüllen. So sieht in Wirklichkeit die Durchführung der Reformen unter Nikolaus II. aus. Was helfen bei solcher Disziplinlosigkeit die schönen Reden und Reskripte!

Auf der Heimreise der kaiserlichen Familie von Livadia vollzog sich ein Ereignis, das vor- wie nachher die politischen Kreise und die Zeitungen lebhaft beschäftigte. Anscheinend als Erwiderung des Besuches der Familie des rumänischen Kronprinzen in Zarskoje Selo kam jetzt Zar Nikolaus mit Gemahlin und Kindern nach Konstanza. Man sprach wieder von einer Verlobung des Prinzen Karol mit einer Tochter des Zaren. Da dieser aber die russische Schwarze Meer-Flotte und außerdem Ssasanow mitbrachte, lag die Fortsetzung der russischen Werbungen um Rumäniens Annäherung an den Dreiverband nahe genug. In Bukarest fühlte man sich dabei nicht gerade behaglich. Man wollte ja wohl gern mit Rußland in Frieden leben, war aber mit der bisherigen politischen Stellung des Landes zufrieden. König Karl hat

auch während seiner langen Regierung mit Rußland auszukommen gewußt, ohne ihm sein Land auszuliefern. Das russische Geschwader traf Sonntag den 14. Juni vor Konstanza ein und die gesamte kaiserliche Familie begab sich auf der „Standart" an Land, wo sie vom König Karl und den Mitgliedern des königlichen Hauses auf das herzlichste begrüßt wurde. Nach dem Besuch des Gottesdienstes in der Kathedrale war Familienfrühstück bei der Königin Elisabeth. Um 4 Uhr wurde auf der „Standart" der Tee genommen, um 6 Uhr fand große Parade statt und abends war Galatafel im Residenzschlosse. Das Wetter war prächtig und die Volksmenge begrüßte den Kaiser stürmisch. Die Trinksprüche, die beim Galadiner ausgebracht wurden, sind so diplomatisch abgefaßt, daß bestimmte politische Vermutungen nicht gut daran geknüpft werden konnten. Für die rumänische Politik ergab sich der Vorteil, zwei Eisen im Feuer zu haben. Nach herzlicher Verabschiedung begleitete die königliche Familie ihre russischen Gäste zur „Standart", die noch vor Mitternacht nach Odessa in See ging. Ssasanow blieb noch zwei Tage in Bukarest, wo er mit dem Ministerpräsidenten Bratianu viel verkehrte und mit ihm auch einen Ausflug in das Temestal unternahm. Über die politischen Ergebnisse verlautete auch ferner nichts weiter, als daß sich Rußland jetzt auch auf den Standpunkt des Bukarester Friedens gestellt habe. Am 15. traf die kaiserliche Familie im Hafen von Odessa ein und begab sich nachmittags zur Erinnerungsfeier der hundertjährigen Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rußland nach Kischinew, wo am nächsten Tage die Einweihung des Denkmals für Alexander I. stattfand. Ein Gerücht wollte wissen, daß während der Rückfahrt der kaiserlichen Sonderzüge nach Petersburg bei der Station Kasatin ein Bombenattentat versucht worden sein soll. Die kaiserliche Familie nahm vom 26. an Aufenthalt in Peterhof und machte am folgenden Tage dem seit dem 15. auf der Reede von Kronstadt ankernden britischen Geschwader einen Besuch.

Die Duma hatte Ende Juni ihre Arbeiten beendet und für ihren Bewilligungseifer für Verteidigungszwecke eine allerhöchste Belobung erhalten. Der Präsident Rodzianko stattete am 3. Juli dem Kaiser einen ausführlichen Bericht ab. Das Verbrechen von Serajewo begann seine Schatten nach Rußland zu werfen. Ssasanow hielt am 3. dem Kaiser im Ministerrat Vortrag über die politische Lage, die Slawophilen demonstrierten gegen den ermordeten Erzherzog. Mittlerweile hatten gerade in Petersburg die Streiks und Arbeiterunruhen stark zugenommen. Nach der Revolution hatten die Feldgerichte damit aufgeräumt, jetzt war die Arbeiterbewegung wieder in beunruhigender Weise im Wachsen begriffen. So wurde, wie schon erwähnt, der 22. Januar durch Arbeitsenthaltung gefeiert, am 14. (1.) Mai streikten über 100.000 Arbeiter in Petersburg, es kam zu Zusammenrottungen, Zertrümmerungen von Straßenbahnwagen und dergleichen mit stark revolutionärem Anstrich. Weil die Polizei angeblich einen Arbeiter verwundet haben sollte, begann am 16. Juli ein neuer großer Streik mit Unruhen, woran sich schließlich über 100.000 Mann beteiligten, und der auch auf Moskau, Riga und andere Städte übergriff. Während Poincaré anwesend war, wurde schon der Versuch gemacht, Barrikaden zu bauen, und in den Vorstädten knallten Gewehre und Revolver. Nur seiner Anwesenheit hatten es die Arbeiter zu danken, daß noch nicht Ernst gegen sie in Anwendung kam. Die Bewegung begann abzuflauen, sobald die Kunde von der Zuspitzung der Spannung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eintraf. Am 24. fand die erste außerordentliche Sitzung des Ministerrats statt und bald hatte die Kriegspartei die Oberhand. Die Zeitungen arbeiteten in diesem Sinne, die Aufregung des Volkes erhielt eine andere Richtung. Der Zar ernannte die Offizierschüler vorzeitig zu Offizieren, in Petersburg und Moskau wurde der Zustand des außerordentlichen Schutzes (Kriegszustand) erklärt. In Warschau ging das Pulvermagazin der Zitadelle in die Luft, es hieß angeblich, der Blitz habe eingeschlagen. Eingeweihte Leute deuteten die Explosion auf Vorbereitungen zum Krieg. Wenn es in Rußland ernst wird, gibt es immer Explosionen und Brände, um die Unterschleife zu verdecken. Daß schon lange „zur Probe" mobilisiert wurde, war bekannt, an der Kriegsabsicht war also nicht zu zweifeln. Die Zahl derer, die die große Gefahr dieses Krieges durchschauten, war gering, selbst im Ministerrat überschrie Ssuchomlinow alle, er und Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch hatten den Sieg schon in der Tasche. Noch ehe das Ultimatum Deutschlands eingegangen war, hatte sich bereits die Irreführung und Verhetzung der Bevölkerung in dieser Richtung durchgesetzt. Sie machte sich im Deutschenhaß, Plünderung und Verwüstung deutscher Häuser und Läden, ja schließlich selbst des Gebäudes der deutschen Botschaft Luft. Die Regierung ging mit dem besten Beispiel voran, indem sie die Deutschen austrieb, verschickte oder in Gefangenenlagern sammelte. Deutschenhaß war Trumpf, und allem setzte der Zar die Krone auf, indem er anordnete, daß Petersburg fortan Petrograd zu heißen habe.

Verschiedenes.

Rußland ist ein ausgesprochener Nationalitätenstaat, denn von seinen etwa 130 Millionen Einwohnern (mit Ausschluß Asiens) zählen nur 49 Prozent zu den Großrussen (dabei sind schon die sogenannten Weißrussen mit eingerechnet), die Ukrainer (Rotrussen, Ruthenen) machen 18 Prozent aus, die Polen 6·3 Prozent, Litauer, Letten und Esten 2·4 Prozent, die Armenier 1 Prozent; dazu kommt noch ein Dutzend mehr oder minder großer Sprachgruppen und außerdem Finnland, das 1897 in die Sprachenzählung nicht mit einbegriffen war. Während der Revolution hatten fast alle Nationen ihre besonderen Wünsche geltend gemacht, die Regierung hatte sich in den Jahren 1905 und 1906 auch veranlaßt gefühlt, verschiedene allgemeine und besondere Zugeständnisse zu gewähren, die aber seitdem vielfach wieder rückgängig gemacht worden sind. Das ist unter dem Einfluß des Nationalismus geschehen, der als Gegenströmung gegenüber den Bestrebungen der Nationalitäten im Großrussentum entstanden ist. Derselbe bezweckt, den

übrigen Nationalitäten gegenüber einen großrussischen Zentralismus aufrechtzuerhalten. Am härtesten tritt er gegen Finnland auf, dessen Landtag bereits auf die Stellung eines Provinziallandtages herabgedrückt worden ist. Er führt seit Jahren einen fruchtlosen Kampf dagegen. Bei der Russifizierung Finnlands spielen militärische Rücksichten auf die Sicherheit der Hauptstadt eine große Rolle, was schon daraus ersichtlich ist, daß alle Garnisonen bis auf eine an Eisenbahnstationen in der Nähe des finnischen Meerbusens liegen. Die Hoffnung der Finnländer, durch eine loyale Haltung im jetzigen Kriege womöglich einen Teil ihrer ehemaligen Freiheiten wiederzuerlangen, ist vollständig fehlgeschlagen.

Die Polen hatten 1905 viel erreicht, aber das meiste ist ihnen bereits wieder genommen worden. Am empfindlichsten traf sie die Bildung des Gouvernements Cholm im Südosten des Zarentums und die Lostrennung dieses Landesteiles von Polen. Die Russifizierung ist vom Minister des Innern Maklakow schon kräftig in Angriff genommen worden, und die polnische Sprache wird rücksichtslos zurückgedrängt. Trotzdem besteht unter den Polen eine starke russenfreundliche Richtung. Angelockt durch das russische Entgegenkommen in der Duma, von Frankreich bearbeitet, das die Aussöhnung der Polen mit den Russen wünscht, und schließlich beeinflußt durch die von Krakau aus geschürte Preußenhetze hat sich diese starke Richtung gebildet, die durch Hingebung und versöhnliche Stimmung gegen die Machthaber Rußlands Erfolge für ihre national-polnischen Zwecke erhofft. Zu dieser Gruppe gehören vornehmlich Mitglieder des hohen Adels, der nicht ganz ohne Hofluft sein mag, ferner die Partei der sogenannten Realisten und die nationaldemokratische Partei. Viel rühriger ist man im anderen Lager, das sein künftiges Polenreich nur auf den Trümmern des geschlagenen russischen Heeres wiederherstellen will. Hier stehen die polnische Arbeiterpartei, die Sozialdemokraten, der polnische Bauernbund und die Unabhängigkeitspartei. Sie stehen in enger Verbindung mit der „vorläufigen Kommission" in Galizien, die dort angeblich den Krieg gegen Rußland vorbereitet. Wie man sieht, bietet auch Russisch-Polen ein Bild mehr oder weniger tiefgehender Spaltungen, die einer nationalen Machtentfaltung hinderlich sind. Das hat sich ja auch beim Ausbruch des Krieges gezeigt, wo von dem so oft angekündigten Aufflammen des Polentums nicht viel zu bemerken war. Die schwierige Lage in Rußland läßt sich wohl begreifen, aber das passive Verhalten entsprach nicht den pomphaften nationalen Lobpreisungen großartigen Opfermutes und ließ der Vermutung breiten Raum, daß es den Polen in Rußland eigentlich am liebsten wäre, wenn die Deutschen geschlagen würden. Die Ukrainer werden von den Großrussen gar nicht als besonderer Volksstamm angesehen, sie gelten gewissermaßen als Abtrünnige und werden dementsprechend schlecht behandelt. Seit 1876 war ihre Sprache nahezu verboten und kam erst dreißig Jahre später unter dem Schutz der Preßfreiheit wieder öffentlich in Gebrauch. Aber die Jahrhundertfeier des Geburtstages des nationalen Dichters Schewtschenko wurde verboten, und eine deswegen eingebrachte Interpellation am 18. März von der Duma mit 136 gegen 90 Stimmen abgelehnt.

Am 14. Februar starb der Generalgouverneur von Warschau, General G. A. v. Skalon, im 67. Lebensjahre. Er hatte den Posten seit 1905 innegehabt. Das Warschauer Generalgouvernement ist mehr als ein militärisches Verwaltungsamt, denn es ist zugleich eine politische Stellung ersten Ranges. Skalon hatte wohl noch 1906 mit dem aufständischen Polentum zu tun, aber er war nur scharf gegen alle reichsfeindlichen Umtriebe vorgegangen und hatte sich jeder Gehässigkeit und Schikane gegen die Polen enthalten. Trotzdem nahmen die Polen demonstrativ an seinem Leichenbegängnis nicht teil, und drei hohe polnische Aristokraten, die dabei anwesend gewesen waren, wurden bei der Rückkehr von polnischen Studenten beschimpft und mit Steinen beworfen. Nachfolger wurde der bisherige Generalstabschef G. d. K. Jakob Grigorowitsch Schilinski, ein Beweis dafür, welche Bedeutung dem Warschauer Posten beigemessen wird.

Skandinavien.

Schweden. Am 7. Februar war Stockholm der Schauplatz eines sehr merkwürdigen Vorganges: 30.000 Bauern aus allen Teilen des Landes waren zusammengeströmt, um im Königsschlosse für die Verstärkung des Heeres einzutreten. Im ganzen Volke war die Meinung verbreitet, daß das liberale Ministerium den Vorgängen in Rußland nicht genug Beachtung schenke und dadurch das Vaterland in Gefahr bringe. So etwas kann sich nur in einem Lande ereignen, wo das politische Empfinden noch gesund ist. Nicht das politische Leben, denn dieses krankte in Schweden ebenso wie anderswo an den modernen Partei- und Parlamentsleiden. Hielten sich doch am nächsten Tage Sozialdemokraten, Liberale und der Ministerpräsident Staaf selbst darüber auf, daß der König zu den Bauern gesprochen hatte. Die Folge war, daß das Ministerium zurücktrat und am 17. ein Geschäftsministerium v. Hammarskjöld gebildet wurde, das erklärte, es werde den Reichstag auflösen. König Gustav hatte durch sein Auftreten an Volkstümlichkeit sehr gewonnen, Studenten und andere Volkskreise brachten ihm begeisterte Huldigungen. Am 5. März wurde der Reichstag aufgelöst, Sven Hedin und andere Zierden von Kunst und Wissenschaft traten für den König und die Heeresvorlage ein. Es wurde auch bekannt, daß Ministerpräsident Staaf während seiner Amtsführung wichtige militärische Berichte, die seiner Ansicht über die Heeresfrage entgegenstanden, geradezu unterschlagen hatte. Wäh-

rend der sich wochenlang hinziehenden Wahlen erkrankte der König an einem schweren Magenleiden und mußte sich am 8. April einer Operation unterziehen. Er konnte schon am 19. Mai die neugewählte Kammer mit einer Thronrede eröffnen. Die Heeresvorlage konnte aber nicht erledigt werden, weil die bei der Wahl wohl stark geschwächten Liberalen an ihrem Standpunkte festhielten. Erst nachdem sie im September bei den Neuwahlen abermals Verluste erlitten hatten, bequemten sie sich unter dem Druck der politischen Lage in Europa zum Nachgeben, und die Heeresvorlage kam am 12. September zu stande. Am 18. betonte der Minister des Äußern, daß Schweden seine Neutralität bis zur äußersten Grenze wahren werde. Das ist auch im vollsten Maße geschehen, und die Stimmung im Lande war durchweg deutschfreundlich. Die Bedrückung der Schiffahrt, hauptsächlich durch das rücksichtslose Vorgehen Englands, veranlaßte den König Gustav, eine Konferenz der drei skandinavischen Monarchen einzuberufen, die unter begeisterter Stimmung der Bevölkerung am 17. und 18. Dezember in Malmö stattfand und sich über gemeinsames Auftreten zum Schutz der neutralen Schiffahrt einigte. Von einem Erfolg dieses Auftretens hat man England gegenüber so gut wie nichts vernommen.

Norwegen. Am 17. Mai wurde im ganzen Lande das hundertjährige Jubiläum der Selbständigkeitserklärung festlich begangen. In Eidsvolds, wo die erste Verfassung gegeben worden war, fand ein Festakt statt, an dem der König, die Regierung und das Storthing teilnahmen. König Hakon hielt eine Rede auf das Vaterland. In Christiania war eine große nationale Ausstellung eröffnet worden, die einen guten Einblick in Walfischfang, Seefischerei, Konservenfabrikation, Grubenbetrieb, Landwirtschaft usw. eröffnete. Bekanntlich haben weder die Verfassung noch die Vereinigung mit Schweden dem Lande die erwünschte Ruhe gebracht. Mehr als neun Jahrzehnte hat es fast nichts als Kämpfe nach innen und gegen Schweden, um die Teilnahme der Minister an den Verhandlungen, um die Abschaffung des Adels, um das Veto des Monarchen, um Ministeranklagen und so fort gegeben. Die Kleinheit und Abgeschiedenheit des Landes gestattete diesen demokratischen Luxus ohne Nachteil nach außen, im Innern gibt es freilich wohl kein Land, wo die Verrohung weiter gediehen ist und wo die Behörden der aufrührerischen Agitation gegenüber so nachsichtig oder vielmehr so machtlos sind wie in Norwegen. Unter diesen Umständen muß es immerhin auffallen, daß das fast nur aus Radikalen und Sozialdemokraten bestehende Storthing für Verteidigungsmaßregeln (Küstenschutz) 12 Millionen Kronen bewilligte, die allerdings wie in Deutschland durch eine einmalige Wehrsteuer (also von den Wohlhabenden) aufgebracht werden sollen. Aber wohlgemerkt: es geschah schon vor dem Kriege. Während desselben war das Land selbstverständlich neutral, aber die Stimmung war für England.

Dänemark. Ähnlich wie Norwegen ist auch Dänemark eine Heimstätte der inneren Konflikte. Es ist längst vergessen, wenn überhaupt jemals richtig erkannt worden, daß genau vor fünfzig Jahren die Art und Weise, in der die damalige demokratische Mehrheit den als Protokollprinzen auf den Thron gelangten König Christian IX. vergewaltigte, dem Lande Schleswig-Holstein geraubt hat. Sein Nachfolger hatte lange Jahre um seine Kronrechte gekämpft, schließlich aber nachgegeben, ohne daß es besser geworden wäre. Auch im laufenden Jahre ist wieder um die Verfassungsreform gestritten worden, bei der es hauptsächlich den vereinigten Parteien der Linken darauf ankommt, auch das Landsthing durch Änderung des Wahlrechts vollständig zu demokratisieren. Infolgedessen machte die Rechte am 9. Juni durch ihren Austritt das Landsthing beschlußunfähig. Der Ministerpräsident Zahle setzte zwar die Auflösung des Landsthing durch, geriet aber mit dem König in Konflikt, weil dieser die Auflösung nicht auf die von ihm ernannten zwölf Mitglieder erstreckt sehen wollte. Der Reichstag wurde vertagt, und nun hatte sich zunächst die Wählerschaft darüber zu äußern, ob sie mit der Wahlreform des Ministeriums einverstanden sei. Die Wahlen entschieden für das Ministerium, in dessen Sinn nun auch die gesamte Verfassungs- und Wahlreform bei der nötig gewordenen erneuten Beratung angenommen werden dürfte. Bei Ausbruch des Krieges erklärte Dänemark seine Neutralität und hat sie sorgfältig aufrecht erhalten, was in Deutschland den besten Eindruck hervorgerufen hat.

Europäische Mittelstaaten.

Niederlande. Ähnlich wie in Schweden gibt es auch in den Niederlanden Überlieferungen einer großzügigen äußeren Politik, die noch aus den Zeiten stammen, da das Land zu den europäischen Mächten zählte. So hat Holland die Befestigung Vlissingens trotz der heftigen Polemik der englischen und französischen Presse dagegen ruhig durchgeführt und sie bereits so weit vollendet, daß sie bei Ausbruch des Krieges ihren Zwecken entsprach. Mit Rücksicht auf die geänderte Lage im Großen Ozean ist die Befestigung der Kolonien, die Schaffung eines widerstandsfähigen farbigen Kolonialheeres und der Bau einer starken Kriegsflotte in Aussicht genommen. Die Deckung für die Verzinsung der dazu erforderlichen Anleihen wird in der Hauptsache von den Kolonien selbst getragen werden. Für die Flotte sollen zwei Geschwader von je vier Dreadnoughts samt den dazu gehörigen Kreuzern, Torpedo- und Unterseebooten gebaut werden. Wenn die Niederlande häufig einen kleinstaatlichen Eindruck gemacht haben, so liegt das meistens an den jede nützliche Tätigkeit hemmen-

den Parlamentsverhältniſſen. Nachdem aber ſeit dem Vorjahre das parteiloſe Miniſterium Cort van der Linden die Geſchäfte leitet, ſcheint es auch damit beſſer zu gehen. Es hat ſogar den ſozialdemokratiſchen Bürgermeiſter Ter Laan von Zaandam beſtätigt, da er das nötige Anſehen beſitzt. Bei Ausbruch des Krieges erklärten die Niederlande unbedingte Neutralität und haben ſie mit nicht geringen Opfern und taub gegen alle engliſchen Verlockungen auch ſtreng eingehalten. Die Bevölkerung und die Preſſe verhielten ſich freilich vorwiegend deutſchfeindlich.

Belgien. Ob künftige Jahrbücher überhaupt noch von Belgien reden werden, iſt fraglich geworden, da König Albert am Jahresſchluſſe kaum noch eine Quadratmeile davon beſaß und ſein Miniſterium in Havre angeblich „regierte". Sie haben ſich die Schuld davon wegen ihres unverzeihlichen Irrtums über die Machtverhältniſſe ſelbſt zuzuſchreiben. Allerdings hat König Albert die Verpflichtung gegen England von ſeinem Vorgänger übernommen; aber Leopold II. war ſie nur eingegangen, um die britiſche Anerkennung ſeines Kongoſtaates zu erlangen, und würde ſich ihrer als ſchlauer Diplomat bei Gelegenheit wohl wieder zu entledigen verſtanden haben. Sein Nachfolger beſaß dieſe Schlauheit nicht und iſt nun ein König ohne Land. Daß ſeine Regierung nicht nur den Heckenſchützenkrieg veranlaßt und organiſiert, ſondern auch durch gefälſchte Berichte der Dreiverbandpreſſe das hauptſächlichſte Material für die Lügen über angebliche deutſche Greueltaten geliefert hat, wird für Deutſchland ſicher ein Grund ſein, beim Friedensſchluſſe das Möglichſte gegen die Wiederherſtellung eines ſolchen Lügenneſtes zu tun. Von inneren Begebniſſen vor dem Kriege iſt nur zu melden, daß im Mai das neue Schulgeſetz auch vom Senat angenommen wurde. Es führt zwar endlich — doch mit zahlreichen Ausnahmen — den Schulzwang ein, liefert aber die Schule vollkommen der katholiſchen Kirche aus. Die Liberalen in der Kammer hatten ſich darum auch der Abſtimmung enthalten.

Luxemburg. Das kleine Land mit nur 300.000 Einwohnern hat während des Krieges ſeine Neutralität ſelbſtverſtändlich nicht verteidigen können. Die deutſchen Truppen hatten ſofort die Bahnen, die Preußen gehören, zur Sicherung derſelben beſetzt und das Land als Durchmarſchgebiet behandelt. Der dagegen erhobene Proteſt iſt mit der Zuſicherung beantwortet worden, daß vollſtändige Genugtuung gewährt werden ſoll, auch ſind für die von den Truppen verurſachten Schäden reichliche Vergütungen gezahlt worden. Die Großherzogin hielt aber in der Thronrede bei Eröffnung des Landtages am 10. November den Proteſt mannhaft aufrecht und führte zugleich aus, daß im übrigen das Land ſich ſtreng neutral verhalten und viel für die Verwundeten und die Milderung der Leiden des Krieges getan hat. Beides iſt richtig, und wenn der Krieg den vorausſichtlichen Ausgang nimmt, wird es auch dem Lande an einer ausreichenden Genugtuung — wahrſcheinlich durch Vergrößerung um Belgiſch-Luxemburg — nicht fehlen.

Schweiz. Mit gewohnter Mannhaftigkeit hat die Schweiz den Schwierigkeiten der Lage, in die ſie durch den Weltkrieg gebracht worden iſt, zu begegnen verſtanden. Durch eine ausgiebige Mobiliſierung hat ſie den feſten Willen zur unbedingten Aufrechterhaltung ihrer Neutralität dargetan, und der Bundesrat hat auch den dreiſten Antrag des britiſchen Geſandten Duff um Überlaſſung der ſtaatlichen Funkenſtation auf dem St. Gotthard an Frankreich und England zu Kriegszwecken in gebührender Weiſe abgelehnt. Die Mobilmachung hat freilich über 100 Millionen gekoſtet und hat die Erhebung einer Kriegsſteuer, ſowie die Erhöhung der Poſt- und Telegraphengebühren und die Verdopplung der Militärpflichterſatzſteuer nötig gemacht. Die Handhabung der Neutralität war vollkommen korrekt, namentlich auch den verbündeten Zentralmächten gegenüber, die ſich bei manchen neutralen Ländern nicht immer als gleichberechtigt behandelt fühlten. Die Stimmung im Lande war nach den Nationen geteilt. Die Deutſchſchweizer nahmen an den Erfolgen ihrer Stammesgenoſſen meiſt herzlichen Anteil, ohne aber ihre neutrale Haltung aufzugeben, die franzöſiſchen Schweizer ließen dagegen faſt durchweg ihrem Deutſchenhaß die Zügel ſchießen. In der Winterſitzung der Bundesverſammlung, die vom 7. Dezember an tagte, wurde am 17. der bisherige Vizepräſident Motta zum Präſidenten und Bundesrat De Coppet (Waadt) zum Vizepräſidenten gewählt. Der bisherige Präſident, Bundesrat Dr. Hoffmann, behielt die Leitung der politiſchen Angelegenheiten, die er zur allgemeinen Zufriedenheit geführt hatte.

Pyrenäiſche Halbinſel.

Spanien. Der Verlauf des Jahres iſt ausnehmend ruhig geweſen, und das Miniſterium Dato hat ſich ohne große Schwierigkeiten behauptet, wobei ihm im zweiten Halbjahr ſeine kluge Neutralitätspolitik zu ſtatten gekommen iſt. Seine Regierung und das ganze Land leiden unter dem Marokkoabenteuer, zu dem man ſich ſeinerzeit durch Frankreich hat verleiten laſſen, und das wieder 400 Millionen Peſetas erfordert, für die ſich im Budget keine Deckung findet. Man kann aber mit Ehren nicht wieder davon loskommen. Und dazu will man, diesmal von England verleitet, auch noch eine anſehnliche Flotte ſchaffen. Die Lage in den Cortes iſt wie früher unfruchtbar, im Mai und Juni wurden mehr als dreißig Sitzungen allein der Adreßdebatte „gewidmet". Bemerkenswert, wenn auch wohl bloß vorübergehend, iſt, daß ſich die gemäßigten Republikaner unter Alvarez und Lerroux der Monarchie angeſchloſſen haben. Wie eine Bombe fiel der Kriegsausbruch unter die unruhigen

Elemente. Die Republikaner lärmten für den Anschluß an Frankreich und empörten sich über die angeblichen deutschen Greuel. Die klugen Leute sahen aber bald ein, daß sie weder England noch Frankreich so lieb hätten, um sich für sie in Sachen zu mischen, die Spanien gar nichts angingen. Mit den zunehmenden Erfolgen der Zentralmächte schlug die alte spanische Ritterlichkeit durch und die Sympathie für Deutschland nahm in allen nichtrepublikanischen Kreisen zu. In diesen wurde es auch geradezu als schmählich empfunden, daß die Engländer sogar die Beileidsdepesche unterschlagen hatten, die vom Deutschen Kaiser an die Königin Viktoria Eugenie abgesandt worden war, als ihr Bruder als englischer Offizier in Flandern gefallen war. Als am 22. November bei der Eröffnung der Cortes Dato erklärte, die Regierung halte an der strengen Neutralität fest, stimmten ihm alle Parteiführer zu, nur Lerroux nicht, der „Recht und Freiheit" nur bei der französischen Republik sah.

Portugal. Die Republik kann nicht leben und nicht sterben, auch die Monarchie hat keine Aussicht. Es ist eben im Lande alles aussichts- und trostlos. Bei der rücksichtslosen Depeschen- und Briefzensur sind sichere direkte Nachrichten nie zu haben, um so zahlreicher sind stets die umlaufenden Gerüchte, die aber kein Mensch kontrollieren kann, und für die sich niemand recht zu interessieren vermag. Aufmerksam wurde man erst Ende Oktober und im November, als sich England sichtbar bemühte, auch die portugiesischen Truppen auf seine Schlachtbank zu führen. Aber weder das Schreckmittel mit einer monarchischen Revolution noch andere Mittel zogen bei den republikanischen Gewalthabern, die überhaupt nicht sicher waren, ob das Militär gehorchen würde. Am 25. November meldete das „Bureau Reuter" aus Lissabon: „Nach einer Rede, die der erste Minister den Abgeordneten und Senatoren hielt, nahm der Kongreß einstimmig einen Gesetzentwurf an, durch den die Regierung ermächtigt wird, in den Konflikt in der Weise und zu dem Zeitpunkte einzugreifen, der ihr dafür geeignet erscheint, und im Zusammenhange mit dem Vertrag mit England die notwendigen Maßregeln zu treffen." Diese unbestimmte und unverbindliche Abmachung war alles, was England herausgeschlagen hat. Seitdem ist auch nichts geschehen. Weder dem Präsidenten Arriaga noch dem jetzigen Ministerpräsidenten Castro ist es ernstlich in den Sinn gekommen, für den „fünfhundertjährigen Verbündeten" einen Soldaten zu opfern, selbst wenn dieser wirklich kämpfen wollte.

Balkanstaaten.

Rumänien. Der verhältnismäßig noch junge Balkanstaat hat seinen ersten König verloren, dem es in nahezu fünfzigjähriger Regierung gelungen war, das Land aus halbbarbarischen Zuständen zu einer nicht geringen Kulturhöhe zu bringen. Es war sogar bündnisfähig geworden, woran man nach Bismarck die Bedeutung eines Staates bewertet. Das Jahr 1913 hatte durch überlegene Politik einen Gebietszuwachs und die Geltung als erste Balkanmacht gebracht, aber das darum hochverdiente Ministerium Majorescu trat aus inneren Gründen schon im Januar zurück und machte dem liberalen Kabinett Bratianu Platz, das aus tüchtigen Männern bestand und die bisherige äußere Politik fortzuführen versprach. Offenbar von Petersburg angeregt, machten sich Bestrebungen zur Gründung eines neuen Balkanbundes bemerkbar, Paschitsch und Venizelos erschienen im Februar in Bukarest, auch der griechische Kronprinz machte um diese Zeit der königlichen Familie einen achttägigen Besuch. Soweit es sich um die Aufrechterhaltung des Bukarester Friedens handelte, konnte Rumänien mit Serbien und Griechenland zusammengehen, mehr lag aber nicht in seiner Absicht. Die Pläne des Ministeriums für eine Wahl- und Agrarreform machten wegen der letzteren eine Verfassungsänderung nötig. Nachdem durch Vermittlung des Königs eine Verständigung zwischen den Parteien angebahnt war, wurde die Kammer aufgelöst. Die Wahlen für die Konstituante ergaben keine Zweidrittelmehrheit für die Regierung. Bei der Eröffnung am 18. Juni gedachte der König in der Thronrede auch des Besuches des Kaisers Nikolaus und erinnerte an die „russisch-rumänische Waffenbrüderschaft" von 1877, woraus gewisse Leute politische Folgerungen zu ziehen suchten, an die der König sicher nicht gedacht hatte und die sich auch nicht bestätigt haben. Die Konstituante tagte bis zum 4. Juli, ergab eine leichte Annäherung der Parteien und wählte zwei Kommissionen für die Vorberatung. Wegen der häufigen Grenzzwischenfälle wurde mit Bulgarien ein Abkommen über die Einsetzung einer Untersuchungs- und Vorbeugungskommission vereinbart. Der Ausbruch des Krieges brachte im Lande eine von französischer und russischer Seite durch geistige und finanzielle Einwirkung gesteigerte Aufregung hervor, aber die Regierung ließ sich trotz aller Straßendemonstrationen und dergleichen nicht in das Lager des Dreiverbands hinübertreiben. Nur König Karl erlag den Aufregungen, denen seine geschwächte Gesundheit nicht standzuhalten vermochte. Es ging ihm wie dem Marchese Di San Giuliano und dem Papst Pius X. Er verschied am 10. Oktober, und nur die alles Interesse beanspruchenden Kriegsereignisse hinderten die Welt daran, inne zu werden, daß da ein bedeutender Mensch und ein großer Regent gestorben war. Er war 75 Jahre alt geworden. Sein unerwarteter Tod rief im ganzen Lande einen erschütternden Eindruck hervor. Sein Nachfolger, der zweite Sohn seines ältesten Bruders, Prinz Ferdinand, leistete am 11. den Eid auf die Verfassung. Er ist am 29. August 1865 in Sigmaringen geboren und seit 1903 mit der Prinzessin Maria

von Großbritannien, Tochter des späteren Herzogs Alfred von Sachsen-Koburg-Gotha, vermählt. Er ist Vater von drei Söhnen und drei Töchtern. Die Leiche des Königs Karl wurde am 12. vom Schlosse Pelesch nach Bukarest übergeführt und im Thronsaal öffentlich aufgebahrt. Die feierliche Beisetzung erfolgte am 15. nachmittags im Kloster Curtea Argesch. „Viktorul" widmete dem Könige folgenden treffenden Nachruf: „Der König hat es verstanden, sich zur Friedenszeit ganz der Reformarbeit hinzugeben und hat im Kriege überraschende Beweise soldatischer Tugenden geliefert. So kannte ihn Europa und bewunderte die Fähigkeit, mit der er seinen Lebenszweck verwirklichte. Die Folge war eine allgemeine aufrichtige Verehrung." König Ferdinand erklärte dem Ministerpräsidenten, er werde nicht von dem Vermächtnisse seines Vorgängers abgehen. Das hat er nicht nur gewissen russischen Zumutungen gegenüber bewiesen, sondern auch in seiner Thronrede bei Eröffnung der ordentlichen Parlamentssession am 28. November unter allgemeinem Beifall nachdrücklich betont. Hauptsächlich infolge der geringen militärischen Leistungen Rußlands hatte sich gegen Ende des Jahres die anfängliche Russenfreundschaft im Lande merklich abgekühlt.

Bulgarien. Nach den bitteren Enttäuschungen des Vorjahres ist man sehr vorsichtig geworden, und die im vollen Gegensatz zu den „gelehrten" Parlamentariern gewählte Mehrheit der Bauernpartei ist zwar nicht sehr unterwürfig, aber für eine vernünftige Politik im Innern wie nach außen geeignet. Für den erst seit einem Vierteljahrhundert im Lande lebenden Koburger empfindet man nicht besonders dynastisch, aber man erkennt seine Pflichttreue und seine Bemühungen um die Armee an. An den Folgen der beiden Kriege wird das Land noch lange zu leiden haben, aber die unverwüstliche Kraft und unverdrossene Arbeitslust der Bevölkerung versprechen eine gedeihliche Zukunft. Das Ministerium Radoslawow behielt auch nach den Neuwahlen im März seine gesicherte Stellung und brachte trotz der von den Russophilen geleiteten Obstruktion am 16. Juli seine in Deutschland zu Zwecken der notwendigen Neuanschaffungen aus Deutschland abgeschlossene Anleihe von 250 Mill. in der Sobranje glücklich durch. Das Verhältnis mit Rumänien und der Türkei hatte sich zu einem guten Einvernehmen gestaltet, das auch nach dem Ausbruch des Krieges in Europa für die politische Haltung maßgebend blieb. Weder die dagegen gerichteten, zum Teil unverschämten Agitationen des russischen Gesandten Ssawinski noch die Werbungsversuche Buxtons, des Präsidenten des berüchtigten Londoner Balkankomitees, vermochten daran etwas zu ändern. Bulgarien blieb streng neutral und nahm die Beteiligung der Türkei am Kriege mit Befriedigung auf. Das Verlangen Rußlands auf den Durchtransport von Truppen und auf Benützung bulgarischer Häfen wurde bestimmt abgelehnt. Den Dreiverbandmächten wurde noch Anfang Dezember zu wissen gegeben, daß Bulgarien unbedingt neutral bleiben werde.

Serbien. Die geradezu verbrecherische Politik, die von Belgrad aus seit Jahren betrieben wurde, hat ihren Lohn gefunden. Am Jahresschlusse war das Land eine Stätte der Verwüstung und unsäglichen Elends. Von der vollständigen Vernichtung blieb es vorläufig bloß verschont, weil Österreich-Ungarn schließlich seine gesamten Streitkräfte im Norden notwendiger brauchte. Verantwortlich für alles bleibt der Ministerpräsident Paschitsch, der unfähig, seinem Lande die notwendigen Reformen zu bringen, sich ausschließlich zum Werkzeug Rußlands hergab. Sein Souffleur war wieder der russische Gesandte v. Hartwig, der selbst nichts mehr als ein Sendbote der russischen Nebenregierung und auch Mitwisser des Meuchelmords von Serajewo war. Er starb plötzlich am Herzschlag während eines Besuches in der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft am 11. Juli. Am 24. Juni hatte König Peter, körperlich und moralisch gebrochen, seinem Sohne Alexander die Regentschaft „auf unbestimmte Zeit" übertragen. Er konnte oder mochte die Verantwortung für das Kommende, von dem er wußte, nicht übernehmen.

Montenegro. Die zunehmende Unbeliebtheit des Königs Nikita ob seiner politischen Mißerfolge hatte den früheren russischen Plan, durch einen Bundesstaat zwischen Montenegro und Serbien, letzteres an das Adriatische Meer zu bringen, der Verwirklichung näher gebracht. Vorläufig ist der Krieg dazwischen gekommen, der nicht nach dem Willen der russischen Politik ausgehen dürfte.

Albanien. Beinahe hätte Europa ein neues Fürstentum gesehen, wenn es nicht der Krieg, vielleicht für immer, wieder zerstört hätte. Von der Botschafterkonferenz in London auf Betreiben Österreich-Ungarns und Italiens unter Schwierigkeiten geboren, hatte es im Prinzen Wilhelm zu Wied einen Fürsten erhalten. Er besuchte im Februar die Höfe zu London, Rom, Wien, Berlin und Petersburg und zog am 8. März mit Gemahlin in Durazzo ein. Anfangs ging alles gut, aber bald zeigten sich die Vorboten des Unwetters, dem der Fürst zum Opfer gefallen ist. Es waren vor allem der Geldmangel und die Unbotmäßigkeit der einheimischen, in ihren Bezirken einflußreichen Notabeln. Dazu kamen noch Schwierigkeiten von außen. Griechenland hatte zwar endlich infolge des Verlangens der Mächte Nordepirus geräumt, duldete aber, daß in Südalbanien zahlreiche griechische Banden eindrangen. Im Norden taten serbische Banden unter Duldung und Förderung Serbiens und Montenegros das gleiche. Die unter holländischen Offizieren stehende Gendarmerie und die dem Fürsten treugebliebenen Milizen kamen dagegen nicht auf, in der zweiten Hälfte des Monats Juni griffen die Aufständischen sogar Durazzo an. Trotz aller Schwierigkeiten hätte sich der Fürst doch behaupten können, wenn nicht der Krieg die in Albanien interessierten Mächte gehindert hätte, sich um die jetzt ganz nebensächliche Angelegenheit zu kümmern. Am 3. September verließ der Fürst auf dem italienischen Kriegsschiff „Misurata" Durazzo. Im Lande brachen bald Zwistigkeiten aus, die zu Kämpfen führten. Griechenland besetzte darum Ende Oktober Nordepirus wieder und Italien landete am 25. Dezember in Valona Truppen.

Türkei. Der „kranke Mann" befindet sich auf dem Wege der Genesung, und es ist gute Aussicht vorhanden, daß er wieder gesund und stark wird. Die Jungtürken haben ihm europäische Medizin eingegeben, gute und schlechte. Die gute war die deutsche Disziplin, die den alten osmanischen Soldatengeist, den namentlich Abdul Hamid gänzlich hatte verkümmern lassen, wieder aufleben ließ. Dies führte zur Beseitigung des Sultans. Die schlechte war der französische Parlamentarismus, den das bürgerliche Jungtürkentum aus Paris einschleppte und der unter dem Aushängeschild von Freiheit und Fortschritt nur Partei- und Günstlingswirtschaft brachte. Das Resultat waren die schmählichen Niederlagen gegen Italien und die Balkanstaaten. Auch die besten Freunde der Türkei begannen an der Möglichkeit ihres Wiederauflebens zu zweifeln. Es ist das Verdienst Enver Beis, daß er einsah, nur eine neue deutsche Dosis könne helfen. Er führte auch damit das Heer nach Adrianopel, und seit der Zeit stellte sich das Kraftgefühl, das erste Zeichen der Gesundheit, beim kranken Mann wieder ein. Der Sultan ernannte Anfang Januar Enver Bei zum Kriegsminister und Brigadegeneral. Er ging energisch an die Verjüngung des Offizierkorps, schuf sich dadurch wohl viele Feinde, die Armee hatte er jedoch auf seiner Seite. Die Entscheidung der Mächte über die Ägäischen Inseln wurde mit großem Unbehagen aufgenommen, denn sie ließ der Türkei nur Imbros, Tenedos und Kastelloriza. Doch mußte die Pforte, wenn auch mit einigem Vorbehalt, zustimmen, um nicht die dringend notwendige Anleihe in Paris zu gefährden. Weil sich Griechenland bei der Rückgabe der Inseln sehr unnachgiebig zeigte, machte sich der türkische Unwille an vielen Orten durch Ausschreitungen gegen Griechen Luft; vielfach war das provokatorische Auftreten der Griechen selbst schuld. Die griechische Regierung erhob energischen Einspruch dagegen, und es entstand eine starke Spannung, die aber nicht zu dem vielfach befürchteten Bruche führte. Die geschärfte Lage hatte zu einer Steigerung der schon seit Jahresbeginn herrschenden Flottenbegeisterung geführt und die Regierung zu weiteren Ankäufen von Kriegsschiffen veranlaßt. Die Kammer, die mit ihrer jungtürkischen Mehrheit — nach der zweijährigen Kriegspause — seit dem 14. Mai in großer Ruhe getagt hatte, war am 20. Juli mit der Budgetberatung fertig geworden und wurde am 3. August geschlossen. Der Präsident betonte, in dem gegenwärtigen schwierigen Augenblicke hätten alle Osmanen die Pflicht, dem Throne wie ein Mann zur Seite zu stehen und sich der Verteidigung des Vaterlandes zu widmen. Am folgenden Tage gab die Regierung bekannt, daß zur Wahrung der Neutralität die Dardanellen für fremde Schiffe geschlossen seien. Die Sympathien der Türken standen von vornherein auf der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns, was ihr beim Dreiverband übel vermerkt wurde. Als dann auch die deutschen Kreuzer „Göben" und „Breslau", die sich ihren überlegenen Gegnern durch eine kühne Fahrt nach den türkischen Gewässern entzogen hatten, im Bosporus Aufnahme gefunden hatten, hörten die Schikanen nicht auf. Die Türkei erkannte unter allen Mächten zuerst, daß der Dreiverband nicht die eingebildete militärische Überlegenheit besaß, und sah die Stunde gekommen, sich von ihren langjährigen und noch dabei Freundschaft heuchelnden Bedrängern, England und Rußland, freizukämpfen. Nur an der Seite ihrer wahren Freunde, Deutschland und Österreich-Ungarn, denen jene die Vernichtung androhten, konnte die Türkei die eigene Zukunft sichern. Unter jubelnder Zustimmung der Bevölkerung erklärte die Pforte am 30. Oktober den Krieg. Am 1. Oktober waren die ausländischen Postämter aufgehoben, auch für diesen Tag die in den sogenannten Kapitulationen festgesetzten Vorrechte der Ausländer gekündigt worden, doch sollte vorläufig die Konsulargerichtsbarkeit noch bestehen bleiben. Am 13. Dezember traf Feldmarschall Frhr. v. d. Goltz in Konstantinopel ein, den der Sultan vom Kaiser Wilhelm als militärischen Vertrauensmann erbeten hatte. Er war schon bei der am nächsten Tage erfolgenden Eröffnung des Parlaments anwesend.

Griechenland. Das Königreich hatte zwar durch den Krieg an Ansehen sehr gewonnen, litt aber deswegen unter großen Geldschwierigkeiten. Der König war sehr beliebt und am 19. April wurde ihm unter großen Feierlichkeiten vom Ministerpräsidenten Weniselos ein Marschallsstab überreicht. König Konstantin sprach dabei in bewegten Worten seinen Dank an alle aus, die mit ihm zur Erkämpfung des Sieges beigetragen haben. Weniselos machte im Frühjahre eine Rundreise durch die Hauptstädte aller Großmächte und wurde überall von den Landesoberhäuptern mit Auszeichnung aufgenommen. In der bereits erwähnten Frage der Ägäischen Inseln, die sich übrigens seit dem Kriege in griechischem Besitz befinden, war mit der Türkei bis zum Jahresschlusse ungeachtet der Vermittlung Rumäniens noch keine Einigung zu stande gekommen. Am 29. Oktober wurde die Silberne Hochzeit des Königs und der Königin im ganzen Lande, mit besonderer Herzlichkeit aber in Mazedonien, gefeiert. Beim Kriegsausbruch erklärte sich Griechenland neutral, ein großer Teil der Presse stand aber so stark unter den bekannten Einflüssen des Dreiverbands, daß Weniselos am 1. Oktober in der Kammer seine Mißbilligung darüber aussprach. Auch die Teilnahme der Türkei am Kriege änderte nichts an der neutralen Haltung, und das wiederholte Ansuchen Englands und Frankreichs um ein Expeditionskorps nach Ägypten, wurde abgelehnt.

Amerika.

Vereinigte Staaten. In unserer unvollkommenen Welt wird immer wieder die Erfahrung gemacht, daß sich der Idealist in verantwortlicher politischer Stellung stets als ungeeignet und verfehlt erweist. Welche Hoffnungen waren nicht an die Wahl Wilsons geknüpft worden, und wie wenig hat sich erfüllt. Nach seiner erst anderthalbjährigen Präsidentschaft hat sich bei den Wahlen im November die bisherige demokratische Mehrheit im Repräsentantenhause von 145 auf 20 Stimmen herabgemindert, und die Republikaner rechnen mit Sicherheit auf den Sieg bei der nächsten Präsidentenwahl. Das bedeutet eine sehr kurze demokratische Herrlichkeit, und Wilson und seine nächsten Spießgesellen trifft die Schuld und Verantwortung dafür. Es ist ja richtig, daß nach jedem großen Umschwung ein Rückschlag eintritt, weil die neue Ordnung der Dinge niemals alle Hoffnungen erfüllen kann, die darauf gesetzt worden sind. Wenn aber ein politischer Umschlag so stark ist und so frühzeitig erfolgt, so müssen die Fehler in den handelnden Personen liegen. Wilson hatte die Herrschaft seiner Partei mit reichlichen Versprechungen eingeleitet, aber seine Tarifreform brachte keineswegs die erwartete Verbilligung der Lebensmittel, und in seiner mexikanischen Politik entfaltete sowohl er wie sein Staatssekretär Bryan einen selbst für amerikanische Anschauungen nicht mehr erträglichen staatsmännischen Dilettantismus. Der europäische Krieg gab ihm vollends den Rest, denn die ausschließlich inneren Angelegenheiten zugewandte Demokratie der Vereinigten Staaten ist für irgend eine weitsichtigere Auffassung der Fragen der großen Politik wenig veranlagt. In dieser Richtung haben die Republikaner stets mehr die Auffassung des Volkes zu treffen verstanden. Das zeigt sich auch jetzt schon, um so mehr als gerade unter dem Druck der Weltereignisse sich die Republikaner wieder zusammengeschlossen und Roosevelt abgeschüttelt haben, der ja eigentlich nur zur Förderung seiner persönlichen Eitelkeitsinteressen die Spaltung der Partei über die inneren Fragen begründet hatte. Übrigens hat sich Wilson bemüht, einige von seinen Vorgängern begangene Fehler gutzumachen. In früheren Zeiten nahmen die Vereinigten Staaten überhaupt den Standpunkt ein, daß sie sich um die Wünsche anderer Regierungen nicht zu kümmern brauchten. Das brachte auch weiter keine Störungen, weil die Union sich nicht an der Weltpolitik beteiligte. Seitdem sie aber Weltmacht geworden ist und beansprucht, überall die amerikanischen Interessen schützen und fördern zu müssen, liegen die Sachen anders. Der frühere oft sehr hemdärmelige Ton kann nicht gut beibehalten werden, denn das führt zu lästigen Spannungen, wenn diese auch bei der durch Meere geschützten Lage des Landes nicht leicht zum Kriege führen können. Auch ist trotz dieses natürlichen Schutzes eine rücksichtslose Politik, die nur den eigenen Vorteil in Betracht zieht, nicht mehr aufrechtzuerhalten. Darum drang Wilson darauf, daß die Befreiung der nordamerikanischen Schiffe von den Abgaben für die Benützung des Panamakanals wieder aufgehoben werde. Diese Maßregel war ein durch nichts zu entschuldigender Bruch des Hay-Pauncefote-Vertrages. Es ist Wilson nach langen Kämpfen auch gelungen, den Einfluß der Reeder auf den Kongreß zu überwinden und trotz aller Winkelzüge der Interessenten im Repräsentantenhause und im Senate seine Absicht durchzusetzen.

Er kündigte diese Absicht am 5. März dem Kongreß persönlich durch Verlesung einer kurzen aber eindrucksvollen Botschaft an. Die Tribünen waren dicht besetzt, und Wilson wurde mit großem Beifall empfangen, obwohl es höchst zweifelhaft war, ob er in dieser Sache das Haus hinter sich hatte. Er mußte auch ausdrücklich für unwahr erklären lassen, daß seine Panamapolitik auf einer Vereinbarung mit England beruhe. Als Beweis für das ernste Bestreben, die demokratische Partei zu reformieren, muß gelten, daß am 10. März der demokratische Klub in New York beschloß, den Häuptling Murphy von Tammany-Hall samt vier Helfershelfern aus der Partei auszuschließen. Tammany-Hall war von jeher ein Schandfleck der Partei gewesen. Während Wilson sich anschickte, mit Mexiko Krieg anzufangen, herrschte in einem Teile des Landes selbst ein erbitterter Bürgerkrieg. Der Staat Colorado befindet sich vollständig in den Händen großer Industriegesellschaften, die es auch verstanden haben, sich die Regierung dienstbar zu machen. Schon vor einigen Jahren war es dort zu blutigen Aufständen gekommen, und die Miliz hatte alles niedergeknallt und vertrieben, was sich dem Willen der Besitzer nicht fügen wollte. Im April war wieder ein Streik der Bergleute der Fuel- and Iron-Company, die von Rockefeller „kontrolliert" wird, ausgebrochen, die sieben Forderungen aufstellten, von denen fünf gesetzlich ausdrücklich berechtigt waren und zwei den Gesetzen nicht widersprachen. Rockefeller lehnte sie aber alle ab, weil er angeblich den Arbeitern ihre „Freiheit" erhalten wolle, damit sie nicht unter die Knechtschaft der Gewerkschaften gerieten. In Wirklichkeit widersetzten sich die Arbeiter aber nur einem von den Unternehmern ausgeübten Truck- und Ausbeutungssystem. Es kam zum Streik und zu Zusammenstößen mit Streikbrechern. Die Miliz schoß wieder alles nieder und verschonte nicht Weib und Kind. Die Geschichte war ärger wie die Vorfälle in den Goldgruben an der Lena in Sibirien und sie ereignete sich im „freien" Amerika. Die Bundesregierung hat da freilich nichts hineinzureden, denn das ist Sache des Einzelstaates. — Mitte Mai begann der regelmäßige Schlepperdienst durch den Panamakanal. Am 15. Juni war das Gesetz über die Gleichheit der Schiffsgebühren im Kanal endgültig angenommen und von Wilson unterzeichnet worden. Es war

sein Werk, und er war oft deswegen Knecht Englands gescholten worden, auch von Mitgliedern der eigenen Partei, die sich gespalten hatte, so daß die Annahme des Gesetzes den Stimmen einiger Republikaner zu danken war. Am 15. August wurde der Verkehr im Panamakanal für Schiffe von nicht mehr als 30 Fuß Tiefgang freigegeben, und der nordamerikanische Kriegsdampfer „Ancon" legte die Durchfahrt in elf Stunden zurück. Die offizielle Eröffnung soll im März 1915 erfolgen. Nach Ausbruch des Krieges in Europa bestimmte Wilson, daß unter Benützung gewisser Formalitäten die Kriegsschiffe aller kriegführenden Staaten den Panamakanal zur Durchfahrt benützen können, doch dürfen sie sich im Kanal selbst nur mit den zum Leben unbedingt nötigen Lebensmitteln versehen.

Der Krieg traf auch die Vereinigten Staaten gänzlich unerwartet, und die Stimmung wurde, da die deutschen Kabel unterbrochen worden waren, ausschließlich durch die Lügennachrichten der Londoner und Pariser Bureaus beeinflußt. Da Österreich-Ungarn und Deutschland den Krieg erklärt hatten, fiel es nicht schwer, bei allen in auswärtigen Angelegenheiten Unerfahrenen den Glauben zu erwecken, daß sie auch die Kriegshetzer gewesen seien. Da eine sehr schwere Geschäftsstockung durch den Krieg eintrat, waren die davon Betroffenen hinterher überhaupt nicht wieder davon abzubringen, selbst als sich das Lügengewebe im Licht der Wahrheit nicht mehr halten ließ. Dazu sind die Angloamerikaner dem deutschen Konkurrenten stets ebenso innerlich feindlich gewesen wie die Briten selbst und glaubten steif und fest an die Niederlage der verbündeten Kaisermächte. Die Deutschamerikaner hatten demgegenüber einen schweren Stand, der sich erst besserte, als sie durchgesetzt hatten, daß die deutschen Nachrichten auch übermittelt wurden. Es entstand eine ähnliche Lage wie in der Schweiz, nur mit dem Unterschiede, daß die Deutschamerikaner rückhaltlos und begeistert für das Mutterland eintraten. Präsident Wilson erklärte selbstverständlich die Neutralität der Union und erließ auch eine dringende Mahnung, nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach neutral zu sein. Die Versuche der Dreiverbandsmächte, ihre Vorräte an Waffen und Munition in den Vereinigten Staaten zu decken, kamen nicht recht in Schwung, da die Regierung, wenn auch nicht amtlich, Widerspruch dagegen erhoben hatte. Kurz vor den Wahlen, am 15. Oktober, erließ aber Staatssekretär Bryan eine Erklärung über Neutralität und Konterbande, worin ausdrücklich festgestellt wurde, daß nach dem Völkerrecht dem Verkauf von Kriegsmaterial durch Private an Kriegführende nichts entgegenstehe. In diesem „Geiste der Neutralität" haben denn auch die Nordamerikaner weiterhin gehandelt, obgleich tatsächlich eine Unterstützung des Dreiverbands und eine Benachteiligung Deutschlands und Österreich-Ungarns damit verbunden war und obgleich deshalb die Deutschamerikaner und zahlreiche andere rechtlich denkende Amerikaner lebhaft dagegen protestierten. Aber Geschäft ist Geschäft, mochte Bryan denken, und gute Wahlen sind in der Republik die Hauptsache. Die Schwenkung hat freilich die demokratische Partei bei den Novemberwahlen nicht mehr vor dem Rückgang bewahren können. Es kam nur noch eine kleine Mehrheit für sie heraus. Die dritte Partei, die Roosevelts, erlitt eine vernichtende Niederlage, und das in sieben Staaten zur Abstimmung stehende Frauenstimmrecht wurde überall abgelehnt. Die Demokraten behaupteten, sie seien mit dem Ergebnis der Wahlen zufrieden, denn noch nie habe eine Regierung in der Union nach einer bedeutenden Herabsetzung der Zölle eine Mehrheit von dreißig Stimmen erhalten.

Der Kongreß trat am 9. Dezember wieder zusammen. In seiner Botschaft bemerkte Wilson, der Krieg vernichte eine erschreckend große Zahl von Menschenleben und von wirtschaftlichen Hilfsquellen. Die europäischen Völker müßten auf den Handel und die Industrie der Vereinigten Staaten rechnen, um ihre erschöpften Vorräte wieder zu ergänzen. Hoffentlich möge Amerika Gelegenheit finden, durch seine Vermittlung den Frieden wiederherzustellen. Die Vereinigten Staaten hätten einen großen Irrtum begangen, als sie die Entwicklung ihrer Handelsflotte hinderten. Jetzt brauche man Schiffe und habe keine. Über die Landesverteidigung sagte er: Wir sind zwar gerüstet, wollen aber Amerika nicht in ein bewaffnetes Lager verwandeln. Er sprach sich für eine freiwillige Bürgerwehr aus. Man wisse heutzutage nicht, was für eine Art Flotte man bauen solle. Nach dem Bericht des Staatssekretärs für den Krieg bestand die mobile Armee aus 1495 Offizieren und 29.405 Mann, die organisierte Miliz aus 8323 Offizieren und 119.087 Mann. Er empfiehlt die sofortige Bewilligung von weiteren 25.000 Mann und 1000 Offizieren. Der Staatssekretär des Schatzamtes legte das Budget mit 398 Millionen Ausgaben vor, 6 Millionen weniger als im Vorjahre. Die Art der englischen Kriegführung zur See, die Einmischung in den amerikanischen Handel, die Erweiterung der Konterbandeliste, die Beschlagnahme und die Durchsuchung amerikanischer Handelsschiffe hatte trotz aller Sympathien für England in den Vereinigten Staaten stark verschnupft. Bryan richtete deshalb nach Weihnachten eine ziemlich heftige Protestnote an England, die er auch gleich veröffentlichen ließ. Das imponierte zwar in den Vereinigten Staaten sehr, aber nicht in England, wo man weiß, daß ihm die Union nichts tun kann.

Mexiko. Die Politik des Abwartens, die Wilson notgedrungen hatte einschlagen müssen, weil die Union zum militärischen Einschreiten gar nicht die Mittel besitzt, hatte zu keinem Ergebnis geführt, und darum hob er im Januar das Verbot der Waffenausfuhr an die mexikanischen Insurgenten auf. Das entsprach zugleich seiner persönlichen Ansicht, den energischen Präsidenten Huerta unmöglich zu machen, wie der grundsätzlichen Politik der Union, Mexiko durch innere Unruhen zu entkräften, damit sie ungehindert bis zum Panamakanal herrschen kann. Dabei spielt auch die Furcht vor Japan eine Rolle, von dem man befürchtet, es könne mit einem kräftigen Mexiko ein Bündnis eingehen, und von dem Wilson behauptete, es liefere Huerta Waffen. Die Beziehungen der Union zu Japan sind wegen der Einwanderungsfrage schon seit langer Zeit ohnehin gespannt. Im Februar

entstand großer Lärm, weil der Rebellengeneral Villa, der aus den Vereinigten Staaten seine Waffen bezog, den Engländer Benton hatte erschießen lassen. Man machte Wilson dafür moralisch verantwortlich, da die Vereinigten Staaten den Schutz der Engländer in Mexiko ausdrücklich übernommen hatten und auch, nach ihrer Auslegung der Monroelehre, selbstverständlich dazu verpflichtet waren. Es entstand eine Spannung zwischen England und der Union, aber beide waren gar nicht in der Lage, militärisch in Mexiko einzuschreiten. Huerta protestierte bei den Mächten gegen die Waffenlieferung aus den Vereinigten Staaten. Wilson schob in seiner Hilflosigkeit alles auf die lange Bank, und die Regierung beschloß, es sei noch nicht Zeit, die Politik der Union zu ändern. In Mexiko ging inzwischen die Verwirrung weiter, im Süden revoltierte Zaplata, im Norden Carranza, dazwischen Villa, jeder auf eigene Faust. In den namhaftesten Häfen lagen Kriegsdampfer der europäischen Mächte zum Schutze ihrer Staatsangehörigen. Mitte April sandte auch Wilson das atlantische Geschwader nach Tampico und Veracruz ab, natürlich gegen Huerta, weil die amerikanische Flagge nicht respektiert worden sei. Huerta erklärte sich zur Genugtuung bereit, verlangte aber gegenseitigen Salut. Daraufhin wurden nordamerikanische Truppen in Veracruz gelandet, und Huerta sandte dem Gesandten der Union seine Pässe zu, aber auch Carranza protestierte gegen die Verletzung mexikanischen Bodens durch die Besetzung von Veracruz. Am 24. nahm der Senat in Washington die Freiwilligenvorlage an, die den Präsidenten ermächtigte, die Miliz einzuberufen. Es sah so aus, als ob die Vereinigten Staaten sich wirklich anschickten, die Liquidierung der mexikanischen Masse in die Hand zu nehmen. Im Senat hatte man unter Roots Einfluß auch die lächerliche Auffassung Wilsons und Bryans ausgemerzt, nach der der Kampf ausschließlich gegen Huerta geführt werden solle. In Mexiko stieg die Aufregung, in der Hafenstadt Galveston mußten Mannschaften vom deutschen Kreuzer „Dresden" geflüchtete Nordamerikaner vor der wütenden Menge in Schutz nehmen. Die Sache sah schon sehr gefährlich aus. In Südamerika hatte man das Vorgehen der Union mit großem Argwohn verfolgt, und jetzt traten Argentinien, Brasilien und Chile (die sogenannten ABC-Staaten) mit einem Vermittlungsvorschlag hervor. Obgleich dieser Freundschaftsdienst von Staaten, die man eigentlich bevormunden wollte, der nordamerikanischen Auffassung von der Monroelehre direkt widersprach, blieb den Männern in Washington doch nichts übrig, als darauf einzugehen, um so mehr da die Mächte in diesem Sinne wirkten. Die unter Schwierigkeiten zu stande gekommene Konferenz trat am 20. Mai in Niagara-Falls in Kanada zusammen und schloß am 2. Juli mit der Entscheidung, daß Mexiko keine Kriegsentschädigung zu bezahlen und keinen Salut zu leisten hat, sowie daß ihm die Regelung seiner inneren Angelegenheiten überlassen werde. Im Nebenprotokoll wurde bemerkt, daß Huerta zurücktritt, und daß Veracruz bis zum völligen Friedensschluß noch von den Nordamerikanern besetzt bleibt. Ein Triumph der Union lag in dem Übereinkommen nicht, denn die ABC-Staaten hatten ihre Ansicht durchgesetzt. Am 16. dankte Huerta ab und verließ das Land, der Minister des Äußern Carbayal leistete den Eid als Präsident. Es war von vornherein klar, daß das Land nicht damit zur Ruhe kommen werde. Das lag auch gar nicht in der Absicht der Vereinigten Staaten, die den früheren nordamerikanischen Unteroffizier, jetzt „General", Villa zum Präsidenten hatten haben wollen. Die eigentliche Macht im Lande lag in den Händen Carranzas, zu dessen Gunsten Carbayal zurücktrat. Aber dieser konnte der Wirren nicht Herr werden, die Kämpfe dauerten fort, auch Vermittlungsversuche der Vereinigten Staaten zwischen Carranza und Villa hatten keinen Erfolg. Villa ließ den General Gutierez zum provisorischen Präsidenten wählen, der Carranza für einen Rebellen erklärte, auch General Gonzales ernannte sich am 2. Dezember zum provisorischen Präsidenten. So besaß das Land am Ende des Jahres drei Präsidenten, drei Armeen und drei Hauptstädte.

Panamerikanisches. Die panamerikanische Idee hat keine Fortschritte gemacht, am wenigsten im Sinne der Rooseveltschen Auslegung der Monroelehre. Diese wollte das Recht der obersten Polizeiaufsicht durch Uncle Sam mit dem dicken Stocke über den ganzen westlichen Weltteil, schränkte die Souveränität der übrigen Republiken ein und wollte den europäischen Mächten das Recht des Einschreitens zum Schutze geschädigter Untertanen völlig nehmen. Das mit seiner Eifersucht gegen Deutschland vollauf beschäftigte stolze Albion hat freilich kein Verständnis dafür und hat die Rooseveltsche Theorie förmlich anerkannt, indem es sich im Februar wegen der Ermordung des Pächters Benton an die nordamerikanische statt an die mexikanische Regierung wendete. Die ABC-Staaten sind aber über die Lage klarer und haben gerade bei der mexikanischen Angelegenheit gezeigt, wie wenig sie vom dicken Stocke wissen wollen. Sie fühlen sich vor europäischen Angriffen sicher und schätzen darum die ihnen aufgedrängte Monroelehre nicht hoch ein. Dagegen mißtrauen sie den Vereinigten Staaten, weil sie diese Lehre als Vorwand zu Eingriffen benützen, wenn es ihnen gerade paßt. Namentlich das Verhalten der Union gegen Chile in den Neunzigerjahren, die Behandlung, die Columbien durch Roosevelt erfahren hat, und der Versuch, über die Republiken Mittelamerikas ein Finanzprotektorat zu errichten, haben dieses Mißtrauen hervorgerufen. Darum griffen die südamerikanischen Republiken ein, als es schien, als sollte Mexiko eine Eroberung der Vereinigten Staaten werden. Das würde übrigens eine schwere Leistung geworden sein, denn gegen die Nordamerikaner halten die Mexikaner alle zusammen. Die Yankees wissen das auch und waren darum im Herzen höchst unzufrieden mit Wilsons Politik, der die Lage bis zum Ernst gespannt hatte, während man doch bisher mit der Dollardiplomatie auch in Mexiko weitergekommen war. Davor hat auch das Eingreifen der ABC-Staaten Mexiko nicht bewahren können, wie die Folge gezeigt hat, ihr Mißtrauen ist darum aber eher stärker geworden und der Panamerikanismus hat nichts gewonnen. Im

Norden ist man über diese Stimmung wohl unterrichtet, kümmert sich aber aus Hochmut wenig darum. Wilson wollte aber deswegen das Unrecht wieder gutmachen, das Roosevelt bei der Losreißung Panamas der Republik Columbien angetan hatte. Columbia hatte damals einen Anteil vom Kaufpreis erhalten sollen, ihn aber abgelehnt und auf einen Schiedsspruch angetragen, was in Washington schroff zurückgewiesen wurde. Das hatte damals viel böses Blut gemacht. Wilson wollte nun die schwer beleidigte Republik versöhnen. Am 6. April kam in Bogota ein Vertrag zu stande, in dem sie eine geringe Gebietszurückerstattung, 25 Millionen Dollars Entschädigung und einige kleine Vorrechte auf dem Kanal zugesprochen erhielt. Die Sache machte zwar einen guten Eindruck, hielt aber die großen lateinischen Republiken nicht ab, sich kurz darauf in den Handel der Union mit Mexiko einzumischen. Denn im Interesse ihrer Selbständigkeit mußten sie sich fragen, wer wohl der nächste sein würde, wenn sie in Mexiko ruhig zusähen. Chile beantragte auch die Verschiebung des fünften panamerikanischen Kongresses, der im September in Santiago stattfinden sollte, wegen des Konflikts der Union mit Mexiko.

Von den romanischen Republiken. Ein besonderes Ereignis für die größeren südamerikanischen Staaten war der Besuch eines größeren deutschen Geschwaders und danach die Erholungsreise des Prinzen Heinrich von Preußen mit Gemahlin. Das Geschwader bestand aus den neuen Linienschiffen „Kaiser" und „König Albert" sowie dem Turbinenkreuzer „Straßburg". Es stand unter dem Kommando des Konteradmirals v. Rebeur-Paschwitz, war am 9. Dezember 1913 von Wilhelmshaven ausgefahren und nach einem Besuch der Kolonien Togo, Kamerun und Südwestafrika am 15. Februar vor Rio de Janeiro eingetroffen. Man fand sich in Brasilien durch den Besuch eines so ausgezeichneten Geschwaders der neuesten und größten Schiffe sehr geehrt, ein brasilianisches Geschwader fuhr zum Empfang entgegen, die Bevölkerung begrüßte die Gäste sehr warm und machte von der Freigabe des Besuches der Schiffe eifrigen Gebrauch. Die größte Freude hatte selbstverständlich die deutsche Kolonie über den stattlichen Besuch aus der Heimat. Konteradmiral v. Rebeur-Paschwitz wurde am 20. vom Präsidenten der Republik empfangen und überbrachte Grüße des Kaisers Wilhelm. Am nächsten Tage machte der Präsident mit seiner Gemahlin und dem Marineminister dem deutschen Geschwader einen Besuch, besichtigte die Schiffe eingehend und nahm an einem ihm zu Ehren gegebenen Frühstück an Bord des „Kaiser" teil. Auf Einladung des Präsidenten waren die deutschen Offiziere in den nächsten Tagen bei einem Gartenfest in Petropolis und bei der Vereidigung der Marinerekruten anwesend. Außerdem waren sie wiederholt Gäste der brasilianischen Flottenoffiziere und der deutschen Kolonie, die auch den Mannschaften Festlichkeiten bereitete. Das Geschwader ging am 25. wieder in See und erreichte Buenos-Aires am 5. März. Der Präsident der Republik Saenz Pena war schwer erkrankt und stürmisches Wetter beeinträchtigte die veranstalteten Festlichkeiten, die im übrigen ebenso herzlich verliefen wie in Brasilien. Die Anwesenheit des Geschwaders war für die Bevölkerung der Hauptstadt, namentlich aber für die deutsche Kolonie, ein großes Ereignis. Am 9. begab sich das Geschwader nach Montevideo, wo Kapitän z. S. v. Trotha an Stelle des erkrankten Konteradmirals v. Rebeur-Paschwitz am 11. vom Präsidenten Battle empfangen wurde. Auch hier folgte eine Reihe von Festlichkeiten, worauf die Weiterfahrt durch die Magelhaensstraße nach Chile angetreten wurde.

Am 10. waren Prinz Heinrich und Gemahlin auf dem neuen Dreischraubenschnelldampfer „Kap Trafalgar" von Hamburg ausgefahren und über Southampton, Vigo und Lissabon nach fröhlicher Fahrt, bei der auch die „Äquatortaufe" nicht fehlte, am 26. in Rio de Janeiro angekommen. Prinz Heinrich machte dem Präsidenten Hermes da Fonseca einen Privatbesuch und empfing dessen Gegenbesuch an Bord. Nach einem Ausflug fand im Ministerium des Äußern ein Diner statt, bei dem auch der Präsident und seine Gemahlin anwesend waren. Nach dem Empfang der deutschen Kolonie reiste Prinz Heinrich nach Buenos-Aires weiter, wo der „Kap Trafalgar" am 29. anlangte. Prinz und Prinzessin gingen nachmittags an Land, wurden von den deutschen Vereinen feierlich begrüßt und machten eine Automobilfahrt. Am folgenden Vormittag wurden die deutschen Schulen und Wohltätigkeitsanstalten besichtigt, nachmittags machte Prinz Heinrich dem Vizepräsidenten De la Plaza einen Besuch und erhielt dessen Gegenbesuch an Bord. Abends war beim Vizepräsidenten ein Diner, bei dem freundliche Toaste gewechselt wurden. Am 31. fuhren Prinz Heinrich und Gemahlin mit der Andenbahn nach Santiago de Chile, wo sie am 2. April feierlich empfangen wurden. Abends fand ein Festbankett statt. Am folgenden Tage war große Militärparade, abends gab Prinz Heinrich ein Diner, an dem auch Präsident Barros Luco teilnahm. Es wurden sehr freundschaftliche Trinksprüche ausgebracht. Am 4. begab sich Prinz Heinrich nach Valparaiso, um im dortigen Hafen die Parade über das chilenische und das seit dem 26. März in den chinesischen Gewässern weilende deutsche Geschwader abzunehmen. Die deutschen Kriegsschiffe hatten auch in Chile das lebhafteste Interesse erregt und zahlreichen Besuch erhalten. Nach der glänzend verlaufenen Parade fuhr der Prinz nach Buenos-Aires zurück, wo er nach kurzem Aufenthalt in Alberdi am 7. eintraf, am folgenden Tage Ausflüge und Besuche machte und abends dem Vizepräsidenten zu Ehren ein Bankett gab. Der 10. April war einem Besuch in Montevideo gewidmet, wo Prinz Heinrich und Präsident Battle Ordoney Besuche austauschten. Das prinzliche Paar besichtigte dann die Stadt und abends veranstaltete der Präsident ein Bankett. Am folgenden Tage wurde an Bord des „Kap Trafalgar" die Heimreise angetreten und am 13. Rio de Janeiro erreicht. Besuche und Empfänge (meist von und bei Deutschen), ein Ausflug nach dem Corcovadoberge und abends ein glänzender Empfang beim Präsidenten Hermes da Fonseca füllten den Tag aus. Damit war der Aufenthalt in Süd-

amerika zu Ende, der namentlich für die dort lebenden Deutschen ein freudiges Ereignis und eine Auffrischung des Stammesgefühls bildete, wie es vor zwölf Jahren die Reise des Prinzen durch Nordamerika für die dortigen Deutschen der Fall gewesen war. Über die Deutschen in Südamerika sollten bald schwere Tage kommen. Beim Ausbruch des Krieges, der den starken wirtschaftlichen Niedergang noch steigerte, trat unter dem Einfluß der bekannten Lügennachrichten die eingewurzelte Vorliebe für die Franzosen — nicht für die Engländer — in einer leidenschaftlichen Parteinahme gegen Deutschland zu Tage. Erst die nicht zu verhehlende Kunde von den unzweifelhaften Mißerfolgen des Dreiverbands hatte gegen Jahresschluß wenigstens einem Teile der gebildeteren Klassen eine gerechtere Auffassung ermöglicht, die Massen glaubten aber weiter der Lügenpresse.

In Brasilien wurde im Februar der bisherige Vizepräsident Dr. Wenceslao Braz zum Präsidenten gewählt. Wegen Unruhen im Staate Ceara wurde am 5. März über Rio de Janeiro zeitweise der Belagerungszustand verhängt. Die Unruhen wurden unterdrückt und der Kongreß konnte am 4. Mai in aller Ruhe eröffnet werden. Infolge des wirtschaftlichen Rückganges machte sich wieder eine Anleihe nötig. Der Krieg schädigte den Handel und Schiffsverkehr stark und es mußte ein Moratorium erklärt werden. Die dadurch gesteigerte Mißstimmung gegen Deutschland suchte der aus Paris abgesandte Caillaux zu Gunsten des französischen Handels auszunützen und wurde auch am 14. Dezember vom Präsidenten Braz empfangen. — In Argentinien war ein wirtschaftlicher Niedergang eingetreten, wie ihn das Land seit sechzig Jahren nicht gesehen hatte. Trotzdem wies das Budget noch keinen Fehlbetrag auf. Am 12. August verschied nach längerer Krankheit der Präsident Saenz Pena, eine hervorragende politische Persönlichkeit. Er hatte sich als Soldat, als Mann der Wissenschaft und als Politiker sowie als höchst ehrenwerter Charakter bewährt. Zahlreiche Reformen im Innern, die Annäherung an Brasilien und Chile sowie die ausgezeichneten Beziehungen zu Deutschland waren sein Werk. Sein Nachfolger Viktorin De la Plaza ist zwar schon 76 Jahre alt, aber noch sehr tatkräftig und hat schon längere Zeit die Geschäfte im Sinne seines Vorgängers geführt. Der Krieg steigerte die ungünstige wirtschaftliche Lage zeitweise zur Panik, doch griff die Regierung energisch ein, und namentlich die deutsche Bank bewährte sich, während die französische geschlossen blieb. — In Chile hat der Krieg durch das fast vollständige Aufhören der Salpeterausfuhr und den Stillstand der Kupfererzeugung sowie das Versagen der Banken (die italienische machte sogar Bankrott) eine große Verwirrung der Staatsfinanzen und eine Panik in Kaufmannskreisen bewirkt. Die Maßregeln der Regierung zur Abhilfe haben nur teilweise einen Erfolg gehabt. — Peru hatte wieder eine Revolution. Am 3. März wurde der im September 1912 gewählte Präsident Dr. G. C. Billinghurst im Palast zu Lima durch eine Militärrevolte unter Führung des Obersten Benavides gefangen genommen und außer Landes gebracht. Beim Straßenkampf gab es 50 Tote. Im Kongreß hatte Billinghurst viel Widerstand gefunden, hauptsächlich weil er der üblichen Verschleuderung öffentlicher Gelder entgegenarbeitete. Man beschuldigte ihn der Verfassungsverletzung. Benavides wurde sofort von Wilson anerkannt, obwohl es bei seiner Wahl sicher nicht verfassungsmäßiger zugegangen war wie bei der Huertas in Mexiko. In Peru suchte die Union freilich gerade keine Händel. Die Kammer in Lima konnte sich über den Umschwung nicht einigen und verlangte neue Wahlen, die anderen Präsidentschaftskandidaten protestierten noch Ende Mai gegen Benavides, der aber die Armee für sich hatte. Die Krise nach dem Kriegsausbruch hat eine ganze Reihe von Fabriken und Werkstätten zum Stillstand gebracht. — Ecuador ist im Besitz der Galopagos-Inseln. Das ist sein Unglück, denn die Vereinigten Staaten wollen sie zur Sicherung des Panamakanals haben, aber möglichst billig. Der ehrenhafte Präsident Leonidas de Plaza ging auf den Handel nicht ein. Da brach am 22. Dezember 1913 eine Revolution gegen ihn aus, die er erst Ende des Frühjahres mit Hilfe seiner durch deutsche Offiziere geschulten Truppen niederzuwerfen vermochte.

Asien.

Indien. Ohne daß man nahe Erschütterungen in Aussicht zu nehmen braucht, läßt sich doch nicht verkennen, daß Unzufriedenheit und Gärung eher zu- als abnehmen. So weit diese das Werk der sogenannten Intellektuellen sind, ist ihnen kein besonderer Wert beizulegen, denn darüber kommt bei den modernen Preßverhältnissen immer mehr in die Zeitungen, als ihrer Bedeutung zukommt. Die britische Regierung scheint diesen Dingen auch nicht viel Beachtung zu schenken und hat sich bisher auf die gerichtliche Verfolgung der Verschwörungen und Meuchelmorde beschränkt. Größere Sorgfalt wendet sie dem indischen Mohammedanismus zu, dessen Gegensatz zu den Hindus die Grundlage ihrer Herrschaft bildet. Sie hat darum auch stets den Schein der Freundschaft mit dem Sultan, dem Kalifen, gewahrt. In den letzten Jahren hat aber der Geist der Unzufriedenheit in einzelnen Kreisen der Mohammedaner Platz gegriffen, und darum gelten nicht alle Regimenter für zuverlässig. Diese bilden eine nicht geringe Gefahr. Daß seit dem Ausbruch des Krieges die britische Regierung das Nachrichtenwesen nach Indien unter strengster Zensur hält, hat nichts zu bedeuten, denn sie belügt ja auch die ganze übrige Welt. Seit der Kriegserklärung der Türkei erfüllt es noch den besonderen Zweck, die

Mohammedaner darüber möglichst im unklaren zu lassen. Als der unerwartete Gang der Kriegsereignisse mehr englische Truppen nötig machte, als das Mutterland aufzubringen vermochte, wurden auch zahlreiche indische Regimenter nach Frankreich, Ägypten und Ostafrika gebracht. Die unzuverlässigen wurden dabei bevorzugt, und ihre Zahl dürfte nicht gering gewesen sein, denn man hat zum teilweisen Ersatz sogar mehrere Divisionen der britischen Territorialarmee nach Indien senden müssen, die doch billiger und rascher in Europa hätte verwendet werden können, wenn der Austausch nicht notwendig gewesen wäre. Obgleich die Kunde vom heiligen Kriege auch nach Indien gedrungen war, hat man von dort, wie von andersher, über eine größere Bewegung im Islam noch nichts vernommen als unbestätigte Gerüchte.

China. Yuanschikai hatte zu Jahresbeginn ein Gesetz durchgebracht, das ihm die Präsidentschaft auf Lebenszeit sicherte und ihm das Recht der Wahl seines Nachfolgers zusprach. Damit war einer der ersten Grundsätze des europäischen Republikanismus aufgegeben. Er löste sofort das verhandlungsunfähige Parlament auf und hat seitdem als Diktator geschaltet. Man wird zugestehen müssen, daß er mit unvergleichlichem Geschick das Staatsschiff durch die gefährlichsten Klippen durchgeführt hat. Der von ihm berufene Verfassungsbeirat bestand aus 60 zum Teil von den gebildeten und besitzenden Klassen gewählten, zum Teil von Yuanschikai ernannten, aber sämtlich ihm unbedingt ergebenen Mitgliedern; er trat am 18. März unter dem Vorsitz des Ministers des Äußern Sunpaochi zusammen und hatte Ende April seine Aufgabe erledigt. Die so zu stande gekommene, wieder nur als provisorisch bezeichnete Verfassung überträgt dem Staatsoberhaupt diktatorische Gewalt und vereinigt in der Hand Yuanschikais eine Machtfülle, wie sie die Kaiser der Mandschu vor der Zeit der Reformen besaßen. Ob und wann er Vertretungskörper zulassen will, hängt von ihm ab, sein Kabinettsrat, der aus Staatssekretären besteht, ist nur ihm verantwortlich. Es ist damit für China unstreitig das Richtige getroffen worden, denn das von England, Rußland, Frankreich und Japan umlauerte Reich bedurfte einer starken Hand. Es bedarf weiter der Vereinigung seiner noch geringen Machtmittel, um sich vor dem schlimmsten zu sichern und die Besserung zunächst der wirtschaftlichen und danach der politischen Verhältnisse vorzubereiten. Im Kabinettsrat hat Yuanschikai keinen der unklaren Reformschwärmer oder gar offenen Revolutionäre, der einflußreichste Mann darin und Ministerpräsident ist Hsühsitschang, der ehemalige Erzieher des kaiserlichen Prinzen. Am 27. Mai wurden die 70 Mitglieder des neuen Verwaltungsrates ernannt; alle sind erfahrene und im Lande wohlbekannte Männer. Im Mai war auch die seit Jahren verhandelte sogenannte Fünf-Mächte-Anleihe, aber auf Yuanschikais Betreiben auf nur 300 Millionen herabgesetzt, für Eisenbahnbauten zu stande gekommen, dürfte aber wohl des Weltkriegs wegen nicht verwirklicht werden. Dafür hatte Yuanschikai mit einer ersten inneren Anleihe einen vollen Erfolg; es war ein Lotterieanlehen. Überhaupt steht die Finanzlage keineswegs so ungünstig, wie vielfach angenommen wurde, und nach dem Bericht des Finanzministers sind die Aussichten für die Zukunft noch besser. Durch Besetzung aller wichtigen Punkte und durch pünktliche Soldzahlungen ist Soldatenmeutereien vorgebeugt und damit den Rebellen das Hauptmittel genommen worden, wieder einen Putsch zu versuchen. Freilich gärt es in Kanton und an einigen anderen Orten, aber das war in China nie anders. Dazu ist bekannt, daß von japanischer Seite von jeher alle Unruhen und selbst die Räuberbanden unterstützt werden. Yuanschikai war es keineswegs entgangen, daß Japan sich nicht mit dem Raub von Kiautschau begnügen, sondern den Krieg der Großmächte benützen werde, sich als asiatische Vormacht gegenüber China aufzuspielen. Er war auf der Hut und es gelang ihm, trotz beispielloser Herausforderungen durch Japan, das chinesische Volk vor ernsten Ausschreitungen gegen die im Lande lebenden Japaner zu bewahren. Schon Anfang Oktober hatte Japan die auf chinesischem Gebiet liegende deutsche Schantung-Bahn „aus strategischen Gründen" besetzt, erhob Anspruch auf Übertragung der von China Deutschland gewährten Bahnkonzessionen und wollte auch Truppen in die Mandschurei verlegen. Yuanschikai übereilte nichts, denn vor dem Ende des Krieges in Europa konnte ihm von keiner Seite Unterstützung kommen, da die Vereinigten Staaten ohnmächtig sind.

Japan. Neben vielen technischen Neuerungen hat Japan auch den Parlamentarismus aus Europa übernommen, der sich die erste Zeit ganz gut anließ, aber seit Jahren an Parteizersplitterung krankt. Das Ministerium Yamamoto, das eine streng konstitutionelle, in der Verfassung begründete Stellung einnahm, hatte eine ausreichende Mehrheit in der Kammer, die alle von den nach dem parlamentarischen System strebenden Oppositionsparteien gemachten Versuche, mit Mißtrauensvoten zu demonstrieren, glänzend abwies. Aber die Verhandlungen kamen dabei nicht vorwärts, Streitigkeiten, ja selbst Handgemenge, waren nicht selten, und auch die Bewohnerschaft von Tokio mengte sich mit ein. Eine nicht unbedeutende Bestechungsaffäre bei den Lieferungen für die Marine wurde hauptsächlich zur Agitation gegen das Ministerium ausgenützt. Nachdem das Parlament schon wieder die für Korea geforderten zwei neuen Divisionen gestrichen hatte, wollte das Oberhaus an dem bereits vom Abgeordnetenhause um 40 Millionen gekürzten Flottenbudget noch weitere 30 Millionen streichen. Daraufhin trat das Kabinett am 23. März zurück und der Reichstag wurde vertagt. Das Budget war nicht bewilligt worden und so blieb das bisherige in Geltung. Das neue Ministerium konnte erst am 15. April gebildet werden. Der neue Ministerpräsident Graf Okuma ist schon 76 Jahre alt, ist angeblich ein Verfechter des parlamentarischen Regierungssystems, aber unzweifelhaft ein Schützling der Freihandelspartei. Sein im Mai veröffentlichtes Regierungsprogramm war ziemlich nichtssagend, seine parlamentarische Lage aber sehr schwierig, da er im Abgeordnetenhause keine Mehrheit besaß. Es war darum anzunehmen, daß er auf andere Weise

Boden zu gewinnen suchen würde. Sein Versuch, das Bündnis mit England zur gemeinschaftlichen Ausbeutung Chinas zu erweitern, stieß in London auf Hindernisse, da man dort den lästigen Konkurrenten nicht noch fördern mochte. Da kam ihm der europäische Krieg gelegen. Er hoffte durch den populären Überfall auf Kiautschau nicht nur seinen parlamentarischen Anhang zu vermehren, sondern auch durch eine erfolgreiche Tätigkeit der Flotte die noch keineswegs beruhigte Empörung wegen der Bestechungsskandale zum Schweigen zu bringen und vor allem durch einen Krieg das Parlament zu zwingen, die großen Mehrausgaben für Heer und Flotte zu bewilligen, die schon mehrere Ministerien zu Fall gebracht hatten. Dafür brauchte er unbedingt den Krieg, und darum war auch die Sprache des Ultimatums an Deutschland so schroff, daß er unbedingt kommen mußte. Die Eroberung von Kiautschau ging freilich nicht so leicht von statten, wie er es sich vorgestellt hatte, aber schließlich schwelgte Japan doch im Jubel, und an die Kosten dachte vorläufig niemand. Aber das mußte kommen und darum begann sofort die Erpresserpolitik gegen China. Das durfte auch sonst ungestraft geschehen, da die Mächte Europas miteinander im Kampfe lagen und die nordamerikanische Republik höchstens Noten schreiben konnte. Die schlaue Politik Yuanschikais verstand jedoch den Bruch hinzuziehen, und im Dezember fing die Lage in Tokio an, schwierig zu werden. Die Thronrede bei Eröffnung des Parlaments am 7. wußte zwar das Bündnis mit England und die Freundschaft mit Rußland und Frankreich sehr zu rühmen, aber das trotz aller Verminderung der Ausgaben für innere Zwecke sehr hohe Budget samt Defizit begegnete doch im Abgeordnetenhause beträchtlicher Opposition, gegen die eine Auflösung kaum hätte helfen können. Es lag darum am Jahresende die Wahrscheinlichkeit nahe, daß das Ministerium Okuma die Drangsalierung Chinas entweder bis zu einem ausgesprochenen politischen Erfolge oder bis zum Kriegsausbruch fortsetzen werde, um unausbleiblichen inneren Schwierigkeiten auszuweichen.

Afrika.

Marokko. Während man in Frankreich ziemlich allgemein annahm, das Land sei nun endlich so ziemlich zur Ruhe gekommen, warnte der in Paris anwesende Generalresident Lyautey am 27. Februar vor solchem Optimismus. „Man hat die Ebene nur dann wirklich in der Hand, wenn man auch das Gebirge besitzt." Er wies auf namentlich aus dem Süden drohende Gefahren hin. Am 10. Mai konnte aber Tasa fast ohne Kampf besetzt werden, dabei war auch der zu den Zeiten Abdul Asis' vielgenannte „Roghi" Bu Hamara gefallen. Den ganzen Sommer dauerten indessen strategisch belanglose aber verlustreiche Gefechte sowohl auf französischem wie auf spanischem Gebiete fort, wovon man in Paris und Madrid wenig erbaut war. Nach Ausbruch des Krieges entstand unter den Kabylen große Aufregung, im Süden stand ein neuer Roghi auf und predigte den heiligen Krieg. Mitte November wurde im Gebiete von Kanifra eine starke französische Kolonne nahezu aufgerieben. Da ein Teil der französischen Truppen nach Frankreich zurückgezogen worden war, nahm der Aufstand mit großer Heftigkeit überhand und brachte den Franzosen schwere Verluste. Sie sind nur noch im Besitz der Hauptpunkte. Selbstverständlich suchen sie alle Nachrichten aus Marokko anzuhalten und schicken nur Siegesmeldungen dahin.

Ägypten. Am 22. Januar wurde das erste ägyptische Parlament mit Aufwand großer Feierlichkeiten eröffnet. Der Khedive hielt eine viel versprechende Thronrede. Die Verhandlungen nahmen vielfach einen stürmischen Verlauf und führten Anfang April auch zu einem Ministerwechsel. Geredet wurde sehr viel und geschaffen sehr wenig, Lord Kitchener sprach sich darum in seinem Jahresbericht im Mai nicht mit Unrecht ziemlich ungünstig darüber aus und erklärte die Bevölkerung nicht reif genug dafür. Er wußte freilich, daß die starke Opposition eigentlich nicht gegen die Regierung, sondern gegen England gemeint war. Damit stand im Zusammenhang, daß der Khedive bei jeder Gelegenheit überschwenglich gefeiert wurde. Abbas Hilmi Pascha wußte aber, daß seine Stellung keinen Halt mehr hatte, seitdem die Franzosen ihren Einfluß in Ägypten zu Gunsten Englands aufgegeben hatten. Er hielt jedoch äußerlich die Beziehungen zur angeblichen Schutzmacht aufrecht, was ihm die Jungägypter aber als Verräterei auslegten. Von dieser Seite kam auch ein Attentatsversuch, bei dem der Khedive während seines Aufenthaltes in Konstantinopel Ende Juli ziemlich schwer im Gesicht verwundet wurde. Nach Ausbruch des Krieges wurde Ägypten vollständig als englische Provinz behandelt, im Interesse Englands wurde zwar die Neutralität erklärt, aber die britische Militärbehörde nötigte die Vertreter Deutschlands und Österreich-Ungarns zum Verlassen des Landes; dann wurde schließlich auch der Krieg erklärt. Der Khedive erhob dagegen wie gegen die von der britischen Militärverwaltung getroffenen Verfügungen über die ägyptischen Truppen von Konstantinopel aus Einspruch, es wurde ihm aber gesagt, er brauche nicht wiederzukommen. Im Lande herrschte ziemliche Aufregung, es war bereits zu kleinen Unruhen gekommen und die Araber stellten sich besonders britenfeindlich; selbst das Ministerium weigerte sich, die Maßnahmen des englischen Kommandanten auszuführen. Das Land lag voll englische, kanadische und indische Truppen, als die Pforte den Krieg begonnen hatte. Am 18. Dezember erklärte England das britische Protektorat über Ägypten und ernannte Hussein Kemal Pascha, einen Onkel

des Khedive, zum Sultan. Dieser findet aber nicht die geringste Beachtung bei der Bevölkerung, die auf den Sieg der Türkei hofft.

Abessinien. Seit dem Tode Meneliks hat sich wenig geändert. Der Regent Leadsch Jeassu gab am 4. Februar zu seinem 18. Geburtstage den europäischen Vertretern zum erstenmal ein Festessen. Am 1. Mai ernannte er seinen Vater Ras Michail zum König von Wollo und Tigre, der reichsten Provinz des Landes. Der noch ungekrönte Herrscher gründet sich also zunächst eine starke Hausmacht. Welche Richtung seine Regierung einschlagen wird, ist noch nicht abzusehen; es wird nicht leicht sein, tüchtige und Verbesserungen zugeneigte Beamte zu finden. Die Eisenbahn bis Addis Abeba soll im Frühjahr 1915 fertig werden, dann wird auch ein neuer Geist ins Land ziehen. Von den sonst üblichen europäischen Eifersüchteleien hat man wenig gehört, später hat auch der Krieg das Interesse nach anderen Richtungen gelenkt.

Südafrika. Der zu Anfang des Jahres ausgebrochene Streik der Eisenbahner, dem sich auch die Gruben- und Minenarbeiter sowie die Hafen- und Straßenbahnarbeiter angeschlossen hatten, war infolge der strengen Maßregeln der Regierung binnen zwei Wochen zusammengebrochen. Bei verschiedenen Wahlen für die Parlamente errang die Arbeiterpartei bedeutende Erfolge, namentlich über die Unionisten. Außerdem bestanden die Gegensätze zwischen Unionisten und Afrikandern weiter. Sie erfuhren eine besondere Beleuchtung nach dem Ausbruch des Krieges. Ganz im Widerspruch mit seiner Vergangenheit erklärte sich der Premierminister Botha für die Teilnahme am Kriege und für die Eroberung von Deutsch-Südwestafrika. Die Kapengländer waren natürlich dafür, nicht aber die Mehrzahl der Buren, die wohl das Land verteidigen, aber keinen Raubkrieg führen wollten. General Beyers, der Befehlshaber der Miliz, Kommandant Kemp u. a. legten ihre Stellen nieder, Dewet, Delarey und viele andere namhafte Burenführer erklärten sich entschieden gegen diesen Krieg, und man sprach von bewaffnetem Widerstand gegen den Zwang dazu. Delarey wurde neben Beyers im Automobil von einem Polizisten „aus Versehen" erschossen. Bei der schon vom Burenkrieg her bekannten Unentschlossenheit und gänzlichem Mangel an Zusammenschluß wurde aus der Gegenbewegung nichts. Botha ging rücksichtslos vor, es kam zu einzelnen zerstreuten Gefechten, Dewet wurde dabei gefangen, Beyers wurde verwundet und ertrank auf der Flucht im Vaalfluß. Botha hatte seinem meist angeworbenen Anhang Hoffnungen auf die Konfiszierung der Farmen in Deutsch-Südwestafrika gemacht, er hatte sich also auch in dieser Hinsicht vollkommen englisiert.

Australien.

Da das im Mai 1913 zur Regierung gelangte liberale Ministerium Cook im Repräsentantenhause nur eine Mehrheit von einer Stimme besaß, im Senat aber eine starke Mehrheit der Arbeiterpartei bestand, so war eine gesetzgeberische Arbeit unmöglich. Cook führte darum im Juli die Auflösung beider Körperschaften herbei. Die Neuwahlen brachten Anfang September auch eine Mehrheit der Arbeiterpartei für das Repräsentantenhaus, worauf deren Führer Fisher wieder die Regierung übernahm. Der Krieg wurde mit einigermaßen gemischten Gefühlen betrachtet. Die 1900 gegründete australische Union fühlt sich als ein ziemlich unabhängiges Gebilde und fügt sich durchaus nicht allen Wünschen aus London. Die Australier sind trotzdem mit Begeisterung in den Krieg gegangen, denn sie hassen Deutschland wegen Neuguinea, das sie haben wollen. Sie haben auch bis zum Jahresschluß gegen 40.000 Mann Truppen abgesandt, die freilich wegen ihrer geringen Schlagfertigkeit auf dem europäischen Kriegsschauplatze nicht zu verwenden waren und darum in Ägypten zurückbehalten wurden, wo sie sich durch Disziplinlosigkeit auszeichneten. Aber der loyale Wille war in Australien doch vorhanden. Jedoch man haßt dort das Bündnis mit Japan. Zum Lohn dafür, daß die Truppentransporte aus Australien von japanischen Kriegsschiffen begleitet wurden, hat Japan in London verlangt, daß der japanischen Einwanderung in Australien kein Hindernis mehr bereitet werden dürfe. Darauf wird man aber da gutwillig nicht eingehen. Auf der anderen Seite stellt der australische Bund die Forderung, die japanische Flotte dürfe ihre Operationen nicht auf das Gebiet südlich des Äquators erstrecken. Japan kehrt sich aber natürlich nicht daran. Diese Fragen werden jedenfalls nach Maßgabe der Schwächung der britischen Seegeltung durch den Weltkrieg ausgetragen werden. Schließlich muß anerkannt werden, daß Australien zwar auch zur Internierung der dort lebenden Deutschen und Österreich-Ungarn geschritten ist, aber sie viel rücksichtsvoller behandelt, als es die dem Mutterlande eigene Roheit in England zuläßt.

Der Weltkrieg.

Welch eine große, erhabene Zeit! — Grauenhaft aufregend hat ein Akt der Weltgeschichte eingesetzt, der das Wesen Europas, vielleicht auch seine Karte, gründlich umgestalten wird. Schon in wenigen Monaten sind Geschehnisse eingetreten, die eine Umwälzung der Dinge darstellen, eine Umwandlung alles dessen, was vielleicht seit einem Jahrhundert gedacht und geleistet worden ist. Seelen, die bitter verfeindet schienen, haben sich gefunden und zu Opfern an Gut und Blut vereint, Geister, die durch die Bande der Wissenschaft, der Kunst, der Humanität untrennbar verbunden schienen, haben sich in bitterer Feindschaft geschieden mit geringer Aussicht auf baldige Wiederannäherung. Werte, die als die höchsten gepriesen wurden, haben sich als täuschendes Katzengold herausgestellt, als ausgeklügelte Scheinschöpfungen eines faulen Friedens, die dem ehernen Gang der Weltgeschichte nicht standhalten. Es war eine Umwälzung geplant, die, obwohl sie sehr verschiedenen Zwecken dienen sollte, doch auf das eine Ziel hinauslief: Deutschland und Österreich-Ungarn dauernd zu schwächen, wenn nicht gar zu vernichten. Daß diese Umwälzung nicht erfolgen wird und kann, obgleich man Weiße, Schwarze, Rote und Gelbe dafür aufgeboten hatte, ist durch den bisherigen Verlauf des Krieges bereits erwiesen. Dieses Mißlingen bedeutet aber an sich schon eine Umwälzung rein ideeller Natur; ob sich noch weitere Umwälzungen mehr äußerlicher Art darüber hinaus daran anschließen werden, wird vom ferneren Verlauf des Krieges und überhaupt von der Zukunft abhängen.

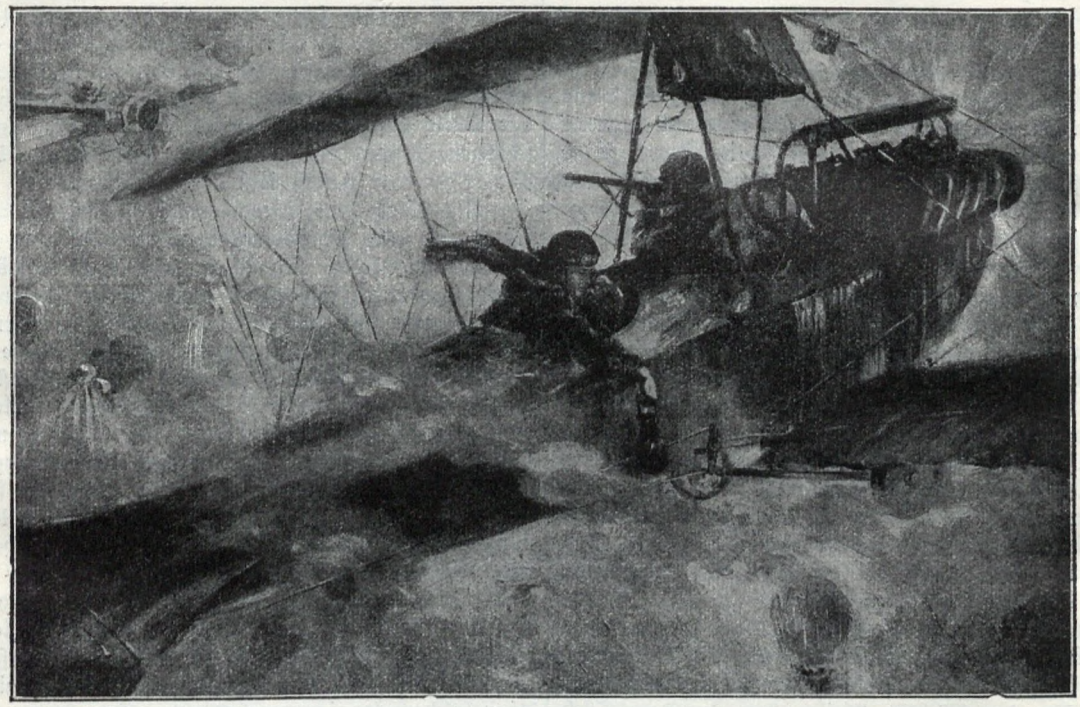
Nur der Tüchtige bleibt oben, nur dem Tüchtigen wird die Welt gehören — das haben die meilenlangen Schlachtfelder im Osten und Westen in oft wochenlangen Kämpfen in die ehernen Tafeln der Geschichte unvergänglich eingegraben. Nicht der machtgierige Eroberergeist, nicht die überspannte Eitelkeit auf das eigene Volkstum und noch weniger die aus aller Welt für bequemen Lebensgenuß zusammengescharrten Reichtümer und Schätze schaffen diese Tüchtigkeit, ihre Grundlage beruht vielmehr auf einer harmonischen Mischung von allem dem. Auf diesem gesunden Boden ist das deutsche Staatsideal erwachsen, das in diesen großen Tagen in Deutschland und Österreich-Ungarn als Staatsbewußtsein mit einer siegenden Gewalt zum Durchbruch gelangt ist, die in aller Welt, nicht am wenigsten bei den im Felde stehenden Gegnern, Staunen und Verwunderung erregt hat. Es verschlägt nichts, daß sich nicht die 120 Millionen, die sich zu diesem Staatsbewußtsein bekannt haben, alle auch der deutschen Muttersprache bedienen. Sie haben in entscheidender Stunde klar erkannt, daß das deutsche Staatsideal nicht ihr Feind ist, daß es vielmehr allem und jedem Raum und Freiheit gewährt, was nicht direkt dem Staate feind ist. Es braucht sich auch niemand darum zu grämen, deswegen von dem englisch-französischen Lügenchor zu den „Barbaren" gerechnet zu werden. Der Unterlegene ist immer geneigt zu schimpfen, und wem selbst barbarische Gefühle und Gedanken eigen sind, findet sie leicht auch bei anderen. Also deswegen braucht sich niemand vom deutschen Kulturgebiet fernzuhalten. Aus solchen Äußerungen spricht bloß der Ärger und die Wut der Geschlagenen. Schon Goethe sagte das am 23. August 1827 zum Kanzler v. Müller: „Was ist Kultur anderes als ein höherer Begriff von politischen und militärischen Verhältnissen? Auf die Kunst, sich in der Welt betragen und nach Erfordern dreinzuschlagen, kommt es an bei den Nationen." Und Goethe war gewiß kein Kulturbarbar.

Mit Stolz und Begeisterung haben wir gesehen, wie alle Vorbedingungen des Erfolges auf dem Schlachtfelde sich ohne Fehl erfüllt haben. Tüchtige Politik, äußerste Opferwilligkeit, vortrefflicher innerer Zustand der Heere, ernste Begeisterung und der feste Wille zu siegen, an der Spitze in Friedensübungen sorgsam erprobte Führer. Der strategische Aufmarsch an den bedrohten Grenzen gelang dank der vorzüglichen Leistungen der Eisenbahnen, trotz der ungeheueren Streitmassen, in vollendeter Weise; kein Mann fehlte, kein Zug verspätete sich. Und alles spielte sich mit einer Ruhe und Selbstverständlichkeit ab, wie man sie wohl erwartet hatte und doch noch weit übertroffen sah, so daß ein tiefes Sicherheitsgefühl und felsenfestes Vertrauen auf die Oberleitung in alle Herzen einzog, obgleich kein Mensch erfuhr — auch die Feldgrauen wußten es selbst nicht — wohin der ausfahrende Zug ging. Aber solchem sorgsam vorbedachten Tun konnte der Erfolg nicht fehlen, und man sah ihm ruhig bewußt entgegen ohne jegliche fieberhafte Aufregung. Und das welterschütternde Drama begann. Gewaltige Schlachten standen bevor, und die Verluste mußten enorm sein, aber kein Zagen zeigte sich, nur Zuversicht und Entschlossenheit zur Entsagung bei allen, denen ein Verlust an ihren Lieben beschieden sein konnte. Für das Vaterland auch das Teuerste! Und darin lag die Größe dieser Zeit. Die Stimmung war so erhaben, daß sie in den gepriesensten Zeiten der Geschichte schwerlich ihresgleichen findet.

Was jeder einzelne im Volke dachte, das führten die Heere, das Volk in Waffen, durch in der offenen Feldschlacht und im Schützengraben, zu Wasser und zu Lande, im Osten, Westen oder Süden. Und daheim erfuhr man die Wahrheit, die in lapidarer Kürze gehaltenen Berichte der obersten Heeresleitungen trugen den Stempel überzeugender Klarheit ohne jegliche Übertreibung oder Beschönigung, denn auch die wenigen Mißerfolge wurden gemeldet. So war es in den Ländern der „Barbaren" und des „Militarismus"; im „freien" England und im noch „freieren" Frankreich dagegen wurde gelogen, aufgeschnitten und verschwiegen. Für die „freien" Völker scheint die Wahrheit nicht gut zu sein, besonders wenn sie sich angewöhnt haben,

gelegentlich ihre Regierungen wegzujagen. In Frankreich gab es ebenso wie in Rußland nicht einmal Verlustlisten, man wagte nicht, dem Volke die ungeheueren Summen der Opfer einer unglückseligen Politik und rückständigen Kriegführung einzugestehen, es hätte sonst die erlogenen Siege nicht geglaubt. Und es gab starke Verluste auf beiden Seiten, ihre Höhe übertraf weit alle in früheren Kriegen erreichten Ziffern, was aber seine Ursache nur in den Millionenzahlen der Kämpfenden hatte, während das Verhältnis geringer war als in vergangenen Zeiten. Neben den Millionenziffern hat mit solchen allerdings bisher unerhörten Erzeugnissen der höchstentwickelten Technik behelfen mußten, da sie nicht wie ihre für Kultur und Sittlichkeit kämpfenden Gegner in der Lage waren, auf den Schlachtfeldern auch mit Senegalnegern, Gurkhakriegern, Kalmücken und dergleichen aufzuwarten.

Menschlichem Denken ist es kaum möglich, sich eine blasse Vorstellung davon zu machen, was auch nur die ersten fünf Monate dieses noch fortwütenden Krieges ausgefüllt hat. Aber eines ist sicher. Ein vorher nie gekanntes seelisches und körperliches Heldentum gab diesen unermeßlichen Kämpfen sein



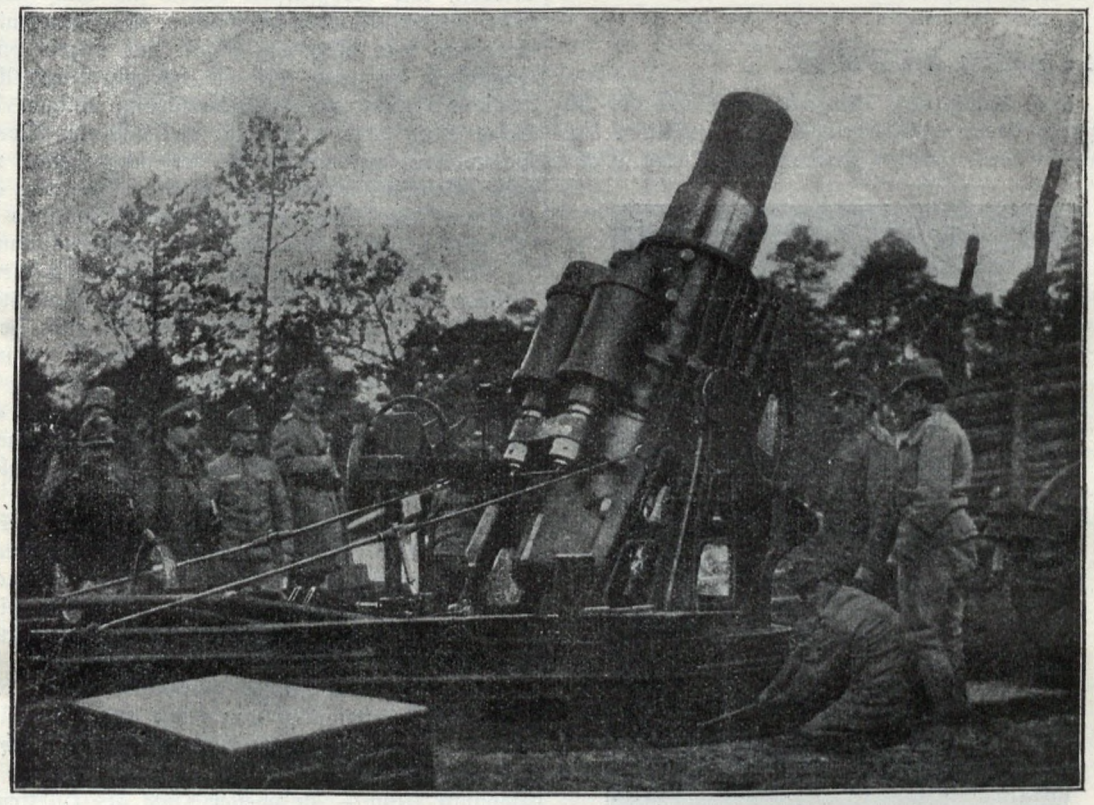
Mit Genehmigung der Ill. Zeitung, Leipzig.

Angriff eines deutschen Doppeldeckers auf einen der Beobachtung der Artilleriewirkung dienenden französischen Fesselballon.

Nach der Natur gezeichnet von Hugo L. Braune.

aber auch durch umfangreiche Verwendung der Technik die Kriegführung eine Erweiterung erfahren, daß alle früheren Kriege daneben zu fast harmlosen Raufereien herabsinken. Die Verwendung der Sprengmittel der Neuzeit und der Gase, die Kriegführung in der Luft und unter dem Wasser haben Zerstörungsmöglichkeiten geschaffen, von denen sich auch die erfindungsreichsten Dichter von Zukunftsromanen nichts hatten träumen lassen. Es darf mit Befriedigung aufgezeichnet werden, daß sich auf diesem weiten Gebiet die deutschen und österreichisch-ungarischen Heere ihren Gegnern vollkommen gewachsen und vielfach sogar überlegen erwiesen. Zeppeline beherrschten die Luft, deutsche und österreichisch-ungarische Torpedoboote die Nordsee, den Kanal und das Adriatische Meer, dem Kruppschen Riesengeschütz und dem Skodaschen Bombenmörser widerstand nicht das stärkste Panzerfort. Franzosen und Engländer fanden das zwar sehr barbarisch, es darf aber doch zur Entschuldigung der verbündeten Kaisermächte angeführt werden, daß sie sich schon Gepräge, und die höchsten und hehrsten Waffentaten der Weltgeschichte verblassen neben der Größe und Gewaltigkeit der Erfolge gegen eine nicht bloß selbst eingebildete, sondern wirklich vorhandene große Übermacht. Es ist ein Kampf gegen eine Welt von Feinden, geführt mit einem Heldengeist und Opfermut, mit einer Seelenstärke im Leiden wie im Handeln, die weit hinausgehen über jedes überhaupt bekannte menschliche Maß. In den Schlachten dieses Krieges — im Osten gleichwie im Westen — drängen sich Menschenmassen gegeneinander, geführt von dem eisernen Willen eines weit hinter der Gefechtslinie weilenden Schlachtenlenkers. Das ausgedehnte Kampffeld erscheint für gewöhnlich leer, der Donner der Geschütze dröhnt, und man sieht nicht, wo sie stehen; der hoch oben schwebende Flieger sucht ihre Stellung zu erspähen, und die um sein Flugzeug aufleuchtenden weißen Wölkchen platzender Schrapnells zeigen an, daß man es ihm wehren will. Irgendwo in der Ferne schlagen in breiter Linie die Granaten ein und werfen Erd- und Rauch-

wolken auf. Dort ist die Stellung des Feindes, da liegt er in Schützengräben, ihm gegenüber in gleicher Weise gedeckt die Unsrigen. Man vernimmt durch den Schall der abgefeuerten Geschütze, das Heulen der Haubitzen, das Platzen der Granaten zwischendurch das dünne Geknatter der Flinten, das regelmäßige Feuer der Maschinengewehre, aber nicht mehr der weiße Rauch des Schwarzpulvers verrät den Stand des Schützen. Und plötzlich bricht es aus



Mit Genehmigung der Ill. Zeitung, Leipzig.

Österr.-ung. 30·5 *cm*-Motormörser. Zum Abfeuern bereit.

den Schützengräben los, mit Hurraruf, nicht achtend den Bleihagel und die Verluste, Sturmgebraus verschwindet neben diesem Zusammenprall der Gegner zu nichts — der Tüchtigste bleibt oben. Die Ergebnisse solcher Kämpfe sind schauerlich schön, gewaltig als Erfolg für den Sieger, schauderhaft schmerzlich und niederdrückend für den Besiegten. Das alte Bild der offenen Feldschlacht ist nahezu verschwunden, die moderne Bewaffnung erfordert den Deckungskampf, wo ihn Terrain und Witterung nur möglich machen. Dazu kommt die geradezu phantastische Massenhaftigkeit der Kämpfenden und die aus beiden Ursachen entspringende Ausdehnung des Kriegsschauplatzes über ganze Provinzen. Alles zusammen bedeutet eine Summe von einzelnen Geschehnissen und persönlichen Leistungen, die das Denken verwirrt, das sie zu umfassen trachtet. Wie im Schachspiele erst viele Einzelzüge das Ergebnis einer Partie schaffen, so bestehen auch die immer mehrere Tage in Anspruch nehmenden Kämpfe aus tausend Einzeltaten und aus Gefechten, die im früheren Sinne eine Schlacht für sich heißen müßten, in denen nicht nur die Überlegenheit einer ganzen Truppe, sondern oft sogar die Überlegenheit eines einzelnen Abteilungsführers und selbst eines einzelnen Mannes von ausschlaggebender Bedeutung werden kann, zunächst wohl nur an seiner Stelle, dann aber auch für das Ganze.

Nur mit Zögern kann die Feder an eine Darstellung dieses alle gewohnten Verhältnisse unendlich weit überholenden Krieges treten. Die bisherigen Mittel für Kriegsbeschreibung reichen dafür um so weniger aus, als aus triftigen Gründen nur die Tagesresultate und gelegentlich einige Teilübersichten bekannt gegeben worden sind, selbst aber diese fast immer mit Verschweigung der Bezeichnung und Zusammensetzung der beteiligten Truppenteile. Nicht einmal über die Zahl der Armeen, ihre Oberleitung und Zusammensetzung erfuhr man Näheres, und nur bei gelegentlichen Veröffentlichungen glitt ein Streiflicht über einzelnes, niemals über das Ganze. Das unwandelbare Vertrauen auf die oberste Leitung fand sich mit Zufriedenheit darein, der zusammenfassenden Berichterstattung erwachsen aber daraus Schwierigkeiten, die zurzeit noch nicht zu lösen sind. Um überhaupt diesen nach allen Richtungen hin gigantischen Kämpfen gerecht zu werden, wird eine neue Form der Kriegsgeschichtsschreibung geboren werden müssen, denn mit den bisher üblichen Mitteln kommt man bei der Übersicht der Geschehnisse und der Zusammenfassung der Erfahrungen dieser Völkerkämpfe nicht aus. Doch das kann nur die Aufgabe der nächsten Jahre und Jahrzehnte sein. Es wäre eine Vermessenheit und könnte nur zu einer irreführenden Pfuscharbeit füh-

ren, wollte man einen Versuch dazu unternehmen jetzt, wo das Ringen auf den ausgedehnten Kampfgebieten zu Lande und auf der See noch fortdauert und nur eines sicher ist, wer am Ende nicht besiegt sein wird. Eine zusammenfassende Übersicht der berichteten tausendfältigen Einzelheiten in Bilder nach ihrer Zusammengehörigkeit geordnet, wird unzweifelhaft diesen Eindruck noch verstärken und ist überhaupt in diesem Zeitpunkt die einzig mögliche Form einer Darstellung.

Die Ursachen des Krieges.

Den Anlaß zum Kriegsausbruch hat die Ablehnung des von Österreich-Ungarn gestellten Ultimatums durch Serbien gegeben. Der Anlaß ist aber

Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch von Rußland.

nicht gleichbedeutend mit der Ursache. Seit Jahren hatte Österreich-Ungarn gegen Bestrebungen zu kämpfen, die mit verbrecherischen Mitteln auf die Revolutionierung und Losreißung der südöstlichen Landesteile des Reiches hinarbeiteten. Diese großserbische Propaganda war schließlich in der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers und seiner Gemahlin grell hervorgetreten. Die österreichisch-ungarische Monarchie entschloß sich, diesem gegen ihren Bestand gerichteten Treiben ein Ende zu machen, und daraus ging das Ultimatum hervor, weil die serbische Regierung schützend ihre Hand über die Mörder erhob. Kein gebildeter Mensch konnte annehmen, daß noch sonst jemand das gleiche tun würde, aber Rußland hatte es bereits getan, da ihm die serbische Mordgeschichte in seine politischen Pläne paßte. Seit es die Lust für Ostasien verloren hat, will es wieder nach Stambul. Der Weg dahin führt aber über Wien und wegen des deutsch-österreichischen Bündnisses auch über Berlin. Darum gehörte Rußland zum Dreiverband — und hatte nur bei der bosnischen Krise nicht losgeschlagen, weil es sich noch nicht stark genug dazu fühlte. Jetzt aber war der politisch und militärisch führende Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch von der erforderlichen Stärke Rußlands überzeugt und betrieb mit Eifer und Eile den Krieg, indem er den Widerstand Serbiens gegen Österreich-Ungarn schürte und vorsorglich schon Rüstungsmaßregeln betrieb. Der Mord von Serajewo war ihm bloß ein willkommenes Beschleunigungsmoment. Ein Fürstenmord fällt in Rußland überhaupt nicht auf die Nerven, und Großfürsten haben sich auch früher nicht geniert, Mörder zu schützen. Das Attentat in Serajewo war bloß ein Zufall mit ungewöhnlich tragischem Ausgang, der die habsburgische Monarchie schließlich zur Kriegserklärung nötigte. Der Krieg wäre aber auch sonst, vielleicht um Monate später, doch gekommen, da der maßgebende russische Großfürst losschlagen wollte. Das war also eine wirkliche Kriegsursache, die auch anfangs als alleinige in der politischen Welt angesehen wurde.

Eine zweite lag in Frankreich, wo seit vierzig Jahren die Jugend für die Revanche grundsätzlich erzogen wurde, und wo jeder Advokat oder Journalist, der etwas — womöglich Minister — werden wollte, gelegentlich zu seiner Empfehlung die Revancheglocke läuten mußte. Seit Boulangers Zeiten hatte man darauf verzichtet, sie aus eigener Kraft ins Werk zu setzen, und sich zuerst Rußland durch ein Bündnis und dann England durch die Entente an den Hals geworfen. Die sollten helfen, taten es aber nicht, sondern köderten bloß Frankreich und nützten es für ihre politischen Zwecke aus. Man empfand dort vielfach das Würdelose dieser Lage, und darum verblaßte die Revancheidee merklich. Indessen bestand kein Zweifel darüber, daß sie sich bei jedem Kriege Deutschlands mit einer Großmacht automatisch von selbst auslösen würde. Eine Kriegsursache ersten Ranges war demnach die französische Revanche nicht, sie stand — wie die Republik selbst — in zweiter Linie als Hilfstruppe für die Zwecke anderer. Trotzdem hat es die Ohren Poincarés sicher mit Entzücken gefüllt, als er in Petersburg erfuhr, wie bald es losgehen solle. Das Ultimatum an Serbien beschleunigte seine Heimkehr, und der eitle, in militärischen und realpolitischen Dingen unbewanderte Mann hat keinen Augenblick daran gedacht, daß er sein Land zum Schlachtfeld hergegeben hatte. In Frankreich war man zwar von der unerwarteten Wendung anfangs überrascht, jubelte aber bald auf, um dann aber, als die Karre verfahren war, unbändig über die „Boches" zu schimpfen.

England hatte seit Jahren seine Politik mit so vollendeter Heuchelei betrieben, daß es selbst nach seiner Kriegserklärung in den Augen der Welt noch wie der Unschuldsengel im weißen Hemdchen erschien. Dabei hatte es unausgesetzt, getreu seinen politischen Überlieferungen, keine Handelsmacht und keine Flotte aufkommen zu lassen, das aufstrebende Deutschland mit bitterem Hasse verfolgt und seine politischen und kolonialen Pläne zu durchkreuzen versucht. Eduard VII. hatte das bei der sogenannten Einkreisungspolitik aus Eitelkeit sogar ganz offen betrieben. Da er aber trotz des Abkommens von Reval nichts erreicht hatte, weil Rußland in der bosnischen Krise versagte und er inzwischen ge-

ſtorben war, hielten viele Leute die Sache für eingeſchlafen. Das war aber keineswegs der Fall. Was der verſtorbene König mit Reklame offen betrieben hatte, war ja nichts anderes als die ſeit Jahrhunderten geübte Politik, jede zur See konkurrierende Kontinentalmacht durch Koalitionskriege, bei denen England ſelbſt am wenigſten leiſtete, niederzukämpfen. Die angeſtrebte Koalition der Gegenwart war gegen Deutſchland gerichtet, und während nach Eduards VII. Tode die Welt der Friedensheuchelei in London traute, waren mit Frankreich, Belgien und Rußland geheime Abkommen getroffen worden, die für den Fall des Koalitionskrieges von ſelbſt in Kraft treten ſollten, England aber zu möglichſt wenig verpflichteten. Der Losbruch war eigentlich für ſpäter beabſichtigt, man hörte von 1916 munkeln. In London wußte man aber, daß Rußland den Krieg jetzt beginnen wollte, und hatte darum für Flotte und Armee ſchon Vorkehrungen zur Mobiliſierung getroffen und auch die überſeeiſchen Vertretungen und Kabelſtationen viele Tage vor der Kriegserklärung davon verſtändigt. Dieſes alles wie auch die Tatſache, daß noch vor dem 4. Auguſt britiſche Truppen nach Frankreich abgingen, iſt erſt lange nachher bekannt geworden. Der Krieg war eben eher Englands als Rußlands und Frankreichs Krieg, und dies erklärt die damals den meiſten ganz unverſtändlich gefundene Zurückweiſung aller Vorſchläge Deutſchlands durch England, von dem man ein entſchiedenes Eintreten für den Frieden erwartet hatte. Dieſe Hoffnung war infolge ſeiner Friedenspolitik während der Balkanhändel entſtanden. Aber England hatte ſie nur getrieben, weil dort gegen Deutſchland, das direkt nicht beteiligt war, die Koalition nicht zuſammenzubringen war. Dieſe entſtand erſt, als Deutſchland wegen des ſerbiſchen Streitfalles für ſeinen durch Rußland bedrohten Verbündeten eintrat, von ſelbſt. Da ließ England die Friedensmaske fallen, denn die ziemlich überraſchend zu ſtande gekommene Kriegsbereitſchaft der Koalition jetzt durch Friedensvermittlungen zu ſtören, wäre gegen ſeinen ſeit Jahren gehegten Plan geweſen, den man darum jetzt auch in den weiteſten Kreiſen Deutſchlands als die entſcheidende Kriegsurſache anſieht und darum ſagt: Gott ſtrafe England! Dergleichen ficht aber die ſonntagsfrommen Briten wenig an. Sie ſuchten nur eifrig nach einem Kriegsvorwand für ſich und fanden ihn auch bald in der Verletzung der Neutralität Belgiens.

Hierüber ſind auch noch einige Worte zu ſagen. Belgiens Neutralität wurde bei der Abtrennung dieſes Landes vom Königreich der Niederlande durch einen Vertrag der Großmächte feſtgeſetzt. England und Preußen gehörten zu den Unterzeichnern des Vertrages. Preußen hat noch 1870/71 dieſe Neutralität unbedingt geachtet, England hatte wiederholt erklärt, die Unterzeichnung des Vertrages verpflichte nicht zum bewaffneten Einſchreiten zum Schutze derſelben. Doch das ſei nur nebenbei bemerkt. Aus den Anfang Oktober im Gebäude des Generalſtabes in Brüſſel aufgefundenen Akten geht unwiderlegbar hervor, daß Belgien die Neutralität des Landes durch Abmachungen mit England und Frankreich über einen gemeinſamen Angriff auf Deutſchland ſelbſt preisgegeben hatte. In unterrichteten Kreiſen war das längſt bekannt, weil wiſſende Leute aus der Schule geſchwatzt hatten. So erzählte u. a. Anfang Auguſt 1912 Lord Roberts in der „Engliſch Review" über die Kriegsgefahr vom Vorjahr: „Unſere Expeditionsarmee war in gleicher Weiſe (wie die Flotte) bereit, jeden Moment nach Flandern eingeſchifft zu werden." Admiral Freemantle verſicherte die Franzoſen Anfang Februar 1914 im „Excelſior" ausdrücklich, „daß Frankreich im Falle eines Krieges mit Deutſchland auf die Redlichkeit Englands zählen kann, um die Verpflichtungen zu erfüllen, die England in bezug auf Frankreich und Belgien eingegangen iſt". In den leitenden deutſchen Kreiſen wußte man das längſt, und der Reichskanzler hätte in ſeiner Rede vom 4. Auguſt den Einmarſch in Belgien ausreichend damit begründen können. Herr v. Bethmann Hollweg hat aber, vielleicht um Belgien noch den Rückzug zu ermöglichen, in übergroßer Gewiſſenhaftigkeit zugegeben, daß Deutſchland mit ſeinem Einmarſch die Neutralität verletzt habe. Er hatte den aktenmäßigen Beweis allerdings noch nicht in der Hand. Deutſchlands Ehrenſchild iſt jedenfalls fleckenlos. Wenn dagegen Grey behauptete, (das nach einem Kriegsvorwand ſuchende) England ſei aus ſittlicher Verpflichtung für die Aufrechterhaltung der Neutralität Belgiens zum Kriege gezwungen geweſen, ſo war das ein ganz gemeiner Schwindel, eine Lüge vom britiſchen Regierungstiſche, der bald noch unzählige folgen ſollten.

Kriegsbeginn.

Die Würfel waren gefallen: Öſterreich-Ungarn hatte am 28. Juli Serbien den Krieg erklärt. Es gab alſo wieder Krieg in Europa, und zwar einen wirklichen Krieg, keine Balkanrauferei. Doch beſtand begründete Hoffnung, ihn zu lokaliſieren, die Kriegsabſicht Rußlands ſchien noch nicht feſtzuſtehen, die geheimen Verabredungen waren noch nicht bekannt. Kaiſer Wilhelm hatte ſich mit unvergleichlicher Geduld perſönlich bemüht, den Weltfrieden zu erhalten, ſeine Depeſchen flogen nach Wien, London und Petersburg, er hatte ſogar ſchon begonnen, mit dem Kaiſer Franz Joſef in dieſem Sinne zu verhandeln. Noch am 31. telegraphierte er an den Zaren: „Die Verantwortung für die Sicherung meines Reiches zwingt mich zu defenſiven Gegenmaßregeln. Ich bin mit den Bemühungen, den Weltfrieden zu erhalten, bis an die äußerſte Grenze der Möglichkeit gegangen. Nicht ich trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der ganzen ziviliſierten Welt droht. Noch in dieſem Augenblick liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre und die Macht Rußlands, das wohl auf den Erfolg Meiner Vermittlung hätte warten können. Die Mir von Meinem Großvater auf dem Totenbett überkommene Freundſchaft für Dich und Dein Reich iſt Mir immer heilig geweſen. Ich habe treu zu Rußland geſtanden, wenn es in ſchwerer Bedrängnis war, beſonders in ſeinem letzten Kriege. Der Friede Europas kann von Dir noch jetzt erhalten werden, wenn Rußland ſich entſchließt, ſeine militäriſchen

Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich bedrohen." Diese edlen Worte erfüllten ihren Zweck nicht mehr, der Zar und die Leute, die hinter ihm standen, wollten den Krieg und scheuten sich nicht, um einen Vorsprung für die Mobilisierung zu gewinnen, sich der Lüge zu bedienen. Der russische Kriegsminister gab sein Ehrenwort, es sei kein Befehl zur Mobilisierung erlassen worden, während sie doch schon im vollen Gange war, selbst der Zar belog im Telegramm den Kaiser. Es war die höchste Zeit. Da man den Friedenskaiser nicht hatte hören wollen, sprach nun der oberste Kriegsherr mit Ultimatum und Kriegserklärung. Der ersten folgten bald zahlreiche andere, was bei der Anzahl der beteiligten Staaten zwar selbstverständlich war, aber trotz des hohen Ernstes der Zeit einen fast spaßhaften Anstrich bekam, besonders als die Kleinstaaten kamen. Der Soldatenhumor faßte die Sache auch so auf, und an einer Zimmertür einer Gardekaserne konnte man lesen: Hier werden noch Kriegserklärungen angenommen. Das war übrigens keine witzige Prahlerei, sondern der Ausdruck des festen Willens, auch den Kampf wider eine Welt in Waffen zu bestehen. Diese freudige Entschlossenheit und vertrauensvolle Sicherheit in militärischen und bürgerlichen Kreisen, die nirgends Unruhe zeigten und gemessen ihren Pflichten oblagen, kennzeichneten diese ernsten Tage und erregten bei den Fremden Bewunderung.

Die gleiche gehobene, von stiller Begeisterung getragene Stimmung brachten auch die Einberufenen mit, die sich nach dem Mobilmachungsterminkalender pünktlich und vollzählig stellten, man hörte keinen Lärm, wohl aber Vaterlands- und Soldatenlieder, und mancher gute Scherz flog durch die Reihen, aber nichts von der läppischen Art, die sonst wohl als Witz galt. Jeder fühlte sich dem Vaterlande geweiht, wurde als solcher auch angesehen und von der heranwachsenden Jugend und vom Alter beneidet. Auch in den einfachsten Leuten war die Überzeugung lebendig geworden, daß es sich diesmal um etwas Großes, um das Ganze, um die Existenz des Volkes handelte. Der Andrang von Kriegsfreiwilligen war ungeheuer und konnte nicht bewältigt werden, die Mehrzahl mußte auf später vertröstet werden. Daneben fügten sich alle für die Mobilmachung vorgesehenen Maßnahmen der Zivil- und Militärbehörden mit tadelloser Sicherheit an- und ineinander, während das gewohnte Werktagsleben auf den Straßen kaum eine Veränderung zeigte. Ja, die deutsche Mobilmachung! Daß sie ein Meisterwerk sein würde, davon waren In- und Ausland gleicherweise überzeugt. Millionen sind für Spionage ausgegeben worden, um in ihre Geheimnisse einzudringen, man hat in allen Staaten versucht, etwas Ähnliches zu schaffen. Nur Österreich-Ungarn ist ihr aus natürlichen Zusammenhängen ungefähr gleichgekommen, die übrigen Staaten sind, wie die Tatsachen bezeugten, weit dahinter zurückgeblieben. In Deutschland fühlte man sich vollkommen sicher. Wußte doch ein jeder, wann und wo er sich nach dem Mobilisierungsbefehl einzustellen hatte, um den ihm zugewiesenen Platz einzunehmen, für alles Weitere sorgten erprobte Leute, denen das vollste Vertrauen entgegengebracht wurde. Dank der vorzüglichen organisatorischen Vorbereitung, der allgemeinen Volksbildung und der vaterländischen Gesinnung spielten sich Mobilmachung und Aufmarsch erster und zweiter Linie mit der Geläufigkeit und Pünktlichkeit eines Uhrwerks und in einer Geschwindigkeit ab, die einen weiten Vorsprung vor den gleichlaufenden Maßnahmen der Gegner, die doch schon früher begonnen hatten, und die Verlegung des Kriegsschauplatzes auf fremden Boden sicherten.

Namentlich in der friedensschwärmenden Presse, die über das in Waffen starrende Europa fabulierte, war Jahre hindurch von den Millionenziffern der militärisch ausgebildeten Leute geredet worden. Ja, diese Millionen waren da, und mit Berücksichtigung der Friedensstärken, der Anzahl der Verpflichtungsjahre für Linie, Reserve und Landwehr ließ sich mit Abrechnung der prozentualen Abgänge auch die Ziffer für jeden Staat mit großer Genauigkeit feststellen. Aber diese Zahlen bedeuten an sich noch nichts, denn es kommt darauf an, wie viele man davon in gefechtsfähige Truppenkörper organisiert, womöglich in erster Linie an den Feind bringen kann. Denn ohne diese hätte man bloß zu militärischen Zwecken ungeeignete Haufen. Das größte Meisterstück in dieser Beziehung hat nun gerade die deutsche Mobilisierung geleistet und damit alle Gegner übertroffen und überrascht, die gar nicht begreifen konnten, woher alle die deutschen Armeekorps kamen. Sie waren aber eben da. In deutschen nichtmilitärischen Kreisen, die gelegentlich über eine zukünftige Mobilmachung nachgedacht hatten, war man ungefähr zu folgender Anschauung gekommen: Wir haben fünfundzwanzig Armeekorps (nach der Zahl der vorhandenen 217 Infanterieregimenter könnten es eigentlich siebenundzwanzig sein), dahinter kann je ein Korps Reserve, Landwehr ersten und Landwehr zweiten Aufgebotes aufgestellt werden, macht zusammen hundert Armeekorps. Ganz so ist es nun freilich nicht gekommen, aber die Schätzung trifft mindestens zu. Schon Ende November erkannte ein italienischer General an, daß Deutschland in kürzester Zeit seine Armeekorps verdreifacht habe. Auch dieses anerkennende Urteil bleibt weit hinter der Wirklichkeit zurück. Über die Anzahl der Armeekorps ist nichts bekannt geworden, ebenso nichts über die Bildung besonderer Armeekorps aus der Landwehr zweiten Aufgebotes und des Landsturmes. Aber was an Armeekorps der Linie, Reserve und Landwehr, an besonderen meist nach dem Führer benannten Divisionen, Brigaden und Regimentern, an Festungsbesatzungen, an Brigadeersatzbataillonen für Reserve und für Landwehr, an Landsturmbataillonen usw. aufgestellt worden ist, entzieht sich noch jeder Schätzung, geht aber in der Gesamtziffer weit über die vermuteten hundert Armeekorps hinaus. Es war wie ein Traum, diese Neubildungen, an die kein Laie gedacht, entstehen zu sehen, und nach einigen Wochen waren sie weg, nach Rußland? Nach Ypern? Niemand wußte es, und erst nach einiger Zeit konnte man aus Feldpostkarten an Verwandte ersehen, ob sie im Osten oder Westen vor dem Feinde standen. Und auch diese Neubildungen vollzogen sich mit einer Selbstverständlichkeit — es war immer alles für sie da — daß man zu der Überzeugung kam: es war

alles vorausbedacht und vollzog sich nun planmäßig. Der Aufzeichnung wert erscheint mir der Ausspruch eines bekannten alten Sozialdemokraten, der neben mir dem Abmarsch zum Bahnhof eines Brigadeersatzbataillons, kriegsfreudig, in funkelnagelneu schimmernder Wehr und mit den letzten Blumen des Herbstes geschmückt, mit Bewegung zusah: „Ja, hätten wir gewußt, für was das viele Geld ausgegeben werden sollte, da hätten wir nicht dagegen gestimmt."

Diese Selbsterkenntnis wird hoffentlich auch jenen Reichstagsabgeordneten gekommen sein, die vor einigen Jahren die beantragten Oberstleutnantsstellen, die doch unzweifelhaft für Regimentskommandeure der Reserve im zukünftigen Kriege gedacht waren, aus irgend welchen Gründen abgelehnt hatten. Solche Kurzsichtigkeiten können unter Umständen verhängnisvoll werden. Die Militärleitung hat aber die daraus erwachsenen Schwierigkeiten zu überwinden verstanden und trotz der zahlreichen Neubildungen für die notwendigen höheren Führer gesorgt. An Zugführern ist ja in Deutschland kein Mangel, denn jeder bessere Unteroffizier und jeder beförderte Einjährig-Freiwillige ist unstreitig dem russischen Durchschnittsoffizier an militärischer und sonstiger Bildung weit überlegen. Daß jeder älter. Leutnant im Felde auch eine Kompagnie zu führen versteht, ist ebenfalls selbstverständlich. Aber höher hinauf wird die Sache schwieriger. Das Offizierskorps half sich aber selbst. Zu den besonders befähigten Reserve- und Landwehroffizieren traten noch die zur Disposition gestellten und die ausgeschiedenen Offiziere, die sich fast ausnahmslos bis ins Greisenalter hinauf wieder zum Dienst meldeten und entweder in der Front oder im Garnison-, Ersatz-, Gefangenenlager- und Etappendienst je nach der noch vorhandenen Leistungsfähigkeit Verwendung fanden. Das deutsche Offizierskorps läßt sich eben nicht nachmachen. Dadurch war es möglich, alle vollständig feldtauglichen Offiziere für die Front freizumachen und mit ihnen alle die Neubildungen zu besetzen, über deren Zahl den Feinden die Augen übergingen.

Um die Mobilmachung an den Grenzen gegen feindliche Störungen zu schützen, waren auch schon im Frieden besondere Maßregeln bestimmt bis in die kleinsten Einzelheiten hinein. Die Grenzschutzabteilungen in Friedensstärke traten sofort in Tätigkeit. Zur Sicherung der preußischen Bahnlinien wurde Luxemburg schon am 3. August besetzt. Von der ostpreußischen und der elsässischen Grenze wurden schon vor der Kriegserklärung kleine Grenzübertretungen des Feindes gemeldet, denen in den folgenden Tagen namentlich von russischer Seite noch mehrere folgten, aber von den Grenzschutzabteilungen, die auch gelegentlich russisches Gebiet betraten, zurückgewiesen. Das war alles ohne jede Bedeutung, erregte aber als erste Kriegsneuigkeiten große Teilnahme. Wirkliches Interesse fand erst die sofort allgemein bekannt gewordene Mitteilung des Reichskanzlers, daß die belgische Grenze bereits überschritten worden sei. Die deutsche Regierung hatte sich schon am 2. August, weil Frankreich einer bestimmten Antwort auf die deutsche Anfrage auszuweichen suchte, an die belgische Regierung mit dem Ersuchen gewendet, den Durchmarsch deutscher Truppen zuzulassen, und zugleich jede Garantie für den Bestand Belgiens und den Ersatz jeglichen Schadens zugesichert. Da Belgien kurz ablehnte, wiederholte die deutsche Regierung ihr Ansuchen in Form eines Ultimatums, das Belgien ebenfalls ablehnte. So weit war die Sachlage dem Reichskanzler bekannt gewesen. Am 5. überschritt unter der Führung des kommandierenden Generals des zehnten Armeekorps v. Emmich eine Truppenabteilung, bestehend aus drei nichtmobilen Brigaden und etwas Reiterei und Artillerie, die belgische Grenze, um durch einen Handstreich die starke Festung Lüttich zu erstürmen, bevor sie vollständig besetzt war.

General der Infanterie von Emmich.

Der Marsch ging quer durch Feld und Wald, die Kavallerie unternahm Streifritte, und in Belgien glaubte man, die kleine kaum 12.000 Mann starke Abteilung bilde die Anmarschspitze der noch gar nicht mobilen deutschen Armee. Auch die belgische Armeeleitung ließ sich vollkommen überraschen. Hätte sie erfahren, wie schwache Kräfte es waren, die die Festung im Sturm nahmen, so hätte sie sich ihrer leicht erwehren können. Aber die Deutschen drangen mit unerwarteter Schnelligkeit vor. Schon am Nachmittag des 5. sprengte ein Husarenleutnant mit drei Mann in die von durchmarschierenden belgischen Truppen wimmelnde Stadt Lüttich hinein, direkt auf die Kommandantur los. Dort gelang es ihm, den Festungskommandanten General Leman zu überraschen. Nur durch das Eingreifen seines Generalstabsmajors gelang es, den General vor der Gefangennahme zu bewahren, und der Leutnant mußte sich beeilen, daß er wieder aus der Stadt herauskam. Ein kecker Husarenstreich blieb es doch. Hinterher wurde bekannt, daß der kühne Leutnant Prinz Friedrich Karl von Preußen, der Enkel seines berühmten Großvaters gleichen Namens, gewesen war, als Meister in allen Sportskämpfen wohlbekannt. Inzwischen hatte die Infan-

terie sich an die Festung herangearbeitet. Die Schwierigkeiten lagen in dem überaus ungünstigen Berg- und Waldgelände, das quer durchschritten werden mußte, und an der heimtückischen Teilnahme der ganzen Bevölkerung, selbst der Frauen, am Kampfe. Dann aber wurden die Forts von den tapferen Rheinländern und Hannoveranern rücksichtslos gestürmt, ohne Ansehen der Verluste, die beträchtlich waren. Schon am 7. früh waren die Truppen durch den Gürtel der Forts durchgedrungen und im Besitz der Stadt und zahlreicher Gefangener. Die Siegesnachricht löste in Deutschland ungeheueren Jubel aus.

Ein Teil der Forts hielt sich noch, sie feuerten aber nicht mehr. Um Verluste zu vermeiden, wurden sie auch nicht gestürmt, sondern die schwere Artillerie abgewartet. Dann sprachen die Kruppschen 42 Zentimeter-Geschütze ihr erstes Wort. Ein einziger Tref-

General M. Joffre,
der Oberbefehlshaber der französischen Armee.

fer genügte, um im Fort Loucin bis ins Munitionsmagazin durchzuschlagen und alles in die Luft zu sprengen. Die Forts kapitulierten. Mittlerweile waren schon so viele mobile Truppen herangekommen, daß an keinen Rückschlag mehr zu denken war, und am 7. lautete die amtliche Meldung: „Lüttich ist fest in unserer Hand". Jeder Kundige kann die große Leistung ermessen, sie steht einzig in der Kriegsgeschichte aller Zeiten da. Am 31. Juli saßen die Regimenter noch friedlich in ihren Garnisonen und am 7. August hatten sie schon durch Handstreich eine starke, moderne Festung genommen, die der Feind für uneinnehmbar hielt, im Sturme, bei dem der Verteidiger viel stärker war als der Angreifer; außerdem war in und um Lüttich der vierte Teil der belgischen Armee versammelt. Die Franzosen konnten und wollten es nicht glauben, verliehen der unbesiegbaren Festung Lüttich die Ehrenlegion und hielten noch wochenlang an der Ableugnung fest, da sie gut zu ihrem sonstigen Lügensystem paßte. General v. Emmich erhielt als Erster den Orden pour le mérite.

An der französischen Grenze spielten sich gegen den nichtmobilen Grenzschutz verschiedene Reibereien und Gefechte ab. Am 6. war von deutscher Seite auch Briey besetzt worden. Die erste größere Waffentat brachte der 10. August. Einige Tage vorher war von Belfort das französische 7. Armeekorps und eine Division der Besatzung (50.000 Mann) über Altmünsterol gegen Mülhausen vorgedrungen, hatten die schwachen Grenzschutztruppen nach heftigem Widerstand zurückgedrängt und waren am 9. in die Stadt eingerückt. Auch der französische Oberbefehlshaber General Joffre stellte sich ein und kündigte den Sieg der Revanche und die Wiederkehr von „Freiheit und Recht" an. Aber die Herrlichkeit erwies sich nur als Eintagsfliege. Er erhielt am 10. noch eine Dankdepesche vom Kriegsminister mit ähnlichen Anpreisungen, aber er hatte sie kaum vorgelesen, da waren auch die Deutschen da. Die Grenzschutztruppen hatten aus Straßburg und sonst in der Nähe liegenden Orten mittels der Eisenbahn Verstärkungen erhalten, und nun ging es mit den Franzosen sehr rasch aus Mülhausen und Umgebung hinaus und wieder über Altmünsterol nach Belfort hinein. Sie hatten außer sehr zahlreichen Toten und Verwundeten auch 10 Offiziere und 513 Mann an Gefangenen, außerdem vier Geschütze, zahlreiche Fahrzeuge und Gewehre eingebüßt. Wenn auch diese Waffentat, nach der Zahl der beteiligten Kämpfer und nach dem Maßstabe von 1870/71 gemessen, als Schlacht bezeichnet werden könnte, so ist sie doch unter den jetzigen Verhältnissen höchstens als Grenzschutzgefecht anzusehen. Das gilt um so mehr, da sie als Zufallsgefecht nicht im Rahmen des Feldzuges lag. Darum verfolgten auch die beteiligten Truppen den Erfolg der Abweisung nicht weiter, sondern kehrten ausnahmslos in ihre früheren Stellungen und zu ihren bisherigen Aufgaben zurück. Daß die Franzosen die Ausführung eines größeren Planes damit einleiten wollten, dürfte richtig sein, ist aber für die weitere Berichterstattung nicht von Belang, da dieser erste Versuch ein- für allemal gescheitert ist. Bemerkenswert ist noch, daß sich in diesen Kämpfen auch das Franktireurwesen bemerklich machte. Das kann aber nicht auffallen, da das bekanntlich nicht altelsässische Mülhäuser Gebiet der eigentliche Hauptsitz der Französlinge im Elsaß ist.

Die erste Kriegsperiode im Osten.

Im Jahre 1870 war der 16. Juli der erste Mobilisierungstag, diesmal der 2. August, es besteht demnach ein Unterschied von 17 Kalendertagen. Es wird sich empfehlen, für Vergleichungen diese Zeitdifferenz festzuhalten. 1870 ging Kaiser Wilhelm I. zur Armee ab, Mobilisierung und Aufmarsch waren nach sechzehn Tagen vollendet. Wenn auch die Mobilisierung einen unvergleichlich kürzeren Zeitraum in Anspruch nehmen würde und das strategische Eisenbahnnetz seit vierundvierzig Jahren eine beträchtliche Erweiterung erfahren hatte, so war doch kaum eine frühere Beendigung des Aufmarsches zu erwarten, da es sich um die Beförderung der vierfachen Truppenzahl handelte. Kaiser Wilhelm II. begab sich am 16. August, also am fünfzehnten Tage, ins große Hauptquartier, und man darf von diesem Tage die Eröffnung des planmäßigen Feldzuges datieren. Nach Lage der Sache mußte er sich zunächst im wesentlichen nach Westen wenden. Dort waren nach den schon im

Phot. E. Bieber, Berlin.

Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Frieden bekannten Daten in erster Linie von Frankreich 45 Linien- und 19 Reservedivisionen samt 19 Reservebrigaden, dazu sechs belgische und sechs englische Divisionen, insgesamt also 85 Divisionen, zu erwarten, gegen die Deutschland, wenn es ein entschiedenes Übergewicht der Zahl erzielen wollte, von seinen rund 100 Linien- und Reservedivisionen die weit überwiegende Mehrzahl entwickeln mußte. Tatsächlich blieben in Ost- und Westpreußen bloß das I., 17. und 20. Armeekorps zurück, Posen und Schlesien gaben ihre Linien- und Reservekorps nach dem Westen ab, der Schutz der Ostgrenze lag also vorläufig den in Ost- und Westpreußen stehenden Korps und den in Galizien aufmarschierenden österreichisch-ungarischen Armeen ob. Für die im Osten zurückgebliebenen Korps entfiel der weite Eisenbahntransport, ihr Aufmarsch war früher beendet, und darum begann dort zuerst der planmäßige Krieg. Es war anzunehmen, daß die weit nach Osten in das russische Gebiet vorspringende Provinz, die unzweifelhaft in die Aufmarschzone der Russen fiel, frühzeitigen Angriffen ausgesetzt sein konnte. Für diese ist aber die Provinz nur an zwei Stellen zugänglich: im Osten zwischen den strategischen Hindernissen der Memel und der masurischen Seenkette in der Richtung auf Gumbinnen, und von Südosten her westlich der Seenkette. Kleine Grenzüberschreitungen waren natürlich überall möglich, und der östliche Grenzstreifen jenseits der Memel und außerhalb der Seen war überhaupt nicht zu decken außer durch eine allgemeine Offensive, die zunächst nicht beabsichtigt sein konnte. Die Landwehr, die Besatzung von Königsberg und die Landsturmbataillone waren übrigens mit großer Beschleunigung organisiert worden, so daß sich binnen wenigen Wochen eine ganz stattliche Armee im Lande befand. Es war die 8. Armee, deren Kommandant der bald so gefeierte General von Hindenburg war. Zunächst erfuhr man aber nichts darüber.

Von den zahlreichen Grenzgefechten verdienen bloß Erwähnung die abgewiesenen russischen Erkundungsritte, am 5. August der einen russischen Reiterbrigade bei Soldau, die vernichtet wurde, und am folgenden Tage bei Schwiddern und zwischen Soldau und Lautenburg mit ähnlichem Ausgange. Größere Reiterscharen zeigten sich auch bei Marggrabowa (Oletzko), das sie in Brand steckten, und bei Mlawa. Die Russen plünderten und sengten überall. Der russische Oberbefehlshaber, Nikolaus Nikolajewitsch, hatte sich vorgenommen, Ostpreußen zu erobern und für sich zu behalten. Da die russische Mobilisierung viel früher begonnen hatte, als bisher bekannt war, so hatte er schon Truppen genug dafür. Er setzte von Osten her die Wilna-Armee, bei der er sich selbst befand, unter dem General v. Rennenkampf, in der Richtung auf Gumbinnen, die Narew-Armee von Südosten gegen Gilgenburg-Neidenburg in Marsch. Hindenburg ließ der vormarschierenden Wilna-Armee durch das I. Armeekorps den Weg verlegen, es kam zu heftigen Gefechten bei Stallupönen und bei Gumbinnen, wo am 20. August die Russen 8000 Gefangene verloren. Eine deutsche Kavalleriedivision verjagte zwei russische. Aber da ließ Hindenburg hier ab und wendete sich mit allen verfügbaren Kräften gegen die gefährlichere Narew-Armee, die ihm hätte den Rückzug nach Westen verlegen können. Der Großfürst war zufrieden, rückte bis Insterburg vor, ließ sich dort drei Wochen häuslich nieder und ließ Rennenkampf sich weiter in der Provinz ausbreiten. Man hörte acht Tage nichts von Hindenburg, aber am 29. kam die Siegesnachricht: „Unsere Truppen in Preußen unter Führung des Generaloberſten v. Hindenburg ha-

General A. K. v. Rennenkampf.

ben die vom Narew vorgegangene Armee in Stärke von fünf Armeekorps und drei Kavalleriedivisionen in dreitägiger Schlacht in der Gegend von Gilgenburg-Ortelsburg geschlagen und verfolgen sie über

Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen.

die Grenze." Da wurde der Name Hindenburg zum erstenmal genannt, und es handelte sich unstreitig um einen schönen Sieg. Aber seine Größe ging erst aus den Meldungen der nächsten Tage hervor, von denen die vom 31. lautete: „Im Osten ist der gemeldete Sieg der Armee des Generaloberst v. Hindenburg von weitaus größerer Bedeutung, als zuerst übersehen werden konnte. Trotzdem neue feindliche Kräfte über Neidenburg eingriffen, ist die Niederlage des Feindes eine vollständige geworden. Drei Armeekorps sind vernichtet, 60.000 Gefangene, darunter zwei kommandierende Generäle, viele Geschütze und Feldzeichen sind in unsere Hände gefallen." Weitere Berichte stellten fest, daß Hindenburg die Russen trotz ihrer Überlegenheit vollständig eingekreist, dann von allen Seiten angegriffen und schließlich rücksichtslos verfolgt hatte. Bei der gewaltigen Ausdehnung, dem wechselnden Gelände, viel Wald, dazwischen kleine Seen, Wiesen und Ackerflächen, konnte von einer zusammenhängenden Front nicht die Rede sein. Die deutschen Truppen hatten an Märschen, im hartnäckigen Widerstand, im unwiderstehlichen Angriff wie bei der unermüdlichen Verfolgung schier Unglaubliches geleistet, namentlich auch die Landwehr, die dem gewaltigen Vorstoß der Russen tagelang hartnäckig widerstand, bis die vollendete Umgehung ihre Wirkung zeigte. Die Narew-Armee war vernichtet, ihr Führer General Samsonow gefallen, die Zahl der Gefangenen betrug über 90.000, die Russen verloren fast sämtliche Geschütze, von denen sie einen Teil in Wäldern vergraben oder in die Seen geworfen hatten. Berichte wollten auch wissen, es seien zahlreiche Russen in die Sümpfe getrieben worden und darin umgekommen. Derartige Sümpfe gibt es dort längst nicht mehr. Die Schlacht wird meistens nach dem historischen Ordensschlachtfeld Tannenberg, das in diesem Gebiet liegt, benannt.

Hindenburg, der zum Generaloberſten ernannt worden war, gönnte seinen Truppen nur wenige Tage Ruhe, denn noch stand die Wilna-Armee im Lande. Diese hatte sich nach der Kunde von Tannenberg in eine Stellung vom Pregel bis westlich der nördlichen masurischen Seen zusammengezogen, zur Unterstützung war die Grodnoer Reservearmee auf Lyck im Anmarsch. Hindenburg griff schon am 9. September an und in zweitägiger erbitterter Schlacht wurde die Armee Rennenkampfs vom linken Flügel her aufgerollt, entscheidend geschlagen und von den über die Verwüstung erbitterten Ostpreußen bis über die russische Grenze verfolgt. Am 9. wurde auch die bei Lyck erschienene Armee (22. Armeekorps, Rest des 6. und Teile des 3. sibir. Armeekorps) vom Generalleutnant v. Morgen entscheidend geschlagen. Der russische Rückzug artete in wilde Flucht aus, die auch Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch vor dem rasch östlich von den masurischen Seen heranstürmenden I. Armeekorps ergriff und sehr eilig in Zivil und mittels Automobils antrat. In genau gleicher Verfassung verließ Rennenkampf ebenfalls Gumbinnen. Die Verluste der Russen waren ungeheuer, auch hier gegen 50.000 Gefangene. Beide Armeen hatten in Ostpreußen rund 1000 Geschütze und Maschinengewehre eingebüßt. Auch die Wilna-Armee, die aus sechs Armeekorps, zwei Schützenbrigaden, sechs Reservedivisionen und fünf Kavalleriedivisionen — zwei von der Garde — bestand, war zerschmettert. Gegenüber solchen Erfolgen waren die preußischen Verluste auffallend gering. Unter den Verwundeten befand sich der jüngste Sohn des Kaisers, Prinz Joachim, den auf einem Ordonnanzritte ein Granatsplitter stark am Oberschenkel verletzt hatte. Hindenburg hatte die Provinz Ostpreußen von den Russen durch sein besonderes Feldherrntalent gründlich gesäubert und war verdientermaßen der populärste Mann in ganz Deutschland geworden. Er erhielt Auszeichnungen von allen Seiten. Aber wie sah die Provinz aus? Verwüstet und niedergebrannt, soweit der russische Arm gereicht hatte. Höchstens in der Nähe des Oberkommandanten hatten sich die Russen des Plünderns enthalten, aber sonst wurde allgemein gestohlen, auch von Offizieren, und gelegentlich angezündet, nebenbei die roheſten Gewalt- und Mordtaten verübt. Und als sie flüchten mußten, wurde alles von Grund aus verwüstet und in Brand gesteckt, wofür sie eigens ausgerüstet waren. Glücklicherweise ließen ihnen die Sieger nicht überall Zeit dazu. Ein großer Teil der Bewohner hatte sich rechtzeitig geflüchtet. Die Teilnahme für die um das Vaterland Leidenden war allgemein, und es wurde sowohl vom Staate wie von privater Seite eine Notstandsaktion eingeleitet. In Rußland wurde der Öffentlichkeit die Kunde von den beiden vernichtenden Niederlagen vorenthalten, schließlich erfuhr sie aber, daß nur zwei Armeekorps geschlagen worden seien, was aber den Marsch nach Berlin nicht aufhalten werde. Das hinderte natürlich Hindenburg nicht, in Rußland einzurücken.

Sieg auf Sieg im Westen.

Wie schon erwähnt wurde, war der Kaiser am 16. August in das große Hauptquartier abgereist.

Über Mainz — hieß es; das hätte man auch von selbst wissen können. Nach Monaten erst wurde bekannt, daß das Hauptquartier wochenlang in Koblenz gewesen war. Koblenz ist eine volkreiche Stadt mit zahlreichen Verbindungen, und doch hatte niemand außer denen, die es wissen sollten, das Geringste davon erfahren. Jetzt, wo den Zeitungen vollständiges Schweigen über militärische Dinge auferlegt war und nicht ihr Neuigkeits- und Sensationsbedürfnis die Menschheit beeinflußte, regte sich auch niemand darüber auf, sonst wäre wohl des Schwatzens und Klugtuns kein Ende gewesen. Kaiser und Armee befanden sich in sicheren Händen, das genügte. Zug auf Zug rollte Tag und Nacht, beladen

Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Herzog Albrecht von Württemberg.

mit Bataillon, Schwadron, Batterie usw. usw. nach Westen, und die kriegsmutigen Feldgrauen wurden allerorten begrüßt, mit Blumen geschmückt, gelabt, auch gefragt, aber sie wußten auch nur, es ginge gegen den Feind, und waren damit zufrieden; da waren es die Frager auch. Es lebt sich auch ohne Tages- und Neuigkeitssensation, besonders wenn die Frage der Zukunft schwer auf aller Herzen liegt. Die konnte durch einige Einzelheiten doch nicht gelöst werden, und Trost, Ruhe und Hoffnung fand man nur im allgemeinen Vertrauen. Geredet wurde fast nur über den Krieg, aber die Zivilstrategen, die etwas wissen oder gar voraussagen wollten, erwarben sich wenig Anerkennung, die kurzen, bündigen Meldungen der obersten Heeresleitung genügten vollkommen. Aus ihnen ging nach und nach hervor, daß an der Westgrenze sieben Armeen aufgestellt waren, von Norden nach Süden: die erste unter Generaloberst v. Kluck, die zweite unter Generaloberst v. Bülow, die dritte unter Generaloberst v. Hausen (seit Ende Oktober General v. Einem), die vierte unter Herzog Albrecht von Württemberg, die fünfte unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, die sechste unter dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern und die siebente (im Elsaß) unter Generaloberst v. Heeringen. Vor der Anmarschfront befanden sich zur Aufklärung und Verschleierung neun Kavalleriedivisionen. Die Zusammensetzung dieser Truppenteile ist auch heute noch nicht vollkommen bekannt, obgleich sich aus Verlustlisten und gelegentlichen Berichten wohl Teilübersichten gewinnen ließen. Doch haben auch wieder Verschiebungen und Zuteilungen neuer Truppenteile stattgefunden, so daß auch Teilübersichten nur ein unsicheres Bild geben würden. Das Geheimnis für alle militärischen Vorgänge wurde auf das strengste gewahrt. Der Vormarsch der von der holländischen bis zur schweizerischen Grenze reichenden Front der sieben Armeen hatte auf dem rechten Flügel zur Sicherung von Lüttich zuerst begonnen, im Zentrum und auf dem linken Flügel konnte er nicht weit führen, da er auf die von Belfort bis Verdun reichende doppelte und dreifache französische Befestigungslinie stoßen mußte. Der Marsch durch Luxemburg und Belgien stieß auf weniger Hindernisse, da er nur durch die starken Festungen Lüttich (bereits in deutschen Händen) und Namur, sowie durch die belgische Armee aufgehalten und durch die Festung Antwerpen flankiert werden konnte. Der Vormarsch wurde mit großer Energie durchgeführt. Die belgische Armee leistete nur geringen Widerstand und zog sich meist auf Antwerpen zurück. Schon am 19. traf die deutsche Reiterei nördlich von Namur bei Perwez auf die fünfte französische Kavalleriedivision und nahm ihr zwei Geschütze und zwei Maschinengewehre ab. Brüssel wurde am folgenden Tage ohne Schwertstreich besetzt.

Der französische Oberbefehlshaber Joffre hatte natürlich auch seinen Angriffsplan. Derselbe ging dahin, von Belfort aus und durch die eigens für diesen Zweck offen gelassene Lücke in der französischen Befestigungskette bei Nancy nach Süddeutschland vorzustoßen. Der Weg war kürzer als die deutsche Anmarschlinie, und ein Erfolg, über

dessen politische Wirkungen man sich übrigens in Frankreich merkwürdigen Täuschungen hingab, hätte den deutschen Vormarsch unzweifelhaft beeinträchtigt. Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch die Anwesenheit Joffres bei dem am 10. gescheiterten Vorstoß auf Mülhausen zu erklären. Aber die Offensive wurde trotzdem nicht aufgegeben, sondern mit acht Armeekorps von Nancy aus nach Nordosten ins Werk gesetzt und zugleich im Oberelsaß weiter demonstriert. Die zu diesem Zwecke entsendete 55. französische Infanteriebrigade wurde aber am 19. bei Weiler aufs Haupt geschlagen und am selben Tage einer vereinzelt über den Rhein-Marne-Kanal vorgeschobenen Brigade bei Lagarde zwei Batterien,

Phot. A. Kühlewindt, Königsberg.

Generaloberst v. Kluck.

eine Fahne und 500 Gefangene abgenommen. Joffre ging mit seinen Hauptkräften gegen die 6. deutsche Armee vor. Kronprinz Rupprecht hatte sie in eine Stellung, die von Delme über Dieuze bis Saarburg reichte, etwas zurückgenommen und stieß nun am 20. mit furchtbarer Wucht gegen die Franzosen vor. Er warf sie in zweitägiger Schlacht in blutigem Ringen gegen Süden über den Kanal zurück, wobei es ihnen sehr schlecht ging und sie heftig zu laufen anfingen. Ihr Verlust betrug über 10.000 Gefangene, 150 Geschütze und zahlreiche Feldzeichen. Luneville wurde schon am 23. besetzt, und dem arg mitgenommenen rechten Flügel besorgte Generaloberst v. Heeringen das Nötige. Die in den nächsten Tagen aus den Festungsgebieten von Toul und Epinal aus unternommenen Vorstöße wurden leicht abgewiesen. Es war die erste große Schlacht in diesem Kriege, die Leute mußten sich erst an den neuen Maßstab gewöhnen. Ein Schlachtfeld „von Metz bis zu den Vogesen", 100 Kilometer Länge, mehrtägige Dauer: so etwas war 1870 nicht vorgekommen! — Nicht übersehen darf dabei werden, daß der alte französische Kriegsplan, auf den seit Jahrzehnten alles zugeschnitten worden war, jetzt endgültig gescheitert war. Nun galt nur noch der deutsche Kriegsplan, gegen den sich die Franzosen einfach zu wehren hatten. Auf der ganzen Linie von der Schweiz bis Metz änderte sich von jetzt an nichts mehr von strategischer Bedeutung, wenn auch interessante Einzelgefechte, da die Gegner hart aneinander standen, nicht ausblieben.

Der deutsche Feldzug begann. Am 22. August schritten der deutsche Kronprinz rechts und links von Longwy und zu seiner Rechten Herzog Albrecht von Württemberg, zu beiden Seiten von Neufchateau vorgehend, zum Angriff, schlugen die Franzosen in heftigen Kämpfen und drängten sie über die Maas zurück. Die Siegesbeute war auch hier sehr be-

Phot. Nicola Perscheid, Berlin.

Generaloberst v. Bülow.

deutend, die Armee des Kronprinzen mußte sich auch der Ausfälle der starken Besatzung von Verdun erwehren. Während dieser Vorgänge trat der durch Belgien vorgehende rechte Flügel ebenfalls in Tätigkeit. Die Generalobersten v. Bülow und v. Hausen griffen den besonders starken linken feindlichen Flügel, der aus acht französischen Armeekorps, aus Belgiern und Engländern bestand, an und schlugen ihn vollständig. Generaloberst v. Kluck griff noch weiter rechts am 28. die Engländer bei Maubeuge mit großem Erfolg an und schlug sie und drei französische Territorialdivisionen (Landwehr) am 30. von neuem nachdrücklich. Sie ließen mehrere tausend Gefangene und acht Batterien in seinen Händen und zogen sich in beschleunigtem Sportschritt nach St. Quentin zurück. Im Rücken der fechtenden Armeen ereignete sich ebenfalls Erfreuliches. Die zur Abschließung Antwerpens zurückgelassenen Truppen wiesen am 26. bei Mecheln einen von vier belgischen Divisionen unternommenen Vorstoß mit starken Verlusten für den Feind ab. Die belgische Bevölkerung, die schon während des deutschen Vormarsches ein heimtückisches Heckenschützenwesen getrieben hatte, beteiligte sich auch hier

lebhaft am Kampfe. Die dagegen ergriffenen Strafmaßregeln lieferten den hauptsächlichsten Stoff für die von belgischer und britischer Seite in alle Welt verbreiteten Lügenberichte über die angebliche grausame Kriegführung der deutschen „Barbaren". Sie fanden leider anfangs allgemein Glauben, und das ist auch der einzige Erfolg der heuchlerischen Engländer in diesem großen Kriege geblieben. Militärisch haben sie nichts geleistet, am wenigsten zur See, doch im Lügen haben sie sich als führende Weltmacht behauptet. Am 26. wurde die veraltete Festung Longwy nach tapferer Gegenwehr genommen. Am gleichen Tage fielen auch die letzten Forts der für uneinnehmbar gehaltenen Festung Namur in die Hände der zweiten Armee. Der Preis für diesen unvergleichlichen Erfolg gebührte den österreichischen 30·5-Zentimeter-Bombenmörsern, die bei Namur mit der gleichen einschüchternden Wirkung in die Erscheinung traten wie die Kruppschen 42-Zentimeter-Geschütze bei Lüttich. Vor Namur war auch Prinz Friedrich von Sachsen-Meiningen, der Bruder des regierenden Herzogs, als Generalmajor und Führer einer Artilleriebrigade durch einen Granatschuß getötet worden. Seine für den Fall seines Todes hinterlassene Aufzeichnung schloß mit den Worten: „Grüßet mir meinen Kaiser!" Am 28. war das stärkste französische Sperrfort Manonvillers östlich von Luneville von der deutschen Artillerie zusammengeschossen worden. Am 2. September fiel auch die kleine Festung Givet.

Der Vormarsch hatte zum vollsten Erfolg geführt. Daß die sehr schwierige Operation gelang, war ein sprechender Beweis für das Feldherrngeschick der deutschen Heerführer wie für den Todesmut und die Kampftüchtigkeit ihrer Truppen ohne Unterschied der Waffengattung und der Volksstämme. Sie belebte alle ein Geist, sie durchdrang alle der gleiche Wetteifer. Wenn auch die französische Truppenführung der Deutschen im allgemeinen nicht gewachsen war, so verteidigte sich doch der Soldat mit hartnäckiger Tapferkeit, wenn auch bald vielen das deutsche Hurra stark auf die Nerven fiel. Die französischen Verluste waren ungeheuer, aber die Regierung verschwieg sie dem Volke, und kein offizieller Schlachtbericht gestand die Niederlagen offen zu, sondern versuchte, wenigstens in Worten noch einen Sieg daraus zu machen. Damit hielt man aber das Vordringen der Deutschen nicht auf. Während der Armee des deutschen Kronprinzen die undankbarste Aufgabe zugefallen war, die sie an die Riesenfestung Verdun band, rückten die vier anderen Armeen zur Rechten in siegreichen Kämpfen weiter nach Süden vor. Nur ein kleiner Teil des kronprinzlichen Heeres konnte sich an diesem Vormarsch auf Paris beteiligen. Die französischen Armeen hielten nicht, wie angekündigt worden war, an der Aisne stand, sondern gingen bis hinter die Marne zurück. Das sei der Plan Joffres, hieß es. Die Deutschen folgten ihnen. In Paris hatte schon am 27. August eine Umbildung des Ministeriums stattgefunden, am Abend des 2. September flüchtete es samt Poincaré nach Bordeaux. Die am weitesten nach Westen vorgedrungene erste Armee samt den ihr zugeteilten Kavalleriedivisionen sandte ihre Aufklärungstrupps ebenso nach Norden bis an die Kanalküste, wie nach Süden bis in die Umgebung von Paris. Am 2. war noch zwischen Verdun und Reims die letzte große Schlacht geschlagen worden, bei der auch der Kaiser zugegen war. Am 4. rückten die Sachsen in Reims ein, am 5. waren zwei Forts von Maubeuge gefallen, am 7. ergab sich die Festung mit 40.000 Mann und ungeheuerem Kriegsmaterial an Teile der zweiten Armee. Die ziemlich bedeutende Festung hatte den Motorbatterien auch nicht widerstehen können. Unaufhaltsam wurde der Vormarsch gegen die Marne fortgesetzt, am 9. stieß dort die Armee v. Kluck östlich von Paris auf starken Widerstand überlegener Kräfte. Am fol-

Generaloberst G. v. Heeringen.

genden Tage wurden die Kämpfe zwischen Meaux und Montmirail mit Zurückwerfung des Feindes fortgesetzt, dann aber abgebrochen und der Rückzug angetreten, da auch Flieger meldeten, daß neue englische Truppen im Rücken heranzögen. Die offenbar dadurch überraschten Franzosen folgten zunächst nicht, sie sowohl wie die Engländer, die sich bisher immer nur bedrängt gefühlt hatten, verloren die Fühlung mit dem Gegner, der sie plötzlich losließ. Die deutschen Armeen gingen unbehelligt zurück in die inzwischen von den Pionieren geschaffene ganz wunderbare Verteidigungslinie, die sich auf dem rechten Ufer der Aisne bis zum Argonner Wald hinzieht, durch das französische Eisenbahnnetz samt den daran angeschlossenen deutschen Etappenlinien gestützt wird, und in der sie sich heute noch befinden. Als die Franzosen dahinter kamen, wollten sie daraus eine erfolgreiche Offensive Joffres machen.

In der Öffentlichkeit hatte man diese Wendung eigentlich ziemlich übersehen. Mit der Befreiung Ostpreußens vollauf in Anspruch genommen, hatte man sich bei den Meldungen über die Kämpfe mit der starken Besatzung von Verdun begnügt, und die Erwartung gehegt, daß die Einschließung von

Paris bald gemeldet werden würde, da deutsche Flieger die Bewohner schon wiederholt erschreckt hatten. Inzwischen hatte die britische Selbstsuchtspolitik die Bundesgenossen von neuem an die Leine gelegt.

Phot. Ernst Sandau, Berlin.

General von Beseler.

Die unausgesetzten Niederlagen der Franzosen und die Vernichtung zweier russischer Armeen in Ostpreußen ließ die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erscheinen, daß man in Paris und Petersburg, von der Aussichtslosigkeit des Krieges überzeugt, bald zum Frieden geneigt sein könnte. Das wäre ganz gegen den britischen Plan des allgemeinen Kontinentalkrieges zur Vernichtung Deutschlands gewesen, und dem mußte vorgebeugt werden. Selbst hatte man, außer an Ehre und Ansehen, wenig eingebüßt, die furchtbaren Verluste der Verbündeten waren den kaltherzigen Rechnern an der Themse höchst gleichgültig. Sie benützten schleunig den ersten Zorn über die Niederlagen in Frankreich und Rußland, bevor eine ruhigere Auffassung eintreten konnte, zu einer neuen bündigen Vereinbarung, nach der nur ein gemeinsamer Frieden geschlossen werden dürfe. Damit war erreicht, daß Rußland und Frankreich — das angeblich zu rettende Belgien wurde auch mit genannt — so lange Krieg zu führen hatten, als es England gefiele, so wenig es auch geleistet hatte und auch in Zukunft weder leisten wollte noch vermochte. Die ganze britische Politik bestand in einem Gemisch von unbewußter Selbsttäuschung und bewußter Täuschung der anderen. — Hinter der neuen Stellung an der Aisne vollendete inzwischen die deutsche Armeeleitung die vollkommene Unterwerfung Belgiens. Das Hauptstück bildete die Eroberung der ebenfalls für uneinnehmbar gehaltenen Festung Antwerpen. Für diesen Zweck war in Crefeld unter der Führung des Generals v. Beseler eine besondere Armeeabteilung zusammengezogen worden, deren Kern das 3. Landwehrkorps bildete. Sie eröffnete schon am 26. September das Feuer gegen einen Teil der äußeren Fortslinie von Antwerpen. Dank der unvergleichlichen Tätigkeit der Pioniere, der Durchschlagsgewalt der österreichischen Bombenmörser und der übrigen schweren Artillerie sowie der Tapferkeit der Infanterie, die alle Ausfallsversuche mit Wucht zurückwarf, schritt die Belagerung rasch vorwärts. In London kriegten sie's mit der Angst und schickten eine noch in den Rekrutenschuhen steckende Matrosendivision zur Hilfe. Auch Churchill kam nach Antwerpen, richtete aber durch seine unverständigen Schwätzereien nur Unheil an. Eine eigentliche Oberleitung bestand nicht mehr. Und als dann nach Wegnahme der wichtigsten neuen Forts der äußeren Linie die Sturmkolonnen gegen die inneren vorgingen und die Riesenbomben in die Stadt flogen, da rissen alle aus, Belgier und Engländer, Churchill natürlich voraus. Die Mehrzahl flüchtete nach Westen, die anderen Helden fielen den Holländern zur Last. Mangels einer militärischen Leitung übergaben die städtischen Behörden am 9. Oktober die Stadt. Es war ein unerhörter Sieg, der in Frankreich wochenlang verheimlicht, abgeleugnet und überhaupt nie offiziell mitgeteilt wurde, in England, Entsetzen und Angst um den Kanal hervorrief. Die weitere Besetzung des Landes ging unter leichten Gefechten vor sich bis auf einen kleinen Streifen jenseits der Yser. Es wurde eine Zivilverwaltung eingerichtet, an deren Spitze Generaloberst v. d. Goltz (vom Dezember ab General v. Bissing) stand. In Ermanglung von Siegen begnügten sich Franzosen und Engländer damit, andere und unter Umständen sich auch gegenseitig anzulügen und aufzuschneiden. Es erübrigt sich, in einer schlichten und ernsten Darstellung des großen Weltereignisses auf solches Phrasenheldentum näher einzugehen. Die Tageszeitungen haben ja auch davon zum Verdruß genug gebracht. Aber ein Kabinettsstückchen dieser Art, das aus dem geschilderten Zeitraum stammt, soll doch als Muster angeführt werden zum bleibenden Ge-

Phot. R. Dührkoop, Berlin.

Generalfeldmarschall Freiherr von der Goltz.

Erzherzog Friedrich,
Armee-Oberkommandant, Feldmarschall.

dächtnis. In einem vom britischen Botschafter Rennel Rodd in Rom veröffentlichten Bericht des englischen Oberbefehlshabers General French waren folgende Sätze zu lesen: „Kein Zweifel, daß unsere Leute durch ihr bloßes Erscheinen eine mächtige Suggestion auf die Deutschen ausüben. Der Elan der deutschen Infanterie ist karg, während der Sturmdrang der englischen Bataillone bisher die deutschen Kolonnen, die ihnen entgegentraten, rasch zertrümmert hat. Die englische Reiterei kann sich dem Feinde gegenüber, solange er ihr nicht mindestens dreifach überlegen ist, jede Freiheit gestatten. Die deutschen Truppen sind das Feuer unserer Infanterie nicht wert, die deutschen Patrouillen laufen unseren Reitern davon, und wenn unsere Artillerie angreift, so hat sie immer die drei- und vierfache Anzahl Geschütze gegen sich gehabt." — General French scheint sich in diesem albernen und hochmütigen Schriftstück grundsätzlich verschrieben zu haben. Hätte er aber immer statt Engländer Deutsche und umgekehrt gesagt, dann würde er wenigstens die Römer nicht belogen haben.

Vom Kriegsschauplatz in Galizien und Polen.

Der gemeine Meuchelmord in Serajewo hatte wohl die Hoffnung der Donaumonarchie schwer getroffen, was er aber nicht zerstörte und zerstören konnte, sondern vielmehr festigte, das war der Zusammenhalt der zahlreichen Völkerschaften, die unter der milden Regierung des Kaisers Franz Josef trotz alles inneren Haders, der ja leider in allen Staaten in Friedenszeiten den Hauptbestandteil des sogenannten politischen Treibens ausmacht, doch glücklich gelebt hatten und auch weiter leben wollen. Die innere Friedenspolitik ist jene, von der Bismarck gesagt hat, daß sie den Charakter verdirbt, von der Goethe einen der studentischen Schlemmer in Auerbachs Keller sagen läßt: „Pfui! ein politisch Lied, ein garstig Lied!" Das ist auch keine wahre Politik, denn sie führt das Vaterland nur im Munde. Trotz aller seiner Schrecken muß man den Krieg geradezu segnen, weil er solcher Pseudo-Politik ein Ende macht und an ihre Stelle Heil und Wohl des Vaterlandes, des Staates, des Reiches wieder in die ihm allein gebührenden Rechte einsetzt. Vaterlandspolitik ist die einzig richtige Politik, sie bringt der Krieg wieder ans Tageslicht und sie erhebt und stärkt den Charakter. Und wenn Millionen einmütig „Gott erhalte", die „Wacht am Rhein" oder „Deutschland über alles" anstimmen, wenn reifen Männern bei diesen Psalmen des Vaterlandes das Auge feucht wird, da wird kein Mensch von einem garstigen Liede reden. Jene Pseudo-Politik ist aber nicht bloß ein Mißbrauch, der den Charakter verdirbt, sondern sie bildet auch eine Gefahr für das Vaterland. Die Aufbauschung ihrer nichtigen Streitigkeiten, die bei gutem Willen ohne Schwierigkeiten auszugleichen wären, erwecken im Auslande, wo der richtige Maßstab dafür noch mehr fehlt als daheim, leicht den Eindruck unversöhnlicher Uneinigkeit, einer Schwäche des Reiches. Hat man nicht damit den Stoff geliefert zur Fabel vom zukünftigen „Zerfall Österreichs", hat man nicht den Irrwahn genährt, daß Süddeutschland sich jemals wieder vom Norden losreißen möchte, daß die Sozialdemokraten den Kampf gegen den „Militarismus" bis zur Revolution gegen den Krieg treiben würden? Solche Anschauungen haben im Auslande vielfach bestanden und es ist müßig, die Frage zu erörtern, ob dergleichen einen Kriegsausbruch beschleunigen konnte oder nicht. Wohl aber darf angenommen werden, daß man sich in Petersburg und Paris die Sache etwas länger überlegt hätte, wenn man überzeugt gewesen wäre, daß man so fest auf Granit beißen würde, wie es jetzt tatsächlich der Fall ist. Noch eins. Alle Welt, die offenen Feinde nicht am wenigsten, verfolgen mit staunender Bewunderung die Stärke und noch mehr die Taten des österreichisch-ungarischen Heeres, das in

Phot. Rud. Jobst, Wien.

Conrad von Hötzendorf,
Generaloberst, Chef des Generalstabes.

allem und jedem neben der anerkannt ersten Armee der Welt, der deutschen, um die Palme des Ruhmes ringt. Es ist fürwahr eine erstaunliche Leistung der Verwaltung und Leitung der Wehrmacht, und noch

Phot. Harkanyi, Wien.

General Viktor von Dankl.

dazu in einer Zeit — sie liegt nur wenige Jahre zurück — in der parlamentarischer Unfug hüben wie drüben die Armee in einen Zustand versetzt hatte, der von der verantwortlichen Stelle schmerzbewegt als „verdorren" bezeichnet wurde. Was hätte nicht noch alles — namentlich an der Zahl — heute in die Wagschale des Sieges geworfen werden können, wenn dem Heere rechtzeitig die nötigen erfrischenden Kräfte zugeführt worden wären! Und erspart ist dabei doch auch nichts worden. Bei den Mobilisierungen seit der bosnischen Krise hat das Fehlende doch beschafft und bezahlt werden müssen.

Österreich-Ungarn hatte in der gerechtesten Sache von der Welt Serbien den Krieg erklärt, sah sich aber durch das Eingreifen Rußlands genötigt, schließlich seine gesamte Kraft für den Hauptkampf im Nordosten zusammenzufassen. Die Straferpedition gegen das bald hinreichend gezüchtigte Serbien wurde dadurch zu einer nichts entscheidenden Nebenaktion, Deutschland hatte sich mit seinen Hauptkräften zunächst gegen die Franzosen wenden müssen, die am ehesten auf den Plan treten konnten, darum fiel im ersten Teile des Krieges gegen Rußland die Hauptaufgabe Österreich-Ungarn allein zu, während sich Deutschland auf die Deckung von Ostpreußen beschränken konnte. Der Krieg im Osten mußte von vornherein als ein langwieriges Ringen gegen die Überzahl aufgefaßt werden. An einen kurzen Feldzug war nicht zu denken, es galt vielmehr, die Überlegenheit an Ausbildung, Bildungsgrad und Intelligenz der eigenen Truppen zur Schwächung des Kolosses so lange zu benützen, bis die Überlegenheit der Zahl nicht mehr ausschlaggebend ins Gewicht fiel. Erst dann konnte die eigentliche Entscheidung gesucht werden. Der Krieg war demnach zunächst ein Defensivkrieg, was nicht ausschließt, daß er in offensiver Form geführt wird, wenn auch nur zu dem Zweck, den Krieg tunlichst in das feindliche Gebiet zu tragen, um das eigene zu schonen. Die Raschheit, mit der sich die Mobilisierung und der sorgsam vorbereitete Aufmarsch vollzogen, kam dem Entschluß zu einem frühzeitigen Vorstoß nach Norden zu statten. Galizien und die Bukowina sind in ihrer ganzen Ausdehnung gegen Rußland ohne natürlichen Grenzschutz, sie kampflos aufzugeben und sich auf die Karpathenlinie zurückzuziehen, war überhaupt in einem gemeinsamen Feldzug mit Deutschland ausgeschlossen, weil da von direkter gegenseitiger Unterstützung keine Rede hätte sein können. Die Mobilisierung hatte am 4. August begonnen und der Aufmarsch war nach 17 Tagen beendet. Es war eine Freude zu sehen, mit welcher Begeisterung und mit welchem Pflichtgefühl die Millionen Reservisten und Landsturmmänner aller Nationen zur Fahne einrückten, selbst Österreicher wurden überrascht von der einmütigen Erhebung der sonst ewig miteinander hadernden Völkerschaften. Seit 1809 hatte man gleiche Begeisterung und Verbrüderung nicht wieder erlebt. Hier sei gleich bemerkt, daß die in Regimenter und Divisionen organisierten Landsturmtruppen ungefähr der Landwehr in Deutschland entsprechen, während die österreichische Landwehr (in Ungarn Honved) eigentlich eine Linientruppe (mit eigenen Rekruten usw.) ist, die sich von der Linie im wesentlichen nur durch etwas kürzere Dienstzeit und geringeren Stand unterscheidet. Die Annahme, daß sofort nach Kriegs-

Moritz Ritter von Auffenberg.

ausbruch Reiter- und Kosakenscharen Galizien überfluten würden, traf nicht ein, einzelne schwache Vorstöße, wie bei Adamovka und bei Nowosielica in der

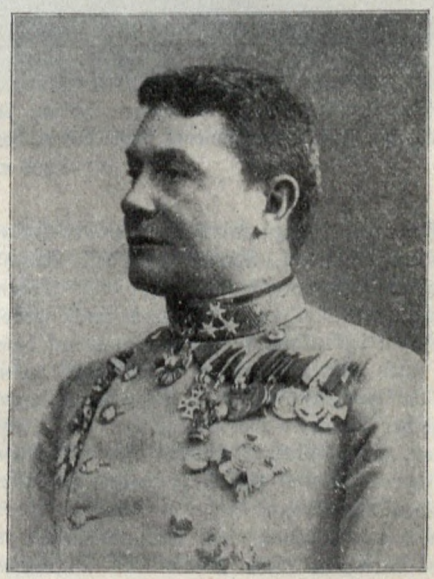
Bukowina, konnten schon von Gendarmerie und Finanzwache abgewehrt werden. Dagegen überfiel am 8. die von Krakau vorgehende polnische Jung-

Phot. Harkanyi, Wien.

General Ed. von Böhm-Ermolli.

schützenlegion bei Miechow eine Grenzkosakenabteilung, brachte ihr starke Verluste bei und jagte sie bis über Ksiaz hinaus.

Von Rußland hatten die Franzosen zweifellos einen raschen Vorstoß über Posen nach Berlin erwartet. Aber nichts dergleichen geschah, auch jeder Einfall nach Galizien blieb aus. Es war aber keineswegs daraus zu schließen, daß Rußland etwa überrascht worden war, und es zeigte sich auch bald, daß es schon viel früher zu mobilisieren begonnen hatte. Es sammelte seine Armeen hinter Niemen, Weichsel und Bug, wie bald bekannt wurde. Schon am 14. hatte auf österreichisch-ungarischer Seite die Fernaufklärung durch Flieger eingesetzt. Es galt rasches Handeln. Hinter den Polen westlich der Weichsel räumenden Russen war schon am 13. von Krakau aus General v. Kummer mit einer Armeeabteilung links der Weichsel gefolgt, auf seiner Linken das preußisch-schlesische Landwehrkorps (drei Divisionen) unter General v. Woyrsch. Vor Lublin standen noch keine nennenswerten russischen Truppen. Die Vorwärtsbewegung begann unter dem Oberbefehl des Erzherzogs Friedrich, dem als Generalstabschef der G. d. J. Conrad von Hötzendorf zur Seite stand. Es waren drei Armeen zum Vormarsch bereit: Am unteren San die erste Armee unter G. d. K. Dankl (1., 5. und 10. Korps), östlich davon die zweite Armee unter G. d. J. v. Auffenberg (2., 6., 9. und 17. Korps), bei Lemberg die dritte Armee unter G. d. K. v. Brudermann (3., 11. und 14. Korps). Außerdem stand bei Tarnopol eine Armeeabteilung unter G. d. J. Köveß v. Köveßháza (12. Korps u. Kavalleriedivisionen), die unter den Befehl des mit dem 4. und 7. Korps anmarschierenden Führers der vierten Armee G. d. K. v. Böhm-Ermolli treten sollte. Die erste und zweite Armee traten den Vormarsch nach Norden an, die dritte sollte je nach den Verhältnissen nach rechts oder links unterstützen. Der Vormarsch führte zunächst am 27. zu einem Zusammenstoß mit russischen Reitermassen bei Tomaszow, Turynka und Kamionka, die Gruppe links der Weichsel überschritt die Lysagora und stand am 24. zwischen Kielce und Radom, die erste Armee jagte in dreitägiger Schlacht vom 23. bis 25. bei Krasnik den Feind in die Flucht auf Lublin und nahm ihm 3 Fahnen, 20 Geschütze, zahlreiche Gefangene und Maschinengewehre ab. Zwischen Weichsel und Dnjestr fanden nun in der folgenden Woche heftige Kämpfe mit den Russen statt, die sich von Norden und von Osten in Bewegung gesetzt hatten und bald eine ungeheuere Übermacht entfalteten. Am 28. siegte die erste Armee nochmals bei Nidrzwicaduca und schickte sich zum Angriff auf Lublin an. Die Armee Auffenberg erfocht am 1. September bei Zamosc einen entscheidenden Sieg, die Russen verloren Scharen von Gefangenen samt 160 Geschützen und gingen über den Bug zurück. Die zweite Armee folgte über Cholm bis an den Fluß. Es wäre ein herrlicher Sieg erfochten worden, wenn der inzwischen bei Lemberg kämpfende rechte Flügel nicht eine ungeheuere Übermacht gegen sich gehabt hätte. Dadurch gestaltete sich von den ersten Septembertagen an die Lage schwieriger. Trotz des heldenmütigsten Widerstandes bei Przemyslany und Zloczow gewannen in tagelangen Kämpfen die Russen immer mehr Boden, und darum wurde aus strategischen Gründen am 3. die Stadt Lemberg geräumt. Die österreichisch-ungarischen Armeeabteilungen waren keineswegs geschlagen, sondern



Hofphot. Em. Fischer, Hermannstadt.

General Köveß von Köveßháza.

sie gingen langsam in eine neue Stellung zurück. Die Russen folgten vorsichtig und schoben sich gegen Nordwesten vor. In den Papieren des in Gefangenschaft geratenen und seinen Wunden erlegenen

russischen Generals Wannowski fand man seine vom Zaren unterzeichnete Ernennung zum Gouverneur in Lemberg „nach der Eroberung Galiziens".

Die Kriegsberichterstatter schilderten eingehend die heldenmütigen Leistungen einzelner Offiziere und Mannschaften, die nicht nur von den Linien- und Landwehrtruppen, sondern auch vom Landsturm vollbracht wurden. Hervorragende Erfolge im Nachrichtendienst erzielten ebensowohl die großen Kavalleriekörper wie die Patrouillen des Nachrichtendetachements und die Feldpiloten. Wie eng auf diesem Wege die Hauptquartiere der Verbündeten in Verbindung standen, bewies am 22. August der deutsche Schütte-Lanz-Ballon, der von Posen über die russischen Stellungen hinweg im österreichisch-ungarischen Hauptquartier eintraf und auf demselben Wege auch glücklich wieder zurückkehrte. Unstreitig hatte der gewaltsame Vorstoß zweier österreichisch-ungarischer Armeen von Süden her die Russen abgehalten, noch stärkere Kräfte von Warschau gegen Ostpreußen und Posen vorgehen zu lassen. Die Generäle Dankl und Frhr. v. Auffenberg erhielten das Großkreuz des Leopoldordens mit der Kriegsdekoration. Der Stand der Schlachten im Osten und Norden um Lemberg hatte schon am 3. die Armeeoberleitung veranlaßt, um die Armeen Bruderma nn und Böhm-Ermolli nicht weiteren Angriffen einer doppelt überlegenen Übermacht auszusetzen, die Armee Auffenberg in ihrem Siegeslaufe aufzuhalten und ihr den Abmarsch nach Süden zu befehlen. Die von Lemberg zurückgegangene Armee war indessen schon am 9. wieder in der Lage, über Grodek die Offensive von neuem zu ergreifen, die in den ersten Tagen auch zu ansehnlichen Erfolgen führte, aber nach fünftägigem Siegen wieder abgebrochen wurde, da die Armee Auffenberg zwar im Rücken der Russen erschien, jedoch die erwünschte Unterstützung nicht bringen konnte, da sie selbst unausgesetzt im Rücken und in der linken Flanke durch überlegene russische Kräfte bedrängt wurde. Die russische Übermacht war eben schon überall zur Stelle und verwickelte auch die Armee Dankl in heftige Kämpfe. Unter diesen Umständen empfahl es sich, eine Umgruppierung

Mit Genehmigung der Ill. Zeitung, Leipzig.

Eine Episode aus der dreitägigen Schlacht bei Krasnik am 23.—25. August 1914. Truppen des 84. und des 49. Infanterieregiments sowie des 1. bosnischen Regiments nehmen eine befestigte Stellung der Russen und erbeuten eine Batterie. Nach einer Zeichnung von W. Gause.

der Armeen vorzunehmen. Die neue Aufstellung wurde hinter der Wisloka gewählt. Die Ablösung vom Feinde ging fast ohne Verluste vor sich, denn die Russen folgten sehr vorsichtig, wenn sie auch von großen Siegen redeten. Sie breiteten sich im östlichen und mittleren Galizien bis zu den Karpathen aus und begannen, Przemysl zu belagern. Diese Vorgänge übten unzweifelhaft auch ihren Einfluß auf die Lage in Ostpreußen aus. Generaloberst v. Hindenburg hatte die Reste der geschlagenen Armeen gegen den Bobr verfolgt, die ihm aus den Festungen an der Bobr-Narew-Linie zur Aufnahme der Flüchtigen entgegengeworfenen russischen Truppenteile zurückgeschlagen, so am 17. die vierte finnische Schützenbrigade, hatte Grajewo und Szczuczyn eingenommen und ließ auch schon die Festung Ossowiec mit schwerem Feldgeschütz beschießen. Dann vernahm man plötzlich von dort nichts mehr und der amtliche Bericht meldete wiederholt: „Auf dem östlichen Kriegsschauplatz keine Veränderungen". Die Erfahrung hat gelehrt, daß sich

hinter dieser Ankündigung die Vorbereitung neuer großer Pläne verberge. Man sollte bald davon erfahren. Die Russen blieben einige Zeit ruhig. Sie waren durch die gewaltigen Stöße im Norden und im Süden so sehr durcheinandergewirbelt worden, hatten die Vernichtung und die starke Schwächung ihrer Armeen erfahren und waren darum vollauf mit Auffüllung der Lücken und der Wiederherstellung der Ordnung beschäftigt.

zum Vormarsch in Oberschlesien gegen die russische Hauptstellung hinter den Weichselfestungen Nowo-Georgiewsk, Warschau und Iwangorod zusammen. Zu gleicher Zeit (am 5. Oktober) begann auf beiden Ufern der Weichsel der österreichisch-ungarische Vormarsch. Schon in den letzten Septembertagen waren starke russische Reiterabteilungen bei Riecz und auch nördlich der Weichsel aus dem Wege geräumt worden. Die Armeen, deren Verluste durch frische Mann-

Österreichische Landwehr erobert in der Schlacht bei Szamos eine russische Fahne.
Nach einem Gemälde von Prof. Hans W. Schmidt.

Die erste gemeinsame Offensive.

Die scheinbare Ruhe auf den Kriegsschauplätzen im Osten bedeutete keineswegs, daß die verbündeten Armeen untätig auf ihren Lorbeeren ausruhten. Man konnte dessen gewiß sein, daß schon die nächsten Tage wieder neue Nachrichten bringen würden, um so mehr, da die Armeeleitungen in enger Fühlung und Waffenbrüderschaft operierten. Die Erfolge Hindenburgs hatten schon bewirkt, daß die bereits bei Warschau und Iwangorod über die Weichsel vorgegangenen Russen sich anschickten, wieder über den Fluß zurückzugehen und somit eine Bedrohung der linken Flanke der österreichisch-ungarischen Aufstellung durch sie ausgeschlossen war. Die Verteidigung Ostpreußens wurde nun einer besonderen Armeeabteilung unter dem General v. François überlassen, und Hindenburg zog seine übrigen Kräfte, die durch Neubildungen und aus dem Westen herangezogene Truppenteile — namentlich Reiterei — vermehrt worden waren, schaften ausgeglichen worden und denen neue Reservebildungen zugegangen waren, befanden sich in ausgezeichneter Verfassung und waren ungemein kampflustig. Ein großer Teil von ihnen wurde nördlich von Krakau mit den deutschen Heeresteilen zu einer Angriffsfront vereinigt, die sich etwa von Kreuzburg bis Krakau ausdehnte und sich über Lodz wie über Kielce und Radom gegen Warschau in Bewegung setzte. Dies veranlaßte die Russen, einen großen Teil ihrer im östlichen Galizien stehenden Armeen über Lublin an die Aufstellung hinter der Weichsel heranzuziehen, aber dadurch gerieten die rückwärtigen Verbindungen in große Verwirrung. Am 4. Oktober wurde die russische Gardeschützenbrigade aus ihrer befestigten Stellung bei Opatow vertrieben und bis zur Vernichtung geschlagen, tags darauf traf das gleiche Geschick dritthalb russische Kavalleriedivisionen und Teile der Hauptreserve westlich von Iwangorod, zu gleicher Zeit wurde der Brückenkopf von Sandomir erobert. Dieses Vorspiel eröffnete günstige Aussichten, denn auch der auf

dem rechten Ufer der Weichsel vordringende Teil des österreichisch-ungarischen Heeres hatte im Winkel der Weichsel und des San bei Tarnobrzeg eine russische Infanteriedivision geschlagen, in verschiedenen Gefechten die feindlichen Kräfte, die nach Westen Przemysl sichern sollten, zurückgeworfen und schon am 11. die Festung entsetzt. Die Russen hatten wegen Mangel an schwerem Geschütz die Festung mit Gewaltstürmen erobern wollen, die aber mit ganz ungeheueren Verlusten abgeschlagen worden waren. Jetzt mußte die Belagerungsarmee zum Teil in wilder Flucht den Rückzug antreten.

hatte in den letzten Tagen eine ganz ungeheuere Ausdehnung angenommen, denn es wurde von der ostpreußischen Grenze bis zu den Karpathen in einer nur an wenigen Stellen unterbrochenen Linie von mehr als 400 Kilometer gekämpft. An der mittleren Weichsel standen alle Kampfbedingungen zu Gunsten der Russen: außer ihrer großen Überzahl, die durch einen großen Fluß gedeckte und drei starke Festungen geschützte Stellung und hinter dieser ein ausgezeichnetes Bahnnetz und ein zur Verteidigung vortrefflich geeigneter Höhenzug. Namentlich die Eisenbahnen hätten überraschende und übermächtige

Mit Genehmigung der Ill. Zeitung, Leipzig.

Von der zweiten Schlacht bei Lemberg: Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Josef und der österr.-ung. Armeeoberkommandant Erzherzog Friedrich verfolgen am 10. September 1914 den Verlauf der Schlacht östlich von Grodek. Nach einer Zeichnung von W. Gause.

Mit großer Schnelligkeit waren die Truppen der Westarmee gegen die mittlere Weichsel vorgestoßen. Die Deutschen standen nach siegreichen Kämpfen am 12. bei Radom und Grojec bei Warschau, die Österreicher bei Iwangorod. Die Russen hatten vom 8. bis 20. Oktober zu verschiedenen Malen bei Kazimierz, Nowo-Alexandria, Pawlowice und Ryczywol Übergangsversuche über die Weichsel unternommen, die aber sämtlich mit schweren Verlusten für sie verhindert wurden. Auch der größte am 15., der von acht Armeekorps auf der ganzen Linie von Warschau bis Iwangorod ins Werk gesetzt worden war, wurde abgewiesen. Noch am 25. standen die Deutschen bei Warschau und die Österreicher bei Iwangorod in siegreichem Kampfe, den nur die beiden Festungen ein entschiedenes Halt geboten. Als jedoch die Russen mit neuen, und namentlich von Nowo-Georgiewsk aus, die Flanke bedrohenden weit überlegenen Truppen die Weichsel überschritten hatten, beschlossen die Verbündeten auszuweichen und eine Umgruppierung vorzunehmen. Die Schlacht

Angriffe leicht ermöglicht. Da sich die Russen nicht vorher gestellt hatten, wäre es mindestens unklug gewesen, sie in einer Stellung anzugreifen, die ausschließlich ihnen alle Vorteile bot. Sie dieser zu berauben war die einzig richtige Strategie, besonders unzweifelhaft für eine Minderzahl. Die Bierstrategen daheim waren mit diesem Rückzug sehr unzufrieden. Da hätte man gar nicht erst hinzugehen brauchen, war ihr Haupttrumpf. Ja, wenn sich mehr Russen diesseits der Weichsel gestellt hätten, wären sie in den Fluß gejagt worden. Daß das nicht der Fall gewesen ist, war freilich Pech, vielleicht war man zu schnell gewesen, aber im Kriege kann man sonst nicht flink genug sein. Daß man trotzdem noch den Stier bei den Hörnern fassen sollte, konnte nur die Bierstrategie verlangen, die glücklicherweise nur mit billigen Redensarten, nicht mit kostbaren Menschenleben ihre Schlachten schlägt. Die Loslösung vom Feinde ging ohne Schwierigkeit vor sich. Die Deutschen gingen nach Westen, die österreichisch-ungarischen Truppen über die Lysagora zurück, die Rus-

sen folgten zunächst wieder nicht. Es blieb also Zeit genug für die Neugruppierung, die freilich auch das Aufgeben der in Galizien erfochtenen Vorteile mit sich brachte. Alle Bewegungen auf dem polnischen Kriegsschauplatze waren, namentlich auch in dieser Jahreszeit, durch den jeder Beschreibung spottenden Zustand der Wege sehr erschwert, aber die Russen litten darunter auch. Die kampfesfrohen Truppen fanden sich indessen mit diesen Mühsalen leichter ab wie mit der Rückwärtsbewegung, da sie sich doch nicht geschlagen fühlten. Das Vertrauen in die Führung litt jedoch nirgends. Diese war nur dem Schlage ausgewichen.

Die Russen hatten eben schon, da im Osten offenbar viel früher mobilisiert worden war, alle ihre zurzeit verfügbaren und im Feldkriege verwendbaren Streitkräfte, die asiatischen eingeschlossen, auf den Kriegsschauplatz an der Weichsel herangezogen, daher die über alle Erwartung hinausgehende Übermacht. Schon in den letzten Septembertagen hatten sie auch versucht, über die nicht besetzten Karpathen in Ungarn einzudringen. Ihre Vortruppen wurden anfangs nur durch Gendarmen, Finanzwache und Landsturm abgewehrt, bald griffen aber auch Truppen ein und brachten den Russen empfindliche Niederlagen bei, namentlich im Uszoker Passe. Nach dem Entsatz von Przemysl war der Vormarsch über den San fortgesetzt, am 14. die befestigten russischen Stellungen zwischen Stary-Sambor und Medyka sowie am nächsten Tage die Anhöhen bei Starasol gestürmt worden; 15.000 Gefangene verloren die Russen bei diesen Gefechten. Aber nun entwickelte sich eine Riesenschlacht am San und an der Weichsel, in der am 19. die Anhöhen von Medyka und der Magierka gestürmt und die folgenden Tage behauptet wurden. Auch in den Karpathen war den Russen schließlich noch der Jablonicapaß entrissen worden, so daß der ungarische Boden von ihnen befreit war. Hier stand alles äußerlich ganz günstig, trotz der riesigen Übermacht. Aber diese bewirkte doch hier, daß der beabsichtigte Zweck der gemeinsamen Offensive, ein kräftiger Vorstoß gegen den linken Flügel der russischen Hauptstellung an der Weichsel, nicht erreicht werden konnte. Unter diesen Umständen war es nicht möglich, eine Entscheidungsschlacht herbeizuführen, und es war geraten, sie später unter günstigeren Bedingungen zu schlagen. Denn die Russen hatten unzweifelhaft vor, die deutschen Truppen des linken Flügels von Nowo-Georgiewsk und Warschau her mit Übergewalt zu erdrücken, und das mußte ihnen gelingen, da der in Aussicht genommene Angriff gegen ihren linken Flügel nicht ausgeführt werden konnte, aber das wäre auch das Ende des Feldzuges gewesen, denn dann hätte auch die schönste österreichisch-ungarische Stellung in Galizien in der Luft gehangen. Unter diesen Umständen mußten eben die verbündeten Heere den schweren, aber durch die Lage gebotenen Entschluß fassen, den gemeinsamen Offensivstoß gegen Weichsel und San abzubrechen, da er gegen die dreifache Übermacht keine sichere Aussicht auf Erfolg mehr bot. Es galt sich von ihr loszulösen, um die Freiheit des Handelns wiederzugewinnen, d. h. den Feind da zu schlagen, wo man will, und nicht, wo man durch seine Übermacht dazu gezwungen wird. Der Rückzug wurde auch in Galizien ungehindert von den Russen durchgeführt, nachdem überall sämtliche Bahnanlagen, Straßen, Brücken und Telegraphenverbindungen auf das gründlichste zerstört wurden, während Privateigentum und Wohnungen unverletzt blieben. Die Zerstörung war aber so nachhaltig betrieben worden, daß die nachfolgenden Russen nur sehr langsam zu folgen vermochten. Hindenburg hat sich nachmals selbst in dem Sinne geäußert, daß dieses Zerstörungswerk das militärisch Ersprießlichste an dem Vormarsch gegen Warschau gewesen sei.

Generaloberst von François.

Während dieser Zeit waren die Russen auch an der ostpreußischen Grenze wieder regsamer gewesen. Im Anfang des Oktober rückten sie mit starken Kräften vom Narew heran, wurden aber schon am 7. bei Suwalki mit erheblichen Verlusten zurückgewiesen. Sie meldeten selbstverständlich einen großen Sieg darüber. Alle Angriffe von Teilen ihrer ersten und zehnten Armee wurden gründlich abgewiesen, insbesondere in den Gefechten bei Schirwindt vom 10. bis 14. Oktober, wobei die Russen über 12.000 Gefangene und 30 Geschütze verloren. Deutsche Truppen folgten ihnen wieder in das Gouvernement Suwalki. Bei Lyck war den Russen wieder einmal ein kurzer Einfall gelungen.

Die russische Offensive.

Die neue Aufstellung der Verbündeten war ziemlich weit nach Westen, auf die Linie Krakau—Czenstochau—Sieradz, zurückverlegt worden. Das erregte große Hoffnungen in Paris und London, wo man schon die „Dampfwalze" der russischen Übermacht in vernichtender Vorwärtsbewegung gegen Berlin sah. Es sollte aber nicht so kommen. Die Umgruppierung der Verbündeten bezweckte durchaus nicht, diese Vernichtung in Untätigkeit abzuwarten, sondern sie sollte die Kraft der russischen Offensive zunächst durch

schwächende Vorstöße unter allen Umständen brechen. Der äußerst langsame Vormarsch der Russen gewährte die Zeit zur notwendigen Versammlung der neuen Kräfte, und dazu stand jetzt den Verbündeten ein vielgestaltiges Netz von Eisenbahnen zur Verfügung. Die Umgruppierung ist eine der genialsten Leistungen der neueren Strategie. Als sich die russische Offensive mit dritthalb Millionen den deutschen Grenzen näherte, stieß sie auf eine aus deutschen und österr.-ungar. Truppen gebildete Mauer, an der sie in erbitternden, bis tief in den Dezember hinein währenden Kämpfen zerschellte. Sobald der Zweck des

Hofphot. E. Bieber, Berlin.

Generalfeldmarschall von Mackensen.

Rückzuges, die Neugruppierung der Kräfte, erreicht war, begann ungesäumt der Vormarsch auf der ganzen Front. Für die Entscheidung in Polen hatte es gegolten, alle an anderen Stellen irgendwie entbehrlichen Kräfte und die vorhandenen Neubildungen, selbst die Festungsbesatzungen zusammenzufassen. In Galizien standen die Hauptteile der österreichisch-ungarischen Armee, im südwestlichen Polen in der Gegend von Krakau und der oberschlesischen Grenze war eine starke Armee aus deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen gebildet worden. Eine starke, nur aus deutschen Truppen bestehende neunte Armee unter dem General v. Mackensen, war teils durch Fußmarsch, teils mit der Bahn bei Thorn und Wreschen versammelt worden mit der Aufgabe, die zwischen der Weichsel und oberen Warthe vordringenden Russen zurückzuwerfen und dann südlich gegen die rechte Flanke der russischen Hauptarmee vorzugehen. Eine schwächere Abteilung zum Schutze Westpreußens stand bei Straßburg und Soldau, in Ostpreußen noch eine besondere Armeeabteilung unter dem General v. Below. Auf russischer Seite stand an der ostpreußischen Grenze die zehnte Armee (8. und 9. Armeekorps), an der Südgrenze Ostpreußens das 3. und 4. Armeekorps mit einigen Kavalleriedivisionen, gegen die westpreußische Grenze das 1. und 2. Armeekorps. Anschließend daran nach Süden hatten die zweite, vierte, fünfte und neunte Armee die Linie von Uniewo an der Warthe bis Nowo-Radomsk erreicht. Südlich davon und in Galizien gingen die übrigen russischen Armeen vor, insgesamt mindestens 45 Armeekorps. Nach der Absicht der Verbündeten sollte die Entscheidung gegen die im Weichselbogen und östlich von Krakau vordringenden russischen Armeen gesucht werden, während auf den äußersten Flügeln in Ostpreußen und Ostgalizien der Kampf nur verteidigungsweise geführt werden sollte. Die große Offensive der Russen sollte Mitte November beginnen, die Verbündeten kamen ihnen aber überall zuvor.

Entsprechend der geographischen Lage fanden die ersten Zusammenstöße in Ostpreußen statt. Nachdem schon ein Durchbruchsversuch der Russen bei Szitkehmen abgewiesen worden war, kostete sie am 8. November ein zweiter am Wystyter See 4000 Gefangene und 10 Maschinengewehre. Später kam es noch zu heftigen Gefechten bei Eydtkuhnen, Stallupönen und im Süden bei Soldau. Mittlerweile wurde es auch auf den Hauptanmarschlinien lebendig, am 9. wurde bei Konin an der Warthe ein vorgeschobenes russisches Bataillon durch Kavallerie zersprengt, die gegen Posen aufklärende russische Reiterei wurde über die Warthe zurückgejagt. Den ersten Schlag führte die neunte Armee am 13. und 14. bei Wloclawek gegen mehrere russische Armeekorps, die 23.000 Gefangene sowie 70 Geschütze und Maschinengewehre einbüßten. Zu gleicher Zeit wurden die Russen nördlich der Weichsel bei Lipno auf Plock zurückgeworfen. Die bei Wloclawek geschlagenen, aber durch mehrere Armeekorps verstärkten Russen wurden am 15. vor Kutno nochmals nachdrücklich geschlagen. Die neunte Armee stand dadurch schon in der russischen rechten Flanke und ging, eine Abteilung unter General v. Morgen zur Verfolgung der Russen in östlicher Richtung zurücklassend, unter erfolgreichen Kämpfen über Dombie und Lenczyca nach Süden vor. Dadurch wurde der russische Vormarsch empfindlich gestört. Zuerst mußte die zweite und dann auch noch die fünfte Armee nach Nordwesten zurückgenommen werden. Dadurch entstand zwischen der fünften und der vierten Armee eine erhebliche Lücke. Die rasch vordringenden Deutschen hatten schon am 21. die in und bei Lodz stehende zweite und fünfte Armee von Ost, Nord und West eingekreist, so daß sie einer Vernichtung im Stile Hindenburgs geweiht schienen. Da wurde ihnen Hilfe in der äußersten Not. Teile der von Ostpreußen zurückgehenden ersten Armee waren meistens mit der Bahn über Warschau nach Skierniewice geschafft worden, der rechte Flügel der vierten Armee sandte auch Unterstützung, und so sah sich der die russische Stellung um Lodz von Osten her einschließende Teil der deutschen Armee am 24. selbst im Rücken umgangen und damit tatsächlich von allen Seiten umzingelt. Die Lage war ungewöhnlich ernst, aber die kleine deutsche Schar gab ihre Sache keineswegs verloren, sondern sprengte den eisernen Ring, indem sie in der Nacht zum 25. nach Norden über Brzeziny durchbrach und nicht bloß ihre sämtlichen Geschütze und Verwundeten rettete, sondern auch 12.000 Gefangene und 52 russische Geschütze und viele Maschinen-

gewehre mitbrachte. Es war eine überaus kühne Tat, für die sich in solchem Umfange in der Kriegsgeschichte noch kein Beispiel findet. Es handelte sich um die 3. Gardedivision und die 35. Reservedivision unter General v. Scheffer-Boyadel, denen es am 26. gelang, den Anschluß an den linken Flügel der neunten Armee wiederzugewinnen. Inzwischen hatte sich auch die kombinierte Armee in nordöstlicher Richtung in Bewegung gesetzt. Ihre Leistungen reihten sich würdig in das großartige und neugestaltige Schlachtenbild ein, das das weite Gebiet von Ostpreußen bis nach Westgalizien hinein zum Schauplatz hatte. Die russische Armee hatte wegen dieses Vormarsches die eben erst angetretene Vorwärtsbewegung sofort eingestellt. Am 21. wurden bei Czenstochau zwei feindliche Bataillone gefangen, am 22. erreichten die Österreicher unter heftigen Kämpfen den Szweniawa-Abschnitt, am 23. wurde Pilica erobert, wobei 2400 Gefangene gemacht wurden. Über Nowo-Radomsk drangen sie langsam, aber unaufhaltsam südlich, der deutsche Flügel nördlich von Petrikau vor.

Am 26. November konnte Generaloberst v. Hindenburg melden, daß die russische Offensive zum Stehen gebracht worden sei. Kaiser Wilhelm ließ der Armee seinen Dank aussprechen und ernannte Hindenburg zum Generalfeldmarschall. Es waren bereits über 60.000 Gefangene gemacht, über 150 Geschütze und gegen 200 Maschinengewehre erbeutet worden. General v. Mackensen erhielt den Orden pour le mérite, General von Woyrsch wurde zum Generaloberſten ernannt. Der Kaiser traf selbst auf dem Kampfgebiet ein, besuchte am 30. die Truppen in Gumbinnen und Darkehmen, war am 1. Dezember in Czenstochau und hatte am 2. in Breslau eine Zusammenkunft mit dem österreichisch-ungarischen Oberbefehlshaber Erzherzog Friedrich, der von Teschen eingetroffen war. In Breslau empfing er auch Deputationen von den in Polen kämpfenden Truppenteilen, die er nicht selbst hatte begrüßen können, und dankte ihnen. In London und Paris hatte man sich großen Hoffnungen auf die Wirkung der russischen „Dampfwalze" hingegeben. Der „Matin" schrieb am 25. November: „Der schöne Sieg, den die russischen Truppen soeben über die vom General v. Hindenburg und vom Kronprinzen geführten deutschen Armeen errungen haben, hat einen beträchtlichen Umfang angenommen. Der „Matin" hatte ihn bereits ankündigen können, seine Angaben sind allseitig und vollinhaltlich bestätigt worden." Was es mit den Angaben des „Matin" auf sich hat, geht schon daraus hervor, daß der Kronprinz gar nicht im Osten war, sondern bei Verdun stand. Das diente bloß zum Aufputz für die Pariser, die natürlich nie etwas von Hindenburgs Meldung vom folgenden Tage erfahren haben, daß bereits 40.000 Gefangene gezählt worden seien. Dagegen log man in Paris und London eine so große Niederlage Hindenburgs zusammen, daß sich sogar der russische Generalstab, der doch selber tüchtig log, gegen die Verbreitung solcher Aufschneidereien wenden mußte. Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch war überhaupt schlecht gelaunt und ließ alle russischen und englischen Berichterstatter aus dem Operationsgebiet in Polen ausweisen. Um den Einzug in Berlin zu beschreiben, wären ihm diese Leute wohl gerade recht gewesen, aber jetzt konnte er sie nicht brauchen. Mit dem Einzug in Berlin war es überhaupt eine eigene Sache, weil ihn Hindenburg nicht leiden wollte. Und der hatte gerade erst seinen Truppen in einer Proklamation mitgeteilt, daß zwar die Offensive der Russen zum Stillstand gekommen sei, „aber vernichtet ist der Feind noch nicht". Dieser höchst unangenehme Mensch war eben daran, Lodz zu erobern, was doch auf dem Wege von Warschau nach Berlin liegt. Dieses Hindernis mußte

Phot. Nicola Perscheid, Berlin.

Generaloberst von Woyrsch.

mit allen möglichen Mitteln beseitigt werden, und darum zog die russische Heeresleitung von rückwärts alle noch vorhandenen Truppenteile meistens mit der Eisenbahn über Warschau heran und schwächte zu diesem Zwecke selbst die Einschließungsarmee von Przemysl. Das Heranziehen der südlich der Pilica aufgestellten zwei Armeen gelang aber nicht mehr, denn die mit ihrem linken Flügel schon in Petrikau stehenden Österreicher setzten ihnen den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Hindenburg erkannte, wo der Großfürst die Entscheidung suchte, und zog auch alle möglichen Verstärkungen gegen Lodz heran.

Anfang Dezember eröffnete die Armee Mackensen auf der Linie Szadek—Kazimierz—Glowno—Bzura-Mündung den Angriff, die von Hindenburg gegen die Lücke zwischen der fünften und vierten russischen Armee entsendeten Truppen drangen über Lask von Südwesten vor, und so sahen sich die Russen nach fünftägigem blutigen Ringen genötigt, die Stellung bei Lodz aufzugeben und in der Nacht zum 6. die Stadt zu räumen, die selbst, einige Vorstädte ausgenommen, wenig gelitten hatte. Aber die Umgebung nach drei Seiten hin war greulich verwüstet. Die Russen mußten sich zunächst nach Osten hinter die Miazga zurückziehen, die Entscheidung war gegen sie gefallen. Aber Hindenburg ließ ihnen keine Ruhe und drängte sie in fast un-

unterbrochenen Angriffen bis hinter die Bzura und Rawka zurück, die von Berlin noch weiter weg liegen wie Lodz. Im Zusammenhange damit drangen die österreichisch-ungarischen Streitkräfte gegen und bei Petrikau und Tomaszow auch über die Pilica vor. Seit dieser Zeit weht in der Gouvernementshauptstadt Petrikau (russisch Piotrkow) auf allen öffentlichen Gebäuden das schwarzgelbe Banner. Weiter nach Süden wurde auch Jedrzejow besetzt. Da die russische Oberleitung selbst die Entscheidung westlich von Warschau gesucht hatte, so ließ sich schon jetzt sagen, daß die seit Monaten mit hochselbst den fischblütigen Krämerseelen des perfiden Albion widerfahren könnten. Was diese Schacherer mit fremdem Menschenblut jedoch nie erleben werden, das ist erstens die Freude eines gesamten Volkes über die Probe ersten Ranges seiner gesunden Kraft, woran jeder, vom obersten Führer bis zum jüngsten Kriegsfreiwilligen, seinen ruhmreichen Anteil hat; und zweitens die volle Einigkeit, mit der die deutschen und österreichisch-ungarischen Heere, nur immer den großen Zweck im Auge, nicht bloß äußerlich Schulter an Schulter, sondern in wahrhaft herzlicher Kameradschaft, nebeneinander und

Mit Genehmigung der Ill. Zeitung, Leipzig.

Mörderischer Kampf in einem Graben des östlichen Forts von Przemysl bei einem der russischen Sturmangriffe.

Nach einer Zeichnung von W. Gause.

tönenden Worten angekündigte russische Offensive im großen Stile, die mindestens das ganze östliche Deutschland bis Berlin überfluten sollte, als völlig niedergeworfen anzusehen war. Bis zum letzten Augenblick hatte man sich in London, Paris und den anderen Hauptstädten des gegen die beiden Kaisermächte verbündeten Völkergemisches an die Hoffnung geklammert, daß es den riesigen Massen der Russen glücken werde, an irgend einer Stelle die Mauer der deutschen und österreichisch-ungarischen Heere durchzustoßen. Am 17. Dezember wurde aber amtlich bekannt gegeben, daß die russische Offensive endgültig zusammengebrochen sei. Dabei durfte der Sieg der Verbündeten keineswegs als militärischer Augenblickserfolg angesehen werden, sondern er bildete den Schlußstein eines mit eiserner Konsequenz Quader auf Quader aufgeführten Baues. Über 130.000 Gefangene, Hunderte von Geschützen und Maschinengewehren samt sonstigem Kriegsmaterial waren den Verbündeten in die Hände gefallen. Aber das sind schließlich immer noch Erfolge mehr äußerlicher Art, die unter Umständen auch einer unter dem anderen, in dieser großen Völkerschlacht stritten und sich in die gewaltige Kampfarbeit teilten. Es hat schon viele Koalitionskriege gegeben, aber eine Koalitionsarmee wie die deutsch-österreichisch-ungarische, bringt alles Gold der englischen Bank, bringen überhaupt alle Banken der Welt nicht zusammen. Und darum wird sie siegen.

Räumlich zwar getrennt, aber doch im engsten strategischen Zusammenhange mit diesem Entscheidungskampfe im Weichselbogen standen die nicht minder ernsten Schlachten in Westgalizien südlich der Weichsel und in den Karpathen. Bei der ersten Belagerung von Przemysl hatten die Russen versucht, durch Sturmangriffe immer wieder eingesetzter Massen die Befestigungen mit Gewalt zu überrennen. Ihre Verluste dabei werden mit 70.000 Mann kaum zu hoch angeschlagen. Bei dem strategischen Rückmarsch Mitte November war Ostgalizien geräumt und Przemysl sich selbst überlassen worden. Es kam nun zunächst zu keiner neuen Belagerung, sondern nur zu einer Einschließung, bei

Erzherzog Josef Ferdinand,
Feldzeugmeister.

der, wie etwas vorausgreifend bemerkt sein mag, die tapfere Besatzung mit ihrem unternehmenden Kommandanten FML. Kusmanek v. Burgneustädten weite Ausfälle in das Vorgelände unternahm und dem Feinde erhebliche Schlappen beigebracht hat. Die russische Heeresleitung schob die achte Armee durch das geräumte Galizien über die Karpathen nach dem nördlichen Ungarn vor, deren Eindringen in die Komitate Saros, Zemplin, Ung, Bereg und Marmaros jedoch nicht weit führte. Die stärkere dritte Armee war in breiter Front nach Westgalizien vorgedrungen und hatte sich auf beiden Ufern der Weichsel bis in die Nähe von Krakau und an die vorbereitete Stellung der österreichisch-ungarischen Armee bei Dobczyce und Wieliczka herangezogen. Erzherzog Josef Ferdinand zog nun seine noch auf dem nördlichen Ufer stehenden Armeekorps durch Krakau zurück und verschob sie samt der aus Deutschland eingetroffenen neugebildeten 47. Reservedivision unter Generalleutnant v. Besser mit der Eisenbahn in den Raum von Chabowka-Jordanow, um von da den linken russischen Flügel überraschend anzugreifen. Die vorbereitete Stellung (gegen Bochnia) hielt Feldmarschalleutnant v. Lubjicic mit dem II. Armeekorps, die Verbindung mit den in den Karpathen stehenden Truppen stellte über Dobra eine meist aus Honvedkavallerie und polnischen Legionären zusammengesetzte Abteilung unter Feldmarschalleutnant Frhrn. v. Nagy her. Diese in den letzten Tagen des November eingeleitete Operation führte nach mehrtägigen erbitterten Kämpfen in dem sehr unübersichtlichen Gelände, die das ganze Gebiet zwischen Krakau bis Neusandec und noch darüber hinaus einnahmen, am 12. Dezember zu dem Doppelsiege von Lapanow und Limanowa, der meist nach der Hauptentscheidung bei letzterem Orte benannt wird. In den letzten Gefechtstagen hatten von den Karpathen her auch Teile der achten russischen Armee, aber auch Truppen der Armee Boroevic eingegriffen. Schon in der Nacht zum 12. begannen die Russen, ihren südlichen Flügel zurückzunehmen und kämpften auch im Norden nur noch um den Rückzug. Damit war auch in Westgalizien die große russische Offensive gescheitert. Die Russen hatten schwere Verluste erlitten und wurden hartnäckig über den Dunajec verfolgt, erst bei Krosno und Zakliczyn stellten sie sich wieder. Während der Schlachten östlich und südöstlich von Krakau war auch in Ungarn begonnen worden, die Russen wieder über die Karpathen zurückzubefördern. Sie warfen starke Truppenmassen auf ihren bedrohten linken Flügel, und ihrer Gegenoffensive gelang es in der letzten Dezemberwoche wieder bis Gorlice vorzudringen, wo die Kraft ihres Rückstoßes erlahmte. Die österreichisch-ungarischen Truppen, die von Süden vorgedrungen waren, gingen wieder auf den Kamm der Karpathen zurück. Die Kämpfe gingen nun auch in Galizien in einen Stellungskrieg auf der Flußlinie Nidamündung—Dunajec—Biala über, wobei Tarnow und Gorlice in russischen Händen geblieben waren. Alle Versuche der Russen, Neusandec mit in die Linie einzubeziehen, wurden kräftig abgewiesen. Am Jahresschlusse durfte man sagen: die unzweifelhafte Niederlage der russischen Gesamtmacht bei ihrer großen Offensivbewegung hat die Namen v. Hindenburg, v. Ludendorf (seinen Generalstabschef) und Conrad von Hötzendorf in die Reihe der ersten Feldherren gestellt, aber sie bedeckt auch ihre tapferen Scharen mit unvergänglichem Ruhm. Sie haben nicht nur Anstrengungen und Wetterungunst ausgehalten, die das Heer des ersten Napoleon auf dem Rückzug von Moskau nicht zu erdulden gehabt hat, sondern sie haben auch für

Phot. Schofer, Wien.
General Boroevic von Bojna.

Deutschland und Österreich-Ungarn, ja für die gesamte europäische Kultur, die ihnen drohende Gefahr abgewandt. In diesen Rahmen gehört auch, daß Kaiser Wilhelm den Generalstabschef Con-

rad von Hötzendorf zum Chef des 5. Garderegiments z. F. ernannte. Bisher hatten preußische Garderegimenter als Chefs nur gekrönte Häupter.

Die eigenartigen Vorgänge in der Bukowina verdienen eine besondere Erwähnung. Wegen seiner geographischen Lage war das Kronland, mehr noch wie Ostgalizien, von vornherein aufgegeben worden. Die Russen erschienen dort Ende August mit schwachen Kräften, besetzten auch Czernowitz, hielten sich aber nördlich des Sereth. Inzwischen hatte sich der Gendarmeriekommandant Oberstleutnant Fischer aus seinen Gendarmen, der Finanzwache, den Hauptarmeen aus freiem Entschluß eine strategisch günstige Verteidigungsstellung eingenommen hätten. Es war die in der praktischen Strategik längst bekannte vorzügliche Stellung an der Aisne, die sie noch heutigen Tages innehaben. Man wird sich erinnern, daß bei den Erörterungen über einen Zweifrontenkrieg stets angenommen wurde, zuerst werde den Franzosen ein entscheidender Schlag versetzt und dann gegen sie mit geringeren Kräften eine Verteidigungsstellung bezogen werden, um den inzwischen mit der Mobilmachung fertig gewordenen Russen stark genug entgegentreten zu können. Die-

Mit Genehmigung der Ill. Zeitung, Leipzig.

Der erbitterte Nahkampf der ungarischen Nádasdy-Husaren mit den Russen im Birkenwalde bei Limanowa.

Nach einer Zeichnung von Richard Aßmann.

Eisenbahnsicherungsabteilungen, aus Landstürmern, Rekruten und Freiwilligen eine kleine Armee gebildet, die fast die Stärke einer Division erreichte. Mit dieser landeskundigen, für den Kleinkrieg ausgezeichnet befähigten Truppe verstand er, die Russen zu beschäftigen und sie sogar am 20. Oktober durch Kühnheit und List aus Czernowitz hinauszumanövrieren. Im Komitat Marmaros hatte General der Kavallerie Frhr. v. Pflanzer-Baltin ebenfalls eine größere Landsturmarmee gebildet und drang mit ihr Ende November demonstrativ über die Karpathen vor. Das wurde denn doch den Russen zu viel, und sie zweigten von ihrer Dampfwalze eine stärkere Armeeabteilung nach dem Osten ab. Vor dieser mußte der inzwischen zum Oberst beförderte Fischer Czernowitz wieder räumen und hielt sich in den letzten Dezembertagen nur noch in Kirlibaba.

Der Stellungskrieg im Westen.

Die Meldungen aus dem großen Hauptquartier vom 10. September ab besagten, daß die deutschen

ser Fall war also eingetreten, und es ist für eine vorläufige Berichterstattung gleichgültig, ob das Auftreten der belgischen und englischen Armee oder die heimliche Mobilisierung Rußlands den normalen Kriegsplan durchkreuzt haben. Darüber mögen die Zivilstrategen streiten, die sich schon auf den Einzug in Paris festgelegt hatten. Feststellen wird es in Zukunft erst die Feldzugsgeschichte des Generalstabes, der übrigens dergleichen Zwischenfälle und Möglichkeiten voraus zu bedenken pflegt. Als sich die Franzosen von ihrer Überraschung, die Fühlung mit den Deutschen verloren zu haben, erholt und den „Sieg Joffres" schnell noch verkündet hatten, stießen sie nach. Das führte vom 13. bis zum 20. zu einer Hauptschlacht auf der ganzen Linie von Verdun bis Noyon, die einen Durchbruchsversuch der Franzosen darstellte, die aber die Erfahrung machen mußten, daß ihnen die Deutschen in der Verteidigung ebenso überlegen waren wie im Angriff. Der Entscheidungstag war der 17. durch die Erstürmung des Chateau-Brimont im Zentrum und die Schlacht bei Noyon auf dem rechten Flügel.

Nun erlahmte der französische Vorstoß gegen die vorbereitete Stellung der Deutschen, die sich für einen Angriff in der Front als zu stark erwies. Darauf beginnen die Versuche, sie auf dem rechten Flügel zu umfassen, als deren erster schon die Schlacht bei Noyon anzusehen ist. Zur Abwehr dagegen mangelte es der deutschen Heeresleitung keineswegs an Truppen. Die Kavalleriedivisionen beherrschten den größten Teil des nordwestlichen Frankreich bis über Lille, Arras und Amiens hinaus, und in Belgien standen in zweiter Linie noch neugebildete Armeekorps genug, um zur förmlichen Belagerung von

Mit Genehmigung der Ill. Zeitung, Leipzig.

Sturmangriff der Zuaven bei Cuffies in der Nähe von Soissons am 17. September 1914.

Nach einer Zeichnung von Felix Schwormstädt.

Antwerpen schreiten zu können. Schon am Ende des Monats mußten englische Blätter zugeben, daß die Umgehung des rechten Flügels der Deutschen gänzlich mißlungen sei. Diese Kriegslage führte zu heftigen Zusammenstößen, wie am 30. bei Albert und am folgenden Tage bei Bapaume, sowie zu mehrtägigen blutigen Kämpfen bei Roye und bei Arras. Die deutsche Frontlinie wurde dabei immer weiter nach Nordwesten verlängert.

Nach dem Falle von Antwerpen verfolgten die Deutschen die geflohene Festungsbesatzung nach Ostende. Die Engländer, die aus Furcht, die Deutschen möchten den Kanal erreichen, die Franzosen schon zu den immer weiter nach Norden führenden Umgehungsmanövern bestimmt hatten, bekamen nun wirklich Angst um Dünkirchen und Calais. Die Folge von allem war, daß die Stellungskampflinie noch weiter nach Norden ausgebaut wurde. Jeder Umfassungsversuch verlängerte sie nach rechts, so daß schließlich die Verteidigungsflanke, fast rechtwinklig zur Aisnefront stehend, dieser an Ausdehnung nur sehr wenig nachsteht; sie ging schließlich von Nieuwport, südwestlich von Ostende längs des Yserkanals über Ypern, Armentières, La Bassée, Arras, Peronne und Noyon, wo die Stellung an der Aisne nach Osten hin anschloß. Damit standen die Gegner in ganz Frankreich im Stellungskrieg und hatten von Woche zu Woche ihre Stellungen immer mehr ausgebaut, so daß sie nahezu festungsartig wirken. Von einer Bewegungsschlacht kann da nicht mehr gesprochen werden, es handelt sich eher um eine Art von Belagerungskrieg, der nur dann ein Ende findet, wenn einer der Gegner die Nerven und alle Angriffslust verloren oder sich so weit gekräftigt hat, um den anderen aus seiner Stellung herauszuwerfen. Solange die Deutschen noch nicht mit den Russen reinen Tisch gemacht hatten, war für sie in Frankreich der Zeitpunkt dazu noch nicht gekommen. Bevor übrigens diese Lage erreicht war, hatte es natürlich schwere und blutige, größere und kleinere Gefechte gegeben. Die Engländer gaben sich überaus große Mühe, den gefürchteten Durchbruch der Deutschen nach der Kanalküste zu hindern. Sie schickten sogar Ende Oktober Kriegsschiffe, um in die Kämpfe bei Nieuwport einzugreifen. Deutsche Artillerie verjagte sie aber bald, und sie beschäftigten sich dann damit, Ostende und andere belgische Seebäder zu beschießen, bis auch dort die deutsche Marinedivision mit ihren schweren Batterien diesem britischen Heldenmut gegen unverteidigte Orte ein Ende machte. Im Oktober brachten die Engländer auch indische Truppen, insbesondere Sikhs und Ghurkas, in die Gefechtslinie. Sie ließen sie aber nicht in eigenen geschlossenen Verbänden kämpfen, sondern verteilten sie auf der ganzen Front in der vordersten Linie, hinter der erst die Eng-

länder standen. So wurde in den letzten Tagen des Oktober eine ganze indische Brigade beim ersten Ansturm durch deutsche Maschinengewehre geradezu vernichtet. Vielleicht galt sie auch nicht für ganz zuverlässig, denn die Mohammedaner hatten bereits Kenntnis von der Verkündigung des heiligen Krieges durch den Sultan erhalten. Übrigens kamen auch Klagen von Belgiern und selbst von den Franzosen, daß sie von den Engländern stets in die vorderste Linie gestellt würden. Die britische Heeresleitung schaffte an Truppen, soviel sie vermochte, nach dem Kampfgebiet am Yserkanal, wo wochenlang mit der größten Erbitterung gerungen wurde. Man nannte diese Kämpfe die Schlacht bei Ypern. Kitchener ließ unausgesetzt die Werbetrommel rühren, aber die Mannschaften für die angekün-

Lord Herbert Kitchener,
der englische Kriegsminister.

digten Millionenheere ließen sich nur spärlich beschaffen, da in den vom eigentlichen politischen Leben ausgeschlossenen Volksklassen kein vaterländischer Geist vorhanden ist und darum von Kriegsbegeisterung auch keine Rede war. Um das Vordringen der Deutschen gegen die Kanalküste möglichst zu erschweren, ließen die Engländer auch die Schutzdämme bei Nieuwport durchstechen und das Meer wieder in die einst den Fluten abgerungenen Marschenweiden einströmen. Die Angriffslinie der Deutschen wurde dadurch um einige Meilen verkürzt. Die britische Sonntagsheuchlerei stellte auch dieses Opfer an Kulturland nur als Schutzmaßregel für das nächstens wieder zu befreiende Belgien hin, ihre Angst um den Kanal verschwiegen sie.

Man durfte wohl fragen, woher die Franzosen die Truppen zu den fortgesetzten Umfassungsversuchen und den Kämpfen in der neuen nach Norden gerichteten Gefechtslinie nahmen. Es waren wohl Neubildungen darunter, aber die meisten kamen doch von der Linie an der Aisne, wo man sich den Deutschen gegenüber ebenfalls eingegraben hatte und eine Schwächung der Frontbesetzung ertragen konnte. Sie sahen sich freilich bei Arras, Lille und Ypern auch wieder den Armeen des Kronprinzen Rupprecht von Bayern und des Herzogs Albrecht von Württemberg gegenüber, die die deutsche Heeresleitung aus gleichen Gründen aus ihrer ersten Stellung herausgezogen und soweit als nötig war, durch andere Truppen ersetzt hatte. In Flandern waren dann noch zahlreiche Neubildungen hinzugestoßen. Diese waren von vorzüglicher Art. Sie bestanden zum großen Teil aus Kriegsfreiwilligen, die durch Begeisterung und außerordentliche Tapferkeit reichlich ersetzten, was ihnen an militärischer Erfahrung noch abging. Die sonst mit Worten so karge deutsche Heeresleitung hob darum in ihrem Bericht ausdrücklich hervor, daß am 10. November im Gefecht westlich von Langemarck junge Regimenter mit dem Gesange „Deutschland, Deutschland über alles" gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vorrückten und trotz starker Verluste 2000 Mann französische Linieninfanterie gefangen nahmen und 6 Maschinengewehre erbeuteten. Mit etwas Ähnlichem konnten weder die Engländer noch die Franzosen aufwarten. Ebenso mußten englische Blätter den Heldenmut der preußischen Garde im Vergleich zur britischen in den Kämpfen bei Ypern anerkennen. Die Schwierigkeiten in Westflandern waren ärger als irgendwo, selbst schlimmer als in Polen. Der unerwartet früh eingetretene Winter hatte eine eisige Kälte gebracht, der weiche, breiige Boden, der von unzähligen Gräben und Kanälen durchschnitten wird, machte nicht nur die Bewegung der Truppenmassen und den Transport der Geschütze äußerst beschwerlich, sondern brachte auch für den Stellungskrieg unsägliche Hindernisse, da man beim Eingraben sofort auf Wasser stieß. Aber alles wurde überwunden. Tatsächlich haben die deutschen Truppen auf diesem überaus schwierigen Gelände überall mit noch niemals übertroffener Tapferkeit gestritten und gegen alle Unbill des Wetters, des Dünensandes und des Schlickbodens auch im Ertragen von Anstrengungen und Entbehrungen im Schlamme der Schützengräben eine Widerstandskraft bewiesen, die geradezu bewundernswert ist und sie auch hierin allen Gegnern überlegen zeigte. Dabei sind sie, wenn auch nur allmählich, überall vorwärts gekommen und haben an jedem Punkt, wo sie eine Entscheidung suchten, dieses Ziel auch stets erreicht. Den Bierbankstrategen daheim, die bei jeder Frühstückssemmel eine große Siegesnachricht erwarten, ging das alles freilich viel zu langsam. Man hätte diese verkannten Genies nur einmal auf fünf Stunden in einen Schützengraben bis an die Knie in Schneewasser stecken sollen, damit sie einsehen lernten, daß da ein Tag Dienst noch mehr Heldenmut und Seelenstärke erfordert als die offene Feldschlacht.

An anderen Punkten der Stellungskampflinie war die Lage doch etwas erträglicher. Namentlich in der Champagne, in den Argonnen und in den Vogesen hatte die Infanterie ihre Befestigungen und Schützengräben bei festem Boden derartig stark und zweckmäßig ausgebaut, daß das einst vielgerühmte Plewna der Türken unstreitig weit übertroffen war. Hin und her wogte dauernd oder mit Unterbrechungen der Kampf, hier abwehrend, dort jäh zupackend, bald vorsichtig fühlend, bald kühn vorstoßend. Kecker Wagemut und Lust zu Abenteuern ließen die tapferen Feldgrauen leicht alle Gefahr außer acht setzen. Und über Gefahren und Strapazen, über Tod und Entbehrung webte und lebte der Sinn

für Gemütlichkeit und köstlicher Humor. Die Schützengräben und Eindeckungen waren nicht nur sachgemäß angelegt, sondern auch mit der Zeit geradezu kunstvoll ausgestattet worden. Sie enthielten Schlafräume für die Mannschaften, kleine Kochräume und Heizvorrichtungen sowie bequeme, mittels Stroh und Decken fast behaglich eingerichtete Beobachtungsstände. Nirgends fehlten witzige und patriotische Inschriften. Alles aber, und insbesondere die Geschützstände, war von obenher durch Zweige und ganze Bäume, durch Preßstroh und allerhand Grünes der Einsicht feindlicher Flieger sorgfältig verborgen, denn sonst hätte die gar nicht übel schießende französische Artillerie den herrlichen Kunstbauten leicht ein Ende bereitet. Seitdem durch die Erstürmung von Dixmuiden am 11. November auch die Stellung am Yserkanal als dauernd gesichert gelten konnte, blieb die Lage im Westen im allgemeinen unverändert. Jeder Tag brachte hier oder dort Einzelkämpfe, meist bloß zu dem Zwecke, eine geringe Verbesserung der eigenen Stellung zu erzielen, die aber die allgemeine Lage nicht ändern konnten. Die Deutschen hatten zunächst auch kein Interesse daran, aber den Franzosen mußte daran liegen, den Feind wieder aus dem Lande zu treiben. So faßte man auch die Sache im ganzen Lande auf und wollte nach den Versprechungen endlich Taten sehen. Hatte Joffre, wie man ihnen gesagt hatte, in der ersten Septemberhälfte die Deutschen bis an die Aisne getrieben, warum siegte er nicht weiter? Am 12. Dezember waren Poincaré und die Minister nach Paris zurückgekehrt, wo sie sich wieder sicher fühlten, obgleich schon am 28. Oktober ein Zeppelin Bomben in die Stadt geworfen hatte. Aber jetzt, wo die Russen doch schon auf dem Vormarsche nach Berlin sein müßten, würde kein Zeppelin wiederkommen. Die Wissenden waren wohl schon unterrichtet, daß die Dampfwalze nicht vorwärts konnte, aber dem Volke hatte man die Wahrheit unterschlagen. Es mußte also etwas geschehen, da auch noch vor Jahresschluß die Kammer zusammentreten sollte, deren Wankelmütigkeit man doch nicht gut allein mit dem Zugeständnis des russischen Unvermögens kommen konnte. Die Mehrheit wäre vielleicht im stande gewesen, in ihrem Zorn die ganze Ministerherrlichkeit zu stürzen. Das durfte aber nicht sein, das war man sich doch

Mit Genehmigung der Ill. Zeitung, Leipzig.

Zu den Kämpfen im Westen: Deutsche Kavallerieattacke.

Nach einer Zeichnung von Hugo L. Braune.

selber schuldig. Es waren unbedingt einige französische Siege nötig, und Generalissimus Joffre erhielt den Auftrag dafür. Er sah auch diese Notwendigkeit ein, ebenso auch eine gewisse Möglichkeit, da die Deutschen jetzt sicher keine Verstärkungen schicken konnten, er aber gerade sechs frische neugebildete Armeekorps zur Verfügung, French soeben eine neue Sendung Indier und einen Nachschub aus England erhalten hatte, der freilich kaum zum Ersatz der schweren Verluste ausreichte. Item, es konnte und sollte darum auch gehen. Joffre erließ nun am 17. Dezember einen Armeebefehl an seine Truppen, in dem er ihnen erzählte, bisher seien sie immer siegreich im Widerstande gewesen und müßten nun endgültig das Land von den Eindringlingen befreien. Es ging auch sofort am folgenden Tage auf der ganzen Linie los. Am flottesten aber in der „siegreichen" Berichterstattung, die Erfolge von Orten meldete, wo kein Schuß gefallen war, Verluste in Siege umtaufte und aus kleinen Schützengrabenbalgereien große Gefechte machte. Das ging so über eine Woche fort und schon am 22. konnte

Ministerpräsident Viviani der aufhorchenden Kammer versichern, daß alles gut stände und „der Krieg ohne Gnade bis zu Ende" und „bis zur endgültigen Befreiung Europas" und der „uns gewaltsam geraubten Provinzen" geführt werde. Für die theatralisch vorbereiteten Vorgänge in dieser Sitzung ist die Tatsache bezeichnend, daß sich die Parteiführer vorher über die Stellen für besonderen Beifall und Zurufe verabredet hatten. Das Vaterland wurde zwar dadurch nicht gerettet, aber der herrschenden Clique ihre Stellung gesichert. An dieser

Mit Genehmigung der Ill. Zeitung, Leipzig.

Die erbitterten Kämpfe im Argonner Wald.

Nach einer Zeichnung von Felix Schwormstädt.

vorbereiteten Stimmung wurde auch dadurch nichts geändert, daß Joffre doch schon in seinem letzten Bericht hatte zugeben müssen, an einigen Stellen an der Aisne und in den Argonnen sei es schief gegangen. Siege gegen die Deutschen lassen sich eben nicht so einfach ins Werk setzen wie eine Pariser Kammersitzung zur Täuschung des Volkes. Übrigens hatte der Kriegsminister Lord Kitchener am 26. November das englische Oberhaus gleichfalls über die Kriegslage belogen. Die „Offensive" Joffres dauerte ohne jeglichen merklichen Erfolg bis in die zweite Hälfte des Januar 1915 an, solange eben die jungen Regimenter der neugebildeten Armeekorps noch an die deutschen Schützengräben heranzubringen waren. Während die Kämpfe anfangs auf der ganzen Linie von der Küste des Kanals bis zur schweizerischen Grenze begonnen hatten, beschränkten sie sich später auf einige Stellen, wo offenbar eine Entscheidung angestrebt wurde.

Von den hauptsächlichen Gefechtsgruppen sind zu erwähnen die mehrtägigen Kämpfe westlich von Lille auf der Strecke von La Bassée—Festubert—Richebourg—Givenchy, bei der Franzosen und Engländer nebeneinander fochten. Sie waren am 22. zu Ende. Die Engländer, insbesondere die Indier, hatten fürchterliche Verluste erlitten. Die indischen Truppen vertrugen das Klima nicht und mußten nach dem Süden gebracht werden. Viele kamen auch nach Paris, erregten das besondere Interesse der „Damen" und haben unstreitig zur Hebung der „Kultur" dort mehr beigetragen als durch ihren ziemlich mißglückten Vernichtungskrieg gegen die „Boches" und „Barbaren". Eine zweite Gefechtsgruppe spielte sich in der Champagne östlich von Reims bis zum Argonner Wald ab. Dort ist das Gelände verhältnismäßig offen und für einen Durchbruch geeignet, der auch ohne Zweifel in der Richtung auf Verdun beabsichtigt war. Darum ist auch hier bis weit hinein in den Januar erbittert gekämpft worden. Selbstverständlich ergebnislos, wenn auch Joffre jeden eroberten Schützengraben als Terraingewinn triumphierend ankündigte und nur zu melden vergaß, daß er am folgenden Tage wieder zurückerobert worden war. Wären alle diese „Terraingewinne" richtig gewesen, so hätte Joffre in wenigen Wochen bei Verdun stehen müssen. In den Argonnen wurde ebenfalls heftiger als sonst gekämpft. Dieses echt französisch verwilderte Waldgebirge wurde erst in seinem südlichen Teile von den Franzosen besetzt, nachdem die Deutschen in ihre Stellungskampflinie an der Aisne eingerückt waren. Da sie daraufhin den nördlichen Teil in Besitz nahmen, so ist der Wald mit in die Kampflinie einbe-

zogen worden und seitdem der Schauplatz oft erbitterter, aber nichts entscheidender Gefechte gewesen. Die Festung Verdun ist wenn nicht die stärkste so doch die größte Befestigung der Welt, denn sie umfaßt mit ihren zahlreichen Forts und Außenwerken nahezu eine kleine Provinz. Man hat sich auf deutscher Seite darauf beschränkt, sie durch eine Feldbefestigungslinie, die nur nach Südwesten eine Verbindung mit der französischen Armee gestattet, einzuschließen und alle Angriffe und Ausfälle der starken Besatzung zurückzuweisen. Daß die Festung trotzdem, wie Lüttich, Namur und Maubeuge, einem Münstertal und den unmittelbar vor Belfort liegenden Grenzstrich umfaßt. Sie wagten sich sogar noch einmal bis Mülhausen und Ensisheim vor, wurden aber sofort wieder vertrieben. Im allgemeinen beschränkten sich die Deutschen auf die Verteidigung, drangen aber in den nördlichen Vogesen weit in das feindliche Gebiet bis Senones vor. Die Dezemberoffensive Joffres belebte auch in den Vogesen den Kampf von neuem, der aber nirgends eine Entscheidung brachte, jedoch bis zum Jahresschlusse namentlich bei Sennheim und am Hartmannsweilerkopf zu heftigen Gefechten führte.

Die Erstürmung der Höhen von Krupanj an der serbisch-bosnischen Grenze am 23. Sept. 1914 von österr.-ung. Truppen.
Nach einer Zeichnung von Richard Aßmann.

ernsten deutschen Artillerieangriff nicht gewachsen sein würde, geht daraus hervor, daß das stärkste Fort Royon schon Ende September gänzlich in Trümmer geschossen wurde. Am 25. September wurde auch das weit südlich auf einer Maasschleife gelegene Fort Camp des Romains, gegenüber Sankt Mihiel, nachdem er artilleristisch niedergekämpft worden war, von den Bayern und einer preußischen Pionierkompagnie erstürmt und ist, trotz seiner weit in die feindliche Stellung vorspringenden Lage gegen zahlreiche Wiedereroberungsversuche behauptet worden.

Es war ein seit Jahrzehnten gehegter Lieblingsgedanke der Franzosen, zu Beginn des Revanchekrieges mit einem gewaltigen Vorstoß Elsaß-Lothringen zu „befreien" und dann in Süddeutschland einzufallen. Wie schon berichtet, wurde ihrem Anfang August von Belfort aus unternommenen Vormarsche bereits bei Mülhausen ein jähes Ende bereitet, und ihre Offensive in Lothringen brach nach dem gewaltigen Siege des Kronprinzen Rupprecht von Bayern für immer zusammen. Gewissermaßen unter dem Schutze der Kanonen von Belfort hielten sie sich in einem Streifen, der das Weiler- und

Gegen Serbien und Montenegro.

Für den 4. August war in Österreich-Ungarn die allgemeine Mobilmachung anberaumt worden, aber die Grenzkämpfe im Süden begannen schon früher. Die Serben hatten es damit sehr eilig, und nachdem sie schon bei Temes-Kubin an der Donau die ersten Schüsse abgefeuert hatten, sprengten sie in der Nacht zum 29. Juli die Eisenbahnbrücke über die Save bei Semlin, aber es gelang ihnen nur sehr unvollständig und weitere Versuche wurden ihnen kräftig gewehrt. Am 5. August hatte auch Montenegro den Krieg erklärt und schon am selben Tag einen Einbruch in die Herzegowina versucht, der aber nachdrücklich zurückgewiesen wurde. Diese Vorgefechte besaßen selbstverständlich keine besondere Bedeutung, ebensowenig am 11. ein mutiger Streifzug von Teilen eines ungarischen Regiments über die Donau. Um diese Zeit war aber der Aufmarsch vollendet, und nun begann der eigentliche Krieg mit dem Angriff gegen Schabatz und Krupani, die nach Niederkämpfung der in vorbereiteten Stellungen fechtenden Serben am 14. erstürmt wur-

Phot. C. Pietzner, Wien.

Erzherzog Eugen,

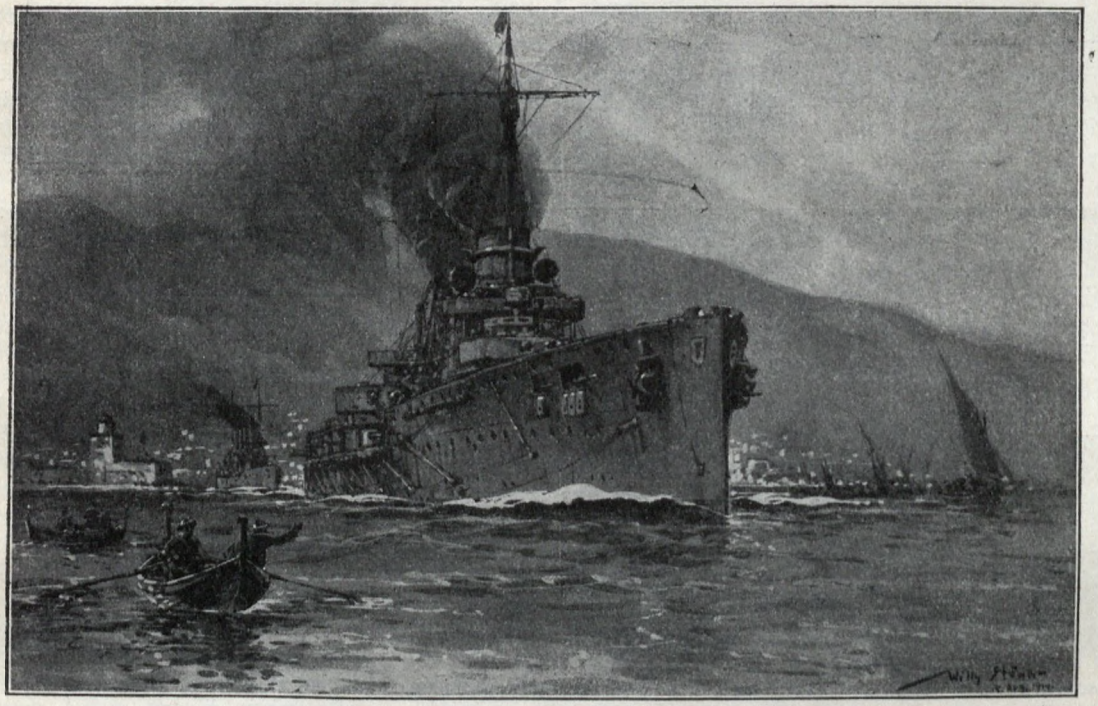
Generaloberst, Oberkommandant der österr.-ungar. Streitkräfte im Südwesten.

den. Am gleichen Tage wurden sie auch aus ihrer stark befestigten Stellung auf den östlichen Uferhöhen der Drina bei Losnica und Ljesnica geworfen. Während Schabatz auf der nördlichen Peripherie des großen Bogens liegt, den die serbische Grenze längs der Drina und Save gewissermaßen um Valjewo beschreibt, liegen Ljesnica und Losnica an der westlichen Bogenkante. Die Gefechte waren mit ungefähr gleichen Kräften geschlagen worden, und die Serben hatten sich tapfer gehalten. Der Vorstoß wurde bis zum 18. fortgesetzt und Valjewo genommen. Dabei war es vorgekommen, daß sich sogar Weiber und Kinder an den Kämpfen beteiligten, was namentlich die Kroaten sehr erbitterte. Die Notwendigkeit, den Schwerpunkt des Krieges gegen Rußland zu verlegen, machte Serbien zu einem Nebenkriegsschauplatz. Darum ließ es die oberste Heeresleitung vorläufig an diesem ersten Schlag genug sein und zog vom 20. an die Truppen wieder hinter die Save zurück. Nur die serbische Schumadiadivision, die nach dem Südosten von Bosnien vorgedrungen war, wurde am 20. und 21. bei Wisegrad-Rudo empfindlich geschlagen, über die Grenze zurückgetrieben und bis Plevlje (im ehemaligen Sandschak) verfolgt. Bei diesen Kämpfen hatte sich auch das deutsche Skutari-Detachement, das nach der Kriegserklärung nach Bosnien übergetreten war, tapfer beteiligt. Die Serben hatten dabei erfahren, daß ihre Kriegserklärung an Deutschland auch für sie nicht ohne praktische Folgen geblieben war, und in ganz Österreich-Ungarn war die Freude über diese erste Bewährung der Waffenbrüderschaft ungemein groß. Das Detachement, das sich danach auf den Heimmarsch begab, war überall der Gegenstand besonderer Auszeichnung, namentlich in Wien, wo es drei Tage blieb. Am 3. September wurde der Kommandeur, Major Schneider, mit den übrigen Offizieren vom Kaiser Franz Josef in längerer Privataudienz empfangen und für den folgenden Tag zum Diner in die Hofburg geladen. Der Kaiser, der bei den deutschen Offizieren den Eindruck außerordentlicher geistiger und körperlicher Frische hinterließ, trug ihnen Grüße an den Kaiser Wilhelm auf. Offiziere und zahlreiche Mannschaften erhielten österreichisch-ungarische Kriegsdekorationen. Die dritte Gebirgsbrigade unter Generalmajor Pongracz de Szent-Miklos et Ovar hielt die Montenegriner durch kräftige Vorstöße in ihr Gebiet im Zaum.

Da die Serben vierzehn Tage in Ruhe gelassen worden waren, wurden sie keck. Schon am 7. September war die bei Mitrowitza über die Save gegangene Timok-Division mit schweren Verlusten zurückgeschlagen worden, ebenso geschah es einer bei Pancsowa über die Donau gegangenen stärkeren Abteilung. Die österreichisch-ungarischen Truppen ließen bei diesen Gelegenheiten die Serben unter leichtem Widerstand vorrücken, griffen sie dann von allen Seiten an, trieben sie in den Fluß und machten zahlreiche Gefangene. In Bosnien waren ebenfalls starke Abteilungen von Serben und Montenegrinern eingedrungen, bei denen sich auch Irreguläre befanden. Es wurde energisch gegen sie vorgegangen, unter anderem ein ganzes serbisches Bataillon umzingelt und entwaffnet, dann trotz dem überaus ungünstigen Terrain ihnen in täglich siegreichen Kämpfen Stellung auf Stellung abgerungen, sie am 2. Oktober auf der Serajewo von Nordosten beherrschenden Romanina-Planina, am 22. beiderseits der Straße Mokro-Rogatica entscheidend geschlagen und am 27. gänzlich aus dem Lande hinausgejagt. Ende September hatte unter der Führung des Feldzeugmeisters Potiorek die zweite Offensive gegen Serbien begonnen. Zunächst wurden unter schweren Kämpfen die wohl vorbereiteten und gut verteidigten serbischen Stellungen in der Macva erstürmt. Die serbischen Streitkräfte waren in zwei Gruppen versammelt. Die eine mit der Front nach Norden stand in der Linie von Ljesnica an der Drina bis Schabatz an der Save unter dem General Stepanowic, die andere, doppelt so starke, mit der Front nach Westen an der Drina in der Linie Losnica—Krupanj—Ljubowica unter den Generälen Sturm und Bojovic. Beide Stellungen lagen auf steilen Höhenrücken und waren mit allen Mitteln der Feldbefestigung verstärkt und ausgebaut. Die erwähnten Stellungen in der Macva befanden sich vorgeschoben vor der Nordfront.

Der Angriff der österreichisch-ungarischen Truppen richtete sich gegen beide Fronten. In heißen Gefechten und unter Überwindung der stärksten natürlichen und künstlichen Hindernisse wurde vom Westen her den Serben bis zum 9. November ein Gebirgszug nach dem anderen entrissen und die Generäle Sturm und Bojovic zum Rückzug auf Valjewo genötigt. Stepanowic hatte tapferen Widerstand geleistet, mußte ihnen aber dahin folgen. Valjewo ging am 20. auch verloren und die serbischen Armeen gingen auf Kragujevac zurück. Die Regierung verlegte eilig ihren Sitz von Nisch nach Üsküb. Eine abgezweigte österreichisch-ungarische Armeeabteilung unter G. d. K. Frank war inzwischen entlang der Save vorgedrungen, hatte mit Unterstützung der Donaumonitore am 15. Obreno-

wac erobert und nahm am 2. Dezember, am Tage der Vollendung des 66. Regierungsjahres des Kaisers Franz Josef, nach viertägiger Beschießung der Befestigungen Belgrad mit Sturm. Das war der Höhepunkt der Offensive. Schon wenige Tage nachher stieß der rechte Flügel der österreichisch-ungarischen Armeen bei Milanovac auf überlegene serbische Kräfte und vermochte nicht mehr durchzudringen. Da in dem unwirtlichen Lande auch die Nachschublinien versagten, war es nicht ratsam, die durch die verlustreichen Kämpfe stark mitgenommene Armee in dieser Lage einer Entscheidungs-



Der Panzerkreuzer „Goeben" und der kleine Kreuzer „Breslau" gefechtsklar im Hafen von Messina.
Nach einer Zeichnung von Prof. Willy Stöw.

schlacht auszusetzen. Darum wurde sie zurückgenommen und am 14. auch Belgrad wieder geräumt. Serbien sah sich zum zweitenmal von der Invasion befreit, aber nicht aus eigener Kraft. Die serbische Armee war zwar noch widerstandsfähig gewesen, aber zu einer Offensive war sie nicht mehr im stande. Dazu war das Land ein Schauplatz der Verwüstung, des Elends, des Hungers und der Seuchen geworden und war mit Verwundeten überfüllt. Es war sehr schwer gezüchtigt und damit war der von vornherein beabsichtigte Zweck erreicht. Am 24. Dezember wurde das aus Gesundheitsrücksichten gestellte Ansuchen des Feldzeugmeisters Potiorek auf Übernahme in den Ruhestand bewilligt, Feldmarschalleutnant Sarkotic zum kommandierenden General und Chef der Landesregierung von Bosnien und der Herzegowina und zugleich der G. d. K. Erzherzog Eugen zum Oberkommandanten der Südarmee ernannt. Letztere Nachricht wurde in der gesamten Monarchie mit der größten Freude gleich einem Weihnachtsgeschenk aufgenommen. Insbesondere erfüllte es die Armee mit stolzer Befriedigung, daß der von allen Erzherzogen beliebteste Truppenführer in schwerer Zeit in ihre Reihen zurücktrat, aus denen er vor zwei Jahren wegen Gesundheitsrücksichten hatte scheiden müssen.

Deutschland zur See.

Wie für das Heer, war auch für die Flotte der 2. August als erster Mobilisierungstag bestimmt. Hell auflodernde Begeisterung war die Antwort. Seit Jahren herrschte auf der Flotte nur eine Meinung: Wir sind das jüngste Kind unseres deutschen Volkes, gewissermaßen das Lieblingskind, auf das die größten Hoffnungen gesetzt werden. Diese dürfen und werden wir nicht zu Schanden werden lassen. Das Heer hat eine ruhmreiche Geschichte, es ist das erste der Welt. Wir haben noch keine, aber wir werden es ihm mindestens gleichtun, es womöglich noch übertreffen. Es bestand seit Jahrzehnten vom ältesten Admiral bis zum jüngsten Schiffsjungen das stille Gelöbnis: In keinem Falle die Flagge zu streichen, dem Feinde ein noch brauchbares Fahrzeug zu überlassen oder sich zu ergeben; nein, zu siegen oder zu sterben — auf oder unter dem Wasser! In diesem Geiste hatten sie bisher gehandelt in kleineren Dingen wie bei den Chinawirren, wo der britische Admiral in der höchsten Gefahr kommandierte: „The Germans, to the front," und dann wieder bei der Erstürmung der Takuforts. In diesem Geiste waren sie heldenhaft gestorben beim Untergang des „Iltis" und später bei allen Ereignissen, die den Tod erforderten. Sie hatten überall dem deutschen Namen Ehre gemacht, an allen fremden Küsten Achtung erworben, aber die große Tat für das Vaterland stand noch aus, und sie wollten sie leisten gegen jede Übermacht. In der ganzen deutschfeindlichen Welt erwartete man

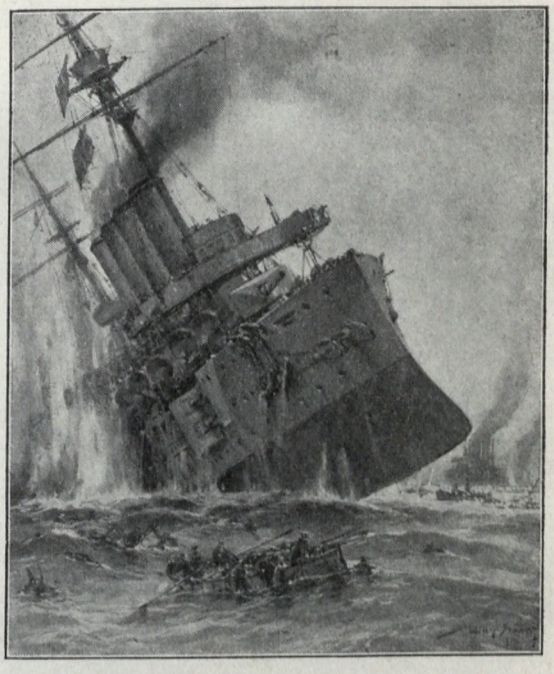
eigentlich, daß die ersten Tage des Krieges die Kunde von der Vernichtung der deutschen Flotte bringen werden, wie es von großmäuligen Briten seit Jahren angekündigt worden war. Jedoch die berechnenden Beherrscher der Meere dachten gar nicht an so gefährliche Heldentaten. Ihr ganzes Bestreben ging dahin, womöglich alle die neuen kostbaren Dreadnoughts heil über den Krieg hinüber zu bringen und, auf sie gestützt, weiter zu siegen und zu sagen: „Britania rules the waves." Rannte die deutsche Flotte tollkühn an, so werde man sie an gelegener Stelle mit drei- bis vierfacher Übermacht leicht erdrücken. Aber die Gelegenheit in deutschen Gewässern bei den Haaren herbeizuziehen, machte sich ja ganz gut beim Renommieren vor dem Kriege, aber jetzt im Ernstfall erschien es dem britischen Heldenmut als höchst töricht, da die Entscheidung ja doch zu Lande fallen mußte. Die war aber Sache der Verbündeten, und es war nur willig, dafür einige Hunderttausende Mietlinge zu opfern. Beim Friedensschlusse nach dem unzweifelhaften Siege der Millionenheere Rußlands und Frankreichs würde man dann als Geldgeber der Geprellten auftreten und gebieterisch unter den Bedingungen die Auslieferung der deutschen Flotte an England diktieren. Im Besitz der gesamten Großkampfschiffe der beiden stärksten Flotten der Welt war ihm die unbedingte Seeherrschaft von niemand mehr zu bestreiten, und das Schicksal Deutschlands sollte allen zukünftigen Flottenbauern zur Warnung dienen. Diese glatte Rechnung stimmte freilich hinterher nicht, denn Kriege haben seit alter Zeit die Eigentümlichkeit gehabt, anders zu verlaufen wie Börsengeschäfte.

Wie Deutschland zur See zu verfahren gedachte, zeigte sich schon am Tage nach der Kriegserklärung. Die kleinen Kreuzer „Augsburg" und „Magdeburg" (wurden bei der ersten Meldung nicht mit genannt) bombardierten bereits am 1. August den russischen Kriegshafen Libau und sperrten ihn durch Minen. Die Wirkung war verblüffend, denn der Kommandant des noch nicht ganz ausgebauten Kriegshafens Hangoe an der finnischen Küste sprengte alle die kostbaren Neubauten und Eisenbahnlinien, zündete die Magazine an und versperrte den Hafeneingang durch versenkte Schiffe. Für die deutschen Auslandskreuzer war der plötzliche Kriegsausbruch eine mißliche Sache. Bei der britischen Übermacht waren sie unbedingt verloren, aber sie machten von sich reden. Die im Mittelmeer unter dem Befehl des Admirals Souchon kreuzenden „Goeben" und „Breslau" beschossen schon am 4. die befestigten Häfen an der algerischen Küste und zerstörten die für den französischen Truppentransport bestimmten Einrichtungen. Vor den sie verfolgenden Engländern zogen sie sich nach Messina zurück, ergänzten ihre Kohlenvorräte aus deutschen Dampfern, überlisteten die vor dem Hafen liegenden englischen Geschwader und kamen glücklich durch nach dem Bosporus, wo sie später in den Besitz und Dienst der Türkei übertraten. Auch in der Nordsee ging es los, aber nicht von englischer Seite. Von dort vernahm man bloß, daß Admiral John Jellicoe zum Oberbefehlshaber der Flotte ernannt worden sei. Weiter hat er aber seinen in China im Kampfe neben den Deutschen erworbenen Ehren nichts hinzuzufügen gewußt. Dagegen legte am 8. der als Minenschiff ausgerüstete Bäderdampfer „Königin Luise" in der Themsemündung Minen, wurde zwar von Torpedozerstörern vernichtet, aber auch eines der britischen Fahrzeuge ging zu Grunde. Deutsche Kreuzer machten wiederholt Erkundungsfahrten, Unterseeboote fuhren längs der britischen Ostküste bis zu den Shetlandinseln, Flieger hatten die ganze Nordsee abgesucht, aber von der britischen Flotte hatte kein Mensch etwas bemerkt. Es ging freilich nicht ohne Verluste ab, das Unterseeboot „U 15" wurde vom englischen Kreuzer „Birmingham" vernichtet, dafür schoß am 19. der Kreuzer „Straßburg" ein britisches Unterseeboot an der Südküste von England in den Grund, zugleich brachte der Kreuzer „Stralsund" einen Torpedobootzerstörer zum Sinken. Währenddem und nachher kam Kunde auf Kunde von den deutschen Auslandskreuzern, die in allen Weltmeeren den britischen Handel empfindlich schädigten und die sie verfolgenden Kriegsschiffe hänselten. Der kleine Kreuzer „Dresden" machte die Ostküste Amerikas unsicher und ging dann um das Kap Horn in den Großen Ozean, wo die „Nürnberg" die Kabelverbindung zwischen Britisch-Kolumbia und Australien zerstört hatte und wo auch die „Leipzig" tätig war. Die gepanzerten Kreuzer „Scharnhorst" und „Gneisenau" unter dem Befehl des Admirals Grafen Spee hatten als Operationsgebiet die nördlichen Teile der australischen Station gewählt, im indischen Ozean vernichtete der Kreuzer „Königsberg" den englischen Kreuzer „Pegasus", der den unbeschützten Hafen Daressalam bombardiert hatte. An der Ostküste Südamerikas waren außerdem noch die „Karlsruhe" und der Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm" mit Erfolg tätig. Unvergänglichen Ruhm erwarb sich aber vor allen der Kreuzer „Emden" unter Fregattenkapitän v. Müller, der bis zum 12. November in den ostasiatischen Gewässern von Wladiwostok bis in den Golf von Bengalen die britische Schiffahrt zum Stillstand brachte, über 20 Handelsdampfer versenkte, den russischen Kreuzer „Schemtschug" und einen französischen Torpedozerstörer vernichtet und den befestigten Hafen Penang bombardiert hatte, aber schließlich bei den Keelingsinseln von dem viel stärkeren australischen Kreuzer „Sidney" überwältigt wurde, nachdem über 70 feindliche Kriegsschiffe vergeblich auf ihn Jagd gemacht hatten.

Diesem Schicksale mußten ja die Auslandskreuzer früher oder später verfallen. Dem Kreuzer „Königsberg", dem die Kohlen ausgegangen waren, gelang es, sich in die Mündung des Rufidschi in Deutsch-Ostafrika zu retten, wo er von seinen britischen Verfolgern durch Versenken von Schiffen eingeschlossen wurde. Am 27. August geriet der Kreuzer „Magdeburg" bei einem Gefecht im finnischen Meerbusen im Nebel auf Grund und wurde von der Mannschaft, die aber durch das Torpedoboot „V 26" trotz der russischen Übermacht gerettet werden konnte, in die Luft gesprengt. Am folgenden Tage fand westlich von Helgoland das erste Seegefecht statt. Bei unsichtigem Wetter sahen sich die Kreuzer „Ariadne", „Mainz" und „Köln" samt einigen Torpedobooten plötzlich einer großen An-

zahl von englischen Torpedobootzerstörern gegenüber, griffen sie sofort an, wurden aber bald in einen aussichtslosen Kampf mit herbeieilenden britischen Linienschiffen verwickelt. Die drei Kreuzer und das Torpedoboot „V 187" gingen zu Grunde. Die Engländer verschwiegen ihre schweren Verluste, aber wie erst später bekannt wurde, waren diese sehr bedeutend, und fortan mied die britische Flotte die Nordsee. Die „Times" verkündete aber am 12. September der staunenden Welt, Admiral Jellicoe leiste ihr den wichtigen Dienst, daß er die deutsche Flotte von der Nordsee fernhalte, die „Westminster Gazette" gestand aber zu, der Untergang englischer Schiffe sei nicht bloß auf deutsche Minen zurückzuführen, sondern offenbar sei auch die deutsche Unterseeflotte ordentlich an der Arbeit. England sei zwar unstreitig Herrin des Meeres, aber was nütze das, wenn Deutschland sich zum Herrn des Meergrundes mache. Die Engländer besaßen bei Ausbruch des Krieges 80 Unterseeboote, wußten aber nichts damit anzufangen. Anders der deutsche Flottenchef v. Tirpitz, der den Wert der Unterseeboote bald erkannt und für eine vorzügliche Ausbildung von Offizieren und Mannschaften gesorgt hatte. Hauptsächlich die deutschen Unterseeboote waren es, die zunächst die deutschen Gewässer von der britischen Flotte reinfegten. Schon am 22. September brachte das Unterseeboot „U 9" nordwestlich von Hoek van Holland binnen zwei Stunden die drei größeren britischen Kreuzer (12.200 Tonnen) „Abukir", „Hogue" und „Cressy" zum Sinken. Sein Führer, Kapitänleutnant Otto Weddigen, stellte sich durch diese Tat in die Reihe der ersten Seehelden. Der Eindruck in England wirkte zugleich verblüffend und niederschmetternd. Schon am 5. war der Kreuzer „Pathfinder" im Firth of Forth durch „U 21" vernichtet worden, was aber die britische Admiralität ebenso wie andere Verluste verschwieg. Nur wo fremde Schiffe Zeugen waren, konnte nichts verheimlicht werden, erlogen wurde aber doch, daß „U 9" die Tat nicht allein vollbracht haben sollte. Als aber „U 9" am 31. Oktober in der nördlichen Nordsee auch den Kreuzer „Hawke" versenkt hatte, blieben die stolzen britischen „Beherrscher des Meeres" hübsch zu Hause.

Zum Schutz dagegen legte England Anfang Oktober zwischen der holländischen und der englischen Küste ein großes Minenfeld an, das nur eine schmale Fahrrinne an der Südwestküste Englands freiließ. Damit wurde zugleich erreicht, die neutrale Schiffahrt unter britische Kontrolle zu bringen. Die neutralen Schiffe wurden einfach in englische Häfen gebracht und dort umständlich untersucht. Was den Engländern an Waren paßte, wurde behalten und bezahlt, dann konnten die Schiffe nach langem Aufenthalt weiterfahren. Sie hatten damit zur Versorgung Englands gedient. Das gehörte mit zu dem offiziell verkündeten Plane, Deutschland, das man nicht besiegen konnte, „auszuhungern". Die neutralen Staaten erhoben zwar schüchtern Protest gegen diese Maßregeln, ließen sie sich aber schließlich aus Furcht vor der Rücksichtslosigkeit Englands gefallen. Daß dieses keine Rechte der Neutralen achtete, geht auch daraus hervor, daß der britische Großkreuzer „Highflyer" den deutschen Hilfskreuzer „Kaiser Wilhelm der Große", der im spanischen Kolonialhafen Rio del Oro in Westafrika Kohlen einnahm, angriff. Der Hilfskreuzer wehrte sich, bis alle Munition verschossen war, dann wurde das kostbare Schiff, um es nicht in britische Hände fallen zu lassen, gesprengt. Spanien protestierte nicht einmal. Am 17. Oktober wurden vier deutsche Torpedoboote älteren Typs an der holländischen Küste durch größere englische Schiffe nach heldenmütigem Widerstande zum Sinken gebracht. Am folgenden Tage erlitt das britische Unterseeboot E III in der deutschen Bucht das gleiche Schicksal, ebenso am 31.



Mit Genehmigung der Ill. Zeitung, Leipzig.

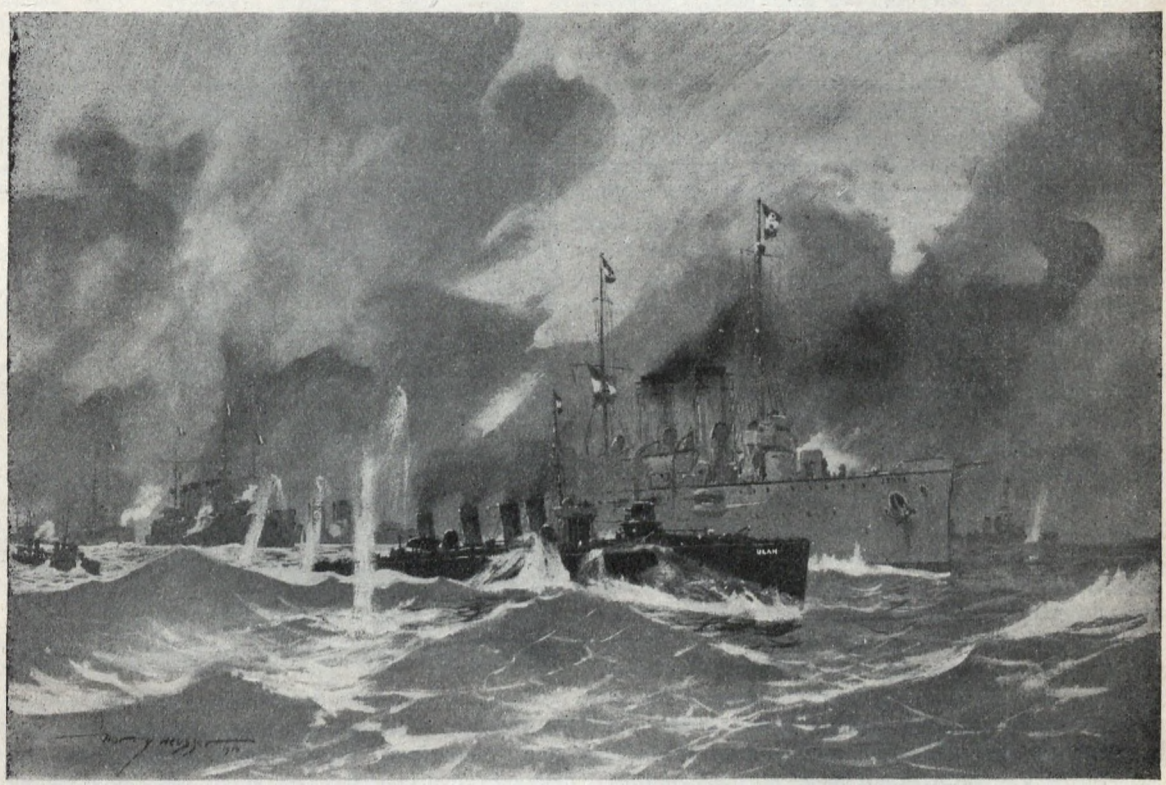
Die Vernichtung der drei englischen Panzerkreuzer „Abukir", „Hogue" und „Cressy" durch das deutsche Unterseeboot „U 9", unter dem Kommando des Kapitänleutnants Otto Weddigen.

Nach einer Zeichnung von Professor Willy Stöwer.

im Kanal der englische Kreuzer „Hermes" durch ein deutsches Unterseeboot. In England war man wenig erbaut von der Leistungsfähigkeit der Flotte, die Erbitterung wandte sich gegen den hochverdienten Prinzen Louis von Battenberg, den man wegen seiner angeblich deutschen Herkunft verdächtigte. Er trat Ende Oktober zurück, aber der neue Erste Seelord, der echt britische Admiral Fisher, hat auch nichts Besseres geleistet. Dagegen leistete sich England einen neuen Übergriff gegen die Neutralen, indem es die Nordsee von Island bis Schottland zum Kriegsgebiet erklärte, wodurch die Schiffahrt aufs tiefste geschädigt wurde. Am 3. November beschoß ein deutsches Geschwader den Hafen von Yarmouth nördlich von der Themsemündung und vernichtete im Gefecht den Kreuzer „Halcyon" und ein Torpedoboot. Am 4. traf die Nachricht ein, daß am 1. bei Santa Maria an der chilenischen Küste das vom Admiral Grafen Spee gesammelte Kreuzergeschwader: „Scharnhorst", „Gneisenau", „Nürnberg", „Dresden" und „Leipzig" einem ungefähr gleichstarken britischen Ge-

schwader eine siegreiche Schlacht geliefert und ohne nennenswerte Beschädigung die beiden großen Kreuzer „Monmouth" und „Good Hope" durch überlegenes Geschützfeuer zum Sinken gebracht hatte. Die Engländer waren wieder sehr schweigsam über ihre Verluste, aus Chile wurde aber gemeldet, daß auch der Kreuzer „Glasgow" nachträglich gesunken sei, und daß der Kreuzer, der jetzt diesen Namen führe, ein anderer sei. Dem englischen Lügensystem ist dieser Täuschungsversuch schon zuzutrauen. Der Nimbus der britischen Unüberwindlichkeit zur See war trotzdem schon hin.

Mit zehnfacher Übermacht und unter Verletzung des neutralen chinesischen Gebietes begann im letzten Drittel des Oktober die eigentliche Belagerung. Nach unausgesetzter Beschießung und wiederholten rücksichtslosen Stürmen kapitulierte die Festung am 7. November, nachdem die Munition verschossen und der Gouverneur verwundet worden war. Alle Schiffe, Befestigungen und militärischen Gebäude waren gesprengt worden, nur ein Trümmerhaufen wurde übergeben. Die Japaner nahmen das nicht sehr übel und behandelten die Gefangenen ritterlich, begegneten dagegen den Engländern, die nicht mit-

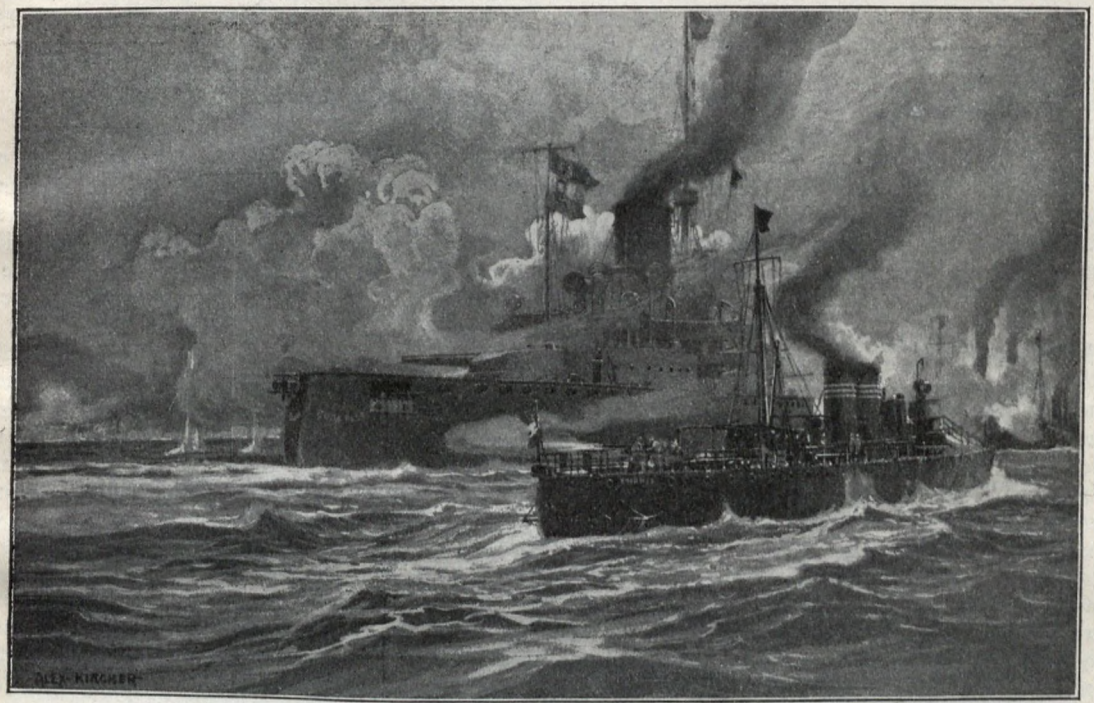


Der österr.-ungar. Kreuzer „Zenta" und der Torpedobootzerstörer „Ulan", die in heldenmütiger Weise den Kampf mit der übermächtigen französischen Flotte aufnahmen, wobei die „Zenta" sank.

Der Monat November brachte der deutschen Flotte auch schwere Verluste. Am 4. geriet der Panzerkreuzer „York" in Wilhelmshaven auf eine Hafenmine und sank. Am 8. traf die Trauerkunde ein, daß tags vorher Kiautschau gefallen sei. Es hatte ja nicht anders kommen können, aber die Nachricht vom Verlust der stolzen Schöpfung der Marine machte doch tiefen Eindruck. Unmittelbar nach dem japanischen Ultimatum hatte der Gouverneur, Kapitän zur See Meyer-Waldeck, dem Kaiser telegraphiert: „Einstehe für Pflichterfüllung bis aufs äußerste", Kaiser Franz Joseph hatte den in Ostasien anwesenden Kreuzer „Kaiserin Elisabeth" beauftragt, sein Geschick mit dem der deutschen Kameraden in Kiautschau zu verbinden. Die Japaner kamen bereits am 27. September und schienen sich die Sache ziemlich leicht vorgestellt zu haben, beschränkten sich aber nach einigen für sie sehr verlustreichen Gefechten bloß auf die Einschließung und zogen große Verstärkungen heran. gestürmt hatten, und sich auch nicht am Einzug beteiligen durften, mit unverhehlter Geringschätzung. Wenn sie übrigens Tsingtau mit Namur und Antwerpen verglichen, durften sie ihren Erfolg auch nicht gerade sehr hoch anschlagen. Der betrübende Eindruck in Deutschland blieb nachhaltig, um so mehr als in diesen Tagen auch die Kunde vom Untergang der „Emden" eintraf. Es war aber bloß Teilnahme am Schicksal der Tapferen, von Entmutigung war keine Rede. Daß am 11. der britische Torpedokreuzer „Niger" bei Deab dicht an der Küste Englands von einem deutschen Unterseeboot vernichtet wurde, war nur ein geringer Ersatz; solche Heldentaten galten schon als selbstverständlich. Doch gewährte es immerhin große Befriedigung, daß am 17. ein deutsches Geschwader die militärischen Anlagen in Libau gründlich beschoß und den Hafen durch versenkte Schiffe vollkommen sperrte. Die russische Flotte ließ sich nicht sehen. Am 23. wurde „U 18" an der Nordküste von Schottland durch ein

englisches Patrouillenboot zum Sinken gebracht, die Mannschaft jedoch gerettet. Einen Krieg ohne Verluste gibt es nicht und England hatte noch mehr verloren. Schon Mitte November wurden mindestens 17 vernichtete englische Kriegsschiffe gezählt, davon acht durch deutsche Unterseeboote; es befanden sich darunter fünf größere Kreuzer von über 10.000 Tonnen und fünf geringere Kreuzer. Außerdem war schon am 29. September der Überdreadnought „Audacious" an der irischen Nordküste durch eine Mine zu Grunde gegangen. Der Vorgang wurde zwei Monate verschwiegen, kam aber durch Augenzeugen

zosen Jagd darauf machten, konnte jedermann wissen, doch bestand noch immer eine leise Hoffnung, daß den Kühnen das Glück hold sein könnte. Das Kreuzergeschwader hatte sich in seiner Lage selbstverständlich von den Verkehrsstraßen ferngehalten und war bei den Falklandsinseln auf ein überlegenes britisches Geschwader unter Admiral Sturdee gestoßen. Graf Spee griff es sofort an, als aber noch zwei große feindliche Kreuzer zum Vorschein kamen, gab er seinen drei kleinen Kreuzern den Befehl, sich zu flüchten, und beschloß, sich mit „Scharnhorst" und „Gneisenau" zu opfern. Beide



Die Beschießung des montenegrinischen Hafens von Antivari durch eine österreichisch-ungarische Flottendivision.
Nach Angaben von Augenzeugen gezeichnet von Alex Kircher.

über Amerika ans Tageslicht. Am 26. November explodierte im Hafen von Scherneß der Dreadnought „Bulwark" und versank mit Mann und Maus. Über die im Kampf, insbesondere bei Helgoland, gefechtsunfähig gewordenen Schiffe gab die britische Admiralität keine Auskunft.

Durch große Ruhmestaten konnte die englische Flotte wahrhaftig nicht glänzen, dagegen zeichnete sie sich durch sehr viel Vorsicht aus, die allerdings nach dem Zeugnis ihres Landsmannes Fallstaff der beste Teil der Tapferkeit ist. Vorsicht war auch geboten, denn Anfang Dezember beherrschten die deutschen Unterseeboote nicht allein die Nordsee, sondern auch den Kanal bis nach Havre, und die „Times" zeterte über „die Pest der Unterseeboote". An dieser wenig beneidenswerten Lage der „Beherrscherin der Meere" änderte auch der letzte Trumpf, der ihr unbedingt zufallen mußte, nicht das Geringste. Am 8. Dezember vollzog sich das unvermeidliche Geschick des deutschen Kreuzergeschwaders. Nach seinem Siege an der Küste von Coronel schien Graf Spee mit demselben verschwunden zu sein. Daß Engländer, Japaner und Franzosen

Panzerkreuzer führten den Geschützkampf bis zum Abend fort und wurden, nachdem sie alle Munition verbraucht hatten, von den Engländern zum Sinken gebracht. Auch die „Leipzig", die in die Schlacht verwickelt worden war, wurde versenkt, die „Nürnberg" wurde am folgenden Tage von dem gleichen Schicksal erreicht, nur die „Dresden" war entkommen. Über den Gang des Gefechtes ist wenig Sicheres festgestellt worden, da die Hauptbeteiligten auf deutscher Seite in der Tiefe des Meeres ruhen, die Briten aber, um ihre schweren Verluste zu verschleiern, nur unbestimmte Allgemeinheiten veröffentlicht haben. Es läßt sich aber nach dem Verlaufe des Kampfes feststellen, daß die deutsche Artillerie der britischen weit überlegen gewesen sein muß. Japaner waren an der Schlacht nicht beteiligt, sie waren bloß als Jagdtreiber tätig gewesen. Die deutschen Schiffe sind, bis zum letzten Augenblick kämpfend, mit ihren Besatzungen in die See gesunken, von der „Gneisenau", „Leipzig" und „Nürnberg" ist nur ein kleiner Bruchteil der Mannschaft gerettet worden, vom Flaggschiff „Scharnhorst" niemand. Vizeadmiral Graf Spee ist auf

ihm mit seinen beiden Söhnen gesunken, mit ihnen ruht ein ganzer Zweig des blühenden Grafengeschlechtes auf dem Meeresgrunde. Die englische Presse jubelte über den Sieg, der ihre Handelsschiffe vom Schrecken der Meere befreit habe, sie wurde aber doch von einigen neutralen Stimmen dahin bedeutet, daß man doch eher von einem Erfolg der deutschen Schiffe reden könne, da sie sich fünf Monate gegen die britische Übermacht zu halten vermochten. In der Heimat wurde die Nachricht mit ruhiger Ergebung aufgenommen und zugleich mit dem stolzen Bewußtsein, einem Volke anzugehören, das solche Helden in seinen Reihen zählt.

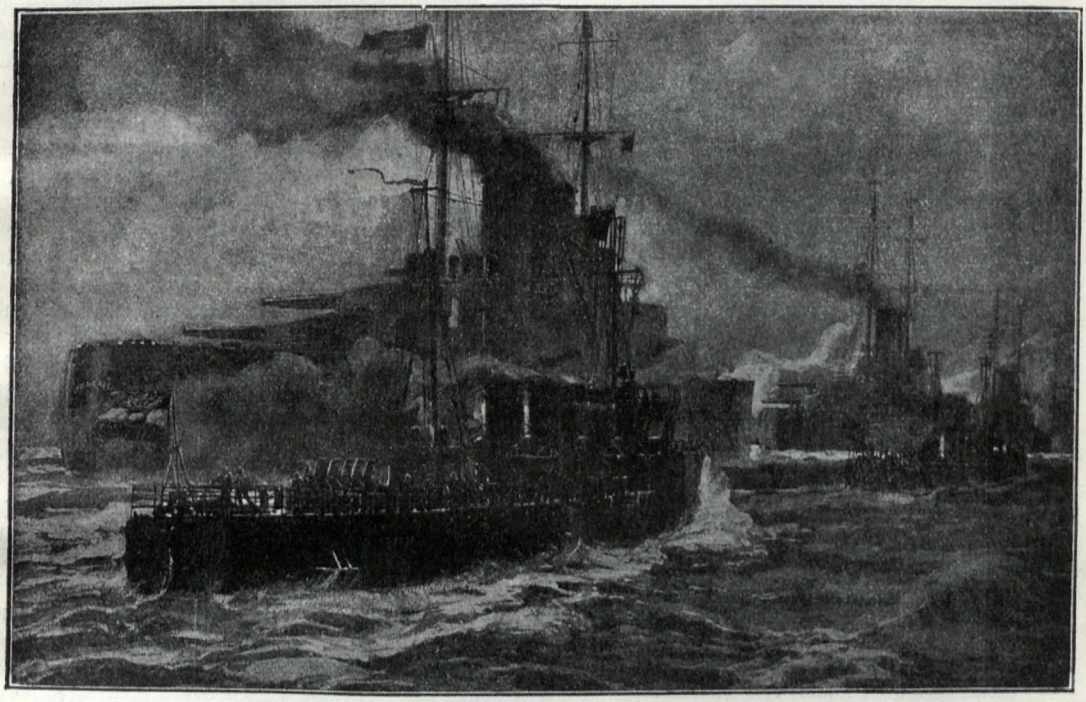
Die Schlacht bei den Falklandsinseln änderte an der entscheidenden Stelle in Europa nichts. Trotz aller Großsprechereien Churchills befürchtete man in London bereits einen Vorstoß der deutschen Hochseeflotte gegen die englischen Küsten, denn die Unterseeboote hatten ihr das Meer freigemacht. An der belgischen Küste hatten britische Geschwader die Festsetzung der Deutschen und die Anlegung eines Stützpunktes für Unterseeboote auch nicht hindern können, deutsche Artillerie hatte sie vertrieben und der Vorstoß auf Old England blieb nicht aus. Am 16. Dezember erschienen Teile der deutschen Hochseestreitkräfte am frühen Morgen an der britischen Ostküste, verjagten vier Torpedozerstörer, von denen „Doon" in den Grund gebohrt, ein anderer schwer beschädigt wurde, und beschossen dann die befestigten Häfen Scarborough, Hartlepool und Whitby mit schwerem Geschütz. Auf der Rückfahrt vernichteten sie noch einen Torpedozerstörer, bekamen aber sonst von der britischen Flotte nichts zu sehen, waren auch vom Feuer der Küstenbatterien kaum beschädigt worden, dagegen hatten sie an den Verteidigungsanstalten der drei Häfen erheblichen Schaden angerichtet. Das war für den britischen Stolz sehr demütigend, denn seit Jahrhunderten hatte sich Ähnliches nicht ereignet. Die Presse lärmte und log unverschämt, um den Eindruck der beschämenden Tatsache auf Nebensachen und die Grausamkeit der Deutschen abzulenken. Sie versuchte sogar, die Befestigung der Häfen abzuleugnen, und die britische Admiralität bestritt die militärische Bedeutung des Ereignisses. Das wäre ihr wohl das Liebste gewesen, aber die ganze Welt, die Feinde Deutschlands nicht ausgenommen, blieb doch der Überzeugung, daß der nominellen Herrschaft Englands über die Meere wieder ein unheilbarer Stoß versetzt worden war. Viele Leute glaubten nun, daß die englische Flotte eine Art Rachezug unternehmen müsse. Aber Churchill und seine Leute dachten nicht im entferntesten an ein so kostspieliges Abenteuer. Dagegen versuchten sie am ersten Weihnachtsfeiertage einen Bluff. Einige kleine britische Fahrzeuge erschienen vormittags in der deutschen Bucht und sieben von ihnen aufgestiegene Wasserflugzeuge wendeten sich gegen Cuxhaven und warfen wirkungslos auf dort liegende Schiffe Bomben. Von Artillerie beschossen und von deutschen Flugzeugen verfolgt, verschwanden sie bald nach Westen im Nebel, mehrere von ihnen sind überhaupt nicht wieder heimgekommen. Von deutscher Seite wurde auf das Ereignis weiter kein Wert gelegt, nach ausländischen Meldungen sind aber allein vier Flieger abgestürzt, und die begleitenden Schiffe, namentlich der Kreuzer „Arethusa", durch Bomben der deutschen Flieger erheblich beschädigt worden. Der ganze Bluff war kläglich gescheitert, und wenn die „Times" hinterher renommieren wollte, man habe bloß die deutsche Flotte herauslocken wollen, so hat sie das hoffentlich selbst nicht geglaubt. Möglich ist indessen, daß das verunglückte Unternehmen eine Antwort darauf sein sollte, daß ein deutscher Albatrosflieger sich am Tage vorher in der nächsten Nähe von London gezeigt hatte. Mag dem sein wie ihm wolle, dem schon stark verschlissenen Ruhme der britischen Flotte war kein neues Blatt hinzugefügt worden. In fünf Kriegsmonaten hatte man Taten und Helden nur auf anderer Seite gesehen.

Die Kämpfe in der Adria.

Bei der großen Übermacht der französischen und englischen Seestreitkräfte im Mittelmeer, die unter dem Befehl des Admirals Bouet de Lapeyrère standen, durfte sich die österreichisch-ungarische Flotte nur darauf beschränken, in sicheren Kriegshäfen auf einen günstigen Augenblick zum Hervorbrechen zu warten. Aber so klein sie ist, hat sie bewiesen, daß allein sie mit den deutschen Kameraden zur See an Wage- und Heldenmut wetteifern kann. Immerhin wurden gleich nach dem Kriegsausbruch die montenegrinischen Küsten blockiert gehalten und die Hafenanlagen und die Magazine von Antivari zerstört. Der kleine Kreuzer „Zenta" (2300 Tonnen) unter dem von den Chinakämpfen bekannten Fregattenkapitän Thomann wurde am 16. August an der montenegrinischen Küste von einem starken französischen Geschwader überrascht. Ein Begleitschiff vermochte sich in Sicherheit zu bringen, die „Zenta" aber, die bald Schaden an der Maschine erlitt, war dem Untergange geweiht. Von Ergebung war keine Rede, im Gegenteil ging der Kreuzer, um seine leichten Geschütze besser zur Wirkung zu bringen, dicht an die feindliche Linie heran, meldete noch durch Funkenspruch der nächsten heimatlichen Station die Namen der feindlichen Schiffe und sank, bis zum letzten Augenblick feuernd, mit wehender Flagge. Die Franzosen zogen sich eilig wieder von der gefährlichen Küste zurück und überließen sogar die waffenlosen Schiffbrüchigen ihrem Schicksal. Von ihnen wurden durch Fischer 184 Mann, darunter 50 Verwundete, gerettet und als Gefangene nach Montenegro gebracht. Die Franzosen, die sich so wenig ritterlich benahmen, haben ihre nicht geringen Schäden verschwiegen. Die Haltung der „Zenta" bewies leuchtend, von welchem Heldengeiste die österreichisch-ungarische Flotte beseelt ist. Vorausgreifend sei hier gleich bemerkt, daß alle von feindlicher Seite verbreiteten Angaben über sonstige Verluste der Flotte glatt erfunden sind, es ist kein einziges Schiff oder Flugzeug getroffen, so oft auch nach ihnen geschossen wurde, und niemand von der Mannschaft verwundet worden. Am 1. September machte die französische Flotte eine nutzlose Demonstration, indem sie mit 16 Schlachtschiffen und Panzerkreuzern sowie zahlreichen Torpedobooten vor dem Eingang der Bucht von Cattaro erschien, 40 Schüsse aus schweren Kalibern gegen das alte Fort Punta

d'Ostro ohne Wirkung abgab und dann wieder abdampfte. Der französische Bericht erzählte von einer Beschießung der „Stadt" Cattaro. Bis dahin wäre doch kein einziges Schiff unbeschädigt gekommen. Am 19. erschien die Flotte wieder, ging etwas näher heran, feuerte eine Stunde lang und erzielte drei Treffer, wobei ein Kanonier verwundet wurde. Dann fuhr sie ab, beschoß den Semaphor und den Leuchtturm auf der Insel Lissa und schließlich noch den Leuchtturm auf dem Eiland Pelagosa. Hier verübten die französischen Kulturträger eine Heldentat. Gelandete Matrosen zerstörten die Signalstation und machten das Wasser in der Zisterne in unflätiger Weise ungenießbar. Dann stahlen die Schmierfinken dem Leuchtturmwächter auch noch Wäsche.

Die französische Flotte, die nicht unbeschädigt geblieben war, ließ sich nicht wieder sehen, nur am 17. Oktober erschien der Kreuzer „Waldeck-Rousseau" vor Ostro, zog sich aber nach Ankunft von Unterseebooten mit dem im Hintergrunde gebliebenen Gros wieder zurück. Am folgenden Morgen zerstörten österreichisch-ungarische Torpedoboote im Hafen von Antivari alles, was inzwischen wieder aufgebaut worden war. Seit dem 3. November war in der Adria überhaupt kein französisches Schiff mehr gesehen worden, und in Paris frug man ebenso wie in London: Was tut denn die Flotte? Der „Temps" belehrte darauf, es sei doch sicher eine Heldentat, daß 300.000 englische und französische Flottenmannschaften eine halbe Million deutscher und österreichisch-ungarischer Heerespflichtiger an der Heimkehr verhindert hätten. Die Pariser sollten aber bald erfahren, was ihre Flotte machte. Noch vor Weihnachten kam ihnen die zweifache Kunde, daß am 21. Dezember in der Otrantobucht — also am Südende der Adria — das österreichisch-ungarische Torpedoboot „U 12" die dort liegende französische Flotte angegriffen und sich das Admiralschiff „Courbet" (23.500 Tonnen) ausgesucht und zweimal torpediert habe. Das Schiff war unheilbar beschädigt, und der kühne Angreifer, Linienschiffsleutnant Lerch, kam mit „U 12" glücklich davon. Zu gleicher Zeit wurde das französische Unterseeboot „Curie", ohne zum Angriff gekommen zu sein, durch Strandbatterien und österreichisch-ungarische Wachschife zum Sinken gebracht, die Besatzung gerettet und gefangen. Die Pariser konnten aus beiden Ereignissen Vergleiche ziehen, wenn sie wollten.



Ein österr.-ungar. Dreadnought-Geschwader in Begleitung von Torpedobootzerstörern in der Adria.

Nach der Natur gezeichnet von Alex Kircher.

Die sechs Donaumonitore: „Temes", „Bodrog", „Szamos", „Körös", „Maros" und „Leitha" entwickelten unter dem Kommando des Linienschiffsleutnants Wulff eine sehr rege Tätigkeit und erwarben sich bei den Serben den Ruf als fliegende Teufel; „Temes" erzwang am 19. September trotz Minen und feindlicher Artillerie den Eingang in die Mündung der Save und unter der Semliner Brücke zum erstenmal und wiederholte das Heldenstück später noch zweimal. Beim dritten Versuch am 23. Oktober sank er infolge Auflaufens auf eine Mine. An den Beschießungen der serbischen Befestigungen, namentlich bei Belgrad, nahmen die Monitore lebhaften Anteil. Beim Vordringen der Armeeabteilung v. Frank längs der Save gegen Belgrad im November beteiligten sich die Monitore „Körös", „Maros" und „Leitha" sehr tatkräftig, indem sie die serbische rechte Flanke erfolgreich unter Feuer nahm.

Der Krieg der Türkei.

Die Pforte hatte zuerst mit sicherem Blick erkannt, daß in dem Weltkriege die bessere Kraft auf der Seite der verbündeten Kaisermächte war. In ihrem festen Wollen, sich aus ihrer durch heuchlerische Freundschaft oder unverschämten Druck niedergehaltenen Stellung wieder emporzukämpfen, konnte es für sie keine bessere Gelegenheit geben, sich ihrer beiden Bedränger, England und Rußland — das niedergehende Frankreich kam schon längst nicht mehr in Betracht — zu entledigen, als jetzt,

Hofphot. Paul Tellymann, Kassel.

Generalleutnant Liman von Sanders,
Chef der deutschen Militärmission für die Türkei.

wo beide im Vernichtungskampfe mit den Militärmächten Deutschland und Österreich-Ungarn standen. Die beiden Kaisermächte hatten ihr immer wohlwollende Freundschaft bewiesen, nur von ihnen hatte sie Förderung ihres Aufstrebens zu erwarten, ihr Existenzkampf entschied darum zugleich die Zukunft der Türkei, die nach einem Siege des Dreiverbands keine Aussicht hatte. Darum beschloß sie, mit allen Kräften in diesen Existenzkampf einzutreten, der zugleich der ihre war. Der Dreiverband hatte ja auch nicht allein Deutschland und Österreich-Ungarn, sondern auch die Türkei unter sich verteilt. Schon seit Beginn des Krieges hatte sich die mit Rußland und England bestehende latente Spannung verschärft und fühlbar gemacht, und da es an inneren Gründen nicht mangelte, fehlte auch die äußere Kriegsursache nicht. England hatte schon in der ersten Augustwoche zwei dort für die Türkei gebaute und bereits großenteils bezahlte Großlinienschiffe in seine Flotte eingereiht, die englische Marinekommission tat nichts für die Hebung der Flotte, ihre Mitglieder spielten Tennis und Bridge. Es hieß, die Schiffe seien dienstunfähig, und wichtige Maschinenteile wurden nach England zur Ausbesserung oder Auswechslung geschickt. Es lag auf der Hand, daß Admiral Limpus nach dem britischen Grundsatz handelte: Du sollst keine andere Flotte haben neben mir. Obgleich schon seit Wochen kaltgestellt, kündigten die britischen Offiziere erst am 15. September. Der englische Botschafter fügte sich nicht der Abordnung der Pforte, den funkentelegraphischen Verkehr mit einlaufenden Schiffen zu unterlassen, da entfernten türkische Soldaten die Apparate für drahtlose Telegraphie auf der britischen Botschaft. Rußland hatte freie Durchfahrt für seine Kriegsschiffe durch die Dardanellen verlangt, worauf die Pforte ihre Neutralität erklärte und keinem Schiffe mehr die Einfahrt in das Schwarze Meer gestattete, da dort die Schiffahrt eingestellt worden war. Schon in der zweiten Hälfte des August begann sie zu mobilisieren, gegen die Ernennung Limans Paschas zum Armeeoberkommandanten für die europäische Türkei legten die Botschafter Rußlands und Frankreichs vergeblich Protest ein. Am 29. September wurden die Dardanellen gesperrt, weil ein englisches Torpedoboot ein türkisches Kriegsschiff am Auslaufen hatte verhindern wollen und weil französische und britische Kriegsdampfer die ein- und ausfahrenden Schiffe kontrollierten und belästigten. Da am 28. Oktober russische Kriegsdampfer versuchten, Minen vor dem Bosporus zu legen, griff die türkische Flotte ein. Es kam zu verschiedenen Schießereien und am 30. erklärte die Pforte Rußland den Krieg. Die Kriegserklärungen des Dreiverbandes erfolgten am 2. November. Die Türkei befand sich in keiner ungünstigen Lage, denn seit dem Balkankriege hatte Enver Pascha mit Hilfe der ernst arbeitenden deutschen Offiziere die Armee gut für den Krieg vorbereitet.

Die türkische Flotte, jetzt durch die ehemals deutschen Kreuzer „Goeben" (Sultan Jawus Selim) und „Breslau" (Midilü) mit ihren deutschen Besatzungen verstärkt, war vollkommen in der Lage, die Herrschaft im Schwarzen Meer gegenüber den namentlich im Menschenmaterial minderwertigen russischen Seestreitkräften auszuüben, wenn es ihr auch nicht gelingen konnte, die große Wasserfläche dauernd von ihnen reinzuhalten. Die befestigten Seeplätze Sebastopol, Odessa, Feodosia, Batum u. a. wurden mehrfach beschossen, russische Geschwader wiederholt in den Kriegshafen Sebastopol zurückgejagt. Die russische Flotte büßte mehrere Schiffe ein, andere wurden schwer beschädigt. Die türkische Flotte verlor nur zwei Transportschiffe und das ausrangierte, in den Dardanellen noch als Wachtschiff verwendete Linienschiff „Massudjeh", das am 15. Dezember von einem englischen Unterseeboot torpediert wurde. Von der syrischen und kleinasiatischen Küste wurde eine Reihe von Beschießungen durch britische und französische Kriegsschiffe gemeldet, aber nennenswerte Erfolge wurden nirgends erzielt. Das war auch nicht der Fall bei dem Bombardement der äußeren Dardanellenforts am 3. November. Zu Ende des Jahres lag vor den Dardanellen eine Flotte von 40 englischen und französischen Kriegsschiffen, darunter allein 17 Dreadnoughts. Die Türkei hatte auch den Krieg zu Lande eröffnet und Armeeabteilungen in der Richtung auf Batum, auf Kars und in die persische Provinz Aser-

beidschan vorgeschoben. Ein Winterfeldzug in den verschneiten Gebirgsländern konnte keine großen Erfolge bringen, doch blieben die Türken siegreich und hatten sich in Besitz von Ardachan und Sarükamisch gesetzt, in Persien waren sie bis jenseits Kotur vorgedrungen. Sie wurden überall von den mohammedanischen Einwohnern mit Jubel aufgenommen. Auch in Mesopotamien kam es an einigen Stellen zu Zusammenstößen zwischen englischen und türkischen Truppen, wobei letztere meist im Vorteil waren, während die Engländer in ihren Berichten nur Siege meldeten. Das Hauptinteresse wendete sich jedoch der Absicht der Pforte zu, auch Ägypten anzugreifen, was durch Bedrohung des Suezkanals für die Engländer sehr gefährlich war, wenn auch der breite Wüstengürtel, den der Angreifer überwinden mußte, für sie ein besserer Schutz war als ihre nirgends zureichenden Truppen. Türkische Streifscharen, die den Karawanenweg längs der Küste benützt hatten, erschienen schon am 20. November am Suezkanal. Phantastische Berichte über die bereits erfolgte Sperrung des Kanals haben sich nicht bestätigt, obwohl die Engländer sich veranlaßt sahen, die zweite Truppensendung aus Indien und die Australier in Ägypten zurückzuhalten, obwohl sie in Flandern von den Franzosen sehr gewünscht wurden. Der Suezkanal lag den Briten freilich mehr am Herzen und es war auch zu erwarten, daß sie in Zukunft noch politische und militärische Kunstgriffe der verschiedensten Art anwenden würden, um ihn sich, am liebsten durch fremde Hilfe, zu sichern.

Rückblick.

Fünf Monate schwerer Kämpfe, wie sie noch nie die Welt gesehen, lagen am Jahresschlusse hinter uns, und wie viele noch verrinnen würden, bis das Unheil dieses Krieges wieder von der Welt genommen sein würde, wußte kein Sterblicher zu sagen. Nur eines stand schon fest: Die geheime vulkanische Gärung, in die der Meuchelmörder von Serajewo nur den zündenden Funken geworfen, hatte ihr Ziel nicht erreicht und würde es nie erreichen. Weder würde England Deutschland und seine Flotte vernichten, noch Rußland über Berlin und Wien nach Zertrümmerung Österreich-Ungarns nach Konstantinopel ziehen. Die bisher von aller Welt gefürchteten Machtmittel, die britische Riesenflotte und das russische Millionenheer, von denen die Kriegstreiber und übelwollende Neutrale Wunderdinge gehofft hatten, war diesen Erwartungen nicht gerecht geworden. Die Armada John Bulls hatte sich vor den deutschen Unterseebooten verkrochen, die die Nordsee beherrschten, und die russischen Soldatenmassen hatten nach ungeheueren Verlusten vor der überlegenen Führung ihrer Gegner den geträumten und auch angekündigten Siegeszug einstellen müssen. So war die Lage nach fünf Monaten; alle kriegerischen Erfolge auf den entscheidenden Kampffeldern, die militärische Überlegenheit und der feste Wille, zu siegen oder mit Ehren zu Grunde zu gehen, waren auf Seite der verbündeten Kaisermächte, ihre Gegner hatten bloß das noch immer gewaltige Übergewicht der Zahl für sich, konnten allein darauf noch Hoffnungen setzen und suchten sie auch mit allen möglichen Mitteln noch zu vergrößern. Das Kriegsglück ist immer wandelbar gewesen, und darum war die Möglichkeit nicht ganz abzuweisen, daß der Dreiverband, ohne sein eigentliches Ziel erreicht zu haben, durch Erschöpfung seiner Gegner doch noch zu einem ehrenvollen Frieden gelangen könnte, der gewissermaßen alles beim alten gelassen hätte. Aber die Wahrscheinlichkeit sprach bereits für das Gegenteil und fand eine Bestätigung in der Großmäuligkeit, mit der die Führer des Dreiverbands selbst und ihre Blätter, als wenn noch gar nichts geschehen wäre, tagtäglich von der bevorstehenden Vernichtung Deutschlands und Österreich-Ungarns redeten. Man sah, sie mußten sich gegenseitig und ihren Völkern Mut zusprechen und die Neutralen, die schon stutzig zu werden anfingen, in der bisherigen Täuschung zu erhalten suchen. Für diese Zwecke wurde das Lügensystem noch gesteigert. Das waren keine Anzeichen von Stärke, und die Überzeugung, daß die verbündeten Kaisermächte solche Mittel nicht nötig hatten und bei der Wahrheit blieben, mußte doch noch weiter Raum gewinnen.

Der Krieg war im Osten wie im Westen aus dem Bewegungsfeldzug in den Stellungskrieg übergegangen. Auf der See herrschte ein ähnlicher Zustand. Das war für die verbündeten Kaisermächte sehr günstig, und Deutschland hatte bereits gezeigt, welche Vorteile es daraus zog und daß es bereits Truppen für den Kampf im Osten herausgezogen hatte. Dieser Vorteil der inneren Linie kam ihnen weiter zu gute. Zunächst galt es nun, im Stellungskriege auszuharren, und die deutschen und österreichisch-ungarischen Soldaten besaßen die Eignung, vor allem die Nerven für diese, die höchsten Anforderungen an den einzelnen Mann stellende Form des Krieges. Daß der Dreiverband für den Durchbruch der deutschen und österreichisch-ungarischen Stellungen geeignete Heere aufbringen würde, hatte wenig Aussicht. Frankreich war bereits vollkommen erschöpft; was Kitchener mit der Werbetrommel aufbrachte, reichte kaum zur Deckung der täglichen Verluste, und was er sonst noch an weißem und farbigem Abhub der Menschheit zusammenbettelte, gab kein Material ab für die notwendige Angriffsarmee im großen Stile. Rußland besaß zwar noch unerschöpfliche Menschenmengen, aber die ließen sich auch nur noch zu Verteidigungszwecken verwenden, denn bei den bisherigen ungeheueren Verlusten an Offizieren und Geschützen war für sie keine Möglichkeit zur notwendigen Organisation und Ausrüstung

vorhanden. Die Wahrscheinlichkeit für einen Durchbruch der feindlichen Stellungslinien lag darum nur bei den Heeren der verbündeten Kaisermächte, die zwar bedeutende Verluste erlitten hatten aber ungebrochen geblieben waren und über reichlichen und geordneten Nachschub an Leuten und Material verfügten. Außerdem waren sie von Vaterlandsliebe beseelt, kriegsentschlossen und siegesmutig, während bei ihren Gegnern nationaler Eigendünkel und Deutschenhaß die stärksten Triebfedern abgaben, die aber keinen echten Mut verleihen, sondern höchstens zur weiteren Verrohung der Kriegführung beitragen konnten. Die verbündeten Kaisermächte hatten nur aufgegeben, was im Kriege gegen die Übermacht von vornherein verloren war und nicht gedeckt werden konnte. Deutschland hatte seine Überseeflotte und seinen Kolonialbesitz im Großen Ozean eingebüßt, aber die afrikanischen Besitzungen leisteten noch Widerstand, zum Teil über jede Erwartung. Mit Ausnahme eines schmalen ostpreußischen Streifens und weniger Quadratkilometer im Oberelsaß war das deutsche Land vom Feinde frei, dazu war fast ganz Belgien und der gewerbtätigste Teil Frankreichs fest in deutscher Hand. Äußerlich ungünstiger schien der Jahresabschluß für Österreich-Ungarn, das die Bukowina und fast ganz Galizien hatte aufgeben müssen. Aber schon den Laien mußte ein Blick auf die Karte lehren, daß das aus geographischen und strategischen Gründen nicht anders sein konnte und die Ausdehnung des in Frage kommenden Gebietes erst in zweiter Linie von Bedeutung war. Im festen Besitz ihrer Stellungen im Westen wie im Osten konnten die verbündeten Kaisermächte ganz ruhig abwarten, ob ihre Gegner die genügenden angriffsfähigen Armeen zusammenbringen würden, um sie daraus zu verdrängen und zu schlagen. Zur See, in der Nord- und Ostsee wie in der Adria, war die militärische Lage die gleiche.

Dieser günstige Abschluß einer solchen Übermacht gegenüber — Rußland allein war ja nominal stärker als Deutschland und Österreich-Ungarn zusammen — war nur der geistigen Überlegenheit ihrer Armeen zu verdanken, die als wahre Volksheere jeden waffenfähigen Mann ohne Rücksicht auf Rang, Stand und Besitz, bloß nach seiner militärischen Befähigung an den ihm gebührenden Platz stellen und nur nach seiner Leistung auszeichnen. Nur eine solche Organisation ist der wahre Träger und Verteidiger des Staatsgedankens: ein Kaiser, ein Volk, ein Heer! So war es in der Tat. Kaiser Wilhelm mit seinen sechs Söhnen, zehn Erzherzoge, fünf bayrische und zahlreiche andere deutsche Prinzen standen im Heer, durchwegs im aktiven Dienst; deutsche Fürsten führten selbständige Kommandos, andere hielten sich ständig oder zeitweilig bei ihren Truppenteilen auf, ein Sohn des Kaisers Wilhelm, des Kaisers Schwager Prinz Karl Friedrich von Hessen wurden verwundet, dessen Sohn Prinz Max starb den Heldentod, wie auch zwei Prinzen von Sachsen-Meiningen, zwei von Lippe u. a. Kronprinz Rupprecht ließ seinen ältesten Sohn vom Großvater begraben, denn ihn fesselte die Pflicht fürs Vaterland an die Front. So ging es in diesen obersten Schichten der Bevölkerung zu, genau so wie in allen übrigen: Ein Kaiser, ein Volk, ein Heer! Das doch etwas anderes wie die gelegentlichen Besuche, die Zar Nikolaus, König Georg und Präsident Poincaré ihren Truppen in der Front abstatteten. Auch diese Seite des „Militarismus" können sie nicht nachmachen, es wird eine leere Nachahmung daraus. Wie innig aber Kaiser und Heer zusammengehören, dafür mögen die innigen Schlußworte des Armeebefehles des greisen Kaisers Franz Josef zum Jahreswechsel als Zeugnis stehen: „In wehmutvoller Dankbarkeit gedenke Ich der Vielen, die auf blutiger Wahlstatt ihr Leben für unsere gerechte Sache hingegeben haben. In wärmster Anerkennung grüße Ich alle Meine Braven, auf daß mit Gottes Hilfe das neue Jahr sie zum Siege führe."

Die Zeit (Wien). Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Viel Freunde wird sich voraussichtlich das Jahrbuch der Naturkunde erwerben, denn für dieses interessieren sich heute alle ohne Ausnahme; und obgleich es an populären Gesamtdarstellungen nicht fehlt, hat man doch bis jetzt noch kein periodisches populäres Werk gehabt, das über die Fortschritte jedes Jahres berichtet. Es werden abgehandelt: die Astronomie, die Geologie und Geophysik, die Physik, die Meteorologie, die Chemie, die Biologie, die Botanik, die Zoologie, die Urgeschichte der Menschheit, die Ethnographie, die Physiologie und Psychologie alles sehr hübsch, stellenweise spannend. Die Fülle des dargebotenen Stoffes ist staunenswert und auch der Unterrichtetste wird das Buch nicht aus der Hand legen, ohne Neues daraus gelernt zu haben."

Anzeiger für die neueste pädagogische Literatur. Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen. „Für einen so billigen Preis wird man selten ein so gediegenes Werk wie das vorliegende erlangen."

Aus der Heimat. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Ich bin auch von anderer Seite schon öfters nach einem Werke gefragt worden, in dem die Fortschritte der Naturwissenschaften für Laien bearbeitet sind. Nun kann ich ein solches empfehlen: das im Verlag von K. Prochaska, Teschen, erschienene und von H. Berdrow bearbeitete Illustr. Jahrbuch der Naturkunde." Stuttgart, Dr. K. G. Lutz.

Roseggers Heimgarten. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Die Bearbeitung und Redaktion ist ganz musterhaft gelöst. Bei der flüssigen, fesselnden und anregenden Schreibweise dieser Jahrbücher der Geschichte werden dieselben hoffentlich baldigst sich einbürgern .... Die Anschaffung dieses Jahrbuchs der Weltgeschichte kann jedermann nur bestens empfohlen werden. Man wird durch dasselbe bei äußerst angenehmer, nirgends langweiliger Darstellung von den Vorgängen auf allen Gebieten des Lebens, insbesondere des politischen, rasch und richtig unterrichtet."

Deutschtum im Auslande. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen. „Es ist eine dem Bildungswesen zu gute kommende Idee, die Errungenschaften auf dem Gebiete der Erdkunde in Jahrbüchern volkstümlichen Charakters zu billigem Preise darzubieten .... Alles ist durch treffliche Abbildungen dem Auge nahe gebracht. Das neue Jahrbuch verdient ganz unseren Beifall."

Volks-Zeitung. (Berlin). „Ein ausgezeichnetes Volksbuch ist im Verlage von Karl Prochaska, Teschen und Wien, erschienen. Es ist das ‚Illustrierte Jahrbuch der Naturkunde'. Hermann Berdrow, der sich eines in wissenschaftlichen Kreisen sehr geschätzten Namens erfreut, hat mit erstaunlicher Sorgfalt alle naturwissenschaftlichen Ereignisse, Forschungsergebnisse und Entdeckungen der letzten Jahre registriert. Keine Abteilung der Wissenschaft ist in diesem interessanten Werke unberücksichtigt geblieben. Zahlreiche Illustrationen schmücken das lesenswerte, hochinteressante Buch. Zuletzt sei noch hervorgehoben, daß der außerordentlich billige Preis jedem Naturliebhaber die Anschaffung des Werkes ermöglicht."

Breslauer Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Von Prochaskas Illustrierten Jahrbüchern nimmt zweifellos das Jahrbuch der Weltgeschichte den hervorragendsten Rang ein. Der etwa 160 Seiten Lexikonformat starke Band, der mit zahlreichen Illustrationen aufs würdigste ausgestattet ist, vereinigt in sich wieder alle Vorzüge, die von uns bereits bei Besprechung des vorigen Jahrgangs hervorgehoben werden konnten, vorzügliche Beherrschung des Stoffes, lichtvolle Darstellung, volkstümliche Schreibweise und gesundes politisches Urteil."

Linzer Tagespost. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen. „Der Verfasser führt uns in die Regionen des ewigen Eises, nach Asien, in die Neue Welt, nach Afrika, Australien und nach der Südsee und versteht es, in leichtfaßlicher und dabei anregender Form die physikalischen und politischen Verhältnisse dieser Gebiete zu schildern. Zahlreiche, dem Texte eingefügte Illustrationen tragen zum Verständnisse des Inhalts bei. Das Buch, das eine Fülle des Interessanten bietet, kann jedermann wärmstens empfohlen werden."

Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen. „Der Zweck des Buches ist, die weitesten Kreise mit den neuesten Forschungsreisen zu geographischen und ethnographischen Zwecken bekanntzumachen; dementsprechend ist auch der Preis ein sehr geringer. Es ist tatsächlich erstaunlich, welche Fülle von gediegener Belehrung in Bild und Wort dem Leser für Mark 1.50 geboten wird.

Münsterischer Anzeiger. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Die Skepsis, mit der wir an dieses Buch herantraten — wie an alle naturwissenschaftlichen Werke, die für billiges Geld angeboten werden und bei denen die dadurch hervorgerufene Betonung des populär-wissenschaftlichen Charakters nicht selten über den Mangel an Inhalt des Werkes hinwegtäuschen soll — machte bald einer anderen Auffassung Platz; wir begrüßen das Erscheinen dieses Werkes auf das lebhafteste. Das Werk ist stilistisch ausgezeichnet und mit zahlreichen und guten Illustrationen geschmückt. Der Preis ist außerordentlich niedrig bemessen."

Zeitschrift für das Realschulwesen (Wien). Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Wenn der Laie auch aus den Tageszeitungen gelegentlich Mitteilungen über neue Entdeckungen, neue Hypothesen und andere wissenschaftliche und technische Errungenschaften der Neuzeit erhält, so erlangt er damit kein vollständiges Verständnis der betreffenden Zweige des Wissens, da solche Mitteilungen meist nur unvollständig und zusammenhanglos geboten werden, ohne daß auf die oft nicht ausreichende Vorbildung der Leser Rücksicht genommen wird, ja nicht selten werden sie bereits veröffentlicht, ehe eine Arbeit zu einem gewissen Abschlusse gebracht worden ist. Das läßt sich aber erst nach einem bestimmten Zeitabschnitte erreichen und ist daher die Aufgabe von Zeitschriften, welche die Forschungen von einem oder mehreren Jahren zusammenfassen. Es erscheint somit ein solches Jahrbuch, wie es hier vorliegt, ganz geeignet, aufklärend über neuere wissenschaftliche Fragen zu wirken. Das Jahrbuch beginnt mit der Vorführung einiger Entdeckungen am gestirnten Himmel. Es wird dann die Erdrinde in der Vergangenheit und Gegenwart kurz betrachtet, wobei die Veränderungen an der Erdoberfläche, die Verteilung von Wasser und Land sowie namentlich die Erscheinungen der Eiszeiten nach dem Ingenieur Reibisch durch ein regelmäßiges, sehr langsames Schwanken des Erdballs um eine den Äquator schneidende Achse erklärt werden. Durch eine solche sollen einzelne Gegenden der heißen Zone in höhere Breiten und umgekehrt versetzt werden. Die Untersuchungen über Erdbeben führen uns die gewaltigen Wirkungen dieser Erscheinung im letzten Jahre vor. Die Physik belehrt über einzelne Bewegungen der kleinsten Körperteilchen und besonders über die Ätherfrage sowie über die Kräfte des Luftmeeres, wobei auch die Sturmwarnungen und das Wetterschießen berührt werden. Die Chemie führt uns die neuen Elemente, hohe und tiefe Temperaturen vor. Aus der Biologie wird einzelnes zum Beweis der Abstammungslehre vorgeführt. Die Entdeckungen auf dem Gebiete der Welt der lebenden Wesen bringen manches Neue, ebenso die Vorgeschichte des Menschen und die Völkerkunde. Das ‚Jahrbuch' kann als sehr anregend und belehrend bezeichnet werden. Es ist in einem würdigen Ton gehalten und kann auch der reifen Jugend in die Hand gegeben werden."

Allgemeiner Anzeiger für Deutschlands Rittergutsbesitzer. „Wieder einmal ein durchaus gelungenes Volksbuch bester Art, dieser im Prochaska-Verlage in Wien, Leipzig und Teschen erschienene Jahrgang eines ‚Illustrierten Jahrbuchs der Erfindungen', das Mark 1.50 (Kronen 1.80) kostet, für diesen Preis aber geradezu unglaublich viel und überraschend Gutes bietet. Der Text des Werkes ist eine Musterleistung der volkstümlichen Behandlung technischer Themata, so interessant und verständlich, so anziehend sind sie für die Laienwelt, das große Publikum, Jugend und Volk schriftstellerisch abgefaßt. Es ist ein Vergnügen, dieses Werk zu lesen, man verfolgt seinen Inhalt mit einer wahren Spannung."

Biblioteka Śląska
Pracownia Śląska
352312, III
1915
Kzg 1 2859/67 100 000

Ausgewählte We… deutscher Dichter Öste…

in vornehmer, billiger u. reizender Liebhaberausgabe, für Geschenkzwecke besonders geeignet, herausgegeben und mit Einleitung versehen von Dr. Otto Rommel, W. A. Hammer, Friedr. Hirth, Leopold Hörmann, Dr. Aler. v. Weilen.

Ada Christen Ausgewählte Werke. Herausgegeben und mit Einleitung versehen von W. A. Hammer. Geb. in Leinen M 1.—: K 1.20. In Liebhaber-Halbfranzband M 3.—: K 3.60.

Anastasius Grün Ausgewählte Werke. 4 Bände. Herausgegeben und mit Einleitung versehen von Dr. Otto Rommel. Gebunden in Leinen M 4.—: K 4.80. In Liebhaber-Halbfranzband M 12.—: K 14.40.

Als sinngemäße Ergänzung: „Die politische Lyrik des Vormärz und des Sturmjahres." Herausgegeben und mit Einleitung versehen von Dr. Otto Rommel.

Friedrich Halm Ausgewählte Werke. 4 Bände. Herausgegeben und mit Einleitung versehen von Dr. Otto Rommel. Gebunden in Leinen M 4.—: K 4.80. In Liebhaber-Halbfranzband M 12.—: K 14.40.

Ferdinand Kürnberger Ausgewählte Novellen. Herausgegeben und mit Einleitung versehen von Friedrich Hirth. Gebunden in Leinen M 2.—: K 2.40. In Liebhaber-Halbfranzband M 6.—: K 7.20.

Nikolaus Lenau Ausgewählte Werke. 3 Bände. Herausgegeben und mit Einleitung versehen von Dr. Otto Rommel. Gebunden in Leinen M 3.—: K 3.60. In Liebhaber-Halbfranzband M 9.—: K 10.80.

Lyrik, Die polit., des Vormärz und des Sturmjahres Herausgegeben und mit Einleitung versehen von Dr. Otto Rommel. Geb. in Leinen M 1.50: K 1.80. In Liebhaber-Halbfranzband M 3.50: K 4.20.

Franz Stelzhamer Ausgewählte Werke. 2 Bände. Herausgegeben und mit Einleitung versehen von Leopold Hörmann. Gebunden in Leinen M 2.—: K 2.40. In Liebhaber-Halbfranzband M 6.—: K 7.20.

Adalbert Stifter Ausgewählte Werke. 4 Bände. Herausgegeben und mit Einleitung versehen von Dr. Otto Rommel. Gebunden in Leinen M 7.—: K 8.40. In Liebhaber-Halbfranzband M 21.—: K 25.20.

Volkstheater, Alt-Wiener 7 Bände. Herausgegeben und mit Einleitung versehen von Dr. Otto Rommel. Geb. in Leinen M 7.—: K 8.40. In Liebhaber-Halbfranzband M 21.—: K 25.20.

Josef Weilen Ausgewählte Werke. 2 Bände. Herausgegeben und mit Einleitung versehen von Dr. Alexander von Weilen. Gebunden in Leinen M 2.50: K 3.—. In Liebhaber-Halbfranzband M 6.70: K 8.—.

Unter der Presse:

Ausgewählte Werke von: Franz Grillparzer, 9 Bände; Johann Nestroy, 5 Bände; Ferd. Raimund, 5 Bände; J. G. Seidl, 2 Bände; Ch. Sealsfield, 6 Bände.

Preisermäßigung.

Zur Erleichterung des Nachbezuges früherer Jahrgänge werden von den Illustr. Jahrbüchern der Erfindungen und der Weltgeschichte die Jahrgänge 1–8 (1901–1908), der Weltreisen 1–7 (1902–1908), der Naturkunde 1–6 (1903–1908), der Gesundheit, 1. Jahrgang solange der für diesen Zweck bestimmte Vorrat reicht, kart. statt zu M 1.50 (K 1.80) zu M 1.— (K 1.20), geb. statt zu M 2.— (K 2.40) zu M 1.50 (K 1.80) abgegeben.

Alle Interessenten wollen diese günstige Gelegenheit zur Ergänzung durch einzelne Bände oder ganze Serien nicht ungenützt vorübergehen lassen.

Auch die Buchhandlungen liefern zu gleichen Preisen.